



Kanton Basel-Stadt

2009

2008

2007

2006

2005

2008

Budget

Budget 2008

Inhaltsverzeichnis

1	Die Einleitung	5
1.1	Vorwort des Regierungsrates	7
1.2	Budgetierungsgrundlagen	8
1.2.1	Budgetannahmen	8
1.2.2	Auswirkung der NFA	8
1.2.3	Neues Pensionskassengesetz und Ausfinanzierung der PK	9
1.2.4	Einführung von internen Mieten	9
1.2.5	Budgetverschiebungen zwischen Departementen	9
1.3	Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	10
1.3.1	Zusammenfassung	10
1.3.2	Betrachtung im Detail	10
2	Der Kanton und die Departemente im Überblick	13
2.1	Finanzielle Eckwerte	15
2.1.1	Laufende Rechnung	16
2.1.2	Investitionsrechnung	17
2.1.3	Finanzierungsrechnung	17
2.1.4	Nettoschulden und Schuldenquote	17
2.1.5	Strukturelle Kennzahlen	17
2.2	Inhaltliche Akzente und Finanzen der Gesamtdepartemente	20
2.2.1	Baudepartement	20
2.2.2	Erziehungsdepartement	22
2.2.3	Finanzdepartement	24
2.2.4	Gesundheitsdepartement	26
2.2.5	Justizdepartement	28
2.2.6	Sicherheitsdepartement	30
2.2.7	Wirtschafts- und Sozialdepartement	32
2.3	Vorgezogene Budgetpostulate	34
2.3.1	Erziehungsdepartement	34
2.3.2	Sicherheitsdepartement	36
2.3.3	Wirtschafts- und Sozialdepartement	37
3	Die Laufende Rechnung	39
3.1	Finanzielle Übersicht	41
3.2	Erläuterungen zur Laufenden Rechnung Budget 2008	42
3.2.1	Ertrag	42
3.2.2	Aufwand	47
3.3	Beitragsübersichtslisten	52
3.3.1	Beiträge an Eigene Anstalten	52
3.3.2	Beiträge an Private Institutionen	53
4	Die Investitionen	61
4.1	Übersicht Investitionsrechnung	63
4.2	Kommentar zu den Investitionsbereichen und den grössten darin enthaltenen Investitionsvorhaben	64
4.2.1	Investitionsplafonds	64
4.2.2	Die grössten Vorhaben	65
4.2.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	65
4.2.4	Öffentlicher Verkehr	65
4.2.5	Gesundheit	66
4.2.6	Bildung	66
4.2.7	Übrige	67
4.3	Investitionsübersichtsliste	68
4.3.1	Ausschöpfung der Plafonds	68
4.3.2	Investitionsübersichtsliste	68
5	Das Personal	89

6	Die Regierung und die Verwaltung	95
6.1	Regierung	97
6.2	Verwaltung – Dienststellen ohne Globalbudget	105
6.2.1	Baudepartement	107
6.2.2	Erziehungsdepartement	123
6.2.3	Finanzdepartement	183
6.2.4	Gesundheitsdepartement	197
6.2.5	Justizdepartement	217
6.2.6	Sicherheitsdepartement	241
6.2.7	Wirtschafts- und Sozialdepartement	253
6.3	Verwaltung – Dienststellen mit Globalbudget	271
6.3.1	Museen	273
6.3.2	Öffentlicher Verkehr	285
6.4	Übrige Dienststellen	291
6.4.1	Dienststellen im Ordentlichen Nettoaufwand/Investitionsrechnung	291
6.4.2	Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag	295
7	Das Parlament	299
8	Die Gerichte	307
9	Die Funktionale Gliederung	319
9.1	Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung	321
9.2	Ergebnis Budget 2008	321
10	Die Erläuterungen	323
11	CD Budget 2008 inkl. Anhang	333

1 Die Einleitung

1.1 Vorwort des Regierungsrates

Das regierungsrätliche Budget 2008 zeigt einen Überschuss von 222 Millionen Franken. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresbudget (Überschuss von 54 Millionen Franken) ist auf die deutlich höheren Steuererträge zurückzuführen. Die budgetierten Steuereinnahmen weisen gegenüber dem Vorjahresbudget ein Wachstum von 6.7% bei den natürlichen bzw. 11.4% bei juristischen Personen aus. Auch gegenüber dem Rekordjahr 2006 wird wiederum mit einer Steigerung von 1.6% bei den natürlichen bzw. 3.1% bei den juristischen Personen gerechnet. Damit erreichen die Steuererträge ein historisches Niveau. Die Investitionen von 245 Millionen können vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Dieses sehr erfreuliche Ergebnis ist auf der einen Seite auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführen, auf der anderen Seite aber auch das Resultat der offensichtlich hohen Standortattraktivität des Kantons und den nachhaltigen Bemühungen des Regierungsrates, bei den Aufgaben und Leistungen Prioritäten zu setzen.

Basierend auf dieser finanziellen Ausgangslage hat der Regierungsrat als Gegenvorschlag zu den hängigen Steuerinitiativen und als Antwort auf diverse andere steuerpolitische Vorstösse ein umfassendes Steuerpaket erarbeitet. Damit verfolgt er das Ziel, die Position des Kantons im interkantonalen und im internationalen Standortwettbewerb zu verbessern. Der Vorschlag des Regierungsrates beinhaltet Steuerreduktionen sowohl für die natürlichen als auch für die juristischen Personen. Das Bündel von Massnahmen sieht unter anderem eine spürbare Senkung der Einkommenssteuern, die Reduktion des Maximal-satzes bei der Gewinnsteuer und eine Reihe von kleineren Änderungen bei den Immobiliensteuern vor.

Das vorgeschlagene Steuerpaket würde frühestens ab Rechnungsjahr 2009 zu einer deutlichen Reduktion der Steuereinnahmen führen. Insgesamt betragen die geschätzten Steuerausfälle gegen 150 Mio. Franken. Der Saldo der laufenden Rechnung wird sich in diesem Szenario deutlich verschlechtern und ab 2011 negativ ausfallen.

Die vorliegende Finanzplanung zeigt sehr deutlich, dass der Handlungsspielraum sowohl für weitergehende Steuersenkungen als auch für ein höheres Ausgabenwachstum sehr beschränkt ist. Es wird Aufgabe der verantwortlichen politischen Akteure sein, eine nachhaltig gesunde Entwicklung der staatlichen Finanzen und einen verantwortungsvollen Umgang mit den knappen Steuermitteln zu unterstützen und mitzutragen.

Mit dem Budget 2007 haben wir Ihnen einen ersten sichtbaren Meilenstein der neuen Berichterstattung vorgelegt. Zwei Änderungen stehen im neuen Berichtswesen im Vordergrund: Erstens sollten mit dem neuen Budget inhaltliche Informationen sowie aussagekräftige Kennzahlen mitgegeben werden, welche es erlauben, die Finanzaufgaben besser zu interpretieren. Zweitens sollen der bisherige Verwaltungsbericht und das bisherige Rechnungsbuch künftig zu einem neuen Jahresbericht verschmolzen werden. Mit dem Budget 2008 liegt nun zum zweiten Mal das Budget in neuer Form vor und in wenigen Monaten wird der Jahresbericht für das Jahr 2007 erscheinen. Damit wird erstmals der direkte Vergleich zwischen Budget und Rechnung in Form von Zahlen und erläuternden Texten möglich sein.

1.2 Budgetierungsgrundlagen

1.2.1 Budgetannahmen

Dem Budget des Regierungsrates liegen im Wesentlichen folgende Annahmen zu Grunde:

- Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) tritt auf den 1. Januar 2008 in Kraft. Die NFA führt insgesamt zu einer deutlichen Verschiebung zwischen dem Ordentlichen Nettoaufwand (Entlastung von rund CHF 73.6 Mio. gegenüber Budget 2007) und dem Allgemeinen Nettoertrag (Belastung von rund 61.0 Mio. gegenüber Budget 2007).
- Die Einführung des neuen PK-Gesetzes und die Ausfinanzierung der PK per 1. Januar 2008 führen einerseits zu einer Entlastung bei den Aufwendungen für Personalversicherungsbeiträge, andererseits aber zu höheren Zinsaufwendungen. Zusätzlich fällt der Sanierungsbeitrag des Arbeitgebers an.
- Aufgrund der gesetzlichen Regelung im Zusammenhang mit der PK-Ausfinanzierung entfällt der Teuerungsausgleich bis zu einer Teuerung von 1%. Die Prognosen für die Novemberteuerung gehen von einem Wert deutlich unter 1% aus. Es wurde dementsprechend keine Position im Budget eingestellt. Sollte die effektive Teuerung per Ende November 2007 mehr als 1% betragen, wird die Differenz zu 1% mittels eines Budgetnachtrages direkt an der Budgetdebatte des Grossen Rates entsprechend korrigiert und im Hinblick auf das Budget 2009 auf die Dienststellen verteilt.
- Im Bereich der Steuereinnahmen wurde bei den Natürlichen Personen ein Wachstum des steuerbaren Einkommens und Vermögens (Steuersubstrats) von 0.8% pro Jahr gegenüber der Rechnung 2006 unterlegt. Bei den Juristischen Personen wird im Budget 2008 von einer jährlichen Zunahme der steuerbaren Unternehmensgewinne und des Kapitals von 1.6% gegenüber der Rechnung 2006 ausgegangen.
- Bei der Berechnung der Schuldzinsen wurde bei den kurzfristigen Zinsen (Libor 6 Monate) ein Satz von 3.22% und bei den langfristigen Zinsen (10-Jahres CHF SWAP) ein solcher von 3.55% angenommen.
- Die für die Umsetzung der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation (RV09) erforderlichen Finanzmittel sind zentral in der Allgemeinen Verwaltung mit einer Summe von CHF 4.3 Mio. budgetiert.
- Als wiederkehrende Einsparungen im Zusammenhang mit A&L wurden weitere CHF 4.9 Mio. budgetiert.
- Die Kosten für die systembedingten (Netto-)Mehrkosten im Personalbereich sind vollständig in den Departementen budgetiert. Der Saldo aus Stufenanstieg, anderen Lohnerhöhungen (z.B. interne Beförderungen) und Fluktuationen erhöhen die Personalkosten um rund 0.4%.
- Das Budget der Industriellen Werke Basel ist im vorliegenden regierungsrätlichen Budget nicht vollständig konsolidiert. Es sind lediglich die Gewinnablieferung und die Zinserträge auf dem Dotationskapital bei den Vermögenserträgen enthalten.

1.2.2 Auswirkung der NFA

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) entfallen die Finanzkraftzuschläge sowie die Finanzkraftabstufungen der Kantonsanteile an Bundeseinnahmen und am Nationalbankgewinn. Neu besteht der Finanzausgleich nur noch aus zweckfreien Mitteln. Die neuen Ausgleichsinstrumente teilen sich auf in einen Ressourcenausgleich (Umverteilung von finanziellen Ressourcen zwischen den Kantonen untereinander sowie vom Bund zu den Kantonen), den Lastenausgleich (Beitrag für Sonderlasten, im Kanton Basel-Stadt ausschliesslich für soziodemografische Lasten) sowie einen Härteausgleich (zur Sicherstellung, dass kein ressourcenschwacher Kanton durch den Übergang zur NFA finanziell schlechter gestellt wird als heute).

Im Rahmen der Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen fallen für den Kanton Aufgaben und/oder Finanzierungsbeiträge in verschiedenen Bereichen weg (v. a. Soziale Sicherheit, Nationalstrassen, Berufsbildung), auf der anderen Seite muss der Kanton Aufgaben, die bisher der Bund finanziert hat, übernehmen (v. a. Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe, Sonderschulung, Gesundheitsversorgung).

Insgesamt wird der Kanton gegenüber dem Budget 2007 durch die Aufgabenentflechtung um CHF 73.6 Mio. entlastet, durch den Finanzausgleich im engeren Sinn und die Veränderungen bei den Kantonsanteilen an den Bundeseinnahmen und am Nationalbankgewinn netto um CHF 61.0 Mio. belastet. Insgesamt führt der Übergang zur NFA gegenüber Budget 2007 für den Kanton zu einer Entlastung von CHF 12.6 Mio. Im Vergleich zu einer Situation, in dem die NFA im Jahr 2008 nicht eingeführt worden wäre, beträgt die Entlastung CHF 19.3 Mio. (siehe auch Ratschlag zur Umsetzung der NFA, 06.2111.01).

1.2.3 Neues Pensionskassengesetz und Ausfinanzierung der PK

Mit der Totalrevision des Pensionskassengesetzes muss die Deckungslücke der PK ausfinanziert werden. Gemäss neuem PK-Gesetz soll die Deckungslücke im Sinne einer Vorfinanzierung in der Höhe von voraussichtlich CHF 1'300 Mio. über eine Spezialfinanzierung getragen werden. Vom Grossen Rat wurde zudem festgelegt, dass diese Spezialfinanzierung der Schuldenbremse untersteht und deshalb dem Eigenkapital zugeordnet werden soll, so dass die bisher gebildete Rückstellung zur Sicherung der PK-Garantieverpflichtung zu Gunsten der Spezialfinanzierung aufgelöst werden kann. Die Spezialfinanzierung startet damit mit einem Vorschuss von CHF 936 Mio. statt CHF 1'300 Mio. Franken. Aufgrund des in den Verhandlungen im Grossen Rat erzielten Kompromisses zur Verwendung der Rückstellung ist die Aufteilung des Vorschusses auf Versicherte und Arbeitgeber allerdings nicht zu gleichen Teilen, sondern wie folgt:

(in Mio. CHF)		
Ausfinanzierung PK Total		1'300
./. Auflösung Rückstellung Sicherung PK-Garantieverpflichtung		-232
Ausfinanzierung "opfersymmetrisch"		1'068
	Versicherte	Arbeitgeber
Anteil Versicherte / Arbeitgeber	534	534
./. Auflösung Rest Rückstellung Sicherung PK-Garantieverpflichtung zu Gunsten Arbeitgeber		-132
Vorschuss zur Ausfinanzierung an Versicherte / Arbeitgeber	534	402
Vorschuss insgesamt = Erhöhung Nettoschulden		936

Mit dem neuen Pensionskassengesetz beträgt der Arbeitgeberbeitrag neu 25% der versicherten Lohnsumme. Seit dem Jahr 2005 wurde neben dem bisherigen ordentlichen PK-Arbeitgeberbeitrag von 11% ein PK-Zusatzbeitrag von 14% für den Teuerungsausgleich auf den Renten und den Beitrag des Kantons zur Sicherung des PK-Deckungskapitals gemäss §53 Absatz 4 des alten Pensionskassengesetzes budgetiert. Damit ändert sich gegenüber Budget 2007 mit dem neuen Arbeitgeberbeitrag von 25% nichts, hingegen fallen die bisher budgetierten Beiträge für Einkäufe in die PK im Umfang von CHF 11.4 Mio. weg. Dafür entstehen für die neu versicherten Schichtzulagen Mehrkosten von CHF 3.0 Mio.

Die Ausfinanzierung der Pensionskasse führt zu einem Mittelabfluss von CHF 1'300 Mio. Der damit verbundene Mehraufwand für Passivzinsen bzw. verminderte Vermögensertrag führt zu einer Belastung von CHF 39 Mio. Entlastend wirkt sich aus, dass von den 25% Arbeitgeberbeitrag 2.5% als Sanierungsbeitrag der Rentner einbehalten wird (CHF 21.0 Mio.) und den Mitarbeitenden ebenfalls als Sanierungsbeitrag kein Teuerungsausgleich gewährt wird (bis zu 1% Teuerung).

Zusammen mit dem Sanierungsbeitrag des Arbeitgebers zur Ausfinanzierung der PK von CHF 33 Mio. stehen der Spezialfinanzierung damit insgesamt CHF 66 Mio. an "Erträgen" zur Verfügung, um den Vorschuss für die Ausfinanzierung der PK abzutragen. Als Aufwand für die Spezialfinanzierung fällt allerdings die Verzinsung des Vorschusses von zurzeit CHF 28 Mio. an. Für die Reduktion des Vorschusses verbleiben also insgesamt CHF 38 Mio. (Einlage Spezialfinanzierung).

Insgesamt resultiert daraus für das Budget 2008 eine Mehrbelastung von CHF 47.6 Mio. Darin eingeschlossen sind allerdings CHF 8.4 Mio., die bei einer erwarteten Teuerung von 0.5% sonst unter dem Titel Teuerungsausgleich budgetiert hätten werden müssen. Dass die Mehrbelastung nun höher ausfällt als ursprünglich angenommen liegt daran, dass mit dem Entscheid, die Rückstellung zur Sicherung der PK-Garantieverpflichtung für die Ausfinanzierung zu verwenden, nicht der volle Betrag der zusätzlichen Zinslast an die Spezialfinanzierung weiterverrechnet werden kann. Wie oben erwähnt, sind es nur CHF 28 Mio. der CHF 39 Mio., die an die Spezialfinanzierung weiterverrechnet werden und die Mehrbelastung ist damit CHF 11 Mio. höher als ursprünglich vorgesehen. In einer Nettobetrachtung können zudem die CHF 8.4 Mio. eingesparter Teuerungsausgleich in Abzug gebracht werden. Zudem können mit Budget 2009 nochmals CHF 8.4 Mio. Teuerungsausgleich eingespart werden, falls die Teuerung 2008 mindestens 0.5% beträgt.

1.2.4 Einführung von internen Mieten

Der Regierungsrat hat beschlossen, dass per 1. Januar 2008 ein internes Mietreglement für die Raumbewirtschaftung der von der kantonalen Verwaltung genutzten Räume und Flächen in Kraft gesetzt wird. Dies hat zur Folge, dass ab dem Jahr 2008 alle Dienststellen eine interne Miete verrechnet bekommen. Bisher wurde die Miete in den kalkulatorischen Positionen berücksichtigt. Der finanzielle Umfang dieser neuen Verrechnung beträgt rund CHF 144.0 Mio., welche die Departemente in ihre Budgets eingestellt haben. Der gleich hohe Betrag ist bei der Dienststelle Immobilien Basel-Stadt eingestellt. Damit handelt es sich zum Zeitpunkt der Einführung des Mietermodells gesamtstaatlich gesehen um ein Nullsummenspiel.

Grössere Abweichungen, welche durch die Einführung der internen Verrechnung von Mieten bedingt sind, werden bei den Dienststellen entsprechend kommentiert.

1.2.5 Budgetverschiebungen zwischen Departementen

Im vorliegenden regierungsrätlichen Budget sind gegenüber 2007 mit Ausnahme der oben erwähnten internen Mieten keine wesentlichen Verschiebungen zwischen den Departementen zu verzeichnen.

1.3 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

1.3.1 Zusammenfassung

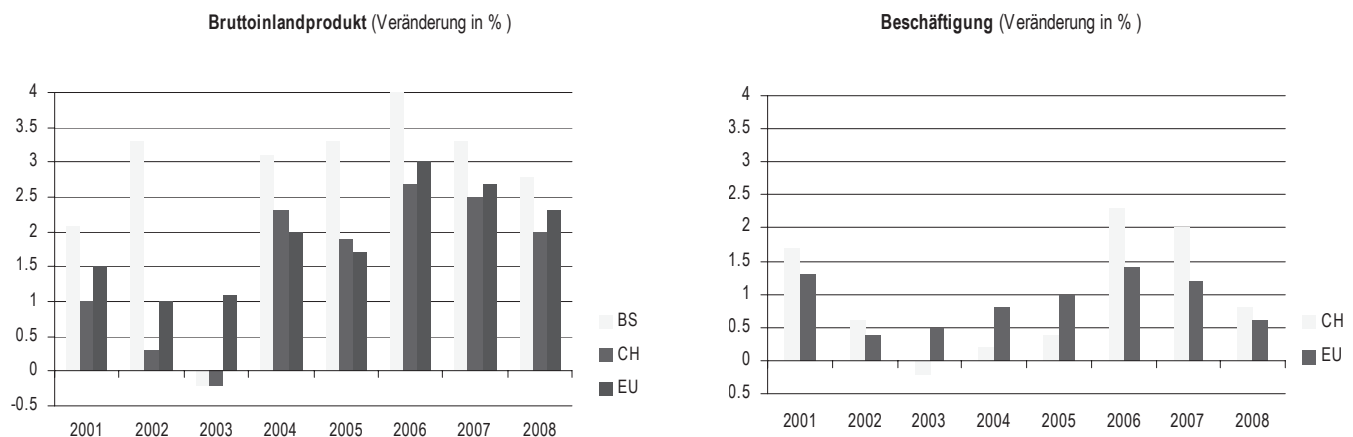
Die gesamtwirtschaftliche Dynamik der **Schweizer Wirtschaft** befindet sich gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft auch im laufenden Jahr auf einem hohen Stand. Gründe dafür sind ein weiterhin hoher Aussenbeitrag und ein erhöhter privater Konsum. Für das laufende Jahr wird momentan ein Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts von 2.5% erwartet, für das Jahr 2008 ein Wachstum von ca. 2%.

Die **Region Basel** dürfte im Jahr 2007 dank einer hervorragenden Performance der Life-Sciences-Industrie einmal mehr Wachstumsleader in der Schweiz sein. 2008 dürfte sich das Wachstumstempo aller Schweizer Regionen etwas verlangsamen. Basel-Stadt wird jedoch auch nächstes Jahr wieder an der Spitze erwartet. Die Arbeitslosenquote ist in den meisten Regionen unter die 3-Prozent-Marke gefallen, in Basel-Stadt sank der Wert saisonbereinigt zuletzt auf 3.3%. Dieser positive Trend sollte auch in naher Zukunft weiter anhalten.

Auch die **Weltwirtschaft** setzt im laufenden Jahr ihren eindrucklichen Wachstumspfad fort. Auch 2007 dürften im Durchschnitt eine Wachstumsrate von ca. 5% erreicht werden. Die Dynamik wird weiterhin vor allem von den grossen Schwellenländern China und Indien getragen. Innerhalb der traditionellen Volkswirtschaften hat sich das Wachstumszentrum momentan von den USA zu den europäischen Volkswirtschaften verlagert. Insbesondere die deutsche Wirtschaft zeigt sich trotz fiskalpolitischer Sonderbelastungen auf einem Expansionskurs und dürfte dieses Jahr wiederum mit ca. 3% zulegen. In Europa wird für das kommende Jahr mit einer weiterhin positiven, wenn auch leicht nachlassenden Dynamik gerechnet.

Belastet werden könnte das insgesamt gute Szenario durch verschiedene Faktoren. Eines der grössten Risiken besteht weiterhin im **US-amerikanischen Immobilienmarkt**, dessen Turbulenzen in diesem Jahr die Börsen weltweit stark beeinträchtigten. Vor allem durch Kreditausfälle könnten Banken und Finanzmärkte weiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Sinkende Immobilienpreise könnten sich auch negativ auf den privaten Konsum auswirken, der eine grosse Rolle in der amerikanischen Volkswirtschaft spielt. Ein weiteres Risiko besteht in den **Energiepreisen**, die im Laufe des Jahres wieder angestiegen sind. Dies dürfte wie in der näheren Vergangenheit auf die robuste weltweite Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen und somit nachfrageseitig motiviert sein. Die Risiken liegen in diesem Bereich eher in zunehmenden geopolitischen Spannungen und umweltbedingten Störungen, die den Ölpreis weiter steigen lassen könnten.

Die **Notenbanken** in der Schweiz und in Europa reagierten auf steigende Inflationsgefahren durch die dynamische wirtschaftliche Entwicklung mit einer weiteren Eindämmung des expansiven geldpolitischen Kurses. Wird die gute Konjunktur weiter anhalten, so ist in diesem und im kommenden Jahr weiterhin mit graduellen Zinserhöhungen der Notenbanken zu rechnen.



1.3.2 Betrachtung im Detail

Die **Weltwirtschaft** befindet sich auch 2007 noch in einer Phase hoher realer Wachstumsraten. Diese hält bereits seit 2004 an, mit jährlichen realen Wachstumsraten um 5%. Vor allem **China und Indien**, aber auch weitere Schwellenländer sorgen mit ihrer ungebremsten Entwicklung für die hohen Durchschnittszahlen. Das chinesische Wirtschaftswachstum dürfte in diesem Jahr 11% betragen. In den **USA** ist die Entwicklung etwas gedämpft. Nicht nur die Turbulenzen an den Immobilienmärkten sorgten zuletzt für Unruhe. Diese schwächeren Impulse konnten jedoch bisher recht gut von den europäischen Volkswirtschaften aufgefangen werden. Vor allem die deutsche Wirtschaft präsentierte sich in diesem Jahr stärker als erwartet. Für das kommende Jahr wird für die Weltwirtschaft mit einer ähnlich starken Entwicklung gerechnet. Dies gilt vor allem, wenn die US-Wirtschaft wieder auf den Pfad ihres Potentialwachstums von ca. 3% pro Jahr zurückfindet.

Auch die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts für die gesamte **Schweiz** ist seit einiger Zeit positiv. Im laufenden Jahr wird mit einem realen Wachstum von 2.5%, für das Jahr 2008 mit 2% gerechnet.

Nach Einschätzung des Staatssekretariats für Wirtschaft haben sich die Wachstumsaussichten für die Schweiz in der ersten

Jahrehälfte 2007 verbessert. Dies lag vor allem an der überraschend positiven Entwicklung der wichtigen Schweizer Handelspartner im Euroraum, vor allem der deutschen Volkswirtschaft. Zusätzlich sorgt die anhaltende Schwäche des Schweizer Frankens für eine erhöhte preisliche Wettbewerbsfähigkeit bei den Exportgütern. Seit Mitte 2006 hat der Franken in Relation zum Euro um 5% abgewertet. Auch das Barometer der Konjunkturforschungsstelle der ETH prognostiziert eine beschleunigte Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahresende. Dies wird ebenfalls durch jüngste Konjunkturumfragen gestützt.

Im kommenden Jahr wird ein höherer Wachstumsbeitrag als bisher vor allem vom **privaten Konsum** und den **Bruttoinvestitionen** erwartet. Das heisst, dass mittlerweile auch die Binnenkonjunktur in der Schweiz die positive Entwicklung anderer Komponenten nachvollzieht. Insbesondere der Konsum hatte zuletzt aussergewöhnlich kräftige Zunahmen verzeichnet. Dies korrespondiert mit der anhaltenden Erholung am Arbeitsmarkt und den damit verbundenen besseren Einkommensperspektiven. Demgemäss hat sich auch die Konsumentenstimmung auf hohem Niveau zuletzt noch verbessert.

Neben den bereits oben genannten bestehen für die Schweizer Volkswirtschaft eher begrenzte **Risiken**. Eine überraschend starke Korrektur des schwachen Schweizer Frankens könnte beispielsweise zu einer Belastung für die Exportwirtschaft werden. Inflationäre Tendenzen sind momentan noch nicht in Sicht. Der Jahresdurchschnitt der Teuerung in der Schweiz dürfte sich im Jahr 2007 bei 0.8% bewegen.

Vor dem Hintergrund der lebhaften Konjunktorentwicklung wurden im laufenden Jahr in zahlreichen Ländern die Zinsen durch die Notenbanken erhöht um die **Geldpolitik** wieder auf einen weniger expansiven Kurs zu bringen. Die **Schweizerische Nationalbank** erhöhte zuletzt im Juni 2007 das Zielband für den Dreimonats-Libor. Das Zielband für den wichtigsten Leitzins beträgt seitdem 2% - 3%. Nach Einschätzung der SNB entwickelte sich die Schweizer Wirtschaft stärker als erwartet. Unter Annahme eines konstanten Dreimonats-Libors rechnet die Nationalbank im Jahr 2007 mit einer durchschnittlichen **Jahresteuierung** von 0.8%, für 2008 mit 1.5%. Die SNB sieht allerdings die Inflationsaussichten mit grösseren Unsicherheiten behaftet als zuletzt. Sie bezeichnet daher weitere Zinserhöhungen in den nächsten Monaten für wahrscheinlich, falls die Konjunkturdynamik unverändert bleibt oder die Entwicklung des Frankens die monetären Rahmenbedingungen weiter lockern sollte.

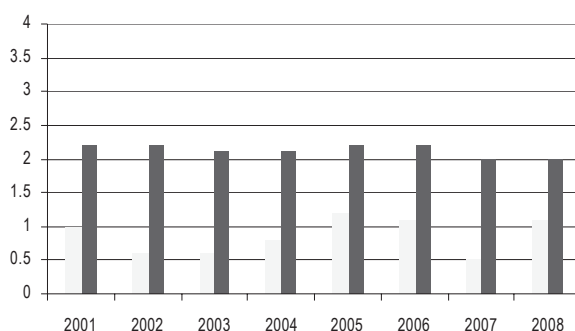
Der **Kanton Basel-Stadt** profitiert im laufenden Jahr wieder in besonderem Masse von der guten Performance der **Life-Sciences-Industrie**. Es wird für 2007 mit einem BIP-Wachstum in Basel mit 3.3% gerechnet. Im Jahr 2008 dürfte sich das Wachstum auch bei uns etwas verlangsamen. Trotzdem wird Basel-Stadt mit ca. 2.8% wieder an der Spitze der Schweizer Kantone erwartet.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie trägt mit ihrem hohen Wertschöpfungswachstum entscheidend zum gesamtschweizerischen Wachstum bei. Für das laufende Jahr wird für diesen Zweig ein Anstieg der Wertschöpfung von 4.9% erwartet. Ursächlich für die gute Gesamtentwicklung der Branche ist unter anderem die Auslandsnachfrage. Beispielsweise bewegten sich die Wachstumsraten bei den Pharmaprodukten im ersten Halbjahr 2007 im zweistelligen Bereich. Von der guten Entwicklung profitiert entsprechend auch die Basler Volkswirtschaft.

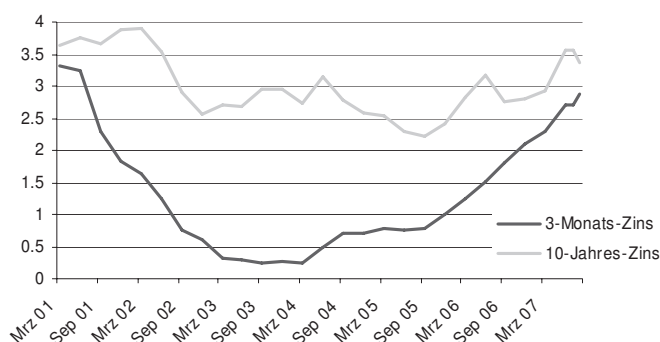
Die Zahl der **Beschäftigten** stieg in diesem Wirtschaftszweig in der Schweiz seit 2004 ununterbrochen an. Die Arbeitslosenquote ist auch in unserem Kanton schon seit einiger Zeit gesunken. Betrug sie im Juli 2004 noch 4.4%, so liegt der Vergleichswert 2007 bei 3.3%. Bei anhaltend guter Konjunktur ist zu hoffen, dass sich diese positive Entwicklung auch im kommenden Jahr weiter fortsetzt. Für die Region Basel wird für dieses Jahr ein Wachstum der Zahl der Erwerbstätigen von 2.2%, für das kommende Jahr von 1% prognostiziert.

Die **Jahresteuierung** dürfte auch in naher Zukunft in Basel-Stadt recht moderat ausfallen. Aktuell beträgt sie 0.5%. In den vergangenen Jahren lag der Basler Index der Konsumentenpreise durchgehend unter der Teuerungsrate der gesamten Schweiz. Diese beträgt zur Zeit 0.7%.

Preisentwicklung (Veränderung in %)



Zinsentwicklung (CH: kurz- und langfristig in %)



Quellen: BAK Basel Economics, Statistisches Amt Basel-Stadt, KOF, seco, SN

2 Der Kanton und die Departemente im Überblick

2.1 Finanzielle Eckwerte

Dank einem überproportionalen Ertragswachstum zeigt das regierungsrätliche Budget für den Kanton Basel-Stadt im Jahr 2008 in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von CHF 221.8 Mio. Bei leicht über dem Vorjahresbudget liegenden Saldo der Investitionsrechnung in der Höhe von CHF 244.6 Mio. und einem Selbstfinanzierungsgrad von 165.9% beträgt der Finanzierungssaldo CHF 199.2 Mio. Die Nettoschulden reduzieren sich ohne Berücksichtigung der PK-Ausfinanzierung um 0.5‰, inkl. PK-Ausfinanzierung liegt sie gemäss Budget 2008 bei 5.9‰. Die nachfolgende Tabelle 1 zeigt die wichtigsten Kennzahlen für das Budget 2008.

Tabelle 1 - Gesamtstaatliche Kennzahlen

in Mio. CHF	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				abs.	%	abs.	%
Ertrag (ohne interne Verrechnungen)	4'104.5	3'866.3	3'979.8	238.2	6.2	124.7	3.1
Aufwand (ohne interne Verrechnungen)	3'882.7	3'812.3	3'792.6	70.4	1.8	90.1	2.4
Saldo Laufende Rechnung	221.8	54.0	187.2	167.8	310.8	34.6	18.5
Ausgaben	268.6	296.9	309.9	-28.3	-9.5	-41.3	-13.3
Einnahmen	37.4	60.5	81.1	-23.1	-38.2	-43.7	-53.9
Nettoinvestitionen	231.2	236.4	228.8	-5.2	-2.2	2.4	1.0
Veränderung Darl. / Bet. Verw. Verm.	13.4	0.0	-2.1	13.4	--	15.5	--
Saldo Investitionsrechnung	244.6	236.4	226.7	8.2	3.5	17.9	7.9
Selbstfinanzierung	443.8	275.6	1'105.0	168.2	61.0	-661.2	-59.8
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	181.4%	116.6%	487.4%				
Finanzierungssaldo ¹⁾	199.2	39.2	878.3	160.0	408.2	-679.1	-77.3
Nettoschulden	2'066.4	2'265.6	2'304.8	-199.2	-8.8	-238.4	-10.3
Netto-Schuldenquote ²⁾	4.1 ‰	4.6 ‰	4.9 ‰				
Nettoschulden inkl. PK-Ausfinanzierung	3'002.4						
Netto-Schuldenquote ²⁾ inkl. PK-Ausfinan.	5.9 ‰						

1) Finanzierungssaldo 2006 inkl. Aufwertung Finanzvermögen

2) Nettoschulden im Verhältnis zum CH-Brutto-Inlandprodukt. BIP-Prognose gemäss BAK.

2.1.1 Laufende Rechnung

In der Laufenden Rechnung wird ein Überschuss von CHF 221.8 Mio. budgetiert. Gegenüber dem Vorjahresbudget bedeutet dies eine Verbesserung von CHF 167.8 Mio. und gegenüber der Rechnung 2006 eine solche von CHF 34.6 Mio.

Die Verbesserung zum Budget 2008 ist das Ergebnis einer Reihe von günstigen und ungünstigen Faktoren, welche in der nachfolgenden Tabelle 2 kurz dargestellt werden.

Tabelle 2 - Wichtigste Veränderungen zwischen Budget 2008 und Budget 2007

in Mio. CHF + günstig / - ungünstig		Veränderung B 08 zu B 07
Entlastungen:	Steuerertrag	166.3
	Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	43.1
	Schuldzinsen ¹⁾	17.9
	NFA netto	12.6
	Reduktion Aufgaben und Leistungen	4.9
Belastungen:	Neues PKG	-36.6
	EURO 08	-8.6
	Erhöhter Bedarf Spitalbereich	-8.6
	Lohnmassnahmen	-6.4
	Schwerpunkte	-5.7
	RV09	-4.3
	Erhöhung Globalbeitrag Universität	-4.1
	Sozialkosten, netto	-1.9
	Saldo übrige Positionen	-0.8
Total Veränderung Saldo Laufende Rechnung gegenüber Budget 2007		167.8

1) ohne Berücksichtigung der PK-Spezialfinanzierung

Ein wesentlicher Teil der verbesserten finanziellen Situation des Kantons ist durch den starken Anstieg der Ertragssteuern bedingt. Alleine die Steuereinnahmen verbessern sich um CHF 166.3 Mio. Durch den Schuldenabbau der letzten Jahre und die niedrigeren durchschnittlichen Zinssätze auf dem restlichen Schuldenbestand reduzieren sich auch die Schuldzinsen. Wie die Erfahrung in den vergangenen Jahren zeigt, sind diese Aufwands- und Ertragsarten aber konjunkturellen Schwankungen unterworfen und damit mit einem gewissen Risiko behaftet.

Die Verbesserung bei den Abschreibungen im Vergleich zum Budget 2007 ist insbesondere auf den Wegfall der Abschreibungen auf (Alt-)Anlagen zurückzuführen, welche im Rahmen der Einführung von SAP vom alten System (FIS) im Jahre 1995 übernommen wurden. Die Auswirkungen der Einführung der NFA führt im Vergleich zum Budget 2007 zu einer Verbesserung von netto CHF 12.6 Mio. Als wiederkehrende Einsparungen im Zusammenhang mit A&L werden weitere CHF 4.9 Mio. budgetiert.

Für die PK-Ausfinanzierung wurde im Budget 2008 eine Summe von CHF 36.6 Mio. budgetiert (vgl. dazu Kapitel 1.2.3). Für die gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft vorgesehene Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel sind CHF 8.6 Mio. budgetiert. Aufgrund der negativen Kosten-, und Ertragsentwicklung im Spitalbereich (u.a. ansteigender medizinischer Bedarf) wurden dem Gesundheitsdepartement rund CHF 8.6 Mio. mehr Mittel für das Budget 2008 zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die systembedingten (Netto-)Mehrkosten im Personalbereich (Saldo aus Stufenanstieg, anderen Lohnerhöhungen wie z.B. interne Beförderungen, sowie Fluktuationen) führen zu Mehrkosten von rund CHF 6.4 Mio.

Im Rahmen der Schwerpunktsetzung hat der Regierungsrat für die Bildung und andere Schwerpunktmassnahmen (z.B. Öffentlicher Verkehr - Ausbau regionaler Verkehr) CHF 5.7 Mio. zusätzlich zur Verfügung gestellt. Gemäss Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die gemeinsame Trägerschaft der Universität ist der Kanton Basel-Stadt verpflichtet, im Jahre 2008 seinen Globalbeitrag an die Universität um CHF 4.1 Mio. zu erhöhen. Ohne Berücksichtigung der Auswirkungen durch die Einführung der NFA wachsen die Sozialkosten im Vergleich zum Vorjahresbudget um CHF 1.9 Mio.

2.1.2 Investitionsrechnung

Der Saldo der Investitionsrechnung liegt mit CHF 244.6 Mio. um CHF 8.2 Mio. (3.5%) über dem Vorjahresbudget. Dieser Zugang ist auf die im Rahmen der Finanzierungsbeiträge zu Gunsten des Projektes "Messezentrum Basel 2012" vorgesehene Aufstockung der Beteiligung an der Messe Basel AG im Umfang von CHF 13.4 Mio. zurückzuführen.

2.1.3 Finanzierungsrechnung

In Anlehnung an das neue Konzept der Schuldenbremse wurde die Definition des Finanzierungssaldos geändert. Ab 2007 zeigt der Finanzierungssaldo exakt die Veränderung der Nettoschulden. In der nachfolgenden Tabelle 3 wurden auch die Werte der Rechnung 2006 der neuen Definition angeglichen.

Während im Vorjahresbudget der Mittelzufluss (Selbstfinanzierung) aus der Laufenden Rechnung noch CHF 275.6 Mio. betrug, wird nun im 2008 eine Erhöhung auf CHF 443.8 Mio. erwartet. Mit diesem Mittelzufluss können die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt im Budget 2008 181.4%. Der verbleibende Finanzierungsüberschuss von CHF 199.2 Mio. bewirkt eine entsprechende Reduktion der Nettoschulden.

Tabelle 3 - Herleitung Finanzierungssaldo

in Mio. CHF + günstig / - ungünstig	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006 ¹⁾	ABWEICHUNGEN	
				zu B07	zu R06
Saldo Laufende Rechnung	221.8	54.0	187.2	167.8	34.6
+ Abschreibung Verwaltungsvermögen	184.0	221.6	250.2	-37.6	-66.2
+/- Veränd. zweckgeb. Eigenkapital ¹⁾	38.0	0.0	667.6	38.0	-629.6
Selbstfinanzierung	443.8	275.6	1'105.0	168.2	-661.2
./. Saldo Investitionsrechnung	-244.6	-236.4	-226.7	-8.2	-17.9
Finanzierungssaldo	199.2	39.2	878.3	160.0	-679.1

¹⁾2006: Inklusive Neubewertungsreserven auf Renditeliegenschaften, 2008: Einlage Spezialfinanzierung PK

2.1.4 Nettoschulden und Schuldenquote

Mit der Einführung der Schuldenbremse im 2006 wurde die Schuldenquote (Nettoschulden des Kantons im Verhältnis zum gesamtschweizerischen Brutto-Inlandprodukt) als wichtige Kenngrösse zur Beurteilung des Finanzhaushalts eingeführt. Gemäss der gesetzlichen Vorgabe, darf die Netto-Schuldenquote maximal 7.5 % betragen. Bei einer höheren Schuldenquote darf der Ordentliche Nettoaufwand nur noch maximal mit der Teuerung wachsen. Mit der für das Jahr 2008 erwarteten Schuldenquote von ca. 4.2 % wird diese Vorgabe eingehalten. Dabei ist allerdings die Ausfinanzierung der PK nicht berücksichtigt. Es ist vorgesehen, die mit der Ausfinanzierung verbundene Spezialfinanzierung mit dem Abschluss 2007 zu eröffnen. Dies wird zu einem deutlich negativen Finanzierungssaldo für das Jahr 2007 führen und die Nettoschulden des Kantons um CHF 936 Mio. höher ausfallen lassen, als dies sonst der Fall wäre (siehe auch Kap. 1.2.3). Gemäss Budget 2008 wird die Netto-Schuldenquote auf 5.9 % ansteigen. Damit besteht immer noch eine Reserve bis zur maximalen Netto-Schuldenquote, die dazu dienen soll, konjunkturelle Schwankungen abzufedern.

2.1.5 Strukturelle Kennzahlen

In Anlehnung an die im 2006 offiziell eingeführte Schuldenbremse wird die Laufende Rechnung des Kantons vom Regierungsrat seit einigen Jahren über den Ordentlichen Nettoaufwand und den Allgemeinen Nettoertrag gesteuert. Der Ordentliche Nettoaufwand stellt den Saldo zwischen dem departementsspezifischen Aufwand und Ertrag dar und zeigt damit die strukturelle Ausgabenentwicklung des Kantons. Der Allgemeine Nettoertrag beinhaltet die nicht zweckgebundenen Einnahmen (primär Steuerertrag und Anteile an Bundeseinnahmen), den Schuldendienst, den Aufwand und Ertrag aus dem Finanzvermögen und - bezüglich Darlehen, Beteiligungen und Renditeliegenschaften - dem Verwaltungsvermögen. Diese Grösse ist stark von konjunkturellen Einflüssen abhängig. Die nachfolgende Tabelle 4 zeigt die Entwicklung dieser Kenngrössen und die Überleitung zum Saldo der Laufenden Rechnung.

Tabelle 4 - Strukturelle Kennzahlen

in Mio. CHF + Ertrag / - Aufwand	Budget 2008			Budget 2007		Rechnung 2006	Abw.		Abw.	
	Aufwand	Ertrag	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	zu Budget 07		zu Rechnung 06	
								%	%	%
Allgemeiner Nettoertrag	-265.6	2'807.6	2'542.1	2'431.5	2'512.2	110.6	4.5		29.8	1.2
Ordentlicher Nettoaufwand	-3'443.9	1'296.0	-2'147.9	-2'167.6	-2'087.2	19.7	0.9		-60.7	-2.9
(ohne interne Verrechnungen)										
Abschreibungen	-184.0	0.0	-184.0	-221.6	-250.2	37.6	16.9		66.2	26.4
Eliminationen	10.8	0.8	11.7	11.7	12.4					
Laufende Rechnung	-3'882.7	4'104.5	221.8	54.0	187.2	167.8			34.6	

Der Allgemeine Nettoertrag (ANE) wächst im Vergleich zum Vorjahresbudget um 4.5%. Der ordentliche Nettoaufwand verbessert sich im Vergleich zum Vorjahr um 0.9%. Dies ist hauptsächlich auf die im Zusammenhang mit der Einführung der NFA anfallenden Verschiebungen zwischen dem ONA und dem ANE zurückzuführen. Unter Berücksichtigung der tieferen Abschreibungen führen diese günstigen Wachstumsdifferenzen zu einer entsprechenden Verbesserung des Saldos der Laufenden Rechnung.

Unter Ausklammerung der Sonderfaktoren (v.a. NFA) und einmaligen Ausgaben 2008 (z.B. EURO 2008) zeigt der ONA einen Mehraufwand von 1.7%, der ANE ein Ertragswachstum von 7.1%.

Die Entwicklung des Ordentlichen Nettoaufwandes der Departemente ist in Kapitel 2.2 abgebildet.

2.2 Inhaltliche Akzente und Finanzen der Gesamtdepartemente

2.2.1 Baudepartement

Inhaltliche Akzente

Das Baudepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung, Baubewilligung und Bauaufsicht, Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum, Versorgung und Entsorgung, Umwelt und Energie sowie teilweise für das Ressourcenfeld Zentrale Bau- und Raumdienste. In den drei Schwerpunkten des Politikplans stehen für das Budgetjahr 2008 folgende Inhalte im Vordergrund.

Nordtangente im St. Johann

Nachdem 2007 die Stammlinie durchgehend in beiden Fahrtrichtungen eröffnet werden konnte, fokussieren sich die Arbeiten auf den Anschluss Luzernerring, welcher Mitte 2008 eröffnet wird.

Stadtentwicklung Basel-Nord

Mit diesem Projekt wird beabsichtigt, die Standortattraktivität von Basel-Nord von Gross- und Kleinbasel für Bevölkerung und Wirtschaft zu stärken. Die Reparatur der Oberfläche der Nordtangentenbaustelle schreitet weiter voran und das Bauprojekt „Volta Mitte“ wird realisiert. Auf dem Areal Erlenmatt wird der Bau des „Erlentors“ (Baufeld B) weitergeführt und damit eine erste Tranche von 220 Wohnungen realisiert. Die Tramverlängerung nach Weil am Rhein und die Anpassungen im Quartier Kleinhüningen sind ebenfalls 2008 budgetwirksam.

Novartis Campus Plus

Der Fokus liegt 2008 auf der Gestaltung der Rheinuferpromenade und dem Neubau am Brückenkopf. Auch wenn im Budgetjahr noch nicht gebaut werden wird, werden doch die meisten relevanten Planungen weitergeführt und abgeschlossen.

Innenstadt – Qualität im Zentrum

Die Basler Innenstadt übernimmt für die Region wichtige Funktionen: Sie bildet den Kern städtischen Lebens, ist mit dem öffentlichen Verkehr bestens erschlossen, dient als Treffpunkt und als Erlebnis- und Freizeitraum, bietet hochwertigen Wohnraum, ist Anziehungspunkt für Touristinnen und Touristen und trägt zentrale Versorgungsfunktionen. Diese Funktionsvielfalt soll weiterentwickelt und aufeinander abgestimmt werden. Die Weiterentwicklung des Projekts „Innenstadt – Qualität im Zentrum“ im Jahr 2008 hängt vom Entscheid des Grossen Rates im Jahr 2007 ab.

Basel auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft

Basel-Stadt soll im Bereich Energie- und Ressourcenverbrauch eine Vorbildfunktion einnehmen, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Die Forschung in den Bereichen Energie- und Ressourceneffizienz an der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz wird gestärkt. Basel-Stadt soll für Unternehmen, die im Bereich Energieeffizienz und Ressourcenschonung Produkte und Dienstleistungen anbieten, ein attraktiver Standort sein. 2008 wird unter anderem eine Analyse über den Energieverbrauch erstellt und darauf aufbauend dem Regierungsrat eine Absenkstrategie unterbreitet werden.

Neubau Universitätskinderspital

Für das bikantonale Neubauprojekt Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB erfolgt 2008 der eigentliche Start auf der Baustelle. Nach reibungslosem Rückbau des ehemaligen Frauenspitals ist geplant, 2008 den Rohbau bis in das dritte Obergeschoss hochzuziehen. Im Frühjahr 2009 erfolgt die Fertigstellung des Rohbaus. Die Bauvollendung ist auf Herbst 2010 geplant.

Personal

Personalplafonds (Vollzeitstellen, Soll)		Headcount (Vollzeitstellen, Ist)	
2008	2007	2006	2005
868	867	839	877

Finanzen

Kostenart (in TCHF)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%
30 Personalaufwand	105'120.1	105'721.0	104'382.6	-601.0	-0.6
31 Sachaufwand	68'417.8	60'948.2	60'879.0	7'469.6	12.3 1
32 Passivzinsen	2'400.0	2'991.0	3'567.7	-591.0	-19.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	84.3	59.0	132.1	25.3	42.9
36 Eigene Beiträge	10'391.5	10'301.5	9'939.9	90.0	0.9
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	23'140.0	21'049.0	25'416.3	2'091.0	9.9 2
TOTAL Aufwand	209'553.7	201'069.8	204'317.7	8'483.9	4.2
42 Vermögensertrag	-2'020.3	-1'909.7	-914.3	-110.6	-5.8
43 Entgelte	-153'068.2	-145'294.4	-148'672.0	-7'773.8	-5.4 3
46 Beiträge für Eigene Rechnung	-7'649.0	-11'555.5	-11'139.0	3'906.5	33.8
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-1'324.5	-1'442.0	-5'135.1	117.5	8.1
TOTAL Ertrag	-164'061.9	-160'201.6	-165'860.4	-3'860.3	-2.4
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	45'491.7	40'868.1	38'457.3	4'623.6	11.3
<i>davon Aufgabenfelder:</i>					
1.1 Raumplanung	5'940.7	5'809.9	5'578.1	130.8	2.3
1.2 Baubewilligungen u. Bauaufsicht	934.7	1'027.6	339.7	-92.9	-9.0
1.3 Anlagen/Bauten im öffentl. Raum	50'281.0	49'154.3	72'488.7	1'126.7	2.3
1.4 Versorgung und Entsorgung	-38'959.0	-40'605.2	-44'388.7	1'646.3	4.1
1.5 Umwelt und Energie	3'802.1	3'334.4	2'664.3	467.7	14.0
7.2 Rechtssprechung	265.6	256.6	223.3	9.0	3.5
8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste	12'630.1	11'914.6	11'625.6	715.5	6.0
8.7 Führung und Führungsunterstützung	10'596.5	9'975.9	9'963.0	620.5	6.2
Investitionen > TCHF 300, Ausgaben	72'260.0	94'686.0	146'670.6	-22'426.0	-23.7
Investitionen > TCHF 300, Einnahmen	-24'260.0	-46'686.0	-66'167.7	22'426.0	48.0
Investitionen > TCHF 300, netto	48'000.0	48'000.0	80'502.9	0.0	0.0

Abweichungsbegründungen/Erläuterungen:

- Die Mehrkosten im Sachaufwand setzen sich zusammen aus den neu budgetierten internen Mieten, der Verrechnung der Finanzdienstleistungen an die Dienststellen durch die Zentralisierung des Finanz- und Rechnungswesens und der Verrechnung von Dienstleistungen in der Stadtgärtnerei aus der Produktgruppe Stadtgrün an die Produktgruppe Bestattungen. Da der Grossteil dieses Mehraufwandes aus internen Verrechnungen stammt, stehen diesen Kosten auch Erträge in gleicher Höhe gegenüber.
- Die Einlagen in die Spezialfinanzierung nehmen um die Verbesserung der Anlagenrechnung der Kehrichtverwertungsanlage (KVA) und der Erhöhung der Beiträge aus dem Programm "Energie Schweiz" für den Kanton Basel-Stadt zu.
- Der Ertrag aus Entgelten erhöht sich im Departementssekretariat infolge Verrechnung der Finanzdienstleistungen an die Dienststellen und in der Stadtgärtnerei durch die Verrechnung von Dienstleistungen aus der Produktgruppe Stadtgrün an die Produktgruppe Bestattungen. Die Mindereinnahmen bei den Beiträgen für eigene Rechnung fallen vorwiegend im Tiefbauamt an und resultieren aus der Übergabe von Aufgaben im Bereich Nationalstrassen an die neue Trägerschaft des Bundes und der Reduktion des Ertrags aus der Mineralölsteuer (Benzinzoll) im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich (NFA).

2.2.2 Erziehungsdepartement

Inhaltliche Akzente

Das Erziehungsdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Volksschulbildung, Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung, Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung, Kulturförderung und -pflege, Sport- und Bewegungsförderung, Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe, Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit sowie für das Ressourcenfeld Zentrale Materialdienste. Im Vordergrund für das Budgetjahr 2008 stehen folgende Themen:

Bildungsraum Nordwestschweiz - Grundsatzentscheidungen zur Schulstruktur:

Die Regierungen der vier Kantone der Nordwestschweiz haben die Absicht, einen gemeinsamen Bildungsraum zu gestalten und die Zusammenarbeit in einem Staatsvertrag zu regeln. Über die Umsetzung der nationalen Harmonisierungsvorgaben hinaus soll ein möglichst einheitliches Schulsystem entstehen mit einer Primarstufe von acht Jahren einschliesslich Eingangsstufe, einer dreijährigen Sekundarstufe und einem Gymnasium von vier Jahren. Besonderes Gewicht erhalten das Begabungsförderungsprogramm mit der Möglichkeit zur Beschleunigung und zur Bereicherung der Schullaufbahn, die Standardisierung der Schulübertritte und des Volksschulabschlusses und die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen. Die Forschungsabteilung der Pädagogischen Hochschule erhält den Auftrag, Vorschläge zur Gestaltung einer künftigen Lernorganisation zu erarbeiten. Nach Abschluss der vierkantonalen Konsultation zur Absichtserklärung werden die vier Regierungen entscheiden, ob ein Staatsvertrag anzustreben ist. Analog zum Staatsvertrag wäre auf kantonaler Ebene eine entsprechende Schulgesetzrevision auszuarbeiten. Beide Dokumente würden 2008 in eine Vernehmlassung gehen, sodass 2009 entschieden werden könnte.

Entwicklungsplan für die Sekundarstufe II

In Analogie zum Entwicklungsplan für die Volksschule soll ein Entwicklungsplan für die Sekundarstufe II erarbeitet werden, der die Entwicklung der Inhalte, Strukturen und Steuerungsinstrumente für die Gymnasien, die Fachmaturitäts- und Wirtschaftsmittelschule, die Berufsfachschulen und die Schule für Brückeangebote darstellen soll. Der Bericht geht 2008 in die Vernehmlassung.

Klärung von Raumfragen an der Universität Basel und Komplettierung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Nach der erfolgreichen Volksabstimmung im Kanton Basel-Landschaft vom März 2007 ist der Staatsvertrag BS/BL über die gemeinsame Trägerschaft rückwirkend auf den 1.1.2007 in Kraft getreten. In der nun laufenden Leistungsperiode 2007 - 2009 steht die Vorbereitung und Umsetzung der universitären Raumstrategie im Vordergrund.

Ab dem Jahr 2008 wird der Hochschulbereich der Musik-Akademie der Stadt Basel (Musikhochschule und Schola Cantorum Basiliensis) in die FHNW integriert.

EURO 2008

Im Juni 2008 finden sechs Spiele der UEFA EURO 2008 in Basel statt. Die Vorbereitungsarbeiten werden in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft bis dahin abgeschlossen. Für den reibungslosen Ablauf der Spiele sind Massnahmen in den Bereichen Sicherheit, Verkehr und Infrastruktur notwendig. Um die weltweite Plattform der EURO 2008 optimal zu nutzen und die Bevölkerung der Region bestmöglich daran partizipieren zu lassen, werden zudem diverse Rahmenveranstaltungen wie beispielsweise Fanzonen mit Grossleinwänden organisiert. Weiter werden die touristischen Angebote qualitativ und quantitativ ausgebaut. Die Kampagne "Basel. Mehr als 90 Minuten." soll die Region über den Fussball hinaus bekannt machen.

Neue Organisationsstruktur für das Erziehungsdepartement

Im Rahmen der Verwaltungsreorganisation (RV09), welche durch die in der Kantonsverfassung festgelegte Schaffung eines Präsidialdepartements eine Neugliederung von Aufgaben sowie Verschiebungen von Dienststellen zwischen den Departementen erfordert, wird das Erziehungsdepartement reorganisiert. Es soll ab 2009 in drei Geschäftsbereiche gegliedert werden: „Bildung“, „Kinder/Jugendliche/Familien“ und „Zentralservices“, wo die Querschnittsfunktionen zusammengefasst sind. Auf der Basis dieser Grobstruktur wird die Weiterbearbeitung erfolgen. Bis im Herbst 2007 soll die Organisation bis zur Ebene der einzelnen Dienststellen definiert sein. Im Jahr 2008 wird die Feinstruktur festgelegt und die Umsetzung vorbereitet.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Derzeit laufen letzte intensive Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf das Inkrafttreten der NFA ab 1.1.2008. Die Finanzflüsse sind mehrheitlich definiert und die Anpassung der Gesetzgebung in einzelnen Sachbereichen sind oder werden noch in die Wege geleitet. Im Budgetjahr 2008 müssen nun erste Erfahrungen mit der neuen Steuerung gesammelt werden.

Personal

Personalplafonds (Vollzeitstellen, Soll)		Headcount (Vollzeitstellen, Ist)	
2008	2007	2006	2005
3'258	3'178	3'230	3'256

Finanzen

Kostenart (in TCHF)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%
30 Personalaufwand	505'353.3	494'342.4	498'602.7	11'010.9	2.2 1
31 Sachaufwand	186'614.0	95'997.1	94'637.8	90'616.9	94.4 2
32 Passivzinsen	4.0	6.0	2.9	-2.0	-33.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0	0	63.7	0.0	-
36 Eigene Beiträge	480'391.9	391'447.4	341'294.2	88'944.5	22.7 3
TOTAL Aufwand	1'172'363.2	981'792.9	934'601.2	190'570.3	19.4
42 Vermögensertrag	-728.5	-676.9	-498.3	-51.6	-7.6
43 Entgelte	-52'395.5	-49'432.0	-54'738.5	-2'963.4	-6.0 4
46 Beiträge für Eigene Rechnung	-93'166.0	-80'516.7	-82'535.7	-12'649.2	-15.7 5
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0	-23.0	-239.0	23.0	100.0
TOTAL Ertrag	-146'289.9	-130'648.7	-138'011.5	-15'641.2	-12.0
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	1'026'073.3	851'144.2	796'589.8	174'929.1	20.6
<i>davon Aufgabenfelder:</i>					
2.1 Volksschulbildung	312'079.5	261'288.5	261'400.3	50'791.1	19.4
2.2 Weiterführende Schulbildung	174'071.3	143'178.1	138'554.8	30'893.1	21.6
2.3 Bildung auf Tertiärstufe	227'906.8	227'385.7	172'738.0	521.1	0.2
2.4 Kulturförderung und -pflege	112'191.4	101'592.5	105'230.7	10'598.9	10.4
2.5 Sport- und Bewegungsförderung	24'082.6	10'425.9	12'100.8	13'656.7	131.0
2.6 Stationäre Jugend- und Behindertenh.	135'750.0	70'181.4	71'951.1	65'568.6	93.4
2.7 Tagesbetreuung und Quartierarbeit	28'308.0	26'315.3	24'976.2	1'992.7	7.6
8.6 Zentrale Materialdienste	1'275.5	1'224.7	832.2	50.8	4.1
8.7 Führung und Führungsunterstützung	10'408.1	9'552.1	8'916.9	856.1	9.0
Investitionen > TCHF 300, Ausgaben	5'020.0	7'000.0	16'438.1	-1'980.0	-28.3
Investitionen > TCHF 300, Einnahmen	-20.0	0	-247.1	-20.0	-
Investitionen > TCHF 300, netto	5'000.0	7'000.0	16'191.0	-2'000.0	-28.6

Abweichungsbegründungen/Erläuterungen:

- 1 Von der Abweichung gehen TCHF 3'300 auf das staatsweite Wachstum der Personalkosten (Teuerung, Kinderzulagen, Stufenanstieg abzüglich wegfallende PK-Einkäufe) zurück. Weitere Mehraufwände fallen für den Ausgleich der Lektionenmehrkosten (TCHF 1'000), die Anpassung der Budgets der Heilp. Schulen/Kindergärten als auch für das Sonderschulheim zur Hoffnung (TCHF 1'600) und die Zunahme der Schülerzahlen im Berufsschulbereich (TCHF 1'100) an. Zudem wurden für die Schwerpunktmassnahmen im Schulbereich TCHF 1'300 eingestellt. Der Rest entfällt auf div. Positionen (Aufhebung A&L-Sparmassnahme bei den Anerkennungsprämien, EURO 08, GAP/DST 210 etc.).
- 2 Die Mietaufwendungen nehmen wegen den neu verrechneten internen Mieten um TCHF 72'900 zu. Den TCHF 15'674 Mehrausgaben für die EURO 2008 stehen Mehreinnahmen von TCHF 8'066 gegenüber, sodass sich der Nettomehraufwand auf TCHF 7'608 beläuft. Weiter führen höhere Wasser- und Energiegebühren sowie Unterhaltskosten (TCHF 1'700) und die Schwerpunktmassnahmen im Schulbereich (TCHF 800) zu Mehrkosten.
- 3 Im Ressort Dienste (ED-295) fallen einerseits Mehrkosten von TCHF 92'945 (NFA Behindertenbereich TCHF 56'800, NFA Sonderschulbereich TCHF 23'100, Einzelposten Behinderten- und Tagesbetreuungsbereich TCHF 4'240, Subventionen Behindertenhilfe TCHF 1'158, Rest durch Einnahmen gedeckt) an. Andererseits führt die Integration der Musikhochschule und der Schola Cantorum in die FHNW zu einer Entlastung (ED-271 TCHF -8'507).
- 4 Von den Mehreinnahmen betreffen TCHF 1'600 die EURO 2008. Weiter steigen die Schulgeldeinnahmen (TCHF 500), der Verkaufsertrag (TCHF 900), die Rückerstattungen (TCHF 700) an, während sich die Benützungsgebühren (TCHF 400) und übrigen Entgelte (TCHF 400) leicht reduzieren.
- 5 Von den Mehreinnahmen betreffen TCHF 6'466 die EURO 2008 und TCHF 7'300 die Systemumstellung im Ressort Dienste wegen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Ansonsten reduzieren sich die Beiträge für Eigene Rechnung um TCHF 1'100.

2.2.3 Finanzdepartement

Inhaltliche Akzente

Das Finanzdepartement ist das eigentliche Querschnitts- oder Ressourcendepartement der Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst und die Zentrale Informatikdienststelle. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung, die Finanzverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

Im Jahre 2008 stehen im Finanzdepartement folgende grössere Vorhaben im Vordergrund:

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Am 1. Januar 2008 wird die NFA in Kraft treten. Das Finanzdepartement wird überprüfen, ob die durch die NFA bedingten Be- und Entlastungen wie geplant eintreten und diese Auswirkungen aus Sicht des Kantons Basel-Stadt analysieren. Im Hinblick auf den Wirksamkeitsbericht des Bundes zur NFA gilt es vor allem die nach wie vor ungenügende Abgeltung für sozio-demografische Sonderlasten zu belegen und in diesen Wirksamkeitsbericht einfließen zu lassen.

Steuerreform

Im Rahmen der Behandlung der Steuerinitiativen der Basler CVP "Für den Abzug der Krankenkassenbeiträge am steuerbaren Einkommen" und der Basler SVP "Zur Reduktion der Steuerbelastungen im Kanton Basel-Stadt" sowie verschiedener Motionen und Anträge ist eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Steuergesetzes ausgearbeitet worden. Ziel dieser Gesetzesvorlage ist es, die Attraktivität des Kantons als Wohnort und Wirtschaftsstandort zu erhöhen und seine Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dieses ausgewogene Steuerpaket soll den beiden Initiativen als Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Je nach Aufnahme im Grossen Rat und bei den politischen Parteien ist die Anwendung der Steuerreform schon ab 2008 möglich, was entsprechende Umsetzungsarbeiten mit sich bringen würde.

Partnerschaftsverhandlungen

Die seit Mitte 2004 unter Federführung der beiden Finanzdepartemente laufenden Partnerschaftsverhandlungen BL/BS kommen weiterhin gut voran. Nach Abschluss des Projektes der gemeinsamen Trägerschaft für die Universität wurden inzwischen zwei neue Teilprojekte gestartet. Teilprojekt 6: Zusammenlegen von Dienststellen: In diesem Teilprojekt geht es darum, allgemeine Grundlagen und Kriterien für die Prüfung möglicher Zusammenlegungen von Dienststellen zu erarbeiten. Teilprojekt 7: Konkretisierung Leistungseinkauf: In diesem Teilprojekt soll die Anwendung der in den geltenden Standards BL/BS formulierten finanziellen Grundsätze und Kriterien für den Leistungseinkauf konkretisiert und die Kommentare in den Standards BL/BS für den Leistungseinkauf entsprechend ergänzt werden. In beiden neuen Projekten werden die Ergebnisse anhand konkreter Beispiele plausibilisiert.

Stadtwohnen

Der Politikschwerpunkt Stadtwohnen hat zum Ziel, das Stadtwohnen in Basel zu fördern und ein vielfältiges, modernes und attraktives Wohnangebot zu schaffen. Die Federführung liegt bei der Geschäftsstelle Logis Bäle im Baudepartement und das Finanzdepartement ist durch Immobilien Basel-Stadt in die interdepartementale Projektleitung eingebunden. Die Wohnpolitik soll durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens unterstützt werden. Im 2007 wurde dafür ein Konzept erarbeitet, das die Stossrichtungen definiert. Die staatlichen Massnahmen sollen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen berücksichtigen und dort einsetzen, wo der Immobilienmarkt die wohnpolitischen Interessen des Kantons zuwenig wahrnimmt. Einzelne Wohnviertel sollen mittels Investitionen in den Bestand, Neubauten und Aktivierung von Nutzungsreserven differenziert entwickelt werden. Das Stadtwohnen soll für verschiedene Wohnsegmente gefördert werden (gehobene Wohnansprüche, urbanes Wohnen im mittleren Segment, Genossenschaften für Familienwohnungsbau). Ein wichtiges Projekt ist die Sanierung der Wohnsiedlung Bäumlihof, die attraktive Stadtwohnungen zu attraktiven Mietpreisen anbietet.

Personal

Personalplafonds (Vollzeitstellen, Soll)		Headcount (Vollzeitstellen, Ist)	
2008	2007	2006	2005
448	471	449	451

Finanzen

Kostenart (in TCHF)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%
30 Personalaufwand	61'569.6	60'717.8	58'832.0	851.8	1.4 1
31 Sachaufwand	26'131.3	25'242.6	23'379.4	888.8	3.5 2
TOTAL Aufwand	87'700.9	85'960.4	82'211.4	1'740.6	2.0
42 Vermögensertrag	-22.0	-22.0	-25.4	0.0	0.0
43 Entgelte	-30'974.0	-29'784.0	-31'696.8	-1'190.0	-4.0 3
46 Beiträge für Eigene Rechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	-
TOTAL Ertrag	-30'996.0	-29'806.0	-31'722.2	-1'190.0	-4.0
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	56'704.9	56'154.3	50'489.2	550.6	1.0
<i>davon Aufgabenfelder:</i>					
7.2 Rechtssprechung	211.5	284.5	116.2	-73.0	-25.7
8.1 Steuererhebung	30'341.2	29'015.5	28'091.8	1'325.7	4.6
8.2 Zentrale Finanzdienste	4'371.9	3'115.3	1'492.6	1'256.6	40.3
8.3 Zentrale Personaldienste	6'379.7	5'917.7	4'931.4	462.0	7.8
8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste	861.4	1'356.4	980.8	-495.0	-36.5
8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste	11'305.5	10'779.2	9'344.9	526.3	4.9
8.7 Führung und Führungsunterstützung	3'233.6	5'685.7	5'533.2	-2'452.1	-43.1
Investitionen > TCHF 300, Ausgaben	30'500.0	43'500.0	6'359.2	-13'000.0	-29.9
Investitionen > TCHF 300, Einnahmen	-3'600.0	-300.0	0.0	-3'300.0	-1'100.0
Investitionen > TCHF 300, netto	26'900.0	43'200.0	6'359.2	-16'300.0	-37.7

Abweichungsbegründungen/Erläuterungen:

- Die Erhöhung des Personalaufwands ist neben den allgemeinen Lohnmassnahmen vor allem auf Projekte und neue Aufgaben in den Bereichen Raumdienste, Personalentwicklung/Laufbahn und Funktionsbewertung/Systempflege zurückzuführen. Dagegen entfällt der Personalaufwand im Bereich Vermögensverwaltung, der mit dem Weggang des Mandats Hypotheken PK verbunden ist.
- Die Erhöhung des Sachaufwands ist zu einem grösseren Teil auf Mehraufwände im Zusammenhang mit den Aufgaben für die PK im Bereich Immobilien verbunden, denen aber auch höhere Erträge gegenüberstehen. Daneben wirkt sich 2008 der geplante Releasewechsel SAP aus (TCHF 200). Aufwandmindernd fallen die niedrigeren zentralen Telefoniekosten aus.
- Im Bereich Inkasso-/Bezugsgebühren wird ein um TCHF 1'000 höherer Ertrag erwartet. Dagegen entfallen Einnahmen im Bereich Vermögensverwaltung, Mandat Hypotheken PK.

2.2.4 Gesundheitsdepartement

Inhaltliche Akzente

Das Gesundheitsdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Gesundheitsschutz (Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin sowie Betrieb des Schlachthofes), Gesundheitsdienste (Kantonsärztlicher Dienst, Heilmittelwesen, Sucht und Gesundheitsförderung und Prävention), Gesundheitsversorgung (staatliche Spitäler mit ambulanter und stationärer Versorgung, öffentliche Zahnkliniken, Langzeitpflege, Planung und Leistungseinkauf) und klinische Lehre und Forschung. Für das Budgetjahr 2008 stehen folgende Themen im Vordergrund:

Gesundheitspolitik

Die nationale gesundheitspolitische Entwicklung in den Bereichen hochspezialisierte Medizin und Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) sowie SwissDRG (Fallkostenpauschalen) bedingt eine Intensivierung der regionalen und nationalen Zusammenarbeit. So soll neben der inhaltlich wie auch flächenmässig zu erweiternden regionalen Spitalplanung in Richtung eines Gesundheitsraums Nordwestschweiz auch die Kooperation Medizin Basel-Bern dazu führen, dass die Zentrumsfunktion des Universitätsspitals Basel regional und national gestärkt wird.

Schwerpunktprogramm Gesundheitsförderung

Gemäss dem Gesundheitsbericht Basel-Stadt 2005 besteht unter anderem in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Suchtmittelkonsum (v.a. Tabak und Alkohol) und psychische Gesundheit Handlungsbedarf. Mit dem Schwerpunktprogramm "Gesundes Körpergewicht" konnte anfangs 2007 ein erstes nachhaltig angelegtes Programm gestartet werden.

Alters- und Seniorenpolitik

Die heute bekannten demographischen und gesellschaftlichen Realitäten (längere Lebenserwartung bei gleichzeitiger besserer gesundheitlicher Versorgung, Verbesserung der Mobilität) erfordern seit einigen Jahren eine Ergänzung der seit 2001 verfolgten Alterspolitik des Kantons. 2007 wurden neue "Leitlinien der Seniorenpolitik" erarbeitet, die bestehenden "Leitlinien der Alterspflegepolitik" aktualisiert und für beide Bereiche gültige "Allgemeine Leitlinien der Alterspolitik" formuliert.

Konsumentenschutz

Der Bereich Gesundheitsschutz soll zu einem modernen, dienstleistungsorientierten Zentrum für Konsumentenschutz werden. Ziel ist, die Koordination und auch Zusammenarbeit auf bikantonalen, regionaler, gesamtschweizerischer und grenzregionaler Ebene im Sinne der Synergiefindung und gegenseitigen Abstimmung sicherzustellen. Gegenwärtig wird überprüft, ob das Laboratorium ganz oder teilweise mit dem Labor des Kantons Basel-Landschaft an einem gemeinsamen Standort zusammengeführt werden kann.

Neubau Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)

Auf der Grundlage des detaillierten Kostenvoranschlags konnten ab Mai 2007 die Ausschreibungen für die Vergabearbeiten vorgenommen werden. Der Rückbau des Areals läuft. Der effektive Baubeginn des neuen UKBB wurde auf November 2007 terminiert. Die Fertigstellung des Neubaus ist im Jahre 2010 vorgesehen.

Strategische Raumplanung des Universitätsspitals

Um einerseits die bevorstehenden Sanierungsmassnahmen für das Klinikum 2, OP-Ost sowie die Pathologie und andererseits den nachgewiesenen Erweiterungsbedarf des USB in einem geordneten und planbaren Rahmen vollziehen zu können, sind die Erkenntnisse der strategischen Raumplanung in einen "Masterplan" zu bringen und mit der Universität Basel abzugleichen. Die Sanierung des OP-Ost und die räumliche Integration der Augenklinik werden separat behandelt und aufgrund der Dringlichkeit vorgezogen.

Gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie BS/BL auf dem Areal des Bethesda-Spitals

Der Kanton Basel-Landschaft und der Kanton Basel-Stadt planen und konzipieren mit dem Diakonot Bethesda die Errichtung eines gemeinsamen geriatrischen Kompetenzzentrums auf dem Areal des Bethesda-Spitals mit einer Kapazität von rund 300 Betten, basierend auf einem von beiden Kantonen zu erarbeitenden Leistungsauftrag.

Positionierung der Forensischen Abteilung als schweizweites Kompetenzzentrum

Mit einem Ausbau des stationären Angebotes für die forensisch-psychiatrische Begutachtung von psychisch schwerstkranken Straftätern und des zugehörigen Personals der forensischen Abteilung soll das überregionale Kompetenzzentrum schweizweit positioniert und dem Ruf nach Schaffung zusätzlicher Therapieangebote von Seiten der Behörden und Gerichte Rechnung getragen werden.

Personal

Personalplafonds (Vollzeitstellen, Soll)		Headcount (Vollzeitstellen, Ist)	
2008	2007	2006	2005
4'947	4'925	4'949	4'956

Finanzen

Kostenart (in TCHF)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%
30 Personalaufwand	642'309.0	635'913.7	635'299.3	6'395.3	1.0 1
31 Sachaufwand	303'365.7	252'071.0	251'503.2	51'294.7	20.3 2
32 Passivzinsen	904.1	929.3	924.4	-25.3	-2.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'557.3	940.0	2'463.9	617.3	65.7 3
36 Eigene Beiträge	186'897.9	244'114.4	180'152.4	-57'216.5	-23.4 4
TOTAL Aufwand	1'135'033.9	1'133'968.4	1'070'343.2	1'065.5	0.1
40 Steuern	-620.0	-620.0	-643.3	0.0	0.0
42 Vermögensertrag	-1'938.0	-1'814.7	-2'125.3	-123.3	-6.8
43 Entgelte	-599'314.7	-594'308.6	-581'704.0	-5'006.1	-0.8
46 Beiträge für Eigene Rechnung	-71'768.6	-136'300.1	-54'501.0	64'531.5	47.3 4
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-
TOTAL Ertrag	-673'641.3	-733'043.4	-638'973.6	59'402.1	8.1
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	461'392.6	400'925.0	431'369.5	60'467.6	15.1
<i>davon Aufgabenfelder:</i>					
5.1 Gesundheitsschutz	9'916.5	8'833.4	8'338.6	1'083.0	12.3
5.2 Gesundheitsdienste	22'957.0	22'557.0	21'507.7	400.0	1.8
5.3 Gesundheitsversorgung	375'989.5	323'269.9	330'196.9	52'719.6	16.3
5.4 Klinische Lehre und Forschung	46'324.2	40'055.4	64'076.7	6'268.8	15.7
7.2 Rechtssprechung	555.8	524.2	498.4	31.6	6.0
8.7 Führung und Führungsunterstützung	5'649.6	5'685.1	4'610.9	-35.5	-0.6
Investitionen > TCHF 300, Ausgaben	31'000.0	35'000.0	35'594.6	-4'000.0	-11.4
Investitionen > TCHF 300, Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	-
Investitionen > TCHF 300, netto	31'000.0	35'000.0	35'594.6	-4'000.0	-11.4

Abweichungsbegründungen/Erläuterungen:

- 1 Teuerung, Erhöhung der Kinderzulagen und Stufenanstieg führen zu einer Erhöhung der Lohnsumme um TCHF 5'900. Der Aufwand reduziert sich um TCHF 3'800 aufgrund des Wegfalls der PK-Einkäufe. Für die Übernahme der Praktikumsentschädigungen für Studierende der Höheren Fachschule Gesundheit (HF) und Fachangestellte Gesundheit (FAGE) sowie der dafür notwendigen Administration müssen neu TCHF 1'800 eingesetzt werden. Die Eröffnung der zweiten forensischen Abteilung in den Universitären Psychiatrischen Kliniken verursacht Mehrkosten in Höhe von ca. TCHF 1'600, welche jedoch durch Mehrerträge kompensiert werden
- 2 Neu sind in dieser Position TCHF 43'000 für interne Mieten enthalten. Rund TCHF 8'000 mehr müssen zusätzlich für den medizinischen Bedarf in den Spitälern eingesetzt werden. Es handelt sich hierbei um Medikamente, Verbandsmaterial, Implantate, etc. Ebenfalls wird mit höheren Energie- sowie Sachversicherungskosten gerechnet.
- 3 Die Debitorenverluste aus Patientenrechnungen werden im Universitätsspital um TCHF 600 höher als im Vorjahr budgetiert. Das Vorjahresbudget war zu tief angesetzt und entsprach nicht der in den letzten Jahren festgestellten Entwicklung. Verstärkt ins Gewicht fallen die vermehrte Beanspruchung der Notfallabteilungen der Spitäler und die abnehmende Zahlungsmoral der behandelten Patienten.
- 4 Die von der Universität geleisteten Zahlungen für die Abgeltung der Lehre und Forschung in den Spitälern waren in 2007 brutto budgetiert worden. Die Zahlung wurden als durchlaufende Beiträge im Bereich Gesundheitsversorgung zusätzlich budgetiert. Diese Abgeltungen gehen ab 2008 direkt von der Universität an die Spitäler. Entsprechend tiefer sind der Aufwand auf Pos. 36 und der Ertrag auf Pos. 46 budgetiert. Aufgrund des Neuen Finanzausgleiches (NFA) nehmen die Beiträge auf Position 36 im Bereich Betagtenhilfe ab 2008 um ca. TCHF 7'600 zu.

2.2.5 Justizdepartement

Inhaltliche Akzente

Das Justizdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Rechts- und Registerwesen, Vormundschaftswesen, Strafverfolgung und -vollzug, Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Aussenbeziehungen sowie für den Betrieb der Telefondienste im Ressourcenfeld Informatik und Telefondienste.

Im Vordergrund für das Budgetjahr 2008 stehen unter anderem folgende Themen:

Regierungs- und Verwaltungsreorganisation (RV09)

Die Reorganisation der Verwaltung wird per 1. Januar 2009 wirksam. Das Justizdepartement ist dabei in verschiedener Hinsicht gefordert: Es hat die Leitung des Gesamtprojektes inne. Gleichzeitig zeichnet das Justizdepartement im Auftrag des Regierungsrates für den Aufbau des neuen Präsidentialdepartements verantwortlich. Schliesslich werden sämtliche Aufgaben und Dienststellen des Justizdepartements auf andere Departemente überführt. Diese Übertragung gilt es mit den übernehmenden Departementen im 2008 vorzubereiten, damit der Übergang möglichst reibungslos erfolgen kann.

Umsetzung der neuen Kantonsverfassung

Das Justizdepartement ist mit der Koordination der gesetzlichen Umsetzung der neuen Kantonsverfassung betraut. Als letzte zwingende Gesetzesänderung soll dem Grossen Rat anfangs 2008 eine Gesetzesvorlage zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips unterbreitet werden. Die gesetzlichen Regelungen werden mit denjenigen des Datenschutzes in einem Datenschutz- und Informationsgesetz zusammengefasst und mit dem Kanton Basel-Landschaft gemeinsam erarbeitet. Zusammen mit der Gesetzesvorlage wird dem Grossen Rat zudem beantragt, die Datenschutzaufsichtsstellen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zusammenzulegen.

Vorbereitung der eidgenössischen Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung

Das Zivilprozessrecht und das Strafprozessrecht werden heute hauptsächlich im kantonalen Recht geregelt. Dies ändert sich mit der neuen eidgenössischen Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung. Nach dem Zeitplan des Bundesrates sollen die beiden Gesetze am 1. Januar 2010 wirksam werden. Im Hinblick auf deren Einführung gilt es auf kantonomer Ebene die erforderlichen organisatorischen und gesetzlichen Änderungen vorzubereiten. Die beiden Ratschläge werden dem Grossen Rat im 2008 unterbreitet.

Förderung der Gleichstellung in der Arbeitswelt und bei Migrantinnen

Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird konsequent weiterverfolgt. Möglichst viele Firmen der Region sollen von den Vorteilen einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik überzeugt werden. Der "Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel" dient dabei als Nukleus für Projekte und Öffentlichkeitsarbeit. Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich Chancengleichheit bildet der Aufbau des Kompetenzzentrums Secondas. Migrantinnen der zweiten Generation werden vernetzt und gleichzeitig ermutigt, den ihnen gebührenden Platz in der Gesellschaft und Arbeitswelt zu finden.

Kinder, Jugend und Familie

Die Familienförderung und Frühförderung von Kindern nehmen weiter an Bedeutung zu. So soll unter anderem mit aufsuchenden Methoden ein Projekt zur besseren Erreichbarkeit von bildungsfernen Familien und deren Unterstützung durchgeführt werden. Zudem werden Modelle entwickelt, wie die Elternbildung speziell an Familien mit Migrationshintergrund herangetragen werden können. Schliesslich wird auch die vermehrte Umsetzung von sozialräumlichen Ansätzen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit angestrebt.

Stärkung der regionalen Zusammenarbeit

Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes und der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit/INTERREEG IV beginnt die grenzüberschreitende Projektförderung für die Jahre 2007-2013. Ziel ist es, auch in der nächsten Periode zahlreiche innovative Projekte zu lancieren und zu unterstützen. Davon kann unter anderem der Trinationale Eurodistrict Basel profitieren. Auf der Basis des „Entwicklungskonzepts 2006-2020 der Trinationalen Agglomeration Basel“ werden Projekte in den Bereichen Raumordnung, öffentlicher Personennahverkehr und Gesundheitsversorgung konzipiert.

Die Präsidentschaft des Kantons Basel-Stadt in der Nordwestschweizer Regierungskonferenz soll dazu genutzt werden, die Interessenvertretung der Region zu stärken.

Personal

Personalplafonds (Vollzeitstellen, Soll)		Headcount (Vollzeitstellen, Ist)	
2008	2007	2006	2005
372	371	363	356

Finanzen

Kostenart (in TCHF)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%
30 Personalaufwand	54'054.2	53'685.1	52'779.5	369.1	0.7 1
31 Sachaufwand	32'148.3	27'029.0	27'477.4	5'119.2	18.9 2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	173.0	116.5	179.7	56.5	48.5 3
36 Eigene Beiträge	15'224.0	14'383.0	14'476.6	841.0	5.8
TOTAL Aufwand	101'599.4	95'213.6	94'913.2	6'385.8	6.7
42 Vermögensertrag	-1.6	-1.6	-1.6	0.0	0.0
43 Entgelte	-21'610.0	-21'419.9	-21'331.2	-190.2	-0.9 4
46 Beiträge für Eigene Rechnung	-1'271.0	-1'161.0	-1'699.1	-110.0	-9.5
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0	0.0	-
TOTAL Ertrag	-22'882.7	-22'582.5	-23'031.9	-300.2	-1.3
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	78'716.8	72'631.1	71'881.3	6'085.7	8.4
<i>davon Aufgabenfelder:</i>					
3.1 Rechts- und Registerwesen	4'461.5	3'384.2	3'483.3	1'077.3	31.8
3.2 Vormundschaftswesen	17'487.0	17'060.7	15'798.3	426.3	2.5
3.3 Strafverfolgung- und vollzug	41'410.8	38'247.6	38'510.5	3'163.2	8.3
3.4 Auserschulische Jugendarbeit	7'601.0	7'096.0	6'877.7	505.0	7.1
3.5 Gleichstellung von Frauen u. Männern	1'142.6	1'054.6	1'048.3	87.9	8.3
3.6 Aussenbeziehungen	1'267.6	1'109.9	921.7	157.7	14.2
8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste	975.7	974.6	856.1	1.1	0.1
8.7 Führung und Führungsunterstützung	4'370.6	3'703.3	4'275.5	667.3	18.0
Investitionen > TCHF 300, Ausgaben	0	0	1'610.7	0.0	-
Investitionen > TCHF 300, Einnahmen	0	0	0	0.0	-
Investitionen > TCHF 300, netto	0.0	0.0	1'610.7	0.0	-

Abweichungsbegründungen/Erläuterungen:

- 1 Nettoerhöhung der Personalkosten durch Vorgabenherhöhung von TCHF 143. Der verbleibende Anstieg musste im Aufwand kompensiert werden.
- 2 Beim Strafvollzug mussten die Ausgaben um TCHF 1'249 erhöht werden. Die internen Mieten betragen für das Justizdepartement insgesamt TCHF 3'843.
- 3 Im Subventionsbereich wurden der Jugendbereich inkl. Budgetpostulat 2007 um TCHF 500, Eurodistrict um TCHF 60, Opstapje TCHF 150 und die Opferhilfe um TCHF 160 erhöht. Ebenfalls führte der Schwerpunkt "Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel" beim Gleichstellungsbüro zu einer Erhöhung von TCHF 100.
- 4 Beim Handelsregisteramt wurden die in den letzten Jahren durchschnittlich fehlenden Einnahmen von TCHF 250 im Budget 2008 angepasst.

2.2.6 Sicherheitsdepartement

Inhaltliche Akzente

Das Sicherheitsdepartement setzt sich aus den drei Aufgabenfeldern Sicherheit/Ordnung/Verkehrsmanagement, Rettung sowie Bevölkerungsdienste und Migration zusammen.

Im Jahr 2008 stehen für das Sicherheitsdepartement die Verwaltungsreorganisation im Rahmen der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung, die Durchführung der EURO 2008, die abschliessende Umsetzung des Projektes OPTIMA der Kantonspolizei, die Neuorganisation des Zivilschutzes, die Umsetzung des Integrationsgesetzes sowie die Neugestaltung der departementalen Logistikorganisation im Vordergrund.

Die mittelfristig bedeutenden, bereichsübergreifenden Projekte REOPEZ (Gemeinsame Einsatzzentrale der Blaulichtorganisationen) und Inbetriebnahme des gemeinsamen Funknetzes POLYCOM (1. Quartal) binden auch im Jahr 2008 Kapazitäten des Departements. Sie betreffen die Kantonspolizei und die Rettung. Ein Detailbeschrieb erfolgt unter Kantonspolizei und Rettung.

Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009 (RV09)

Im Rahmen der RV09 werden bedeutende Aufgaben vom heutigen Justizdepartement (JD) in das neue Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) eingebracht. Nachdem im Jahre 2007 Detailkonzepte erarbeitet wurden, gilt es im Jahr 2008 die Umsetzung einzuleiten und den Start auf den 1. Februar 2009 sicherzustellen. Neben der Integration der Fachabteilungen in die operativen Bereiche des neuen Departements müssen auch die Führungs- und Unterstützungsfunktionen den neuen Anforderungen angepasst werden.

Durchführung der EURO 2008

Die Bereiche Kantonspolizei und Rettung sind, gemeinsam und in enger Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen in der Region und der ganzen Schweiz, für eine reibungslose und kosteneffiziente Erfüllung des Sicherheitsauftrages verantwortlich. Der Standort des Stadions St. Jakob an der Kantonsgrenze verlangt eine intensive Zusammenarbeit der Sicherheits- und Rettungsdienste beider Basel. Ende 2007 konnten alle Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen werden.

Neuorganisation des Zivilschutzes

Im Rahmen einer Überprüfung der aktuellen Bedrohungsformen wird der Zivilschutz Basel auf den Einsatz bei Grossereignissen und Katastrophen konzentriert. Die bestehenden Strukturen werden von der bisherigen Ausrichtung auf kriegerische Ereignisse ausschliesslich auf einen Einsatz im Rahmen der Rettungsorganisationen Basel-Stadt ausgerichtet. Die Bildung von modular einsetzbaren Katastrophenkompanien und Betreuungsformationen lässt eine markante Verringerung des Milizteils zu. Die Möglichkeit eines Aufwuchses für andere Bedrohungslagen bleibt sichergestellt.

Umsetzung des Integrationsgesetzes

Das Integrationsgesetz Basel-Stadt, ergänzt durch Verordnung und Leitfaden, tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Die Neuregelung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Kanton im neuen Ausländergesetz und der Asylgesetzrevision erfordert eine Anpassung der kantonalen Strukturen und Instrumente. Diese im zweiten Semester 2007 geplanten Anpassungen werden 2008 umgesetzt.

Neugestaltung der Logistikorganisation im künftigen Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Logistikaktivitäten sind im Sicherheitsdepartement teilweise zentral und teilweise dezentral zugeordnet. Eine Neugestaltung mit dem Ziel von Effizienzsteigerungen und der Senkung der Beschaffungskosten soll, gerade auch im Hinblick auf die Integration von Teilen des heutigen Justizdepartementes, bis Ende 2007 geprüft werden. 2008 und 2009 soll die neue Logistikorganisation vorbereitet und umgesetzt werden.

Personal

Personalplafonds (Vollzeitstellen, Soll)		Headcount (Vollzeitstellen, Ist)	
2008	2007	2006	2005
1'428	1'454	1'424	1'438

Finanzen

Kostenart	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung CHF	%
30 Personalaufwand	186'501.9	187'183.9	186'644.1	-682.0	-0.4 1
31 Sachaufwand	49'225.3	38'518.6	35'620.7	10'706.7	27.8 2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	981.6	5'470.0	1'234.8	-4'488.4	-82.1 3
36 Eigene Beiträge	300.0	308.0	306.3	-8.0	-2.6
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	9.0	12.0	9.1	-3.0	-25.0
TOTAL Aufwand	237'017.9	231'492.5	223'815.0	5'525.4	2.4
40 Steuern	-30'900.0	-31'000.0	-30'711.8	100.0	0.3
41 Regalien und Konzessionen	-28.0	-30.0	-25.2	2.0	6.7
42 Vermögensertrag	-248.0	-119.0	-128.9	-129.0	-108.4
43 Entgelte	-83'411.6	-83'269.5	-79'544.1	-142.1	-0.2
46 Beiträge für Eigene Rechnung	-2'772.6	-3'098.6	-2'744.4	326.0	10.5 4
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-10.0	-10.0	-9.8	0.0	0.0
TOTAL Ertrag	-117'370.2	-117'527.1	-113'164.1	156.9	0.1
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	119'647.7	113'965.4	110'650.9	5'682.3	5.0
davon Aufgabenfelder:					
4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement	70'301.3	72'038.8	67'025.3	-1'737.5	-2.4
4.2 Rettung	18'925.9	16'751.3	18'543.7	2'174.6	13.0
4.3 Bevölkerungsdienste und Migration	19'390.6	18'229.8	18'072.7	1'160.7	6.4
8.7 Führung und Führungsunterstützung	11'029.9	6'945.5	7'009.2	4'084.4	58.8
Investitionen > CHF 300'00, Ausgaben	0.0	0.0	12'909.5	0.0	-
Investitionen > CHF 300'000, Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	-
Investitionen > CHF 300'000, netto	0.0	0.0	12'909.5	0.0	-

Abweichungsbegründungen/Erläuterungen:

- Verschiedene Faktoren führen zur Verminderung der Personalaufwendungen:
 - Wegfall der Grenzpolizeileistungen (Aufwandsminderung)
 - Teuerung, Stufenanstieg und Kinderzulageerhöhung (Aufwandssteigerung)
 - Mehraufwand durch Teilnahme an der Interkant. Polizeischule
- Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 8'379 enthalten. Zudem fallen Mehrkosten bezüglich des neuen Funksystems Polycom (teilweise Weiterverrechnung auf Einnahmeseite) und bei der Bewirtschaftung der Debitoren an.
- Die Verbuchungspraxis der Ordnungsbussen ändert sich gegenüber dem Vorjahr. Die entsprechende Wertberichtigung wird - aus Gründen der Transparenz - auf einem separaten Konto in der Kontengruppe 43 (bisher 33) aufgeführt.
- Aufgrund einer neuen Leistungsvereinbarung mit dem Bund bezüglich Schwerverkehrskontrollen werden Mindereinnahmen zu verzeichnen sein.

2.2.7 Wirtschafts- und Sozialdepartement

Inhaltliche Akzente

Das Wirtschafts- und Sozialdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Standortförderung, Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen, Land- und Waldwirtschaft, Öffentlicher Verkehr, Existenzsicherung, Soziale Sicherheit und Dokumentation. Für das Budgetjahr 2008 stehen folgende Themen im Vordergrund:

Standortförderung Wirtschaft

Für die Entlastung der KMU (kleinen und mittleren Unternehmen) wird ein Konzept erstellt. Die entsprechenden Massnahmen werden ab 2008 schrittweise umgesetzt.

Städtepartnerschaften

Im Rahmen der vom Regierungsrat angestrebten neuen strategischen Partnerschaft mit Shanghai wird eine mögliche Partizipation von Basel-Stadt an der Weltausstellung 2010 in Shanghai konkretisiert.

Eingliederung in den Arbeitsmarkt

Das Mitte 2007 eröffnete Arbeitsintegrationszentrum für die gemeinsame Integration betroffener Menschen aus der Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe kann im Jahr 2008 seine volle Leistung entfalten.

Ausbau des ÖV-Angebots

Der Ausbau des Regio-S-Bahn-Angebots umfasst die Beschaffung von neuem Rollmaterial und die Anpassung von Takt und Zuglängen an die wachsende Nachfrage. Die Inbetriebnahme der neuen S-Bahn-Haltestelle Niederholz kann voraussichtlich auf Ende 2008 erfolgen. Die Planung der grenzüberschreitenden Tramlinien wird weiter vorangetrieben mit dem Ziel, Ende 2008 den Spatenstich für die Tramlinie nach Weil am Rhein zu ermöglichen.

Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel

Die Arbeiten zum Aufbau der Schweizerische Rheinhäfen (SRH) als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt per Anfang 2008 werden weitergeführt. Auf der betrieblichen Ebene müssen sowohl Organisation als auch Infrastruktur angepasst werden.

Entwicklungskonzept und Langfristplanung Hafenareale

Im Rahmen einer abgestimmten Hafen- und Stadtentwicklung werden die Arbeiten zu einem Entwicklungskonzept für die Hafenareale aufgenommen.

Bekämpfung Jugendarbeitslosigkeit

Die Ende 2006 für die drei Handlungsfelder "(Vor-)Schule", "Übergänge von der Schule in die Berufsbildung und die Arbeitswelt" sowie "berufliche Desintegration" beschlossenen, mittelfristig ausgelegten Massnahmen werden umgesetzt.

Harmonisierung Sozialleistungen

Im Nachgang zu dem im Jahr 2007 dem Grossen Rat vorgelegten Rahmengesetz zur Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Leistungen des Kantons (Alimentenbevorschussung, Stipendien, Prämienverbilligung, Tagesbetreuung, Mietzinsbeiträge usw.) erfolgen im Jahr 2008 die Anpassungen in den jeweiligen Spezialverordnungen.

Wanderungsbefragung

Zehn Jahre nach der ersten Befragung wird wieder eine Wanderungsbefragung durchgeführt. Im Vergleich zur Befragung von 1998 können allfällige Veränderungen bei den Wegzuggründen herausgefunden werden. Ebenfalls wird eine Auswertung der Motive für die Zuwanderung nach Basel-Stadt möglich.

Personal

Personalplafonds (Vollzeitstellen, Soll)		Headcount (Vollzeitstellen, Ist)	
2008	2007	2006	2005
236	232	221	1'156

Finanzen

Kostenart (in TCHF)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%
30 Personalaufwand	45'241.4	48'028.7	48'095.2	-2'787.3	-5.8 1
31 Sachaufwand	25'781.4	22'971.2	17'756.8	2'810.2	12.2 2
32 Passivzinsen	0	20.0	57.4	-20.0	-100.0 3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'379.6	725.9	833.1	653.7	90.1 4
36 Eigene Beiträge	482'135.2	616'329.0	623'247.8	-134'193.8	-21.8 5
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	8'000.0	8'000.0	8'261.5	0.0	0.0
TOTAL Aufwand	562'537.6	696'074.8	698'251.9	-133'537.2	-19.2
42 Vermögensertrag	-1'506.2	-5'294.1	-5'240.7	3'787.9	71.5 6
43 Entgelte	-20'165.0	-24'148.3	-28'293.2	3'983.4	16.5 7
46 Beiträge für Eigene Rechnung	-131'074.6	-97'255.4	-94'746.6	-33'819.2	-34.8 8
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-7'181.8	-13'678.9	-10'474.6	6'497.2	47.5 9
TOTAL Ertrag	-159'927.6	-140'376.8	-138'755.1	-19'550.8	-13.9
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	402'610.0	555'698.0	559'496.8	-153'088.0	-27.5
<i>davon Aufgabenfelder:</i>					
6.1 Standortförderung	6'106.0	5'266.5	4'641.3	839.5	15.9
6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	17'143.9	17'755.6	17'021.7	-611.7	-3.4
6.3 Land- und Waldwirtschaft	418.7	437.3	310.0	-18.5	-4.2
6.4 Öffentlicher Verkehr	68'463.2	63'948.8	63'349.5	4'514.4	7.1
6.5 Existenzsicherung	144'612.9	153'261.0	141'761.9	-8'648.1	-5.6
6.6 Soziale Sicherheit	150'429.9	301'419.2	320'090.1	-150'989.3	-50.1
6.7 Dokumentation	6'351.3	5'254.6	5'277.1	1'096.7	20.9
6.7 Führung und Führungsunterstützung	9'084.1	8'355.1	7'208.8	729.1	8.7
Investitionen > TCHF 300, Ausgaben	24'300.0	27'000.0	17'902.8	-2'700.0	-10.0
Investitionen > TCHF 300, Einnahmen	0	0	-2'299.6	0.0	-
Investitionen > TCHF 300, netto	24'300.0	27'000.0	15'603.3	-2'700.0	-10.0
Darlehen und Beteiligungen an priv. Instit.	13'400.0	0.0	0.0	13'400.0	999.9
Darlehen und Beteiligungen	13'400.0	0.0	0.0	13'400.0	999.9

Abweichungsbegründungen/Erläuterungen:

Allgemeiner Kommentar: Durch die Zusammenlegung der Rheinhäfen ergeben sich in der Struktur des WSD-Budgets Veränderungen durch den Wegfall der Dienststelle RSD sowie den neu, durch die Schweizerischen Rheinhäfen SRH abzuliefernden Gewinnanteil. Die Veränderungen werden nachfolgend jeweils in Klammern angegeben.

- 1 Nebst den systembedingten Anpassungen von TCHF 210 (Teuerung, Stufenanstieg, Erhöhung Kinderzulagen, Wegfall PK-Einkäufe), wurden im Rahmen der Schwerpunktthemen WSD befristete Stellen bewilligt. (RSD -TCHF 3'458)
- 2 Abweichung aufgrund neuer Position interne Mieten (TCHF 4'600). (RSD -TCHF 2'301)
- 3 (RSD -TCHF 20)
- 4 Anpassung der Abschreibungen im Bereich der Rückforderungen (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Prämienverbilligungen).
- 5 Die Reduktion gegenüber dem Vorjahresbudget ist einerseits auf die Einführung des NFA zurückzuführen, wo allein der Wegfall des Kantonsbeitrags an die eidg. AHV/IV eine Reduktion von TCHF 128'000 verursacht. Andererseits zeigt der Sozialbereich gegenüber dem Vorjahr eine nochmals verbesserte Entwicklung, was sich mit einer entsprechenden Kostenreduktion auswirkt.
- 6 (RSD TCHF 3'805)
- 7 Mehreinnahmen durch Neugründung des Arbeitsintegrationszentrums (01.07.07). Die Kosten dieser Abteilung des AWA werden den Leistungsbezüglern (Sozialhilfe, IV und/oder Bund) weiterverrechnet. (RSD TCHF 5'492)
- 8 NFA: Höherer Beitrag des Bundes im Bereich Ergänzungsleistungen von rund TCHF 33'000.
- 9 Der wirtschaftlichen Situation angepasstes Projektvolumen im Bereich des Krisenfonds.

2.3 Vorgezogene Budgetpostulate

2.3.1 Erziehungsdepartement

Beat Jans und Consorten zur Populärmusik, Dienststelle Nr. 280 „Ressort Kultur“

Dienststelle Nr. 280 / Ressort Kultur, Kostenart 365, Kulturpauschale

Erhöhung der Ausgaben um CHF 500'000

Begründung:

„Die regionale Rock- und Popmusik fristet ein Mauerblümchendasein. Im Vergleich zur etablierten E-Musik wird sie kaum unterstützt. Das Rockhaus scheitert seit Jahren an der Umsetzung. Es mangelt an Proberäumen, Auftrittsmöglichkeiten, Musikerberatung und an Konzerten, die für Jugendliche erschwinglich wären. Basel Stadt gibt jährlich rund 100 Mio. Franken für Kulturförderung aus, davon rund 16 Mio. für Musik. Kaum etwas von diesem Geld geht an Institutionen, welche diejenige Musik unterstützen, die den jungen Menschen am vertrautesten ist. Die Liste der geförderten Musikeinrichtungen setzt sich wie folgt zusammen: Sinfonietta, Ensemble Phoenix, Freunde alter Musik, Internationale Gesellschaft für Neue Musik, Kammerorchester, Kantonal Musik-Verband, Knabenkantorei, Knabenmusik, Mädchenkantorei, Musikwerkstatt, Sinfonie-Orchester und Jazz Live/Birds' Eye. Keine einzige Einrichtung befindet sich darunter, welche Musik der Stilrichtungen Rock, Pop, Hip-Hop, Rap und wie sie alle heissen, fördern. Auch der von BS mit CHF 90'000.- gespiesene Musikkredit begünstigt unseres Wissens keine solchen Institutionen. Nicht zuletzt deshalb ist der Zugang zum Publikum für viele talentierte einheimische Musiker stark erschwert. Wer keine nach hohen Standards aufgenommene CD vorweisen kann, findet kaum Auftrittsmöglichkeiten. Wendet sich ein Künstler gar innovativen Musikformen zu, sind seine Chance noch geringer. Deshalb muss eine sinnvolle Förderung regional an der Basis beginnen. Regionale Musikerinnen sollen gefördert und Plattformen für die Präsentation vor Publikum geschaffen werden. Das Beratungs- und Dienstleistungsangebot bis zu finanziellen Beiträgen an Musikschafter und Konzertveranstalter soll ausgebaut werden. Es braucht eine breite Nachwuchsförderung, eine gezielte Spitzenförderung sowie die Vermittlung von musikspezifischem Know-how. In Bern wurde das Potenzial der Rock- und Pop-Musik bereits Mitte der 80er-Jahre erkannt. Die daraufhin einsetzende systematische Förderung der Szene durch die Stadt hat in der Startphase viel zum Erfolg von Bands wie Züri West, Patent Ochsner, Merfen Orange und Stiller Has beigetragen. Die Berner Szene hat ihrer Heimatstadt die gewährte Starthilfe um ein Vielfaches zurückgezahlt, nicht zuletzt mit wesentlichen imagefördernden Effekten. Die ökonomischen Rückflüsse aus einer lebendigen Kulturszene sind beträchtlich und sie tragen wesentlich zur Standortqualität einer Stadt bei, wie die Stiftung Julius Bär in einer Studie für Zürich nachgewiesen hat. Talentierte Musikerinnen und Musiker aus der regionalen Populärmusikszene sind ebenso wie andere Kulturschafter auf eine Basisförderung angewiesen, damit sie ihre Arbeit kontinuierlich und erfolgreich betreiben können. Der rfv (Rockförderverein der Region Basel) leistet wertvolle, in der Musikszene anerkannte Förderarbeit. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind jedoch im Vergleich zu anderen Sparten mit bisher CHF 220'000 aus der Kulturvertragspauschale BL sehr bescheiden. (Die Fördergelder des Fachausschusses Musik in der Höhe von CHF 350'000 sind explizit nicht für Populärmusikproduktionen vorgesehen.) Mit einer Aufstockung seines Budgets könnte der rfv die begonnene Förderarbeit in einem Rahmen fortsetzen, welcher der Bedeutung und dem kreativen Potenzial der Populärmusikszene entspricht. Ein Grossteil des Geldes würde in Form von Förderpreisen, Zuschüssen an Musikproduktionen, Veranstaltungsbeiträgen und Beratungsangeboten direkt in die regionale Musikszene fliessen. Das Ressort Kultur hat mehrfach betont, dass eine Korrektur des Ungleichgewichts zugunsten der Populärmusik erwünscht ist. Deshalb soll der Beitrag an den rfv um CHF 500'000 auf jährlich total CHF 720'000 erhöht werden.“

Stellungnahme des Regierungsrates

Dass ein Missverhältnis zwischen der Mittelzuteilung der staatlichen Kulturförderung an die so genannte "Hochkultur" einerseits, die Populärmusik andererseits besteht, ist unbestritten, wenn auch historisch leicht zu erklären, dass die regionale Rock- und Popmusik aber "ein Mauerblümchendasein" friste, ist übertrieben. Aus verschiedenen Quellen wurden und werden wiederholt Projekt- und Infrastrukturbeiträge (z.B. Wettbewerb BScene, Baubetrag an Konzertlokal Hirscheneck), Lotteriefondsbeiträge (z.B. Jugendkulturfestival) oder feste Subventionen (Kaserne Basel mit der Sparte Populärmusik und CHF 220'000 aus der Kulturvertragspauschale für den Rockförderverein) ausgerichtet. Der Regierungsrat ist jedoch bestrebt, die Situation der Populärmusik und Alternativkultur nachhaltig zu verbessern. Allerdings nicht auf Kosten der "Hochkultur" und unter Berücksichtigung der geltenden Kulturförderkriterien. In diesem Sinne sind mit dem Rockförderverein Region Basel (rfv) Gespräche über eine angemessene Erhöhung der Subvention an den rfv geführt worden. In seiner bisherigen Arbeit wie auch in den Verhandlungen hat sich der rfv als hochprofessionelle Organisation erwiesen, die von der heterogenen Populärmusikszene getragen wird und die zweifellos die geeignete Institution zur Erbringung der erwünschten Förderleistungen im Bereich Populärmusik ist. Da es sich für den Kanton Basel-Stadt um eine neue Subvention handelt, die zusätzlich zum weiterhin ausgerichteten Beitrag aus der Kulturvertragspauschale des Kantons Basel-Landschaft ausgerichtet werden soll, ist noch ein Subventionsvertrag auszuhandeln. Der Regierungsrat hat am 8. Mai 2007 dem Erziehungsdepartement eine Vorgabenerhöhung ab 2008 gewährt, so dass die neue Subvention (unter Beibehaltung des bisherigen Beitrags aus der Kulturvertragspauschale BL in der Höhe von CHF 220'000) an den rfv wie folgt ausgerichtet werden soll: 2008 CHF 300'000, 2009 CHF 330'000, 2010 CHF 360'000, 2011 CHF 390'000. Die Subvention soll ab 2012 auf gleich bleibender Höhe weitergeführt werden. Der entsprechende Kredit ist im Budget 2008 eingestellt worden. Damit ist das Vorgezogene Budgetpostulat Beat Jans und Consorten weitgehend und zur Zufriedenheit des rfv erfüllt.

Heidi Mück zum regulären Unterhalt, Reparaturen sowie neues Mobiliar für Schulen und Kindergärten, Dienststelle Nr. 201 „Departementsstab ED“

Dienststelle Nr. 201 / Departementsstab ED

Erhöhung Position 31 Sachaufwand um CHF 2'000'000

Begründung

"Mobiliarkosten und Bauinvestitionen bis CHF 300'000 für die Schulen und Kindergärten sind aus dem ED-Budget Kleininvestitionen von jährlich rund CHF 2 Mio. zu finanzieren. Dieser Betrag wurde in den letzten Jahren laufend gekürzt und reicht bei weitem nicht aus, um nötige Reparaturen in den Schulhäusern zu finanzieren. Das Beispiel der Kindergärten im letzten Jahr zeigt deutlich auf, dass dieses Geld auch nicht für die Reparatur von kaputtem oder gar die Anschaffung von neuem Mobiliar reicht. Da dieses Budget schon seit einigen Jahren zu knapp ist, besteht an den Schulen und Kindergärten grosser Nachholbedarf. Aus diesem Grund soll der Betrag für das Budget 2008 von rund CHF 2 Mio. auf CHF 4 Mio. verdoppelt werden."

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat den Nachholbedarf im Bereich Mobiliar Ersatz, Mobiliar Unterhalt und bauliche Kleininvestitionen erkannt und will ihn mit dem beantragten Investitionsvorhaben über CHF 6.8 Mio. (je CHF 3.4 Mio. im 2008 und 2009) beheben. Es handelt sich dabei um eine Übergangslösung (Nachholbedarf, Abdeckung Anpassungsbedarf Kleininvestitionen). Ab dem Jahre 2010 muss das Budget für die laufende Rechnung um jährlich wiederkehrende mindestens CHF 1.4 Mio. erhöht werden, da ansonsten erneut ein Investitions- und Unterhaltsrückstand aufgebaut würde.

Mit einer ersten Tranche über insgesamt CHF 3 Mio., verteilt auf die Jahre 2005 – 2007, konnte erst ein Teil des Nachholbedarfes bei den Ersatzbeschaffungen in den Bereichen Mobiliar Schulen und Kindergärten und Werkräume Primarschulen gedeckt werden. Es hat sich aber bestätigt, dass für die Vollendung des Ersatzes der Stühle, welche nicht mehr den ergonomischen Anforderungen entsprechen und eines Teiles der Tische in den Schulen noch weitere CHF 2 Mio. notwendig sind. Priorität hat die Fertigstellung der Ersatzbeschaffung bei den Stühlen. In zweiter Linie werden die Tische ersetzt, soweit das Budget dies noch zulässt. Wie bereits in der ersten Phase wird noch gebrauchstaugliches Mobiliar mit der Hilfsorganisation Hiob in den Kosovo oder nach Albanien zur Weiterverwendung transportiert. Für die Bearbeitung der Logistik im Bereich Entsorgung und Abtransport ist ein Betrag im Budget vorgesehen. Im Bereich der Kindergärten konnte für die Lehrpersonen ein seit langem bestehender Missstand behoben werden, indem je ein Stuhl und ein Hocker für Erwachsene beschafft wurden. Priorität hat nun die Auffrischung des bestehenden Mobiliars. Zusätzlich muss aber auch in neues Mobiliar investiert werden. Dies ist vor allem im Bereich Bewegung notwendig, z. Bsp. für das Projekt Burzelbaum, für modulare Spiel- und Möbelemente und Spielkisten für den Aussenbereich. Bei den Werkräumen in den Primarschulen konnte erst die Hälfte der Einrichtungen dem Standard angepasst werden. Die zweite Hälfte soll nun auch fertig gestellt werden. Im Weiteren besteht aber auch ein Nachholbedarf sowohl im Unterhalt des restlichen bestehenden Mobiliars als auch im baulichen Bereich. Priorität haben hier grössere Einzelvorhaben oder kleinere Vorhaben in allen Schulen oder Schulstufen. Das sind zum Beispiel: Umbauten in den Primarschulen für Schulhausleitungsbüros mit Sekretariat / Ersatz von veralteten Telefonzentralen / EDV-Netze in den Schulen für das Internet / jährliche Kontrolle der Sicherheit der Turnhallengeräte und der Spielgeräte / bauliche Anpassungen in gemieteten Kindergärten: Akustik, Beleuchtung, Umgebung, Projekt Burzelbaum. Mit Beschluss vom 11. September 2007 hat der Regierungsrat 6.8 Mio. ins Investitionsprogramm aufgenommen. Damit ist das Vorgezogene Budgetpostulat Heidi Mück erfüllt.

2.3.2 Sicherheitsdepartement

Guido Vogel zur Kantonspolizei Dienststelle 506 Kantonspolizei

"Dienststelle Nr. 506 / Kantonspolizei

Erhöhung ONA Dienststelle Nr. 506 / Kantonspolizei um CHF 2'000'000

Begründung

"Der Grosse Rat hat am 14. Mai 2003 einen Rahmenkredit von CHF 2 Mio. für die Einrichtung von permanenten, automatischen Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen genehmigt. Mit diesem Rahmenkredit für die Jahre 2003 bis 2007 konnten bisher 13 so genannte Blechpolizisten aufgestellt werden (7 Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen). Nachgewiesenermassen erhöht die Kontrolle an neuralgischen Stellen des Strassenverkehrs die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Wie die Statistik der Strassenverkehrsunfälle 2005 für den Kanton Basel-Stadt aufzeigt, gibt es aber immer noch einige Verzweigungen oder Strecken, die für Unfälle anfälliger sind als andere. An diesen Stellen würde sich im Sinne der Prävention die Aufstellung weiterer Blechpolizisten aufdrängen. Nach dem Auslaufen des oben erwähnten Rahmenkredites Ende 2007, sollte mit einem neuen Kredit ab 2008 sichergestellt werden, dass das Ziel der Erhöhung der Verkehrssicherheit mittels fest installierter Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen weiterverfolgt wird."

Stellungnahme des Regierungsrates

Beim Rahmenkredit aus dem Jahr 2003 handelt es sich um eine Kreditposition der Investitionsrechnung (finanzrechtlich „neue“ Ausgabe). Die im Budgetpostulat geforderten CHF 2.0 Mio. betreffen daher die Investitionsrechnung und nicht den Ordentlichen Nettoaufwand (ONA). Zudem gilt zu beachten, dass der Betrieb neuer Geräte erhebliche nicht budgetierte laufende Kosten (Personal- und Raumbedarf, Wartungsverträge, Portogebühren, Infrastruktur im Backoffice) auf der Verarbeitungsseite (Ressort Verkehrsrecht) sowie beim Verkehrszug verursacht.

Der Rahmenkredit für Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen aus dem Jahre 2003 wurde bis Ende 2006 aufgebraucht (sieben Standorte mit Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlage kombiniert, vier Standorte mit Geschwindigkeitsüberwachung der Lokalstrasse sowie zwei Standorte mit Geschwindigkeitsüberwachung der Autobahn). Auf Grund der kurzen Beobachtungsperiode können heute noch keine erhärteten Aussagen zur Wirkung der Überwachungsanlagen auf die Verkehrssicherheit gemacht werden. Einerseits ist zwar punktuell bei einzelnen kritischen Kreuzungen mit Überwachungsanlagen eine Reduktion der Verkehrsunfälle zu beobachten (z.B. Feldbergstrasse/Klybeckstrasse), andererseits wird jedoch auch festgestellt, dass dem motorisierten Verkehrsteilnehmer die Standorte der Anlagen in der Regel bekannt sind und er seine Fahrweise entsprechend darauf ausrichtet. Die Standorte der Anlagen sind auch im Internet abrufbar. Moderne Fahrzeuge verfügen zudem bereits ab Werk über ein GPS-Navigationsgerät, welches sich mit illegaler Software derart ausrüsten lässt, dass beim Annähern ein Alarm ausgelöst wird. Die Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen haben daher häufig nur eine beschränkte Verbesserung der Verkehrssicherheit zur Folge.

Seit einigen Jahren wird von der Verkehrsabteilung des Sicherheitsdepartements eine Unfallstatistik BS geführt. Mit Hilfe dieser Daten werden vielfältige Produkte wie Statistiken und Berichte zu gezielten Fragestellungen, Lagebilder, Trendanalysen etc. generiert. Diese tragen dazu bei, räumlich begrenzte Unfallschwerpunkte zu detektieren, flächendeckende Schwerpunkte des Unfallgeschehens aufzuzeigen oder generelle Trends frühzeitig zu erkennen. Sie bilden die Entscheidungsgrundlage für mögliche Massnahmen und werden bei praktisch allen Projekten im Bereich des Strassenverkehrs hinzugezogen. Ein wesentlicher Faktor bei der Unfallverhütung sind präventive Massnahmen in den Bereichen Strassenbau, Tempo-Limiten, Bildung, Erziehung und Verminderung des Alkoholkonsums. Dank den verschiedenen Massnahmen kann seit 1998 eine Reduktion der Anzahl Unfälle mit Verletzten/Toten von über 20%, bei einem notabene höheren Verkehrsaufkommen, registriert werden. Im Rahmen des Projektes OPTIMA wurde die Kantonspolizei neu organisiert und auf die aktuellen Sicherheitsbedürfnisse ausgerichtet. Auf Grund dieser Reorganisation sollten mehr ungebundene Kräfte zur Verfügung stehen, welche zeitlich beschränkt auch für Schwerpunktprüfungen im Strassenverkehr eingesetzt werden können. Hierzu stehen heute drei mobile Geschwindigkeitskontrollgeräte zur Verfügung (das dritte Gerät wurde erst im Oktober 2006 beschafft). Wie stark ungebundene Kräfte für Kontrollen im Strassenverkehr eingesetzt werden können, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Die Erfahrungen mit der neuen Organisation (gemäss Projekt Optima) müssen dies noch zeigen. Das Budgetpostulat Guido Vogel will mit einem neuen Kredit von CHF 2 Mio. sicherstellen, dass weitere permanente Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte zu Gunsten der Verkehrssicherheit erstellt werden. Obwohl der Regierungsrat grundsätzlich Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sehr begrüsst, werden für das Jahr 2008 noch keine zusätzlichen permanenten Überwachungsgeräte zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beantragt. Zuerst sollen erhärtete Erfahrungswerte mit den zur Zeit im Einsatz stehenden Geräten sowie den Wirkungen der neuen OPTIMA-Organisation abgewartet werden. Die Situation wird laufend beobachtet und sobald sich ein erhöhter Bedarf - zum Beispiel im Bereich mobiler Überwachungsanlagen - abzeichnet, werden entsprechende Anträge unterbreitet werden. Aus diesen Gründen hat der Regierungsrat das Vorgezogene Budgetpostulat Guido Vogel nicht erfüllt.

2.3.3 Wirtschafts- und Sozialdepartement

Michael Wüthrich zum Globalbudget öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus

Erhöhung ONA Globalbudget öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus um CHF 3'350'000

Begründung:

"Notwendig und sinnvoller Leistungsausbau des öV zugunsten der Basler Bevölkerung mit hohem Kosten-Nutzeneffekt. Im Detail bedeutet dieser Leistungsausbau folgendes:

1. letzte Fahrten auf den wichtigsten Tram- und Buslinien stadtauswärts in den Nächten Freitag/Samstag und Samstag/Sonntag um 01.00 Uhr (heute: 00.30 Uhr). Kosten: etwa CHF 400'000.-
2. Montag-Freitag: Verlängerung Linie 2 in den Spitzenzeiten morgens und abends nach Riehen Dorf. Kosten etwa CHF 300'000.-
3. ganztags die Linie 2 bis Eglisee statt Bad. Bahnhof. Kosten: etwa CHF 500'000.-
4. Spätbetrieb ab 20 Uhr: Verdichtung der Linie 8 zwischen Bahnhof SBB und Kleinhüningen auf 7 1/2 Min. Takt, z.B. durch Verlängerung der heute am Bahnhof SBB wendenden Linie 1. Kosten: etwa CHF 750'000.-
5. Montag-Freitag: Linie 34 in der Abendspitze 7 1/2 Min. Takt bis Riehen Bahnhof (heute ab Göttenstrasse 15 Min. Takt). Kosten: etwa CHF 100'000.-
6. Samstage: Linie aus der Innerstadt heraus: 7 1/2 Min. Takt bis 18.30 (heute bis 17 Uhr, dann 10 Min. Takt). Kosten: etwa CHF 300'000.-
7. Montag - Freitag: die wichtigsten Linien: 7 1/2 Min. Takt bis 20 Uhr statt bis 19.45 Uhr. Kosten: etwa CHF 600'000.-
8. Montag - Freitag Abendspitze: Linie 17 im 7 1/2 Min. Takt (heute 10 Min. Takt) als Verstärkung zu Linie 8 bis Wiesenplatz. Kosten: etwa CHF 150'000.-
9. Montag - Freitag Abendspitze im Winterhalbjahr: Entlastungslinie 12 bis Muttentz, zur Entlastung von Linie 14. Kosten: etwa CHF 250'000.-"

Jörg Vitelli zum Globalbudget öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus

"Erhöhung ONA Globalbudget öffentlicher Verkehr Produktgruppe Tram und Bus um CHF 400'000 "

"Der Landrat hat an seiner Budgetsitzung vom 13. Dezember 2006 für die Verdichtung des Fahrplanes auf der Linie 37 von Bottmingen bis zum Basler Jakobsberg CHF 700'000 beschlossen. Diese Taktverdichtung auf 7.5 Minuten macht nur Sinn, wenn die Busse auf basel-städtischem Gebiet mindestens bis Ulmenweg, besser bis Aeschenplatz, weitergeführt werden. Seit dem Fahrplanwechsel 2006 ist das hintere Bruderholz mit dem 15- Minuten-Takt massiv schlechter erschlossen. Die Umsteigebeziehungen am Jakobsberg funktionieren nicht mehr. Für die Passagiere des hinteren Bruderholz und die BesucherInnen des Bruderholzspitals, welche aus dem Birs- /Laufental sowie von Muttentz/Pratteln kommen, sind die Umsteighaltestellen am Dreispitz (Tram/S-Bahn) und St. Jakob (Tram 14) wichtig. Mit dem Vorgezogenen Budgetpostulat soll die Taktverdichtung auf den Fahrplanwechsel 2008 ermöglicht werden. Nach Auskunft der BLT, Betreiberin der Buslinie 37, kostet die Taktverdichtung von der Kantonsgrenze bis Ulmenweg CHF 400'000."

Anita Lachenmeier-Thüring zum Globalbudget öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus

"Erhöhung ONA Globalbudget öffentlicher Verkehr Produktgruppe Tram und Bus um CHF 1'050'000 "

"Die Linie 37 verfügt heute nur über einen 15 Minuten-Takt, das ist unattraktiv und verhindert ein breites Umsteigen auf den öV. Die Anschlusslinien auf dem Jakobsberg und am Ulmenweg fahren im 7 ½ Minuten-Takt. Der Landrat hat für die Verdichtung des Fahrplans bis zur Kantonsgrenze CHF 700'000 gesprochen. Damit der Bus bis Ulmenweg im 7 ½ Minuten-Takt weiter fahren kann, braucht es weitere CHF 650'000 von Basel-Stadt. Samstag und Sonntag fährt der 37-er von Bottmingen via Jakobsberg nur bis Ulmenweg und nicht - wie auch in einer Petition des Quartiervereins und des Bethesdaspitals gefordert und vom Grossen Rat als sinnvoll erachtet - bis zum Aeschenplatz. Eine minimale Erschliessung des Gellerts (inkl. Bethesdaspital) am Wochenende mit dem 37-er Bus kostet CHF 400'000."

Stellungnahme des Regierungsrates

Gute und funktionsfähige Verkehrsinfrastrukturen und öV-Angebote sind eine Voraussetzung dafür, dass Basel seine Rolle als Zentrum der trinationalen Agglomeration noch besser wahrnehmen kann. Dazu gehört auch die Anbindung des Bahnhofs SBB und des EuroAirports. Ein guter öffentlicher Verkehr stärkt sowohl den Wirtschaftsstandort Basel als auch den Kanton Basel-Stadt als Wohnkanton. Es geht somit darum, einerseits das hohe Niveau des öffentlichen Verkehrs im Kanton zu halten und andererseits zusätzliche Marktpotentiale zu erschliessen.

Der Regierungsrat befürwortet demnach einen Ausbau des öV vor allem an den Stellen, an denen ein Potential zu Nachfragesteigerungen besteht. Der Ausbau kann durch Netzergänzungen (Anbindung der neuen Stadtentwicklungsgebiete, grenzüberschreitende Tramlinienverlängerungen), durch Anpassungen im bestehenden Netz (wie zum Beispiel die Verknüpfung von Buslinien) oder durch eine Erweiterung des Fahrplanangebots erfolgen.

Die in den Budgetpostulaten vorgeschlagenen Massnahmen wurden entsprechend dem dargestellten Politikgrundsatz geprüft. Konkret wurde jede Massnahme daraufhin analysiert, ob sie geeignet ist, einen allenfalls bestehenden Angebotsengpass zu

beseitigen und/oder für den öV neue Marktpotentiale zu erschliessen. Auf die Realisierung von Massnahmen, die diese Kriterien nicht erfüllen, soll sowohl aus ökonomischen wie auch ökologischen Überlegungen verzichtet werden. Motiviert durch die Budgetpostulate, hat der Regierungsrat weitere bzw. alternative Massnahmen identifiziert, die ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis und somit auch einen signifikanten Beitrag an die Erfüllung des dargestellten Politikziels erwarten lassen.

Auf den Fahrplanwechsel vom Dezember 2007 plant der Regierungsrat im Bereich von Tram und Bus die nachfolgenden Angebotsverbesserungen. Somit können die drei Vorgezogenen Budgetpostulate teilweise umgesetzt werden:

Massnahme	Ausgestaltung
Anpassung der Bedienungsfrequenz an die verlängerten Öffnungszeiten am Samstagnachmittag. (Punkt 6 Vorgezogenes Budgetpostulat Michael Wüthrich)	Verlängerung des 7.5-Minuten Taktes am Samstagnachmittag um eine Stunde (d.h. bis ca. 18.30 Uhr) auf allen Traminien und den Buslinien 30, 31, 33, 34 und 36.
Verbesserung der Anbindung des Hirzbrunnenquartiers / Entlastung Linie 6 auf dem stark belasteten Abschnitt Badischer Bahnhof - Eglisee (Punkt 3 Vorgezogenes Budgetpostulat Michael Wüthrich)	Doppelbedienung des Abschnittes Badischer Bahnhof - Eglisee mit der Linie 2 von Montag bis Freitag, Betriebsbeginn bis ca. 19.30 Uhr (heute verkehrt die Linie 1 nur in den Spitzenzeiten bis Eglisee; ab Dezember 2007 wenden die entsprechenden Kurse wieder am Bad. Bahnhof).
Behebung der Kapazitätsengpässe auf der Buslinie 50 (nicht Bestandteil der Vorgezogenen Budgetpostulate)	Gezielte Taktverdichtungen oder andere geeignete Massnahmen zu denjenigen Zeiten, zu denen Engpässe bestehen. Mittelfristig sollen die Kapazitätsengpässe durch grössere Busse behoben werden. Einzelheiten sind noch in Abklärung.
Verdichtung der Traminien 10 und 17 an Samstagen (10 Min. statt 15 Min. Takt) (nicht Bestandteil der Vorgezogenen Budgetpostulate)	Ganzer Samstag ab ca. 8.45 Uhr bis ca. 18.30 Uhr; Linie 17 ab ca. 13.45 Uhr
Verdichtung der Buslinie 37 von Montag bis Freitag während 4,5 Stunden/ (Vorgezogene Budgetpostulate J. Vitelli und A. Lachenmeier-Thüning)	Neu 7,5 Min statt 15 Min.-Takt. 11.30 Uhr bis 13.30 Uhr 15.30 Uhr bis 18.00 Uhr (heute 7,5 Min.-Takt nur von 6.30 bis 8.00 Uhr)

Die Umsetzung der vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen wird den Kanton Basel-Stadt, über die Leistungsvereinbarung mit der BVB und die Abgeltungsrechnung mit dem Kanton Basel-Landschaft, rund CHF 1.1 Mio. kosten. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr ist entsprechend erhöht worden.

Der Regierungsrat hat den vorgeschlagenen Änderungen im ÖV-Angebot auf Fahrplanwechsel 2007 zugestimmt, insbesondere auch dem von der Paritätischen Kommission BVB/BLT beantragten Angebotskonzept für die Buslinie 37. Damit sind diese Vorgezogenen Budgetpostulate teilweise erfüllt.

3 Die Laufende Rechnung

3.1 Finanzielle Übersicht

Die folgende Darstellung zeigt die Hauptkategorien der Laufenden Rechnung. Die Textziffern rechts in der Tabelle beziehen sich auf die Erläuterungen auf den nachfolgenden Seiten:

ERTRAG (in Mio. CHF)	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06		Text-Ziffer
					%		%	
Steuern	2'364.8	2'198.6	2'310.6	166.3	7.6	54.2	2.3	1
Regalien & Konzessionen	45.1	30.4	30.2	14.7	48.5	14.9	49.4	2
Vermögensertrag	237.2	250.5	237.8	-13.3	-5.3	-0.6	-0.3	3
Entgelte	975.9	971.0	998.7	4.9	0.5	-22.8	-2.3	4
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	182.1	132.8	135.4	49.3	37.1	46.7	34.5	5
Beiträge für eigene Rechnung	290.8	267.8	251.2	23.0	8.6	39.6	15.8	6
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	8.6	15.2	15.9	-6.6	-43.7	-7.3	-0.5	7
Ertrag ohne interne Verrechnungen	4'104.5	3'866.3	3'979.8	238.2	6.2	124.7	3.1	
Interne Verrechnungen	205.0	106.1	44.7	98.9	93.1	160.3	358.3	8
Ertrag inklusive interne Verrechnungen	4'309.5	3'972.4	4'024.5	337.1	8.5	285.0	7.1	

AUFWAND (in Mio. CHF)	B 08	B 07	R 06	Abw. von B07		Abw. von R06		Text-Ziffer
					%		%	
Personalaufwand	1'629.9	1'647.9	1'626.7	-18.0	-1.1	3.1	0.2	9
Sachaufwand	615.1	592.9	566.1	22.2	3.7	49.0	8.6	10
Passivzinsen	108.2	98.0	114.0	10.1	10.4	-5.9	-5.2	11
Abschreibungen	192.6	235.7	285.5	-43.1	-18.3	-92.8	-32.5	12
Eigene Beiträge	1'267.8	1'208.7	1'166.3	59.1	4.9	101.5	8.7	13
Einlagen in Spezialfinanzierungen	69.2	29.1	34.0	40.1	137.7	35.3	1.0	14
Aufwand ohne interne Verrechnungen	3'882.7	3'812.3	3'792.6	70.4	1.8	90.1	2.4	
Interne Verrechnungen	205.0	106.1	44.7	98.9	93.1	160.3	358.3	15
Aufwand inklusive interne Verrechnungen	4'087.7	3'918.4	3'837.3	169.3	4.3	250.4	6.5	
Saldo Laufende Rechnung	221.8	54.0	187.2	167.8	310.8	34.6	18.5	

3.2 Erläuterungen zur Laufenden Rechnung Budget 2008

3.2.1 Ertrag

1. Steuern

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07	%	Abw. zu R06	%
Einkommenssteuern Nat. Personen	1'152.3	1'069.5	1'138.3	82.8	7.7	14.0	1.2
Quellensteuern (D) / Ents. Grenzgänger (F)	114.0	117.0	112.4	-3.0	-2.6	1.6	1.5
Vermögenssteuern Nat. Personen	210.0	197.5	199.7	12.5	6.3	10.3	5.2
Nach- u. Straussteuern / Steuerabfindung BIZ	7.0	5.8	9.8	1.3	21.7	-2.8	-28.6
Einkommens- und Vermögenssteuern	1'483.3	1'389.8	1'460.1	93.6	6.7	23.2	1.6
Gewinnsteuern Jur. Personen	570.0	500.0	548.4	70.0	14.0	21.6	3.9
Kapitalsteuern Jur. Personen	165.0	160.0	164.3	5.0	3.1	0.7	0.4
Gewinn- und Kapitalsteuern	735.0	660.0	712.7	75.0	11.4	22.3	3.1
Erbschafts- und Schenkungssteuern	30.0	30.0	21.8	0.0	0.0	8.2	0.3
Handänderungssteuern	35.0	33.0	32.2	2.0	6.1	2.8	0.1
Motorfahrzeugsteuern	30.9	31.0	30.7	-0.1	-0.3	0.2	0.0
Grundstückgewinnsteuern	30.0	28.0	30.8	2.0	7.1	-0.8	-0.1
Grundstücksteuern Jur. Personen	20.0	25.0	20.2	-5.0	-20.0	-0.2	0.0
Stempelsteuern	0.0	1.2	1.4	-1.2	-100.0	-1.4	-0.1
Hundesteuern	0.6	0.6	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Übrige Steuern	146.5	148.8	137.8	-2.3	-1.5	8.7	6.3
GESAMTERTRAG STEUERN	2'364.8	2'198.6	2'310.6	166.3	7.6	54.2	2.3

Die Steuereinnahmen bleiben die mit Abstand wichtigste Einnahmekategorie, auch wenn sich der Anteil an den Gesamterträgen leicht von 55.3% (B07) auf noch 54.8% zurückbildet. In der Rechnung 06 betrug der Anteil der Steuereinnahmen an den gesamten Einnahmen noch 57.4%.

Die Einkommens- u. Vermögenssteuern der Natürlichen Personen liegen mit CHF 1'483.3 Mio. um CHF 93.6 Mio. oder 6.7% über dem Vorjahresbudget. Damit wird auch der Wert der Rechnung 06 um nochmals CHF 23.2 Mio. oder 1.6% übertroffen. Ein neuer Höchststand wird bei den Gewinn- und Kapitalsteuern der Juristischen Personen prognostiziert, wobei sich die Kapitalsteuern stabilisieren, die Gewinnsteuern dagegen nochmals ein erfreuliches Wachstum zeigen. Mit diesem Wachstum wird das nach wie vor positive wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt.

Bei den übrigen Steuern wird das Minus bei den Grundstücksteuern der Juristischen Personen durch höhere Grundstückgewinnsteuern und auch höheren Handänderungssteuern praktisch kompensiert. Die Erhebung der Stempelsteuern (CHF 1.2 Mio. resp. CHF 1.4 Mio. in Vorjahresbudget resp. Rechnung 06) entfällt, wenn der Grosse Rat dem Vorschlag des Regierungsrates folgt und diese Steuer abschafft.

2. Regalien und Konzessionen

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
410 Regalien	2.4	2.3	2.4	0.1	2.2	0.0	-1.7
412 Patente und Abgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	-6.7	0.0	11.2
413 Anteil am Nationalbankgewinn	42.7	28.0	27.7	14.7	52.4	15.0	54.0 ¹⁾
418 Übrige Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
41 Total Regalien und Konzessionen	45.1	30.4	30.2	14.7	48.5	14.9	49.4

¹⁾ Mit der NFA erfolgt die Gewinnausschüttung der Nationalbank nur noch nach dem Bevölkerungsanteil, die Finanzkraft wird nicht mehr berücksichtigt. Für Basel-Stadt führt dies zu einer deutlich höheren Ausschüttung.

3. Vermögenserträge

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
420 Geldmittel	2.1	1.8	9.9	0.3	18.9	-7.8	-78.4 ¹⁾
422 Anlagen Finanzvermögen	0.8	0.2	9.4	0.6	367.7	-8.7	-92.0 ²⁾
423 Liegenschaftserträge Finanzvermögen	100.5	109.6	81.0	-9.1	-8.3	19.5	24.1 ³⁾
424 Buchgewinne aus Anlagenabgänge FV	1.7	4.0	7.5	-2.3	-58.4	-5.9	-77.9 ⁴⁾
425 Darlehenserträge Verwaltungsvermögen	4.6	4.5	4.5	0.1	1.3	0.1	1.2
426 Beteiligungserträge Verwaltungsvermögen	124.4	123.8	118.4	0.6	0.5	6.0	5.1 ⁵⁾
427 Liegenschaftserträge Verwaltungsvermögen	3.0	6.6	6.9	-3.7	-0.6	-3.9	-56.7 ⁶⁾
429 Übrige Vermögenserträge	0.1	-0.1	0.1	0.2	-215.3	0.0	-33.3
42 Total Vermögenserträge	237.2	250.5	237.8	-13.3	-5.3	-0.6	-0.3

¹⁾ Dank hoher Liquidität konnten im 2006 CHF 8.6 Mio. an Zinsen auf kurzfristigen Festgeldanlagen eingenommen werden. Im Budget 08 sind dafür lediglich CHF 1.0 Mio. (+ CHF 0.2 Mio. zu Vorjahresbudget) eingestellt.

²⁾ Dank positiven Kursentwicklungen konnte in der Rechnung 06 ein Aufwertungsgewinn auf den Wertschriften des Finanzvermögens in der Höhe von CHF 8.1 Mio. verbucht werden. Da solche Entwicklungen nicht vorhersehbar sind, wird jeweils auch nichts dafür budgetiert.

³⁾ Durch den Verkauf der Dreispitzverwaltung an die Christoph Merian-Stiftung fehlen auf dieser Position CHF 13.1 (Budget 07) resp. CHF 13.2 Mio. (Rechnung 06) an Baurechtszinseinnahmen, welche aber durch höhere Liegenschaftserträge und höhere Einnahmen von Baurechtszinsen auf Grundstücken teilweise kompensiert werden. Die Ertragssteigerung gegenüber der Rechnung 06 ist auf die neue Mietabgeltung der Universität beider Basel zurückzuführen. Hierfür werden ab Rechnung 07 und in der Folge CHF 23.5 Mio. an (Mehr-)Einnahmen eingestellt, denen aber auch höhere Aufwandpositionen (Globalbeitrag) gegenüberstehen.

⁴⁾ Durch den Verkauf von Immobilien konnten in der Rechnung 06 Erträge in der Höhe von CHF 7.5 Mio. erzielt werden. Dem Vorsichtsprinzip folgend werden dafür jeweils nur sehr tiefe Beträge in die Budgets eingestellt.

⁵⁾ Die Beteiligungserträge erhöhen sich gegenüber dem Vorjahresbudget nur gering (+ CHF 0.6 Mio. oder 0.5%). Gegenüber der Rechnung 06 aber steigen sie um CHF 6.0 Mio. Mit CHF 72.0 Mio. liegt die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank um CHF 5.2 Mio. und die Gewinnablieferung der IWB mit CHF 28.4 Mio. um CHF 8.1 Mio. über dem Wert der Rechnung 06. Diesen Mehrerträgen stehen Mindereinnahmen bei der Verzinsung der Dotationskapitalien und Mindereinnahmen bei den Beteiligungserträgen von Privatbetrieben gegenüber. Letztere liegen mit CHF 3.2 Mio. um CHF 3.4 Mio. unter dem Wert der Rechnung 06. Diese war durch Ausschüttung von nicht mehr benötigten freien Reserven der Rheinsalinen (CHF 4.6 Mio.) geprägt.

⁶⁾ Nach der Hafenfusion fehlen auf dieser Position die Einnahmen der Unterbaurechtszinsen. Die Rheinschiffahrtsdirektion generierte damit Einnahmen von CHF 3.8 Mio. (Budget 07) respektive CHF 3.7 Mio. (Rechnung 06).

4. Entgelte

in Mio. CHF	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
430 Ersatzabgaben	18.7	17.0	22.0	1.7	10.3	-3.3	-15.1 ¹⁾
431 Gebühren für Amtshandlungen	70.0	68.8	71.1	1.2	1.7	-1.2	-1.7
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	554.7	542.2	535.5	12.5	2.3	19.1	3.6 ²⁾
433 Schulgelder	5.2	4.2	4.3	1.0	23.0	0.9	21.9
434 Benützungsgebühren / Dienstleistungen	195.4	201.1	195.1	-5.7	-2.8	0.3	0.1 ³⁾
435 Verkaufserträge	36.4	35.8	38.9	0.6	1.7	-2.5	-6.4
436 Rückerstattungen	55.8	57.3	61.4	-1.5	-2.7	-5.6	-9.2 ⁴⁾
437 Bussen	29.9	30.1	25.9	-0.2	-0.8	4.0	15.5 ⁵⁾
439 Übrige Entgelte	9.9	14.5	44.4	-4.6	-32.0	-34.5	-77.7 ⁶⁾
43 Total Entgelte	975.9	971.0	998.7	4.9	0.5	-22.8	-2.3

¹⁾ Um CHF 1.3 Mio. respektive CHF 1.4 Mio. höher liegen die Einnahmen aus den Förderabgaben (CHF 13.5 Mio.). Im Vergleich zur Rechnung 06 fehlen CHF 4.5 an Einnahmen aus den Mehrwertabgaben. Diese werden jeweils nicht budgetiert, da sie nur sehr sporadisch anfallen.

²⁾ Im Bereich der Spital- u. Heimtaxen werden CHF 12.5 Mio. Mehreinnahmen budgetiert. CHF 7.9 Mio. davon betreffen die Erträge aus den med. Nebenleistungen (total CHF 73.6 Mio.), CHF 3.6 Mio. die Spitaltaxen (total CHF 283.7 Mio.) sowie CHF 1.4 Mio. die Erträge der Polikliniken (total CHF 92.7 Mio.)

³⁾ Durch den Verkauf der Dreispitzverwaltung fehlen in dieser Kontengruppe Erträge von CHF 3.3 Mio. Weitere CHF 4.9 Mio. entfallen durch die Verselbständigung (Fusion) der beiden Rheinhäfen resp. dem Wegfall der Rheinschiffahrtstriedition aus dem Konsolidierungskreis des Kantons. Dass die Erträge dennoch das Niveau der Rechnung 06 erreichen liegt an der Stadtgärtnerei, welche unter den Dienstleistungen Mehreinnahmen von CHF 5.7 Mio. budgetiert. Hierbei handelt es sich aber um Erträge aus dienststelleninterner Verrechnung, denen dadurch auch höhere Sachaufwendungen gegenüber stehen.

⁴⁾ Im Vorjahr waren CHF 1.0 Mio. an Rückerstattungen Privater beim Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) budgetiert. Dabei handelte es sich um Rückvergütungen an Projekte, die aus dem Krisenfonds finanziert werden und deren Einnahmen nun an anderer Stelle budgetiert sind.

⁵⁾ Mit CHF 41.7 Mio. liegen die Bruttoerträge bei den Bussen um CHF 1.0 Mio. über dem Wert der Rechnung 06. Dass dennoch Mehreinnahmen von CHF 4.0 Mio. zur Rechnung 06 zu verzeichnen sind, liegt an den um CHF 2.7 Mio. tieferen Wertberichtigungen, welche hier ertragsmindernd verbucht werden. Im Vorjahresbudget sind diese Wertberichtigungen der Kantonspolizei in der Kontengruppe 330 eingestellt.

⁶⁾ Das Vorjahresbudget enthält CHF 6.8 Mio. an ausserordentlichen Erträgen beim Universitätsspital, wofür im laufenden Budget nur CHF 0.8 Mio. eingestellt sind. In der Rechnung 06 wurden hier auch CHF 29.1 Mio. aus der Auflösung der nicht mehr benötigten Rückstellung für die PK-Deckungslücken Uni und BVB verbucht. Ebenfalls unter dieser Kontengruppe erfasst wird der Betriebsüberschuss der KVA. Mit CHF 7.2 Mio. liegt der Überschuss um CHF 1.7 Mio. über dem Wert des Budgets 07 und CHF 2.0 Mio. über dem Wert der Rechnung 06.

5. Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

in Mio. CHF	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
440 Anteile an Bundeseinnahmen	180.1	130.8	133.4	49.3	37.7	46.7	35.0 ¹⁾
445 Gemeindebeiträge	2.0	2.0	2.0	0.0	0.0	0.0	-2.2
449 Übrige Beiträge ohne Zweckbestimmung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
44 Total Beiträge ohne Zweckbindung	182.1	132.8	135.4	49.3	37.1	46.7	34.5

¹⁾ Die Anteile an den Bundeseinnahmen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahresbudget um insgesamt CHF 49.3 Mio. CHF 47.2 Mio. davon betreffen den NFA-Lastenausgleich, der hier erstmals geführt wird. Mit CHF 125.0 Mio. liegen die Anteile an der Direkten Bundessteuer um CHF 8.3 Mio. und jene der Eidg. Verrechnungssteuer mit CHF 7.9 Mio. um CHF 3.4 Mio. über dem Vorjahresbudget. Der bisherige Ertrag aus dem Bundesfinanzausgleich (CHF 9.6 Mio. in Budget 07 und CHF 8.9 Mio. in der Rechnung 06) entfällt.

6. Beiträge für eigene Rechnung

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
460 Beiträge vom Bund	166.5	141.1	162.8	25.3	18.0	3.7	2.3 ¹⁾
461 Beiträge von Kantonen	47.3	50.8	76.4	-3.5	-7.0	-29.1	-38.1 ²⁾
462 Beiträge von Gemeinden	2.7	3.0	2.6	-0.3	-9.7	0.2	6.1
463 Beiträge von Eigenen Anstalten	68.4	67.0	0.9	1.3	2.0	67.4	100.0 ³⁾
469 Übrige Beiträge für Eigene Rechnung	6.0	5.8	8.6	0.2	2.7	-2.6	-30.3 ⁴⁾
46 Total Beiträge für eigene Rechnung	290.8	267.8	251.2	23.0	8.6	39.6	15.8

¹⁾ Bei den Beiträgen vom Bund gibt es mit NFA eine Reihe von Budgetverschiebungen, weg von den Rückvergütungen in den Bereichen Behindertenhilfe und Sonderpädagogik, hin zu den Ergänzungsleistungen für AHV/IV, um nur einige zu nennen. Eine Einnahmesteigerung gibt es aber auch infolge der geänderten Auszahlungspraxis im Bereich der Schulen. Dort werden die Subventionen direkt an den Trägerkanton und nicht mehr an die jeweiligen Institutionen ausbezahlt (CHF 9.5 Mio.). Auch erhöht der Bund sein finanzielles Engagement im Bereich der Berufsbildung (CHF 2.5 Mio.).

²⁾ Im Rahmen der Neuordnung der Universität entfallen eine Reihe von Abgeltungen, nicht zuletzt solche des Kantons Basel-Landschaft. Es sind dies v.a. Beiträge für die klinische Lehre und Forschung.

³⁾ Die Abgeltung der Universität an die Spitäler für die klinische Lehre und Forschung von CHF 65.3 Mio. wird unter dieser Kontengruppe geführt. In der Rechnung 06 erscheinen sie noch unter den Internen Verrechnungen. Neu auf dieser Position ist eine Gewinnablieferung der Rheinhäfen beider Basel von CHF 2.8 Mio.

⁴⁾ Die Rechnung 06 enthält eine Abgeltung von CHF 3.0 Mio. der BLT für die Mitbenutzungsrechte am Schienennetz. Diese Abgeltung ist im Globalbudget ÖV enthalten.

7. Entnahmen aus Spezialfinanzierungen

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
480 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	8.6	15.2	15.6	-6.6	-43.6	-7.0	-45.0 ¹⁾
482 Entnahmen aus Rücklagen	0.0	0.0	0.3	0.0	-100.0	-0.3	-100.0
489 Übrige Entnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
48 Total Entnahmen Spez.finanzeungen	8.6	15.2	15.9	-6.6	-43.7	-7.3	-46.0

¹⁾ Die Entnahme aus dem Krisenfonds für Integrationsmassnahmen bei der Sozialhilfe Basel von CHF 4.0 Mio. entfällt. Gleichzeitig führen tiefere Kosten für Projekte, die aus dem Krisenfonds finanziert werden, zu entsprechend tieferen Fondsentnahmen. Die Rechnung 06 enthält CHF 3.8 Mio. an Fondsentnahmen zur Deckung des Defizits der Abfallrechnung. Mit höheren Einnahmen soll diese Rechnung nun ausgeglichen gestalten werden.

8. Interne Verrechnungen

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
490 Interne Verrechnung IT-Dienstleistungen	8.6	9.1	8.4	-0.4	-4.8	0.3	3.3
491 Interne Verrechnung Kommunikation	6.5	6.5	7.3	0.0	0.0	-0.8	-10.7
492 Interne Verrechnung Personalentwicklung	0.6	0.5	0.7	0.1	29.5	-0.1	-17.4
493 Interne Verrechnung Güter	6.1	5.8	6.5	0.4	6.7	-0.4	-5.6
494 Interne Verrechnung Zinsen	4.2	6.7	6.9	-2.5	-37.1	-2.6	-38.1 ¹⁾
496 Interne Verrechnung Liegenschaftsertrag	138.2	0.0	0.0	138.2	0.0	138.2	100.0 ²⁾
498 Interne Verrechnung Übriges	40.6	77.6	15.0	-37.0	-47.6	25.6	170.8 ³⁾
49 Total Interne Verrechnungen	205.0	106.1	44.7	98.9	93.1	160.3	358.3

¹⁾ Die Verzinsung der verschiedenen Anlagekapitalien fällt, nicht zuletzt wegen dem Verkauf der Dreispitzverwaltung an die Christoph Merian-Stiftung, tiefer aus.

²⁾ Mit RRB P070056 vom 7.06.2007 hat der Regierungsrat die Budgetvorgaben 2008 für den Ordentlichen Nettoaufwand um die erstmalige Weiterverrechnung der Internen Mieten im Rahmen des Projektes ZRD (Zentrale Raumdienste) angepasst.

³⁾ Im Vorjahresbudget sind unter dieser Position CHF 65.1 Mio. an Uni-Abgeltungen für die klinische Lehre & Forschung eingestellt. Die Abgeltungen werden neu unter der Kontengruppe 463 "Beiträge von Eigenen Anstalten" budgetiert. Neu werden auch die vom Kanton für die Sonderschulung und den Behindertenbereich eingesetzten NFA-Beträge in der Höhe von CHF 25.3 Mio. hier geführt. Diese werden ab 09 dann auch zum Teil von anderen Dienststellen im Kanton wahrgenommen. Höhere Erträge gibt es schliesslich auch beim Baudepartement, wo Werkstatteleistungen oder auch Leistungen im Rahmen von CEFIS departementsintern weiterbelastet werden (plus CHF 5.2 Mio.).

3.2.2 Aufwand

9. Personalaufwand

in Mio. CHF	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07 CHF	%	Abw. zu R06 CHF	%
301 Löhne Staatspersonal	1'304.3	1'298.4	1'284.5	5.9	0.5	19.8	1.5 ¹⁾
303 Sozialversicherungsbeiträge	75.3	74.0	73.7	1.3	1.7	1.6	2.1
304 Personalversicherungsbeiträge	199.3	226.9	224.8	-27.6	-12.2	-25.5	-11.4 ²⁾
305 Unfall- u. Krankenversicherungsbeiträge	20.2	20.0	19.7	0.2	1.1	0.5	2.6
306 Verpflegungs-, Kleider- u. Whng.zulagen	6.2	6.3	6.0	-0.1	-2.2	0.2	3.3
307 Rentenleistungen	0.0	0.0	0.0	0.0	150.0	0.0	79.3
308 Entschädigung Temporärpersonal	10.8	10.1	9.4	0.8	7.5	1.5	15.6
309 Übriger Personalaufwand	13.8	12.2	8.7	1.6	13.5	5.1	59.0 ³⁾
30 Total Personalaufwand	1'629.9	1'647.9	1'626.7	-18.0	-1.1	3.1	0.2

¹⁾ Gesamtstaatlich ist eine Zunahme von CHF 5.9 Mio. auf CHF 1'304.3 zu verzeichnen. Unter Berücksichtigung der im Vorjahresbudget zentral eingestellten Teuerung (CHF 6.2 Mio.) und der ebenfalls zentral eingestellten Erhöhung für die Kinder- u. Unterhaltszulagen (CHF 3.0 Mio.) ergibt sich auf Departementsebene eine Zunahme von CHF 15.1 Mio. oder 1.2%. Höhere Zuwachsraten verzeichnen das Erziehungs- und das Gesundheitsdepartement. Um 2.4% auf CHF 399.0 Mio. steigen die Löhne im Erziehungsdepartement, um CHF 7.6 Mio. oder 1.6% bei den Spitälern. Einen starken Anstieg verzeichnen auch die Gerichte, wo die Löhne mit CHF 28.4 Mio. um CHF 1.3 Mio. oder 4.7% steigen. Prozentual gemessen fallen die Zuwachsraten beim Sozialversicherungsgericht mit 15% und beim Appellationsgericht mit 11.6% besonders hoch aus.

²⁾ Mit dem neuen Pensionskassengesetz ergeben sich eine Reihe von Budgetverschiebungen, auf die an anderer Stelle eingegangen wird. Die PK-Prämien reduzieren sich insgesamt um CHF 27.6 Mio. oder 12.2%.

³⁾ Für Personalschulung und -Entwicklung wird gegenüber der Rechnung 06 mit CHF 3.1 Mio. an Mehraufwand gerechnet. CHF 1.7 Mio. davon entfallen auf die Kantonspolizei, welche ihr Budget mit CHF 2.3 Mio. damit deutlich erhöht. Die Erhöhung wird mit der Teilnahme an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) begründet. Mehrausgaben in diesem Bereich verzeichnen auch die Spitälern und das Erziehungsdepartement.

10. Sachaufwand

in Mio. CHF	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07 CHF	%	Abw. zu R06 CHF	%
310 Büro- u. Schulmaterial, Drucksachen	22.0	22.5	20.5	-0.5	-2.2	1.5	7.4
311 Kleininvestitionen Maschinen, Mobiliar, Fz.	7.2	7.2	6.9	0.0	-0.6	0.3	4.8
312 Wasser, Energie, Heizmaterial	39.7	37.4	38.2	2.3	6.1	1.4	3.8 ¹⁾
313 Verbrauchsmaterialien	174.4	166.1	171.2	8.3	5.0	3.3	1.9 ²⁾
314 Baulicher Unterhalt	58.0	62.4	62.5	-4.3	-7.0	-4.5	-7.2 ³⁾
315 Übriger Unterhalt	82.8	82.5	70.8	0.3	0.3	12.0	16.9 ⁴⁾
316 Mieten, Pachten u. Benützungskosten	28.6	34.9	31.6	-6.3	-18.0	-3.0	-9.4 ⁵⁾
317 Spesenentschädigungen	6.2	5.9	5.2	0.3	5.3	0.9	18.0
318 Dienstleistungen u. Honorare	190.9	168.6	150.3	22.2	13.2	40.6	27.0 ⁶⁾
319 Übriger Sachaufwand	5.3	5.4	9.0	-0.1	-1.9	-3.7	-40.8 ⁷⁾
31 Total Sachaufwand	615.1	592.9	566.1	22.2	3.9	49.0	8.6

¹⁾ Mit CHF 17.1 Mio. wird bei den Heizkosten mit einem Mehraufwand von CHF 2.2 Mio. oder 15% gegenüber dem Vorjahresbudget gerechnet.

²⁾ Mit CHF 137.4 liegt der Materialeinkauf für den medizinischen Bedarf in den Spitälern um CHF 6.4 Mio. oder 4.9% über dem Vorjahresbudget und CHF 3.2 Mio. oder 2.4% über dem Wert der Rechnung 06.

³⁾ Im Vergleich zu Budget 07 fällt der Unterhalt im Bereich der Allmend- und Strasseninfrastruktur mit CHF 9.7 Mio. um CHF 1.6 Mio. tiefer und jener bei den Gebäuden mit CHF 45.2 Mio. um CHF 1.6 Mio. geringer aus. Im Vergleich zur Rechnung 06 liegen die Unterhaltskosten bei der Allmend- und Strasseninfrastruktur um CHF 2.5 Mio. und jener im Bereich der Nationalstrassen um CHF 1.6 Mio. (Total CHF 1.0 Mio.) darunter. Im Zuge der NFA geht der Nationalstrassenunterhalt an den Bund über.

⁴⁾ Beim Übrigen Unterhalt liegt jener für die Informatik [Hard- u. Software] mit CHF 24.8 Mio. um CHF 2.0 Mio. und jener im Bereich Mobiliar u. Einrichtungen (v.a. Immobilien Basel-Stadt) mit CHF 32.9 Mio. um CHF 9.9 Mio. über dem Wert der Rechnung 06.

⁵⁾ Gegenüber dem Vorjahresbudget oder der Rechnung 06 fehlen CHF 6.8 Mio. an Baurechtszinsen der Dreispitzverwaltung.

⁶⁾ Im Vergleich zum Vorjahresbudget aber auch zur Rechnung 06 ergeben sich zum Teil grosse Abweichungen. Beim Ressort Sport liegen die Dienstleistungsbezüge nicht zuletzt wegen der Euro 08 um CHF 15.2 Mio. über dem Vorjahresbudget. Höhere Dienstleistungsbezüge verzeichnet auch die Stadtgärtnerei (+ CHF 5.5 Mio.), eine Position, welche sich mit gleichlautenden Beträgen bei den Entgelten (Kontengruppe 43) dienststellenintern kompensiert (Interne Verrechnung). Zentral eingestellt wurde der Kredit für die Aufwendungen im Rahmen der Reorganisation RV09, der mit CHF 4.8 Mio. zu Buche schlägt (siehe RRB 07/14/66 vom 08.05.2007). Da im 2008 keine Geldaufnahmen geplant sind, entfallen CHF 2.5 Mio. an Bankkommissionen sowie CHF 3.0 Mio. an Emmissionsabgaben, welche im Vorjahresbudget auch enthalten waren. Das Ressort Sport, die Stadtgärtnerei und auch die Finanzverwaltung mit dem zentral eingestellten Kredit für die RV 09 sind, neben einer Reihe weiterer Abweichungen, für die gewichtigsten Veränderungen gegenüber der Rechnung 06 verantwortlich.

⁷⁾ Für die Schliessung der PK-Deckungslücke der Fachhochschule Nordwestschweiz mussten in der Rechnung 2006 CHF 3.8 Mio. an ausserordentlichen Aufwendungen verbucht werden. Ausserordentliche Positionen waren aber auch bei den Immobilien des Finanzvermögens in der Höhe von CHF 1.1 Mio. zu verzeichnen. Ins Budget eingestellt, an anderer Stelle aber verbucht werden hier auch die CHF 3.0 Mio. aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrats.

11. Passivzinsen

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
321 Zinsen auf kurzfristigen Schulden	6.3	1.3	0.1	5.1	399.2	6.2	+ ¹⁾
322 Zinsen auf Mittel- u. Langfristschulden	100.5	94.6	111.6	5.9	6.2	-11.0	-9.9 ²⁾
323 Zinsen für Sonderrechnungen	1.3	2.1	2.4	-0.8	-37.6	-1.1	-44.3 ³⁾
32 Total Passivzinsen	108.2	98.0	114.0	10.1	10.4	-5.9	-5.2

¹⁾ Fällige Rückzahlungen von Schulden werden mit kurzfristigen Geldaufnahmen refinanziert. Das führt zu höheren Zinsen bei den Kurzfristschulden.

²⁾ Während die Zinsen auf den Obligationsanleihen praktisch auf der Höhe des Vorjahresbudgets liegen (CHF 83.3 Mio.), wird bei den derivativen Finanzinstrumenten infolge des massiven Zinsanstiegs beim 6-Montas-Libor-Satz, mit Mindererträgen von CHF 5.1 Mio. gerechnet.

³⁾ In dieser Kontengruppe werden die Zinsen auf dem Kontokorrentkonto der IWB und auch die Zinsen weiterer Fondskonten verbucht. Diese nehmen sowohl zu Vorjahresbudget wie auch gegenüber der Rechnung 06 deutlich ab.

12. Abschreibungen

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
330 Abschreibungen im Finanzvermögen	8.6	14.1	35.2	-5.5	-39.2	-26.7	-75.7 ¹⁾
331 Abschreibungen im Verwaltungsvermögen	184.0	221.6	250.2	-37.6	-16.9	-66.2	-26.4 ²⁾
33 Total Abschreibungen	192.6	235.7	285.5	-43.1	-18.3	-92.8	-32.5

¹⁾ Gegenüber dem Vorjahresbudget fehlen CHF 4.7 Mio. an Abschreibungen auf den Debitorenverlusten bei der Kantonspolizei. Die Debitorenverluste werden ab Rechnung 06 direkt als Ertragsminderung bei den Bussen verbucht. Wegen dem Verkauf der Dreispitzverwaltung fallen auch CHF 2.2 Mio. an Abschreibungen auf den Sachanlagen im Finanzvermögen weg. Die Rechnung 06 enthielt daneben Abschreibungen auf den Marktwerten der Renditeliegenschaften von CHF 21.0 Mio. sowie Abschreibungen auf den Sachanlagen beim Dreispitz (CHF 2.2 Mio.).

²⁾ Mit CHF 57.2 Mio. fallen die Abschreibungen im Bereich Maschinen, Mobiliar, Fahrzeuge u. Einrichtungen um CHF 13.5 Mio. und jene beim Tiefbau mit CHF 66.0 um CHF 6.3 Mio. höher als im Vorjahresbudget aus. Dagegen fallen die Abschreibungen bei den Altanlagen (Zugänge vor 1995) mit CHF 1.5 Mio. praktisch weg. Im Vorjahresbudget waren dafür noch CHF 46.1 Mio. eingestellt. Im Vergleich zur Rechnung 06 sind es CHF 60.9 Mio. an Abschreibungen auf den Altanlagen sowie CHF 13.3 Mio. an Amortisationen auf den Investitionsbeiträgen im Bereich Uni und Regio-S-Bahn, die wegfallen.

13. Eigene Beiträge

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
360 Beiträge an Bund	3.9	132.4	157.6	-128.5	-97.1	-153.7	-97.5 ¹⁾
361 Beiträge an Kantone	138.1	20.3	19.7	117.8	579.9	118.3	599.2 ²⁾
362 Beiträge an Gemeinden	144.1	160.3	149.1	-16.2	-10.1	-5.0	-3.3 ³⁾
363 Beiträge an eigene Anstalten	310.4	316.5	266.2	-6.1	-1.9	44.1	16.6 ⁴⁾
365 Beiträge an private Institutionen	298.0	282.7	280.1	15.4	5.4	17.9	6.4 ⁴⁾
366 Beiträge an private Haushalte	373.3	296.5	293.5	76.8	25.9	79.8	27.2 ⁵⁾
36 Total Eigene Beiträge	1'267.8	1'208.7	1'166.3	59.1	4.9	101.5	8.7

¹⁾ Unter dieser Kontengruppe wird v.a. der Kantonsbeitrag an die Eidgenössische AHV/IV gezeigt. Mit der Neuordnung beim Finanzausgleich fällt dieser weg. Im Vorjahresbudget betrug dieser CHF 128.0 Mio. Es verbleibt ein Betrag an den Bund beim Amt für Wirtschaft und Arbeit für arbeitsmarktliche Massnahmen.

²⁾ Unter den Beiträgen an Kantone wird erstmals der Ressourcen- sowie der Härteausgleich NFA budgetiert. Diese betragen CHF 113.6 Mio. respektive CHF 3.2 Mio.

³⁾ Mit CHF 137.0 Mio. fällt das Defizit der Sozialhilfe Basel-Stadt um CHF 16.0 Mio. tiefer aus als im Vorjahresbudget. Der Wert der Rechnung 06 wird um CHF 5.4 Mio. unterschritten.

⁴⁾ Die Beiträge werden in Kapitel 3.3 "Beitragsübersichtslisten" einzeln aufgelistet.

⁵⁾ Auch bei den Beiträgen an private Haushalte sind die Auswirkungen des Neuen Finanzausgleichs deutlich. Neu wird für die Behindertenhilfe ein Betrag von CHF 48.6 Mio. im Budget eingestellt. Das Vorjahresbudget enthielt dafür lediglich CHF 0.4 Mio. Auch sind die Aufwendungen bei der Sonderpädagogik mit CHF 45.5 Mio. um CHF 13.5 Mio. höher als im Budget 07 respektive CHF 13.4 Mio. höher als in Rechnung 06. Hoch sind auch die Zuwachsraten bei den Ergänzungsleistungen AHV/IV, welche aber durch tiefere Kosten bei den Beihilfen teilweise kompensiert werden. In der gleichen Kontengruppe werden auch die Beiträge an die Zusatzversicherten (Spitäler) des Kantons geführt. Diese liegen mit CHF 32.6 Mio. um CHF 1.8 Mio. über dem Vorjahresbudget und CHF 4.7 Mio. über dem Wert der Rechnung 06.

Sozialkosten netto

Den in den Eigenen Beiträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen von Bund und Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung der Sozialkosten zu vermitteln sind nachfolgend die Netto-Belastungen (inklusive der Debitorenverluste) der wichtigsten Sozialleistungen aufgezeigt.

Sozialkosten netto:

in Mio. CHF	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				%		%	
Prämienvverbilligung	58.2	59.2	51.5	-1.0	-1.6%	6.7	13.0%
Ergänzungsleistungen ¹⁾	144.0	141.7	141.5	2.3	1.6%	2.4	1.7%
Beihilfen	8.0	30.2	29.5	-22.2	-73.5%	-21.5	-72.8%
Risikobeiträge KK	16.1	18.4	23.0	-2.3	-12.5%	-6.9	-30.0%
Sozialhilfe z.L. des Kantons ²⁾	147.4	156.0	146.5	-8.6	-5.5%	0.9	0.6%
Beitrag an eidg. AHV/IV	0.0	128.0	127.0	-128.0	-100.0%	-127.0	-100.0%
Beitrag an ALV Bund	4.3	4.4	4.3	-0.1	-2.3%	0.0	0.0%
Beitrag an Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ³⁾	7.0	7.0	7.0	0.0	0.0%	0.0	0.0%
Stationäre Jugendhilfe	36.6	36.6	36.0	0.0	0.0%	0.5	1.5%
NFA-Behindertenbereich	56.8	0.0	0.0	56.8	100.0%	56.8	100.0%
Total	478.4	581.4	566.3	-103.0	-17.7%	-87.9	-15.5%

¹⁾ inklusive Heim- u. Spitalbereich

²⁾ inklusive stationäre Drogentherapien

³⁾ exklusive Standortförderungsfonds

Ohne Berücksichtigung der Auswirkungen durch die Einführung der NFA wachsen die Sozialkosten im Vergleich zum Vorjahresbudget um CHF 1.9 Mio.

14. Einlagen in Spezialfinanzierungen

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	69.2	29.1	34.0	40.1	137.7	35.3	103.8 ¹⁾
389 Einlagen in Rücklagen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
38 Total Einlagen i/Spezialfinanzierungen	69.2	29.1	34.0	40.1	137.7	35.3	103.8

¹⁾ Die Ausfinanzierung der PK-Deckungslücke wird in einer Spezialfinanzierung geführt. Der Saldo aus den eingesparten Sozialversicherungsleistungen, den Einsparungen beim Personalaufwand und den Arbeitgeberbeiträgen zur Ausfinanzierung, abzüglich der Verzinsung des Vorschusses, wird als Einlage in das Vorschusskonto verbucht. Hierfür sind CHF 38.0 Mio. als Einlage eingestellt. Mit CHF 9.4 Mio. liegt der Überschuss bei der KVA jeweils um CHF 0.8 Mio. und die Einnahmen aus den Förderabgaben mit CHF 13.5 Mio. jeweils um CHF 1.3 Mio. über dem Budget 07 und Rechnung 06. Diese Mehreinnahmen erklären die um CHF 2.1 Mio. erhöhten Einlagen im Vergleich zum Vorjahresbudget. In der Rechnung 06 führten zudem vereinnahmte Mehrwertabgaben von CHF 4.5 Mio. zu entsprechenden Fondseinlagen. Wie bereits erwähnt, werden weder die Einnahmen aus den Mehrwertabgaben noch die daraus resultierenden Fondseinlagen budgetiert, da sie nur sehr sporadisch anfallen.

15. Interne Verrechnungen

<i>in Mio. CHF</i>	B 08	B 07	R 06	Abw. zu B07		Abw. zu R06	
				CHF	%	CHF	%
390 Interne Verrechnung IT-Dienstleistungen	8.6	9.1	8.4	-0.4	-4.8	0.3	3.3
391 Interne Verrechnung Kommunikation	6.5	6.5	7.3	0.0	0.0	-0.8	-10.7
392 Interne Verrechnung Personalentwicklung	0.6	0.5	0.7	0.1	29.5	-0.1	-17.4
393 Interne Verrechnung Güter	6.1	5.8	6.5	0.4	6.7	-0.4	-5.6
394 Interne Verrechnung Zinsen	4.2	6.7	6.9	-2.5	-37.1	-2.6	-38.1
396 Interne Verrechnung Liegenschaftsaufw.	138.2	0.0	0.0	138.2	0.0	138.2	+
398 Interne Verrechnung Übriger Aufwand	40.6	77.6	15.0	-37.0	-47.6	25.6	170.8
39 Total Interne Verrechnungen	205.0	106.1	44.7	98.9	93.1	160.3	358.3

Aufwand und Ertrag aus den Internen Verrechnungen entsprechen sich genau. Deshalb wird hier auf weitere Ausführungen verzichtet. Wir verweisen auf die Erläuterungen unter Ziffer 8.

3.3 Beitragsübersichtslisten

3.3.1 Beiträge an Eigene Anstalten

	Jahr 2008 Budget	Jahr 2007 Budget	Jahr 2006 Rechnung	Abw. B08 / B07 absolut	%
Erziehungsdepartement					
271811000001: Globalbeitrag an Universität	129'600'000	125'500'000	77'414'100	4'100'000	3.3
271821000020: Globalbeitrag an FHNW	30'300'000	27'300'000	27'300'000	3'000'000	11.0
271821000022: Übergangslösung PK (FHBB/MAB)	1'000'000	0	0	1'000'000	-
271811000021: Leistungseinkauf Universitätsbibliothek	970'000	970'000	0	0	-
271821000010: Globalbeitrag HPSA-BB für ISP	693'350	693'350	693'350	0	-
271821000015: NFA-Ausgleich Sozialberufe FHBB	686'000	0	0	686'000	-
271841000001: Zentrum f. Erw.-Bild. GRB 15.12.04 05-08	520'000	520'000	520'000	0	-
271811000018: Globalbeitrag für Studienberatung an UNI	455'000	455'000	455'000	0	-
271841000002: Erw.-Bild./Ausgleich nBBG	53'000	0	0	53'000	-
271811000022: PK-Rückstellung Universität	0	5'600'000	0	-5'600'000	-100.0
DST2710 Ressort Hochschulen (stat. Aufträge)	164'277'350	161'038'350	106'382'450	3'239'000	2.0
Total Erziehungsdepartement	164'277'350	161'038'350	106'382'450	3'239'000	2.0
Gesundheitsdepartement					
730900806021: UKBB Stationäre Versorgung	7'400'000	7'400'000	8'320'000	0	-
730900806023: UKBB Sonstige Leistungen	3'500'000	3'500'000	2'000'000	0	-
730900806022: UKBB Lehre und Forschung	0	0	5'300'000	0	-
730900110010: Spitalbeitrag GD an Universität	0	0	3'500'000	0	-
DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)	10'900'000	10'900'000	19'120'000	0	-
733900100001: Kantonsbeiträge an Uni-Institute	60'000	60'000	46'845	0	-
DST7330 Felix Platter-Spital (stat. Aufträge)	60'000	60'000	46'845	0	-
Total Gesundheitsdepartement	10'960'000	10'960'000	19'166'845	0	-
Wirtschafts- und Sozialdepartement					
801821090104: Öffentlicher Verkehr	71'779'900	69'420'896	68'118'996	2'359'004	3.4
801828090100: Defizit Basl. Personenschiff. BPG GRB	260'000	260'000	1'258'106	0	-
DST8010 Sekr.Wirtschafts.-u.Sozialdep. (stat. Aufträge)	72'039'900	69'680'896	69'377'102	2'359'004	3.4
8075210S0042: Prämienverbilligungen öffentl. Krankenkassen	63'110'000	74'793'683	71'312'189	-11'683'683	-15.6
DST8070 Amt für Sozialbeiträge (stat. Aufträge)	63'110'000	74'793'683	71'312'189	-11'683'683	-15.6
Total Wirtschafts- und Sozialdepartement	135'149'900	144'474'579	140'689'290	-9'324'679	-6.5
Total Beiträge an Eigene Anstalten	310'387'250	316'472'929	266'238'585	-6'085'679	-1.9

3.3.2 Beiträge an Private Institutionen

	Jahr 2008 Budget	Jahr 2007 Budget	Jahr 2006 Rechnung	Abw. B08 / B07 absolut	%
Erziehungsdepartement					
201891000005: Prix de la Ville de Bâle	10'000	10'000	10'068	0	-
DST2010 Departementssekretariat ED (stat. Aufträge)	10'000	10'000	10'068	0	-
203900001002: Betriebsbeiträge an Sportvereine	140'000	145'000	109'642	-5'000	-3.4
203812000005: Stift. Ferienkol. GRB 05.06.02 02-06	60'000	60'000	60'000	0	-
203900001003: Unterhaltsbeiträge an Sportvereine	20'000	20'000	41'760	0	-
DST2030 Ressort Sport (stat. Aufträge)	220'000	225'000	211'402	-5'000	-2.2
210811000001: KV-Defizitabdeckung GRB 18.2.04 2005-09	13'460'000	11'995'000	11'397'890	1'465'000	12.2
210811000002: KV-PK-Kost. GRB 18.2.2004 2005 - 2009	1'450'000	1'400'000	1'645'021	50'000	3.6
210910100019: Zoodidakt. Leistungen GRB 19.02.03 03-07	90'000	90'000	90'000	0	-
210831300001: Lukasclub RRB 6.9.05 2006-2008	43'000	43'000	0	0	-
210910100018: Schw. Schule Sao Paulo RRB 5.8.03 03-07	25'000	25'000	25'000	0	-
210910100062: Beitrag an Zeitschrift Perspektiven	16'000	16'000	17'967	0	-
210910100033: ILZ Rapperswil SG	14'000	14'000	13'165	0	-
DST2100 Ressort Schulen (stat. Aufträge)	15'098'000	13'583'000	13'189'043	1'515'000	11.2
262902000060: Betrag Ausbildung Chemikantenlehrlinge	170'000	170'000	92'400	0	-
262901000012: Feste Betriebsbeiträge (Abo Blätter)	3'200	3'200	2'417	0	-
DST2620 Allgemeine Gewerbeschule Basel (stat. Aufträge)	173'200	173'200	94'817	0	-
264901500001: Spitalschulabk. BS-Schüler in BL-Schulen	2'814'000	3'044'700	2'515'450	-230'700	-7.6
264901500005: BS-Schüler bei GKP-Schule St. Claraspital	1'661'700	1'176'000	1'542'095	485'700	41.3
264901500006: BS-Schüler bei GKP-Schule Bethesdaspital	1'645'300	1'148'000	1'539'510	497'300	43.3
264901500003: Spitalschulabk. BS-Schüler in BE-Schulen	155'200	209'900	0	-54'700	-26.1
264901500002: Spitalschulabk. BS-Schüler in AG-Schulen	123'000	64'400	78'100	58'600	91.0
264901500010: BS-Schüler bei übrigen Schulen	70'400	70'400	8'000	0	-
264901500015: Rettungssanitäter	70'000	70'000	63'579	0	-
264901500012: Orthoptikschule St. Gallen	60'000	60'000	63'981	0	-
264901500004: Spitalschulabk. BS-Schüler in SO-Schulen	58'300	61'500	123'000	-3'200	-5.2
264901500013: Spitex-Bildungszentrum	50'600	50'600	0	0	-
264901500009: BS-Schüler bei Ergotherapieschule Zürich	30'000	60'000	17'672	-30'000	-50.0
264901500027: Schulabk. BS-Schüler in LU-Schulen	12'700	12'700	0	0	-
264901500007: BS-Schüler bei Phyio-Schule Bethesdasp.	0	900'000	802'953	-900'000	-100.0
264901500020: Spitalschulabk. BE-Schüler in BS-Schulen	0	0	122'700	0	-
264901500022: Spitalschulabk. LU-Schüler in BS-Schulen	0	0	12'700	0	-
DST2640 Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (stat. Aufträge)	6'751'200	6'928'200	6'889'740	-177'000	-2.6
265813000003: LAP + Erhöhung Exp.Enschäd.	2'101'500	1'661'000	1'459'467	440'500	26.5
265813000014: Lehrbetriebe Basel GRB 15.11.06 7.06-09	1'560'000	1'560'000	1'505'125	0	-
265813000004: Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: EK	523'000	170'000	183'996	353'000	207.6
265813000015: LBB, nBBG Ausgleich Bundessubventionen	465'000	0	0	465'000	-
265813000006: Subv. Beiträge Überkantonale: EK	343'740	383'400	335'147	-39'600	-10.3
265813000005: Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: WK	129'000	30'000	28'110	99'000	330.0
265813000001: Subv. Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	60'000	0	13'795	60'000	-
265813000007: Subv. Beiträge Überkantonale: WK	40'000	50'000	38'807	-10'000	-20.0
265813000008: Subv. Beiträge Ing. Schule Wädenswil	20'000	22'000	17'115	-2'000	-9.1
265813000009: Subventions-Beiträge Diverse	5'000	5'000	0	0	-
DST2650 Amt für Berufsbildung -u. beratung (stat. Aufträge)	5'247'240	3'881'400	3'581'562	1'365'840	35.2
271842000001: Musikakademie GRB pendent	10'100'000	21'250'000	21'118'841	-11'150'000	-52.5
271842000002: MAB Pers.-fürsorge GRB pendent	1'420'000	2'120'000	3'356'806	-700'000	-33.0
271821000014: Abgrenzung RSA-Einnahmen MAB (einmalig)	797'000	0	0	797'000	-

	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Abw. B08 / B07	
	Budget	Budget	Rechnung	absolut	%
271811000003: CH Tropeninstitut GRB 12.12.2002 03-07	700'000	2'410'000	2'395'021	-1'710'000	-71.0
271811000015: Stift. Wildt'sch.Haus GRB 7.2.2007 07-11	85'000	85'000	68'000	0	-
271811000011: Preis d.Stadt BS wiss.Forsch. RRB 2.4.85	20'000	20'000	20'030	0	-
271811000014: Archäologie Schweiz (ex. Ur- u. Frühg.)	20'000	20'000	20'000	0	-
271811000012: Histor.-/Antiquar.Ges.: Publikation	20'000	20'000	20'000	0	-
271811000013: Geogr.-ethnolog. Gesells. Basel	15'000	15'000	15'000	0	-
271811000017: Zschokkehaus Engelberg	8'000	8'000	8'000	0	-
271821000007: Trinat. Bauing.-Ausb. GRB 11.9.02 03-07	0	100'000	100'000	-100'000	-100.0
271811000016: Stud.heim Herberg. 7 RRB 15.10.02 02-06	0	0	45'000	0	-
DST2710 Ressort Hochschulen (stat. Aufträge)	13'185'000	26'048'000	27'166'698	-12'863'000	-49.4
280821000001: Theater Basel GRB 17.5.06 06/07-10/11	28'632'000	28'632'000	30'024'661	0	-
280811000001: Stift. Basler Orch. GRB 7.6.06 06-10/11	7'307'000	7'607'000	11'722'904	-300'000	-3.9
280811000020: Orch.-leist. an Theater GRB 7.6.06 06-11	6'300'000	6'300'000	2'625'000	0	-
280841000001: Allg. Biblioth. GGG GRB 07.6.06 2006-07	4'246'750	4'126'750	4'126'750	120'000	2.9
280821000002: Theater PK GRB 17.5.06 2006/07-2010/11	2'700'000	2'700'000	3'524'329	0	-
280831000001: Beyeler Stiftung GRB 10.3.93 95-04/06	1'865'000	1'722'000	1'856'720	143'000	8.3
280811000002: SBO Pers.fürsorge GRB 7.6.06 06-10/11	1'492'000	1'492'000	1'498'209	0	-
280821000005: Kulturwerkst.Kaserne GRB 20.10.04 05-07	1'060'000	1'060'000	1'060'000	0	-
280831000002: Basler Kunstverein GRB 15.09.2004 05-07	795'000	745'000	745'000	50'000	6.7
280832000001: Kunstkredit GRB 14.2.2007 2007-2010	520'000	520'000	520'000	0	-
280822000001: Theater u. Tanz BS/BL GRB 23.2.05 05-08	365'000	365'000	365'000	0	-
280852000001: Audiov.+Multimedia GRB 14.2.2007 07-10	340'000	200'000	200'200	140'000	70.0
280901000016: Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen A&L	335'000	205'000	45'229	130'000	63.4
280811000021: Rockförderverein, GRB pendent	300'000	0	0	300'000	-
280811000012: Kammerorchester Basel GRB 15.3.06 06-09	300'000	300'000	300'000	0	-
280962000001: Kulturpauschale GRB 14.2.07 2007-2010	300'000	300'000	292'050	0	-
280851000001: STADT-/LANDKINO GRB 18.10.2006 07 - 2010	270'000	270'000	250'000	0	-
280811000017: Basel Sinfonietta GRB 10.5.2006 2006-09	200'000	200'000	200'000	0	-
280821000004: Vorstadt-Theater GRB 18.10.2006 07-2010	200'000	200'000	192'500	0	-
280811000010: Musikwerkstatt Basel GRB 15.3.06 2006-09	170'000	170'000	170'000	0	-
280962000003: Stift. BS Papiermühle GRB 15.3.06 06-07	160'000	160'000	160'000	0	-
280811000004: Musikverband BS GRB 15.3.06 2006 - 2009	150'000	150'000	150'000	0	-
280831000003: Ausstl.raum Klingent. RRB 21.09.04 05-07	122'000	87'000	87'000	35'000	40.2
280851000003: plug in RRB 26.9.2006 2006-2007	100'000	100'000	100'000	0	-
280821000003: Gen. BS Kleintheater GRB 18.10.06 07-10	100'000	100'000	100'000	0	-
280811000003: Knabenmusik Basel GRB 15.3.06 2006-2009	100'000	100'000	100'000	0	-
280962000002: Augusta Raurica RRB 21/66 26.5.98 BS/BL	100'000	100'000	100'000	0	-
280901000001: Kulturbeitrag Reinach	100'000	100'000	100'000	0	-
280812000001: Fachausschuss Musik BS/BL 15.3.06 06-09	90'000	90'000	90'000	0	-
280811000016: Ensemble Phoenix GRB 15.3.2006 2006-2009	80'000	80'000	80'000	0	-
280842000001: Literaturkredit RRB 14.2.2006 2006-2007	80'000	80'000	77'850	0	-
280832000003: Atelierkredit RRB 5.12.2006 2007-2009	75'000	75'000	70'329	0	-
280811000005: Knabenkantorei Basel RRB 31.1.06 2006-09	60'000	60'000	60'000	0	-
280962000005: Kulturbüro, RRB pendent	50'000	0	0	50'000	100.0
280811000018: Verein Jazz-Live Basel RRB 14.2.06 06-09	50'000	50'000	50'000	0	-
280832000002: Cité Paris RRB 3.7.90	50'000	50'000	47'519	0	-
280811000013: Int.Ges.f.neue Musik RRB 21.2.06 2006-09	45'000	45'000	45'000	0	-
280811000015: Mädchenkantorei RRB 31.1.2006 2006-2009	40'000	40'000	40'000	0	-
280841000003: Leseförderung Kleinhüningen RRR pend.	35'000	35'000	0	0	-
280821000006: IG-Tanz/Tanzbüro Basel RRB 16.1.07 07-10	28'000	28'000	28'000	0	-
280831000005: DOKU-Stelle, RRB pendent	25'000	0	0	25'000	100.0
280831000004: Kaskadenkondesator RRB 16.1.2007 07-10	25'000	25'000	25'000	0	-
280811000011: Freunde alter Musik RRB 31.1.06 2006-09	25'000	25'000	25'000	0	-
280901000003: Kulturpreis der Stadt Basel RRB 15.10.02	20'000	20'000	20'030	0	-
DST2800 Ressort Kultur (stat. Aufträge)	59'407'750	58'714'750	61'274'280	693'000	1.2

	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Abw. B08 / B07	
	Budget	Budget	Rechnung	absolut	%
295930023131: Kannenfeldwerkstätten RRB 08.05.07 Erm.	900'000	0	0	900'000	100.0
295930023129: Vermeidung Härtefälle RRB 3.08.04 05-08	157'000	157'000	77'000	0	-
295930023116: Wegwarte Durchg. RRB 8.11.05 06-09	130'000	130'000	0	0	-
295930023117: Werkatelier RRB 25.04.06 06-07	96'000	96'000	0	0	-
295930023130: Psychosoz.Arbeitsg. RRB 13.12.05 06-08	73'000	73'000	72'988	0	-
295930023119: LetPack Selbsthilfegr.RRB 23.05.06 06-07	61'000	61'000	52'980	0	-
295930023126: JUFA Beschäftigungsst. RRB 25.4.06 06-07	61'000	61'000	0	0	-
295930023123: Bildungsclub Regio BS RRB 15.11.05 06-07	50'000	50'000	50'000	0	-
295930023113: Wohn.f. Körperbeh. RRB 13.02.07 07-10	50'000	50'000	0	0	-
295930023127: Stiftung Mosaik RRB 13.12.05 06-08	21'500	21'500	0	0	-
295930023103: insieme Lebenshilfe RRB 08.05.07 07	0	30'000	30'000	-30'000	-100.0
295930023122: Gehörlosen-Fürsorgev. RRB 15.11.05 06-07	0	8'600	8'600	-8'600	-100.0
295930023100: Ausgleichszahlungen WH RRB 26.3.2002	0	0	227'843	0	-
<i>Zwischensumme Behindertenhilfe</i>	<i>1'599'500</i>	<i>738'100</i>	<i>519'411</i>	<i>861'400</i>	<i>116.7</i>
295940041402: BVF Tagesheime RRB 23.01.07	12'000'000	11'119'000	11'855'500	881'000	7.9
295940041403: KK Bläsistift RRB 23.01.07	1'550'000	1'523'000	1'043'220	27'000	1.8
295940041405: Krippe Gundeldingen RRB 23.01.07	1'300'000	1'337'000	538'755	-37'000	-2.8
295940041420: V. f. Basler Tagesfamilien RRB 23.01.07	1'300'000	1'300'000	1'250'000	0	-
295940041410: TH Verenahof RRB 23.01.07	820'000	852'000	804'787	-32'000	-3.8
295940041409: Krippe St. Peter RRB 23.01.07	800'000	441'000	421'238	359'000	81.4
295940041425: Generationenhaus Neubad RRB 23.01.07	700'000	497'000	474'428	203'000	40.8
295940041404: TH Kinderhaus Gellert RRB 23.01.07	600'000	642'000	621'024	-42'000	-6.5
295940041412: Spanische Krippe RRB 23.01.07	437'000	508'000	290'736	-71'000	-14.0
295940041408: Krippe St. Leonhard RRB 23.01.07	400'000	517'000	404'892	-117'000	-22.6
295940041430: TH Rhy-Spatze RRB 23.01.07	350'000	353'000	0	-3'000	-0.8
295940041406: Kindernest Gundeli RRB 23.01.07	250'000	261'000	247'510	-11'000	-4.2
295940041431: TH Wirbelwind RRB 23.01.07	150'000	150'000	0	0	-
295940041417: Schulgeld BFS	100'000	100'000	335'500	0	-
295940041415: Neue nicht subv. Tagesheimplätze	0	300'000	0	-300'000	-100.0
295940041428: Nachmittagsbetreuung SonP	0	200'000	232'121	-200'000	-100.0
295940041427: JUFA GRB 14.01.04	0	170'000	177'617	-170'000	-100.0
295940041413: TH Dornacherstrasse GRB 14.01.04	0	0	648'932	0	-
295940041426: TH Tabaluga GRB 14.01.04	0	0	199'679	0	-
<i>Zwischensumme Tagesbetreuung</i>	<i>20'757'000</i>	<i>20'270'000</i>	<i>19'545'939</i>	<i>487'000</i>	<i>2.4</i>
295940041517: V. QTP Kleinhüningen GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041512: Trägerverein QuBa GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041511: V. Burg/Burgweg GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041510: V. QT Kasernenareal GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041509: V. Kont. Elt.+Kinder GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041508: V. Fam.zentr. Gundeli GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041507: V. QT Davidseck GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041506: V. Treffpunkt Breite GRB 7.2.07 07-09	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041522: Stadtteilsekr.Kl'basel RRB 15.5.07 05-07	90'000	80'000	80'000	10'000	12.5
295940041516: V. Beg.zentr.KB Union GRB 7.2.07 07-09	50'000	40'000	40'000	10'000	25.0
295940041514: V. ElternC.Hirzbrunnen GRB 7.2.07 07-09	50'000	40'000	40'000	10'000	25.0
295940041513: V. QT Hirzbrunnen GRB 7.2.07 07-09	50'000	40'000	40'000	10'000	25.0
295940041515: TS Eltern-Kind-Z.MaKly GRB 7.2.07 07-09	50'000	40'000	40'000	10'000	25.0
295940041523: Qu-Koord.St.Johann RRB 9.1.07 07-08	21'000	0	0	21'000	-
<i>Zwischensumme Quartierarbeit</i>	<i>1'031'000</i>	<i>880'000</i>	<i>880'000</i>	<i>151'000</i>	<i>17.2</i>

	Jahr 2008 Budget	Jahr 2007 Budget	Jahr 2006 Rechnung	Abw. B08 / B07 absolut	%
295960061111: Bürgerl. Waisenhaus RRB 29.08.06 06-07	3'000'000	2'750'000	3'138'716	250'000	9.1
295960061105: BFV KH Lindenberg RRB 10.02.04 04-07	1'750'000	1'850'000	1'756'386	-100'000	-5.4
295960061106: BFV Schifferkinderh. RRB 10.02.04 04-07	1'600'000	1'800'000	1'244'824	-200'000	-11.1
295960061108: Kinderhaus Gellert RRB 14.02.06 06-09	1'600'000	1'650'000	1'663'421	-50'000	-3.0
295960061109: Kinderheim Holee RRB 30.11.99 unbefr.	1'600'000	1'400'000	1'255'499	200'000	14.3
295960061122: Erlenhof RRB 10.02.04 04-07	900'000	1'150'000	807'267	-250'000	-21.7
295960061115: WG Karpfenweg RRB 10.02.04 04-07	750'000	680'000	778'432	70'000	10.3
295960061107: BFV KH Vogelsang RRB 7.12.04, 2005-2008	750'000	600'000	945'940	150'000	25.0
295960061121: Basler Aufnahmeheim RRB 10.07.07 07-08	600'000	550'000	562'948	50'000	9.1
295960061116: WH Schössli RRB 10.02.04 04-07	500'000	500'000	333'170	0	-
295960061112: Foyer Neubad RRB 10.07.07 07-08	500'000	330'000	579'251	170'000	51.5
295960061113: Foyer Rütimeyerstr. RRB 22.02.05 05-08	450'000	500'000	363'346	-50'000	-10.0
295960061114: Foyer Ziegelhöfen RRB 13.12.05 06-07	300'000	390'000	172'183	-90'000	-23.1
295960061104: Pflegefam.dienst BS/BL RRB19.12.06 07-08	200'000	200'000	194'300	0	-
<i>Zwischensumme stationäre und teilstationäre Jugendhilfe</i>	<i>14'500'000</i>	<i>14'350'000</i>	<i>13'795'683</i>	<i>150'000</i>	<i>1.0</i>
295940041518: Mütter-/Väterberatung GRB 23.2.05 05-07	460'000	340'000	340'000	120'000	35.3
295940041505: V. ATD Vierte Welt RRB 12.12.06 07-09	40'000	40'000	40'000	0	-
295970072701: Lukas-Stiftung RRB 06.09.05 2006-08	0	0	43'000	0	-
295970072001: Band-Jugendhilfe RRB 13.11.01 02-06	0	0	40'000	0	-
295960066006: Beiträge des Kantons Solothurn	0	0	2'553	0	-
<i>Zwischensumme diverse Subventionen</i>	<i>500'000</i>	<i>380'000</i>	<i>465'553</i>	<i>120'000</i>	<i>31.6</i>
DST2950 Ressort Dienste (stat. Aufträge)	38'387'500	36'618'100	35'206'586	1'769'400	4.8
Total Erziehungsdepartement	138'479'890	146'181'650	147'624'195	-7'701'760	-5.3
Justizdepartement					
307C02091120: BFA Basler Freizeitaktion 2008-2011	2'860'000	2'804'700	2'804'723	55'300	2.0
307C03091130: Familien- Erziehungsberatung FaBe 08-11	1'700'000	1'688'000	1'688'000	12'000	0.7
307C02591125: Verein Robi-Spiel-Aktion 2008 - 2011	1'165'000	964'600	964'586	200'400	20.8
307C03390833: Ber.SLW HELP! For Families 2006 - 2008	800'000	800'000	800'000	0	-
307C03291132: Verein Mobile Jugendarbeit MJAB 08 - 11	290'000	250'000	250'000	40'000	16.0
307C02991129: Spielwerkstatt Kleinhüningen 2008 - 2011	208'000	168'000	168'000	40'000	23.8
307C01091110: Ver. f. Gassenarb. Schwarzer Peter 08-11	200'000	150'000	150'000	50'000	33.3
307C03491134: Jugendzentrum Dalbeloch 2008 - 2011	200'000	140'700	140'728	59'300	42.1
307C04190841: Opstapje 2008	150'000	0	0	150'000	100.0
307C02791127: Spilruum Elsässerstrasse 2008 - 2011	100'000	55'000	55'000	45'000	81.8
307C02391123: Verein Eulerstrooss nüün 2008 - 2011	80'000	92'000	83'000	-12'000	-13.0
307C03990839: Verein Fanprojekt 2006 - 2008	80'000	80'000	80'000	0	-
307C02491124: Ver. f.d. Basler Kindertheater 2008-2011	60'000	60'000	60'000	0	-
307C03690836: Pro Juventute Begl. Besesuchstage 06-08	53'700	53'700	53'700	0	-
307C03591135: Pro Juventutet Elternbriefe 2007 - 2011	50'000	50'000	45'806	0	-
307C03891138: PEB Programm für Elternbildung 2007-2011	31'500	31'500	31'500	0	-
307C02691126: Verein zum Burzelbaum 2008 - 2011	30'000	25'000	25'000	5'000	20.0
307C04291142: Telefonhilfe für Kinder 147 2008 - 2011	20'000	0	0	20'000	100.0
307C0379UB37: Neue Projekte im Jugendbereich unbegr.	15'400	0	0	15'400	100.0
307C02891128: Verein Spielestrich Kaserne 2008 - 2011	11'000	9'400	9'400	1'600	17.0
307C04090740: Vg. Budgetpostulat D. Gysin Jugend 2007	0	240'000	0	-240'000	-100.0
307C04090640: Budgetpostulat D. Gysin Jugend 2006	0	0	134'719	0	-
<i>Zwischensumme Jugendbetreuung</i>	<i>8'104'600</i>	<i>7'662'600</i>	<i>7'544'162</i>	<i>442'000</i>	<i>5.8</i>

	Jahr 2008 Budget	Jahr 2007 Budget	Jahr 2006 Rechnung	Abw. B08 / B07 absolut	%
307E03390833: Stiftung Frauenhaus 2005 - 2008	413'000	413'000	413'000	0	-
307E03590935: Frauenberatungsstelle BFV 2006 - 2009	380'000	380'000	380'000	0	-
307E03490534: Frauenhaus-Beratungsstelle 2003 - 2006	0	0	66'000	0	-
<i>Zwischensumme Frauenorganisationen</i>	<i>793'000</i>	<i>793'000</i>	<i>859'000</i>	<i>0</i>	<i>-</i>
307F02290922: Neustart 2007-2009	50'000	50'000	50'000	0	-
<i>Zwischensumme Gefangenenbetreuung</i>	<i>50'000</i>	<i>50'000</i>	<i>50'000</i>	<i>0</i>	<i>-</i>
307I0019UB01: Opferberatungsstellen gem. OHG unb.	1'022'500	862'500	0	160'000	18.6
307I0069UB06: Soforthilfe gemäss OHG unbefristet	0	0	367'616	0	-
307I0029UB02: Verein Notteltelefon unbefristet	0	0	226'500	0	-
307I0059UB05: Ver. Ber.-Stelle Opferhilfe b.Basel unb.	0	0	200'000	0	-
307I0089UB08: V.Triangel Opferberst.f.Kind./Jug. unb.	0	0	105'000	0	-
<i>Zwischensumme Opferhilfeorganisationen</i>	<i>1'022'500</i>	<i>862'500</i>	<i>899'116</i>	<i>160'000</i>	<i>18.6</i>
307J00791107: Verein Gassenküche 2007 - 2011	147'500	147'500	147'500	0	-
307J00190901: Tele-Hilfe Dargeb.Hand/Tel.143 07-09	48'400	48'400	48'400	0	-
<i>Zwischensumme Sozialhilfeorganisationen</i>	<i>195'900</i>	<i>195'900</i>	<i>195'900</i>	<i>0</i>	<i>-</i>
307K00091000: Regio Basiliensis 2007-2010	343'000	323'000	330'000	20'000	6.2
307K00891008: Eurodistrict TAB 2007 - 2010	100'000	40'000	0	60'000	150.0
307K00591005: Schweiz. Delegationssekr. ORK 2007-2010	58'000	58'000	55'398	0	-
307K0079UB07: Einmal.Kleinprojekte Regiobereich unbegr	50'000	50'000	9'550	0	-
307K00491004: Gem. Sekretariat Oberrheinkonf.2007-2010	39'000	39'000	26'554	0	-
307K0039UB03: Neue Projekte im Regiobereich unbegrenzt	6'000	39'000	0	-33'000	-84.6
<i>Zwischensumme Regioinstitutionen und Kongresse</i>	<i>596'000</i>	<i>549'000</i>	<i>421'503</i>	<i>47'000</i>	<i>8.6</i>
307L00491301: NRP / ETZ (Interreg IV) 2007 - 2013 / 15	250'000	250'000	0	0	-
307L00291002: Infobest Palmrain 2007-2010	70'000	57'000	57'000	13'000	22.8
307L00390206: TAB Ges.entw.konz + Schlüsselproj. 2002	0	0	10'589	0	-
307L00390207: New Energy BASE 2002	0	0	24'209	0	-
307L00390313: GISOR Geograph.Infosystem Oberrhein 2003	0	0	9'076	0	-
307L00390314: regioartline.org 2003	0	0	6'000	0	-
307L00390519: Grenzlos leben und arbeiten 2005	0	0	3'547	0	-
307L00390622: Mythische Orte am Oberrhein 2006	0	0	7'040	0	-
<i>Zwischensumme Regioprojekte (INTERREG)</i>	<i>320'000</i>	<i>307'000</i>	<i>117'461</i>	<i>13'000</i>	<i>4.2</i>
DST3070 JD Subventionen (stat. Aufträge)	11'082'000	10'420'000	10'087'140	662'000	6.4
Total Justizdepartement	11'082'000	10'420'000	10'087'140	662'000	6.4
Sicherheitsdepartement					
501106091000: GGG Ausländerberatung	300'000	300'000	300'000	0	-
DST5010 Stab Sicherheitsdepartement (stat. Aufträge)	300'000	300'000	300'000	0	-
Total Sicherheitsdepartement	300'000	300'000	300'000	0	-
Baudepartement					
602901060005: Subvention Pro Infirmis 06-10 (Vertrag)	40'000	40'000	40'000	0	-
DST6020 Bauinspektorat (stat. Aufträge)	40'000	40'000	40'000	0	-
61298200ARBS: Betriebskostenanteil BS an Pro Rheno AG	6'542'000	6'455'000	6'012'042	87'000	1.3
61290006WIES: Betriebskostenanteil BS an Wieseverband	8'000	5'000	8'393	3'000	60.0
61290006SUS: Stiftung Umwelt-Einsatz Schweiz	2'000	2'000	1'063	0	-
61290006GEN: Finanzierungsbeitrag Gentech-Dossier	1'500	1'500	1'500	0	-
DST6120 Amt für Umwelt und Energie (stat. Aufträge)	6'553'500	6'463'500	6'022'998	90'000	1.4

	Jahr 2008 Budget	Jahr 2007 Budget	Jahr 2006 Rechnung	Abw. B08 / B07 absolut	%
614120000240: Beitrag Erlenverein BS,GRB 27.6.02,02-06	300'000	300'000	304'740	0	-
DST6140 Stadtgärtnerei & Friedhöfe (stat. Aufträge)	300'000	300'000	304'740	0	-
651005000003: Feste Betriebsbeiträge Zoolog. Garten	1'200'000	1'200'000	1'309'150	0	-
651005000001: Feste Betriebsbeiträge Münster	800'000	800'000	802'804	0	-
651005000002: Feste Betriebsbeiträge Lange Erlen	40'000	40'000	40'000	0	-
651030006100: Wanderwege BS/BL RRB 30.05.00 2007-20012	6'000	6'000	6'000	0	-
DST6510 Hochbau- und Planungsamt (stat. Aufträge)	2'046'000	2'046'000	2'157'954	0	-
Total Baudepartement	8'939'500	8'849'500	8'525'692	90'000	1.0
Gesundheitsdepartement					
702900806022: Subvention SRB	2'965'000	2'965'000	2'953'088	0	-
702900106018: Subvention Aids-Hilfe beider Basel	348'000	348'000	348'000	0	-
702900806018: Subvention Blaues Kreuz	265'000	265'000	265'000	0	-
702900806004: Subvention Tageshaus Wallstrasse	250'000	250'000	250'000	0	-
702900306009: Subvention Verein für Suchtprävention	240'000	240'000	240'000	0	-
702900806017: Subvention FrauSuchtGesundheit	156'000	156'000	156'000	0	-
702900306008: Subvention Gsünder Basel	115'000	115'000	115'000	0	-
702900306010: Subvention Band Jugendhilfe	40'000	40'000	0	0	-
702900106023: HIV-Test- und Beratungsangebot	30'000	0	0	30'000	100.0
702900806021: Subvention MUSUB	0	120'000	0	-120'000	-100.0
702900900003: Netzwerk gesundheitsfördernde Schulen	0	80'000	0	-80'000	-100.0
702900900005: Poolgelder Gsünder Basel	0	55'000	0	-55'000	-100.0
702900106007: Mitgliederbeiträge	0	0	5'000	0	-
DST7020 Gesundheitsdienste (stat. Aufträge)	4'409'000	4'634'000	4'332'088	-225'000	-4.9
706900100004: Viehversicherung	0	0	3'900	0	-
706900100005: Jahresbeiträge VetAmt	0	5'000	1'218	-5'000	-100.0
DST7060 Gesundheitsschutz (stat. Aufträge)	0	5'000	5'118	-5'000	-100.0
709950106005: Jahresbeiträge	0	0	330	0	-
DST7090 Schlachthof (stat. Aufträge)	0	0	330	0	-
730900806050: Beiträge Privatspitäler Allg.Vers.	29'000'000	29'000'000	27'898'176	0	-
730907506103: Spitex Basel-Stadt	14'923'000	9'000'000	9'000'000	5'923'000	65.8
730907206099: Pflegeheime (Liegenschaftsbeiträge)	5'500'000	5'500'000	4'245'990	0	-
730907506111: Tagesheime	1'865'000	803'500	838'750	1'061'500	132.1
730907406106: Pro Senectute	995'000	495'000	495'000	500'000	101.0
730900706011: Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft	650'000	660'000	616'220	-10'000	-1.5
730900706018: Stiftung Melchior	410'000	400'000	427'238	10'000	2.5
730900706019: Selbsthilfzentrum Hinterhuus	300'000	325'000	266'616	-25'000	-7.7
730907506112: Stiftung SBK	240'000	0	0	240'000	-
730900706028: MedGes. ärztlicher Notfalldienst	100'000	100'000	100'000	0	-
730900706017: Diabetesgesellschaft	80'000	80'000	80'000	0	-
730900706016: Patientenstelle Basel	60'000	55'000	55'000	5'000	9.1
730900706027: Toxikologisches Infozentrum	29'000	0	27'997	29'000	-
730907306002: Ombudsstelle für Altersfragen+Spitex	7'500	7'500	7'500	0	-
730900706026: Regionale Fachstelle Heilmittel (Kst071)	0	60'000	0	-60'000	-100.0
730900706010: Samariterbeitrag	0	4'000	3'376	-4'000	-100.0
DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)	54'159'500	46'490'000	44'061'863	7'669'500	16.5
731901006001: Krebsregister	125'000	125'000	125'000	0	-
DST7310 Universitätsspital (stat. Aufträge)	125'000	125'000	125'000	0	-
Total Gesundheitsdepartement	58'693'500	51'254'000	48'524'399	7'439'500	0.15

	Jahr 2008 Budget	Jahr 2007 Budget	Jahr 2006 Rechnung	Abw. B08 / B07 absolut	%
Wirtschafts- und Sozialdepartement					
801823090100: KBB Behindertentransporte	1'100'000	1'050'000	1'074'376	50'000	4.8
801229090100: Hist.Lexikon der Schweiz	20'000	25'000	25'000	-5'000	-20.0
801841090104: Land- und Waldwirtschaft	158'500	180'000	90'778	-21'500	-11.9
DST8010 Sekr.Wirtschafts.-u.Sozialdep. (stat. Aufträge)	1'278'500	1'255'000	1'190'154	23'500	1.9
803821190002: Publikationsfond	5'000	5'000	5'000	0	-
DST8030 Staatsarchiv (stat. Aufträge)	5'000	5'000	5'000	0	-
806832090102: Subvention Basel-Tourismus Betriebsmitt.	1'840'000	1'840'000	1'840'000	0	-
806831090105: Wirtschaftsförderung BS/BL	810'000	810'000	785'000	0	-
806210198003: Feste Beiträge an Zweckverbände	18'800	17'500	38'762	1'300	7.4
DST8060 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) (stat. Aufträge)	2'668'800	2'667'500	2'663'761	1'300	0.0
807522090051: Prämienvverbilligungen private Krankenkassen / Private	61'520'000	54'066'083	52'077'048	7'453'917	13.8
807811090101: Asylwesen Fürsorgeamt der Stadt Basel	14'500'000	7'180'000	8'467'093	7'320'000	101.9
807813090105: Verein Sanierungshilfe	230'000	170'000	175'000	60'000	35.3
807813090110: Treffpunkt Gundeli + Glai Basel	141'000	141'000	141'000	0	-
807813090111: IG-Wohnen	70'000	0	0	70'000	-
807813090108: Integrationsarbeit mit Ausländern	25'000	70'000	60'000	-45'000	-64.3
807813090100: Winterhilfe Basel-Stadt	20'000	20'000	20'000	0	-
807813090109: Kontaktstelle für Arbeitslose	18'000	18'000	18'000	0	-
807813090107: Konsumentenvereinigung Nordwestschweiz	6'000	6'000	6'000	0	-
807813090104: Budgetberatung Frauenzentrale	0	10'000	5'000	-10'000	-100.0
807553090050: Mietzinsbeitr. an Personalstift. WEG/WFG	0	0	140'705	0	-
DST8070 Amt für Sozialbeiträge (stat. Aufträge)	76'530'000	61'681'083	61'109'845	14'848'917	24.1
810823190003: Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	40'000	40'000	40'000	0	-
DST8100 Statistisches Amt (stat. Aufträge)	40'000	40'000	40'000	0	-
813420297000: Feste Beiträge an Zweckverbände	0	0	20'000	0	-
DST8130 Rheinschiffahrtsdirektion (stat. Aufträge)	0	0	20'000	0	-
Total Wirtschafts- und Sozialdepartement	80'522'300	65'648'583	65'028'760	14'873'717	22.7
Total Beiträge an Private Institutionen	298'017'190	282'653'733	280'090'186	15'363'457	5.4

4 Die Investitionen

4.1 Übersicht Investitionsrechnung

Eine Übersicht über die Investitionsrechnung gibt folgende Tabelle:

in Mio. CHF	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. zu B07 abs.	%	Abw. zu R06 abs.	%
Sachgüter	268.6	296.9	287.7	-28.3	-9.5	-19.2	-6.7
Eigene Beiträge	0.0	0.0	22.1	0.0		-22.1	-100.0
Total Ausgaben	268.6	296.9	309.9	-28.3	-9.5	-41.3	-13.3
Beiträge für eigene Rechnung	37.4	60.5	77.2	-23.1	-38.2	-39.8	-51.6
Beiträge Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	3.9	0.0		-3.9	-100.0
Total Einnahmen	37.4	60.5	81.1	-23.1	-38.2	-43.7	-53.9
Nettoinvestitionen	231.2	236.4	228.8	-5.2	-2.2	2.4	1.0
Veränderungen Darl. / Bet. Verw. Verm. / Umw.	13.4	0.0	-2.1	13.4		15.5	-739.1
Saldo Investitionsrechnung	244.6	236.4	226.7	8.2	3.5	17.9	7.9

Bei Ausgaben von CHF 268.5 Mio. und Einnahmen von CHF 37.4 Mio. betragen die Nettoinvestitionen CHF 231.2 Mio. Damit nehmen die Nettoinvestitionen als vom Regierungsrat festgelegte Zielgrösse für die NIV (gesamtstaatlicher Plafond) gegenüber dem Budget 2007 um CHF 5.2 Mio. ab. Die gesamten Einnahmen nehmen ebenfalls um CHF 23.1 Mio. ab. Folglich dürfen die Bruttoausgaben maximal den Betrag von CHF 268.6 Mio. erreichen, was einem Rückgang von CHF 28.3 Mio. entspricht.

Für das Jahr 2008 ist im Rahmen der Finanzierungsbeiträge zu Gunsten des Projektes "Messezentrum Basel 2012" eine Aufstockung der Beteiligung an der Messe Basel AG im Umfang von CHF 13.4 Mio. vorgesehen. Für den Saldo der Investitionsrechnung resultiert eine Summe von CHF 244.6 Mio., trotz der leichten Abnahme der Nettoinvestitionen erhöht er sich damit gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 8.2 Mio.

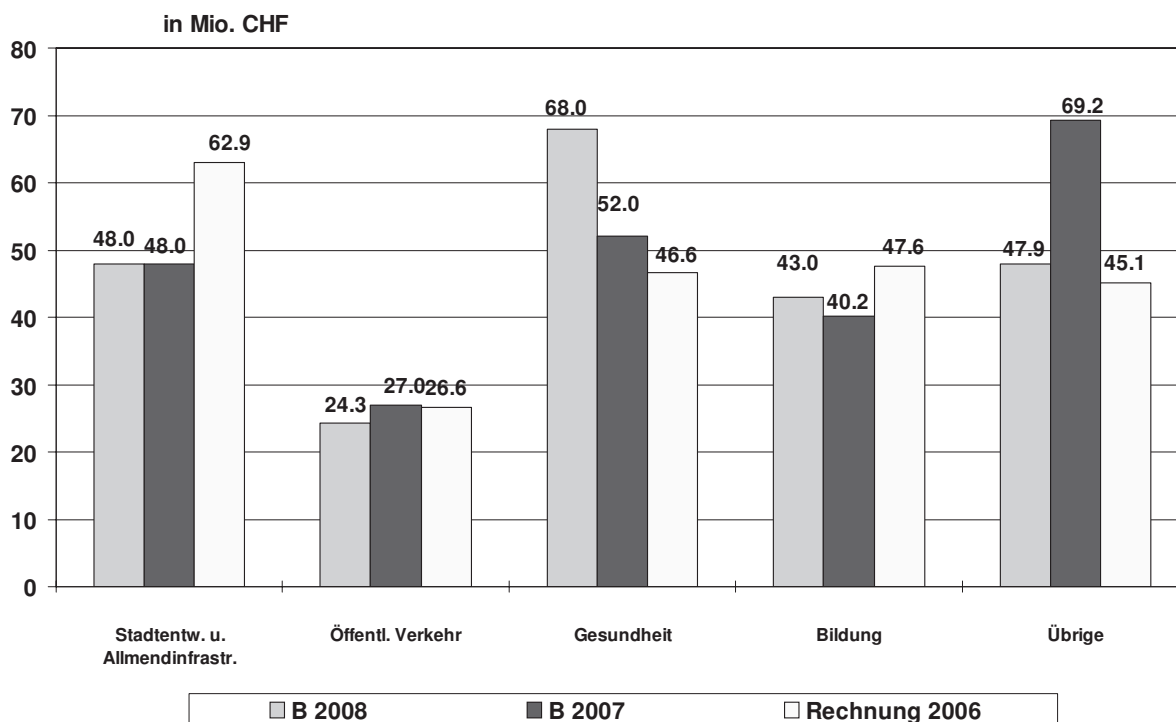
Für den Investitionsbereich Gesundheit stehen 2008 gegenüber 2007 netto rund CHF 16.0 Mio. mehr Mittel zur Verfügung. Dies ist hauptsächlich auf den Bedarf für den Neubau des UKBB zurückzuführen. Der Investitionsbereich Übrige weist hingegen einen um CHF 21.3 Mio. weniger hohen Plafond aus. Den übrigen Investitionsbereichen stehen im 2008 gegenüber dem Jahr 2007 in etwa gleich viele Mittel zur Verfügung.

Die Position Beiträge für eigene Rechnung umfasst die Beiträge von Bund, anderen Kantonen und Privaten an Investitionen > CHF 300'000. Das Budget 2008 weist mit CHF 37.4 Mio. im Vergleich zum Budget 2007 einen um CHF 23.1 Mio. tieferen Betrag aus. Diese Abnahme ist u.a. auf den Rückgang bei den geplanten Rückvergütungen des Bundes für den Nationalstrassenbau zurückzuführen. Diesem Rückgang stehen entsprechend auch geringere Ausgaben beim Nationalstrassenbau gegenüber.

4.2 Kommentar zu den Investitionsbereichen und den grössten darin enthaltenen Investitionsvorhaben

4.2.1 Investitionsplafonds

Die nachfolgende Graphik zeigt die Höhe der Investitionsplafonds der einzelnen Investitionsbereiche für das Budget 2008 im Vergleich zum Budget 2007 und zur Rechnung 2006:



Der Investitionsbereich Gesundheit hat für das Jahr 2008 mit CHF 68.0 Mio. den grössten Anteil (29.4%) am gesamten für die Investitionen zur Verfügung stehende Plafond (CHF 231.2 Mio.). Dem Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur stehen CHF 48.0 Mio. (Anteil 20.8%), dem Investitionsbereich Übrige stehen CHF 47.9 Mio. (Anteil 20.7%) und dem Investitionsbereich Bildung stehen CHF 43.0 Mio. (Anteil 18.6%) zur Verfügung. Der Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr zeigt mit CHF 24.3 Mio. (10.5%) das kleinste Investitionsvolumen.

4.2.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste enthält einen Überblick über diejenigen Vorhaben grösser CHF 300'000.-, für welche im Jahre 2008 die höchsten Ausgaben vorgesehen sind:

Vorhaben	Investitionsbereich	Brutto	Beiträge für eigene Rechnung	Netto
1 N2-Projekt (Nordtangente)	Stadtentw. u. Allmendinfr.	27.9	19.2	8.7
2 UKBB, Neubau Schanzenstrasse	Gesundheit	25.0	-	25.0
3 Rahmenkredit med. Apparate	Gesundheit	14.4	-	14.4
4 BVB-Infrastruktur	Öffentlicher Verkehr	13.4	-	13.4
5 St. Johann, Erschliessung	Stadtentw. u. Allmendinfr./Öff. Verkehr	13.0	3.5	9.5
6 Globalsumme Investitionen Kanalisation	Stadtentw. u. Allmendinfr.	8.5	-	8.5
7 Rahmenkredit Informatik	Gesundheit	8.0	-	8.0
8 Erlenmatt	Stadtentw. u. Allmendinfr.	7.3	4.1	3.2
9 AGS, Sanierungen Fassade u. HLK	Bildung	6.8	-	6.8
10 Neubau Werkstätten HPA/TBA	Übrige	6.0	-	6.0
11 UPK Oekonomiegebäude	Gesundheit	6.0	-	6.0
12 Erhaltungsmassnahmen Strassenanlagen	Stadtentw. u. Allmendinfr.	5.0	-	5.0
TOTAL		141.3	26.8	114.5

4.2.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der gesamte Investitionsplafond 2008 beträgt netto CHF 48.0 Mio. und ist damit gegenüber dem Budget 2007 unverändert bzw. um CHF 14.9 Mio. niedriger als in der Rechnung 2006 (CHF 62.9 Mio.). Der Rückgang gegenüber der Rechnung 2006 hängt vor allem mit den abnehmenden Raten für die vor dem Abschluss stehende Nordtangente und dem Abschluss der Vorhaben Steinenberg/Theaterstrasse, Klybeckstrasse und Wettsteinplatz zusammen.

Im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur sticht seit Jahren (u.a. aufgrund seiner finanziellen Dimension) das Vorhaben Nordtangente (N2-Projekt) hervor. Auch im Budget 2008 gehört das Vorhaben mit einer geplanten Budgetrate von netto CHF 8.7 Mio. (Brutto: CHF 27.9 Mio.) immer noch zu den grössten Vorhaben. Mit rund 18.1% ist der Anteil dieses Vorhabens an der gesamten zur Verfügung stehenden Vorgabe (CHF 48.0 Mio.) im Vergleich zu den Vorjahren jedoch deutlich gesunken. In den Vorjahren betrug dieser Wert 33.1% (2007) bzw. 34.5% (2006). Mit der Einführung der NFA bleibt die Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes (gemäss Bundesbeschluss 21. Juni 1960) im Hinblick auf den fortgeschrittenen Stand eine Gemeinschaftsaufgabe; es gilt die bisherige Kompetenzregelung und die gemeinsame Finanzierung. Der Ausbau (z.B. zusätzliche Fahrspuren) am beschlossenen Netz sowie die Erweiterungen des Netzes durch die Aufnahme von neuer Strecken gehen vollständig auf den Bund über. Da die Nordtangente zum beschlossenen Netz zählt, sind auch für die Jahre 2009-2010 - wenn auch wesentlich weniger hohe - Ausgaben geplant. Der Betrieb auf der Nordtangente soll jedoch bereits ab dem Jahr 2008 durchgehend möglich sein.

2008 werden die Arbeiten für den Umbau der Kreuzung Luzernerring/Wasgenring beginnen (Rate 08 CHF 1.0 Mio.). Weitere wichtige Projekte sind die Fertigstellung des Erhaltungsabschnittes Basel-Augst, die Erschliessung Erlenmatt (Rate 08 CHF 3.0 Mio.), die Verkehrsinfrastruktur zu Erschliessung des äusseren St. Johann und der Beginn der Arbeiten für das Vorhaben Verlängerung Tram Nr. 8 nach Weil am Rhein.

4.2.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsplafonds Öffentlicher Verkehr beträgt im Jahre 2008 netto CHF 24.3 Mio. Das sind 2.7 Millionen weniger als 2007. Diese Kürzung ist erfolgt, weil ab 2008 - aufgrund der Verselbständigung der Rheinhäfen - die Investitionen in die Hafeninfrastruktur nicht mehr Bestandteil des Investitionsbereiches Öffentlicher Verkehr sein werden.

Die grösste Position im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr sind die gebundenen Ausgaben für die Werterhaltung der BVB-Infrastruktur, die sich im Jahre 2008 auf rund CHF 13.4 Mio. belaufen werden und sich somit im Vorjahresrahmen bewegen. Das bedeutet, dass über die Hälfte der verfügbaren Mittel für Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen gebunden sind.

Die für Neuinvestitionen verfügbaren Mittel sollen schwergewichtig für die Verbesserung der ÖV-Infrastruktur und deren Vernetzung in der tri-nationalen Agglomeration eingesetzt werden.

In Riehen wird beim Rauracher eine neue S-Bahn-Haltestelle "Niederholz" erstellt und der heutige Bahnhof in Riehen wird auf S-Bahn-Standard ausgebaut. Der Kanton leistet einen Beitrag von max. CHF 3.8 Mio. an diese Investitionen, davon werden im Jahr 2008 CHF 1.9 Mio. fällig. Das WSD hat 2007 die Planung der Tramverlängerung nach Weil am Rhein in Angriff genommen. In den Jahren 2008 bis 2012 wird dieses Projekt, vorausgesetzt es wird durch den Grossen Rat und den Gemeinderat von Weil am Rhein genehmigt, den Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr mit rund CHF 36 Mio. belasten. Davon in Abzug gebracht werden können die vom Bund im Rahmen des Infrastrukturfonds-Gesetzes (IFG) gesprochenen Beiträge. Das WSD hofft, im Jahr 2008 die Planung der Tramlinie von Burgfelden Grenze (Endhaltestelle der Linie 3) zum Bahnhof Saint-Louis aufnehmen zu können. Mit dem Bau dieser Tramlinie kann aber nicht vor 2011 begonnen werden.

Die Verlegung der Tramgeleise im Bereich des St. Johann-Bahnhofes und des Voltaplatzes (Total CHF 18.2 Mio.) hat im Jahr 2006 begonnen und wird bis 2010 abgeschlossen sein. Für die Fortführung dieser Arbeiten sind im Jahr 2008 CHF 6.9 Mio. eingestellt. Die ÖV-Kundschaft wird auch vom Programm zur Erstellung, respektive Sanierung weiterer gedeckter Wartemöglichkeiten an stark frequentierten ÖV-Haltestellen profitieren. So sollen die diesbezügliche Infrastruktur auch am Clapratz den heutigen Bedürfnissen angepasst werden und - im Rahmen eines Sammelkredites - weitere Haltestellen, die bis anhin über keine gedeckten Wartemöglichkeiten verfügen, mit der neuen Normwarthalle ausgerüstet werden.

4.2.5 Gesundheit

Der Investitionsplafonds 2008 beträgt CHF 68.0 Mio. und liegt CHF 16 Mio. über dem Vorjahresbudget. Bauvorhaben mit grossem finanziellen Mittelbedarf ab 2008 sind der Neubau des UKBB (insbesondere in den Jahren 2008 bis 2010) sowie die Sanierung des Klinikums K2 und der weiteren Gebäude der 3. Bauetappe des Universitätsspitals, welche mittelfristig in Angriff genommen werden. 2008 wird mit der Projektierung begonnen.

Im Jahre 2008 sind mit Ausnahme des UKBB, für welches 2008 CHF 25.0 Mio. aufgewendet werden, keine grösseren neuen Bauvorhaben vorgesehen. Im Zusammenhang mit der strategischen Raumplanung des Universitätsspitals und den Sanierungen der 3. Bauetappe stehen hingegen grössere bauliche Investitionen an. Der OP-Ost des Universitätsspitals muss dringend saniert werden. Für das Jahr 2008 sind dafür CHF 1.0 Mio. vorgesehen.

Im Rahmen der gemeinsamen Spitalplanung mit Baselland soll ein gemeinsames geriatrisches Zentrum geschaffen werden, welches mittelfristig das Felix Platter-Spital ablöst. Bis das Projekt realisiert ist, muss die Betriebssicherheit des Felix Platter-Spitals aufrechterhalten werden. Dafür sind im 2008 entsprechende Mittel eingestellt worden.

Im Bereich der betrieblichen Vorhaben stehen vor allem die Ausgaben für die Beschaffung von medizinischen Apparaten und Einrichtungen im Vordergrund, vom hierfür bewilligten Rahmenkredit werden 2008 rund CHF 14.4 Mio. für entsprechende Anschaffung verwendet werden. Zudem sind 2008 im Universitätsspital Basel (USB) für die Sanierung des Personalrestaurants betrieblich notwendige Ausgaben in der Höhe von CHF 2.2 Mio. sowie rund CHF 1.3 Mio. für die Optimierung der Transportlogistik notwendig. Für die Realisierung von Informatikvorhaben des Universitätsspitals Basel wird dem Grossen Rat die Bewilligungen eines Rahmenkredits für die Jahre 2008 bis 2011 in der Höhe von CHF 32 Mio. beantragt.

4.2.6 Bildung

Der Investitionsplafond 2008 beträgt netto CHF 43 Mio. und liegt CHF 2.8 Mio. über dem Vorjahresbudget. Bei diesem Vergleich muss allerdings zuerst die per 1.1.2007 rückwirkende Inkraftsetzung des Universitätsvertrages mitberücksichtigt werden. So hat die Integration des Immobilienfonds in das Globalbudget der Universität den bewilligten Plafond 2007 nachträglich von CHF 47.2 Mio. um CHF 7 Mio. auf CHF 40.2 Mio. reduziert.

Grössere Sanierungen haben u. a. bei der Allgemeinen Gewerbeschule (insgesamt CHF 30.9 Mio.), bei den Museen an der Augustinergasse (insgesamt CHF 11 Mio.) und beim Schulhaus Bäumlhof (insgesamt CHF 8 Mio.) begonnen. Zudem fallen aufgrund des Alters der Gebäude und Einrichtungen beim Theater Basel und der St. Jakobshalle alljährlich Kosten in mehrfacher Millionenhöhe für die Instandhaltung und Instandsetzung an, welche den Plafond zunehmend belasten. Weiter soll auf die Erweiterung der St. Jakobshalle nach der ersten (insgesamt CHF 10 Mio.) eine zweite Etappe folgen, damit die Halle den heutigen Ansprüchen für Veranstaltungen zu genügen vermag. Für die Projektierung sind 2008 CHF 0.4 Mio. vorgesehen. Angesichts des sehr grossen Immobilienportefeuilles im Bereich Bildung belegen die gebundenen Ausgaben einen grossen Teil des alljährlichen Investitionsplafonds. An diesem Umstand wird sich auch in naher Zukunft nicht viel ändern, zumal etliche grössere Sanierungen sowie Anpassungen im Zusammenhang mit der Harmonisierung der Schulstrukturen bevorstehen.

Seit längerem ist geplant, die Life Science Aktivitäten der Universität an einem oder zwei Standorten zusammenzuziehen

und auszubauen. Bis im Herbst 2007 sollte die Standortfrage zusammen mit allen Beteiligten definitiv geklärt sein. Im Budget 2008 sind für dieses Grossvorhaben Projektierungsmittel enthalten, um nun die nötigen Angaben und die voraussichtlichen Kosten sowie den damit zusammenhängenden Ratschlag an den Grossen Rat zu erarbeiten respektive zu ermitteln. Dieses Vorhaben soll zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft und in enger Zusammenarbeit mit dem Bund (ETH) vorangetrieben und realisiert werden.

Im Rahmen eines weiteren Ausblickes sei auch erwähnt, dass ab 2009 mit einem Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst (FHNW) begonnen werden soll. Der Ratschlag an den Grossen Rat ist in Arbeit.

Die Investitionsbeiträge für den Denkmalschutz, an das Schweizerische Tropeninstitut und die Allg. Bibliotheken sind im nachfolgenden Investitionsbereich Übrige enthalten.

4.2.7 Übrige

Der Investitionsplafond 2008 beträgt CHF 47.9 Mio. und liegt damit CHF 21.3 Mio. unter dem Wert von 2007 (CHF 69.2 Mio.) Der Rückgang gegenüber 2007 ist hauptsächlich bedingt durch die geringere Rate für das Vorhaben Polycom (CHF 0.7 Mio. anstatt CHF 10 Mio.) sowie einen geringeren Bedarf im Bereich der Investitionsbeiträge (u.a. Wegfall Beitrag Neubau Stadt-casino).

Im Weiteren sind für den Neubau der Werkstätten der Dienststellen Hochbau- und Planungsamt und für Brandschutzmassnahmen an öffentlichen Bauten Raten in Höhe von CHF 6 Mio. resp. 2.0 Mio., für die Verlegung des Steinlagers des Tiefbauamts an die Nidwaldnerstrasse zugunsten des Novartis Campus plus-Projekts ein Rate von CHF 2.1 Mio., für den Neubau des Rechenzentrums für die Zentrale Informatik-Dienststelle Raten von insgesamt CHF 4.5 Mio., sowie für das Vorhaben "Klimaneutrale Verwaltung" eine erste Tranche von CHF 0.5 Mio. vorgesehen.

Im Investitionsbereich Übrige sind alle Investitionen grösser als CHF 300'000.- enthalten, welche nicht den anderen Investitionsbereichen zugeordnet werden können. Dazu zählen u.a. die Investitionen der Gerichte, des Finanzdepartementes, die Mehrheit der Vorhaben des Sicherheitsdepartementes sowie die Investitionen der Dienststellen Stadtgärtnerei und Friedhöfe (Baudepartement), Staatskanzlei und Staatsarchiv (Wirtschafts- und Sozialdepartement). Des Weiteren werden seit 2006 sämtliche baulichen Investitionsbeiträge (u.a. Schweizerisches Tropeninstitut, Denkmalschutz) in diesem Bereich geführt.

4.3 Investitionsübersichtsliste

4.3.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der Investitionsübersichtsliste können Vorhaben, welche zusammen einen maximalen Budgetbetrag von 130% des im Budget eingestellten 100%-Plafonds ergeben, aufgeführt werden. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. Die Ausschöpfung selbst hingegen ist strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist denn auch als Pauschale im Sekretariat des für einen Investitionsbereich verantwortlichen Departements bzw. bei der IBS als für den Investitionsbereich „Hochbauten Verwaltungsvermögen“ verantwortliche Dienststelle in der Investitionsrechnung budgetiert.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, wie die einzelnen Investitionsbereiche den maximal 130%-Plafond ausschöpfen:

Investitionsbereiche	Budget 2008 (100%-Plafond)	Budget 2008 (max. 130%-Plafond)	Ausschöpfung des max. 130%-Plafonds in %
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	48'000'000	62'027'975	129.2
Öffentlicher Verkehr	24'300'000	29'062'000	119.6
Gesundheit	68'000'000	90'438'000 *	133.0
Bildung	43'000'000	50'335'000	117.1
Übrige	47'900'000	56'709'000	118.4
Total Investitionsübersicht Budget 2008	231'200'000	288'571'975	124.8

*= Im Investitionsbereich Gesundheit ist erstmalig eine Rate (CHF 8.0 Mio.) für den Rahmenkredit Informatik 2008 - 2011 des Universitätsspitals budgetiert. Dieser Rahmenkredit ersetzt die bisher erfolgte Budgetierung von einzelnen Informatikvorhaben. Er muss dem Grossen Rat noch separat zum Entscheid vorgelegt werden (Ratschlag folgt). Der Wechsel vom bestehenden System zum Verfahren mittels mehrjährigem Rahmenkredit erfordert gewisse minimale Übergangsbestimmungen. Die bereits laufenden IT-Vorhaben mit einem Investitionsvolumen grösser als CHF 300'000 werden – unter der Voraussetzung, dass dem Rahmenkredit für IT-Vorhaben zugestimmt wird – nach Abschluss des Jahres 2007 in den Rahmenkredit überführt.

Sofern dieser Ratschlag abgelehnt würde, müssten die darin enthaltenen gebundenen Vorhaben einzeln - in Form von Nachtragskrediten - dem Grossen Rat zum Entscheid vorgelegt werden. Um dies zu verhindern, sind auf der nachfolgenden Investitionsübersichtsliste - neben dem Rahmenkredit - zusätzlich die im Rahmenkredit enthaltenen gebundenen Vorhaben einzeln budgetiert. Der Vollständigkeit halber sind auch die im Rahmenkredit enthaltenen finanzrechtlich neuen Vorhaben einzeln budgetiert. Diese bei Annahme des Rahmenkredites wegfallenden Vorhaben sind auf der nachfolgenden Investitionsübersichtsliste (Investitionsbereich Gesundheit, Teil Allgemein) jeweils mit einem * (siehe Spalte Vorhabenbezeichnung) gekennzeichnet. Diese "doppelte" Budgetierung führt zu einer einmaligen Überschreitung des Investitionsplafonds von 130%. Ohne diese "doppelte" Budgetierung liegt die Ausschöpfung bei 119.1%.

4.3.2 Investitionsübersichtsliste

Auf der Investitionsübersichtsliste wird bei den Investitionsbereichen Gesundheit, Bildung und Übrige neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die betrieblich bedingten Vorhaben („Allgemeiner“ Teil) und für die Hochbauten gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben diesen zwei Teilsaldi zusätzlich den Saldo für die baulichen Investitionsbeiträge aus. Mit dieser Darstellung der Teilsaldi kann eine klare Verbindung zwischen der externen Darstellung (Investitionsübersichtsliste), der ordentlichen Budgetierung (100%-Plafonds) und der internen Steuerungsgrössen hergestellt werden.

Die Investitionsübersichtsliste enthält nur Vorhaben aus dem aktuellen regierungsrätlichen Investitionsprogramm. Sie wird dem Grossen Rat zusammen mit dem vorliegenden Budget zum Beschluss unterbreitet.

Finanzrechtlich beschliesst der Grosse Rat damit im Rahmen der Budgetbehandlung die Jahrestanchen 2008 der geplanten gebundenen Ausgaben einzeln. Für die neuen Ausgaben grösser CHF 300'000 werden ihm Ausgabenberichte resp. Ratschläge unterbreitet. Die Festlegung des genauen Zeitpunkts des Vollzugs der bewilligten gebundenen Investitionen liegt in der Kompetenz des Regierungsrates.

Legende

Finanzrechtlicher Status (Spalte ST):

G für Objektkredite grösser CHF 300'000.- (gebundene Ausgaben), die vom Grossen Rat anlässlich der Budgetdebatte bewilligt werden müssen (Jahresrate 2008).

N für Objektkredite grösser CHF 300'000.- (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat noch nicht - aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes - bewilligt worden sind.

B für Objektkredite grösser CHF 300'000.- (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt worden sind.

K,W (Spalte KW):

K für Objekte > Fr. 300'000.- (neue Ausgaben), bei denen der Grosse Rat **Keine** Handlungsalternative mehr hat, da er diese Vorhaben bereits bewilligt hat.

W für Objekte > Fr. 300'000.-, die bereits in einem Vorjahr im grossrätlichen Budget Eingang gefunden haben (**Wiederholung**)

[leer] für alle übrigen Objekte, da sie dem Grossen Rat zum ersten Mal vorgelegt werden.

Bei Objekten mit einem **W** oder bei denen kein Zeichen steht (**[leer]**) hat der Grosse Rat noch Handlungsalternativen.

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
R 8944 APS Projektierung Kasernenareal		600'000	250'000	B	K	R 8944 / GRB 17.11.1999
420638026001	Liegenschaften Vv	357'706				
Tempo 30-Zonen, Übrige Gebiete		1'350'000	50'000	B	K	R 8774 / GRB 12.11.1997
506522020098	Kantonspolizei	1'217'400				
Erneuerungen Lichtsignalanlagen		4'000'000	2'000'000	G	W	RRB 29.08.2006
506522021070	Kantonspolizei	4'000'000				
Projekt.Neues Verkehrsregime Innerstadt		3'500'000	850'000	N		R / GRB / RRB 29.08.2006
506522024004	Kantonspolizei	1'073'977				
MWA Elisabethenanlage, Umgestaltung SF		3'100'000	180'000	B	K	R 05.0359.01 / GRB 08.06.2005
601001020201	Departementssekretariat	3'105'458				
	Beiträge für Invest.	-3'105'458	-180'000			
MWA Nachtigallenwäldeli, Parkanlage SF		7'200'000	2'800'000	N	W	R / GRB / RRB 31.08.2004
601001020207	Departementssekretariat	2'800'000				
	Beiträge für Invest.	-2'800'000	-2'800'000			
MWA Matthäuskichplatz, Neugestaltung SF		2'018'600	50'000	B	K	R 05.0412.01 / GRB 07.09.2005
601001020209	Departementssekretariat	1'743'187				
	Beiträge für Invest.	-1'743'187	-50'000			
MWA Theodorsgrabenanlage, Umgestaltung		1'230'000	50'000	B	K	R 05.0897.01 / GRB 15.12.2005
601001020210	Departementssekretariat	1'009'704				
	Beiträge für Invest.	-1'009'704	-50'000			
MWA Liestaleranlage, Umgestaltung		1'426'000	800'000	N	W	B / GRB / RRB 11.07.2006
601001020211	Departementssekretariat	850'000				
	Beiträge für Invest.	-850'000	-800'000			
MWA DB-Areal, Reinigung/Gestaltung 1+2		14'910'000	4'050'000	N	W	R / GRB / RRB 11.07.2006
601001020214	Departementssekretariat	4'050'000				
	Beiträge für Invest.	-4'050'000	-4'050'000			
MWA DB-Areal, Reinigung		997'000	395'000	N	W	B / GRB / RRB 11.07.2006
601001020216	Departementssekretariat	395'000				
	Beiträge für Invest.	-395'000	-395'000			
R 9380 LSM:Weitere Strassenabschnitte 3A		3'600'000	800'000	B	K	R 9380 / GRB 15.12.2004
612000040703	Amt für Umwelt / Energie	2'554'721				
	Beiträge für Invest.	-160'000	-160'000			
R 9380 LSM:Weit. Strassenabschnitte 3B/1		5'000'000	1'000'000	B	K	R 9380 / GRB 15.12.2004
612000040704	Amt für Umwelt / Energie	2'011'026				
	Beiträge für Invest.	-100'000	-100'000			
R 8639 Kanal.-Informationssystem		1'880'000	200'000	B	K	R 8639 / GRB 14.12.1995
612810020557	Amt für Umwelt / Energie	686'000				
Erlenmatt/Erschliessung Bügelstrasse		1'000'000	500'000	G	W	RRB 29.08.2006
612810050665	Amt für Umwelt / Energie	600'000				
Anschlussleitungen auf Allmend		4'000'000	1'000'000	G	W	RRB 11.07.2006
612810050666	Amt für Umwelt / Energie	2'000'000				
Globalsumme Investitionen Kanalisationen			8'500'000	G	W	RRB 13.07.1999
612810050998	Amt für Umwelt / Energie					
B 0000 Aeschengraben - Aufw Grünanlage		850'000	150'000	N	W	B / GRB / RRB 11.07.2006
614030020701	Stadtgärtnerei	850'000				
Sicherheit auf Kinderspielplätzen		5'300'000	1'200'000	N	K	R 05.0824.01 / GRB 17.01.2007
614030050501	Stadtgärtnerei	2'000'000				
R 9044 Messeplatz, Bau		12'540'000	365'000	B	K	R 9044 / GRB 12.12.2000
617011021006	Tiefbauamt	12'240'491				
Flughafenstr./Kannenfeldplatz -Lachenstr		2'000'000	1'000'000	B	K	R 05.0110.02 / GRB 15.03.2006
617011021013	Tiefbauamt	1'903'763				
Birsstrasse/Zürcherstr. bis St. Jakobstr		1'740'000	590'000	B	K	R 9315 / GRB 24.06.2004
617011021022	Tiefbauamt	1'740'000				
EP-Birmannsgasse/Eulerstrasse/Socinstr.		810'000	15'000	B	K	B 0501 / GRB 12.05.2004
617011021029	Tiefbauamt	829'196				

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Güterstrasse Boulevard		7'900'000	2'600'000	B	K	R 9349 / GRB 21.10.2004
617011021036	Tiefbauamt	7'900'000				
Klybeckstrasse		4'000'000	40'000	B	K	R 9343 / GRB 15.09.2004
617011021045	Tiefbauamt	3'680'662				
Hauptstrasse Bettingen		800'000	10'000	B	K	B 06.0284.01 / GRB 05.04.2006
617011021046	Tiefbauamt	800'000				
Wettsteinplatz		4'000'000	250'000	B	K	R 05.0897.02 / GRB 15.12.2005
617011021047	Tiefbauamt	4'015'989				
St. Johann, Verkehrsinfrastruktur		22'000'000	6'130'000	B	K	R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021051	Tiefbauamt	15'358'030				
Velo/Mofa, Neuer Rahmenkredit		8'000'000	1'000'000	B	K	R 04.1614.02 / GRB 18.01.2006
617011021061	Tiefbauamt	2'824'896				
Rahmenkredit zur Förderung des Fussverkehrs		5'000'000	800'000	B	K	B 9209 / GRB 19.02.2003
617011021062	Tiefbauamt	3'308'319				
Grenzacherstrasse, Landauerstr. bis Hörnli		2'300'000	100'000	N	W	R / GRB / RRB 06.07.2004
617011021063	Tiefbauamt	110'000				
Karl Barth Platz / Umgestaltung		1'100'000	800'000	N	K	B 05.0745.01 / GRB 17.01.2007
617011021071	Tiefbauamt	900'000				
Predigerhofstrasse		440'000	100'000	G	W	RRB 11.07.2006
617011021077	Tiefbauamt	440'000				
Erlenmatt-Erschliessung Teil 1		21'140'000	2'310'000	N	W	R / GRB / RRB 11.07.2006
617011021078	Tiefbauamt	3'180'000				
Kreuzung St. Jakobs-Strasse/Birsstrasse		340'000	240'000	N	W	B / GRB / RRB 11.07.2006
617011021080	Tiefbauamt	340'000				
Stadion St. Jakob, Veloabstellplätze		640'000	290'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
617011021081	Tiefbauamt	640'000				
Rückbau Luzerner-/Wasgenring		28'000'000	1'000'000	N		R / GRB / RRB 14.08.2007
617011021083	Tiefbauamt	1'000'000				
Veloparking Vogesenplatz		1'500'000	800'000	N		B / GRB / RRB 14.08.2007
617011021085	Tiefbauamt	800'000				
Tramverlängerung Nr. 8 Strassenbau/Gestaltung		3'000'000	200'000	N		R / GRB / RRB 14.08.2007
617011028002	Tiefbauamt	200'000				
N2 Projekt und Bauleitung			2'266'000	G	K	Vollzug des Bundesgesetzes vom 8. März 1960 und Verordnung des Regierungsrates vom 28. Februar 1961 (vom Schweiz. Bundesrat genehmigt am 16. März 1961), 45. Rate (Bundesrechtliche gebundene Ausgaben und Einnahmen). Bundesanteil an Nationalstrassenbau. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
617012120001	Tiefbauamt					
N2 Bauausführung			25'669'500	G	K	siehe Text Auftrag 617012120001
617012320003	Tiefbauamt					
N2 Einnahmen und Rückerstattungen				G	K	Bundesanteil an Nationalstrassenbauten. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
617012320400	Tiefbauamt					
	Beiträge für Invest.		-19'193'525			
Landabtretungen			200'000	G	K	gemäss §70 Strassengesetz
617014220016	Tiefbauamt					
St. Johanns-Rheinweg / Totentanz		480'000	10'000	G	W	RRB 06.07.2004
617015055008	Tiefbauamt	480'000				
Fuss-/Veloweg Businesscent. Bhf. Ost		2'500'000	925'000	G	W	RRB 05.08.2003
617020054001	Tiefbauamt	1'850'000				

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Steinenberg/Theaterstr. IB1		4'700'000	10'000	B	K	R 04.2011.02 / GRB 12.05.2005
617021026001	Tiefbauamt	4'700'000				
Entlastung Kleinhünigeranlage		7'000'000	300'000	N		R / GRB / RRB 14.08.2007
617021028001	Tiefbauamt	300'000				
Rheinuferböschung/Bermewesan. Kl. Bs,Aus		9'000'000	2'900'000	G	W	RRB 12.07.2005
617022056001	Tiefbauamt	3'000'000				
Heuwaageviadukt		9'500'000	50'000	G	W	RRB 27.05.2003
617023053002	Tiefbauamt	173'373				
Redingbrücke:Instandsetzung		500'000	30'000	G	W	RRB 12.04.2005
617023053004	Tiefbauamt	30'000				
Erhaltungsabschnitt Basel-Augst		41'000'000	3'000'000	G	W	RRB 31.08.2004
617023055001	Tiefbauamt	42'141'650				
	Beiträge für Invest.	-34'712'717	-3'000'000			
Markthallenbrücke: Instandsetzung		2'500'000	50'000	G	W	RRB 12.04.2005
617023056001	Tiefbauamt	91'775				
Birsbrücke Zürcherstrasse (Kantonsanteil)		355'000	355'000	G		RRB 14.08.2007
617023058001	Tiefbauamt	355'000				
R 8576 Euroville Bahnhofvorfahrt Süd		17'500'000	10'000	B	K	R 8576 / GRB 17.05.1995
617025120302	Tiefbauamt	11'727'995				
Tempo-30 Basel Ost/Süd/West		2'310'000	30'000	B	K	R 8774 / GRB 12.11.1997
617025120567	Tiefbauamt	2'200'527				
Dorenbach West		1'803'000	20'000	B	K	R 8990 / GRB 10.05.2000
617025120763	Tiefbauamt	1'803'000				
Tempo-30 Basel Nord		1'930'000	100'000	B	K	R 8470 / GRB 16.02.1994
617025120767	Tiefbauamt	1'029'413				
Gärtnerstrassenbrücke(Wiese), Erneuerung		4'000'000	50'000	G	W	RRB 20.10.1998
617025210383	Tiefbauamt	63'418				
Ot 7; Bhf. SBB - Gellertdreieck (Neubau)		1'700'000	700'000	G	K	RRB 06.07.2004
617030055002	Tiefbauamt	1'491'506				
	Beiträge für Invest.	-1'163'458	-455'000			
Ot 2; Verkehrsleitsystem 2. Etappe		15'630'000	1'290'000	G	K	RRB 12.07.2005
617030056002	Tiefbauamt	4'056'445				
	Beiträge für Invest.	-2'385'066	-838'500			
Pressmulden (Ersatz)		700'000	230'000	G	W	RRB 12.07.2005
617050026001	Tiefbauamt	480'361				
Rahmenkr. Wiederbesch. V. Frg U. Zusatzgebühr		11'950'000	2'390'000	G		RRB 14.08.2007
617050057001	Tiefbauamt	2'390'000				
Erhaltungsmassnahmen Strassenanlage(R		20'000'000	5'000'000	G	W	RRB 12.07.2005
617051506001	Tiefbauamt	5'000'000				
Rahmenkredit WUV		22'500'000	3'124'500	B	K	R 8944 / GRB 17.11.1999
617099990001	Tiefbauamt	19'299'527				
R 8944 APS Stadtentwicklung St. Johann		2'200'000	100'000	B	K	R 8944 / GRB 17.11.1999
651030020005	HPA / Dst Verwaltung	2'220'490				
R 050477 Zonenplanrevision Basel-Stadt		2'500'000	500'000	B	K	R 05.0477.01 / GRB 09.11.2005
651030020014	HPA / Dst Verwaltung	1'143'765				
R 050278 Stadtteilentwicklung Basel-Nord		3'000'000	700'000	B	K	R 05.0278.02 / GRB 15.12.2005
651030020015	HPA / Dst Verwaltung	1'420'890				
B 0000 Proj. Innenstadt-Qualität im Zentrum		800'000	275'000	N	W	B / GRB / RRB 06.09.2005
651030020016	HPA / Dst Verwaltung	465'000				
B 060239 Logis Bâle		800'000	200'000	B	K	B 06.0239.01 / GRB 17.01.2007
651030020019	HPA / Dst Verwaltung	300'000				
B 0000 Proj Hochbergerplatz Umgestaltung		300'000	150'000	N		B / GRB / RRB 14.08.2007
651030020021	HPA / Dst Verwaltung	150'000				
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur			62'027'975			

Oeffentlicher Verkehr

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Buslinien, Ausrüstung mit Anmeldemitteln		990'000	75'000	B	K	B 0553 / GRB 15.12.2004
506522025003	Kantonspolizei	965'568				
Erschliessung St. Johann		18'200'000	6'900'000	B	K	R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021056	Tiefbauamt	11'545'388				
	Beiträge für Invest.	-3'450'000	-3'450'000			
Steinenberg/Theaterstr. IB2		7'100'000	10'000	B	K	R 9416 / GRB 08.05.2005
617021026002	Tiefbauamt	7'866'056				
Perron 8, Bahnhof SBB, Kantonsanteil		580'000	580'000	G		RRB 14.08.2007
617021058001	Tiefbauamt	580'000				
BVB Pauschale für ÖV-Behinderungen		1'500'000	250'000	B	K	R 95.8851.06 / GRB 11.01.2006
801821020000	Globalbudget ÖV	500'000				
BVB Gleichrichter Voltastrasse		1'938'000	340'000	G	W	RRB 11.07.1995
801821020480	Globalbudget ÖV	1'298'388				
BVB Elisabethenstrasse 62-31		1'254'616	25'000	G	W	RRB 12.07.2005
801821025306	Globalbudget ÖV	25'000				
BVB Binselstr. Kl'Hüniger-Gärtnerstr.		806'032	50'000	G	W	RRB 12.07.2005
801821026301	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB KBarth-Platz Hardstr.137-Adlerstr.21		1'143'573	1'044'000	G	W	RRB 12.07.2005
801821026303	Globalbudget ÖV	1'044'000				
BVB Birsbrücke Brückenkopf-Brückenkopf		548'071	448'000	G	W	RRB 12.07.2005
801821026305	Globalbudget ÖV	448'000				
BVB Zeughaus/Zeughausstr. (Div. Abschn.)		4'060'000	1'510'000	G		RRB 11.07.2006
801821027301	Globalbudget ÖV	1'510'000				
BVB Klybeckstr. (Badenweiler vor HW BVB)		1'991'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027302	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Thiersteinallee Nr. 60-91		1'254'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027304	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Barfüsserplatz-Schiffände(Fahrtg.)		485'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027306	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Riehenstrasse (Fahrleitung)		424'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027307	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Steinenring (Fahrleitung)		1'075'000	975'000	G		RRB 11.07.2006
801821027308	Globalbudget ÖV	975'000				
BVB Austrasse (Fahrleitung)		980'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027309	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Kleinhünigerstrasse		996'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027310	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Bankverein (Abschn. Kreuzung)		531'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027311	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB IWB Margarethenstrasse		813'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027312	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Rehagstrasse/Bruderholzallee		885'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027313	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Spalenring		447'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027314	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Laupenring		449'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027315	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB St. Alban Anlage		1'784'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027316	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Innere Margarethen		1'549'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821027318	Globalbudget ÖV	50'000				
BVB Sammelkredit Normwarthallen BVB		3'000'000	500'000	N		R / GRB / RRB 29.08.2006
801821027319	Globalbudget ÖV	500'000				

Oeffentlicher Verkehr

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
BVB Tram Wartehallen Wettsteinplatz		300'000	20'000	B	K	R 05.0897.02 / GRB 15.12.2005
801821027320	Globalbudget ÖV	20'000				
BVB Tram Wartehallen Claraplatz		600'000	300'000	G		RRB 11.07.2006
801821027321	Globalbudget ÖV	300'000				
BVB Baustelle St. Jakob-Strasse		969'108	289'000	G		RRB 12.09.2006
801821027324	Globalbudget ÖV	289'000				
Rückbau Trolley Fahrleitung		3'500'000	1'750'000	G		RRB 14.08.2007
801821027325	Globalbudget ÖV	1'750'000				
Jakobsberg HS		1'536'000	1'486'000	G		RRB 30.05.2006
801821028301	Globalbudget ÖV	1'486'000				
Postkurve		760'000	50'000	G		RRB 11.07.2006
801821028304	Globalbudget ÖV	50'000				
Walkenweg		1'590'000	1'540'000	G		RRB 14.08.2007
801821028305	Globalbudget ÖV	1'540'000				
Allschwilerstr. HS Bereich Morgartenring		1'970'000	50'000	G		RRB 14.08.2007
801821028307	Globalbudget ÖV	50'000				
Allschwilerstr. Nr. 2-120 (Fahrleitung)		830'000	780'000	G		RRB 14.08.2007
801821028308	Globalbudget ÖV	780'000				
Spalenring (Fahrleit. Schützenhaus)		1'290'000	50'000	G		RRB 14.08.2007
801821028309	Globalbudget ÖV	50'000				
Lichttraumprofilanpassungen Schützenhaus		1'440'000	620'000	G		RRB 14.08.2007
801821028311	Globalbudget ÖV	620'000				
Sek-05 Burgfelderplatz		1'590'000	1'540'000	G		RRB 14.08.2007
801821028313	Globalbudget ÖV	1'540'000				
Sek-11 Münchensteinerstrasse		2'100'000	1'520'000	G		RRB 14.08.2007
801821028314	Globalbudget ÖV	1'520'000				
Sek-04/01 Aeschenplatz Weichen 11+250		500'000	450'000	G		RRB 14.08.2007
801821028315	Globalbudget ÖV	450'000				
Gleis&Fahrleitungsumb. Heuwaage(BLT-Anl)		1'460'000	1'410'000	N		B / GRB / RRB 11.09.2007
801821028317	Globalbudget ÖV	1'410'000				
Plan.Kredit Tramverlängerung Kleinh.-Weil		29'280'000	3'330'000	N		R / GRB / RRB 18.09.2007
801821040105	Globalbudget ÖV	3'330'000				Für Projektierungsarbeiten wurden mit GRB vom 10.01.07 (B 06.1769.03) CHF 1.28 Mio. bewilligt.
Plan.Kredit Tramverl. nach St-Louis		4'000'000	900'000	N		R / GRB / RRB 30.05.2006
801821040106	Globalbudget ÖV	900'000				
Kt. Beitr. Gasbetank.Anl. Bus- Gar.Rankhof		1'500'000	200'000	B	K	B 04.1871.103 / GRB 07.02.2007
801821040107	Globalbudget ÖV	200'000				
Regio S-Bahn; Neue Haltestellen		5'620'000	100'000	B	K	R 04.0335.02 / GRB 12.01.2005
801824040012	Globalbudget ÖV	5'200'240				
Perronerhöhung/Verl. Gleis 1/3		570'000	270'000	B	K	B 06.0848.01 / GRB 18.04.2007
801824040013	Globalbudget ÖV	270'000				
Regio-S-Bahn Haltest. Riehen Niederholz		3'000'000	1'900'000	B	K	R 04.0335.03 / GRB 05.04.2006
801824040014	Globalbudget ÖV	2'200'000				
Planungskredit Herzstück Regio-S-Bahn		2'000'000	600'000	N		R / GRB / RRB 11.07.2006
801824040015	Globalbudget ÖV	600'000				
Öffentlicher Verkehr			29'062'000			

Gesundheit

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Projekt Dossiermanagement		650'000	800'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
702051600001	Gesundheitsdienste	800'000				
Flüss.Chromatograph/Mass.Spektrometer		450'000	10'000	G	W	RRB 11.07.2006
706015000035	Gesundheitsschutz	10'000				
SU-Wagen SZK 2008		600'000	400'000	G		RRB 14.08.2007
720056202008	Oeffentliche Zahnkli	400'000				
San und Langzeitarchivierung*		2'000'000	300'000	G	W	RRB 12.07.2005
731001000002	Universitätsspital Basel	1'962'983				
Umstellung Fallpauschalen DRG		975'000	300'000	B	K	B 06.1772.01 / GRB 07.02.2007
731001000003	Universitätsspital Basel	400'000				
Sanierung Personalrestaurant & Cafeteria		6'800'000	2'200'000	G	W	RRB 12.07.2005
731001000004	Universitätsspital Basel	2'700'000				
Kapazitätserweiterung der Kälteerzeugung		2'200'000	600'000	G	W	RRB 12.07.2005
731001000005	Universitätsspital Basel	2'203'983				
Geburtsdokumentation Frauenklinik*		400'000	400'000	G	W	RRB 12.07.2005
731001000008	Universitätsspital Basel	400'000				
Ersatz Analoge Peripherie Hardware TVA		2'000'000	200'000	G	W	RRB 30.08.2005
731001000013	Universitätsspital Basel	1'995'148				
Schnittstellen*		1'200'000	200'000	G	W	RRB 30.08.2005
731001000014	Universitätsspital Basel	979'053				
Trennung Druckluftversorgung		1'700'000	200'000	G	W	RRB 13.09.2005
731001000017	Universitätsspital Basel	1'365'212				
K1 Ost, Ers. Steuerung MTA		600'000	150'000	G		RRB 14.08.2007
731001001000	Universitätsspital Basel	150'000				
Kooperation USB-UKBB: Transporttechnikan		1'950'000	1'000'000	N		R / GRB / RRB 14.08.2007
731001001001	Universitätsspital Basel	1'000'000				
Ersatz Pflegerufanlage K1 Ost		670'000	335'000	G		RRB 11.09.2007
731001001002	Universitätsspital Basel	335'000				
Ersatz Speiseverteilsystem		1'260'000	1'200'000	G		RRB 11.09.2007
731001001003	Universitätsspital Basel	1'200'000				
Ersatz Gebäudeleitsystem/Unterst. Ey1200		2'500'000	500'000	G	W	RRB 14.08.2007
731001006002	Universitätsspital Basel	2'522'019				Erhöhung Objektkredit um CHF 500'000
Ersatz Wasserleitungen K2		400'000	10'000	G	W	RRB 04.07.2000
731001010021	Universitätsspital Basel	375'730				
Ersatz Abluftabsaugung Küche		300'000	50'000	G	W	RRB 04.07.2000
731001010022	Universitätsspital Basel	250'000				
VELF/ZLF Ersatz Wasserleitungen		310'000	120'000	G	W	RRB 04.07.2000
731001010023	Universitätsspital Basel	307'714				
Laufender Ersatz Aufzüge		1'500'000	50'000	G	W	RRB 29.08.2000
731001010026	Universitätsspital Basel	1'545'746				
K2, Einbau Drallauslässe		800'000	150'000	G	W	RRB 29.08.2000
731001020034	Universitätsspital Basel	801'133				
VELF/ZLF, Einbau Drallauslässe		600'000	150'000	G	W	RRB 29.08.2000
731001020035	Universitätsspital Basel	450'000				
MTA -Sanierung OP-Ost		700'000	200'000	G	W	RRB 15.07.2003
731001020042	Universitätsspital Basel	696'047				
Ersatz Schliessanlage Keso 1000		1'700'000	250'000	G	W	RRB 26.08.2003
731001020044	Universitätsspital Basel	1'502'990				
Ersatz Leistungsschalter Elektro-HV		3'600'000	1'000'000	G	W	RRB 06.07.2004
731001020045	Universitätsspital Basel	3'269'203				
STA Ersatz Aufzüge		3'300'000	50'000	G	W	RRB 06.07.2004
731001020046	Universitätsspital Basel	3'176'144				

Gesundheit

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Rahmenkredit Med. Apparate 2006-2010		72'000'000	14'400'000	B	K	R 05.1363.01 / GRB 08.02.2006
731001032003	Universitätsspital Basel	43'135'397				
Elektronische Bildverarbeitung Im USB*		6'400'000	1'700'000	B	K	R 9327 / GRB 23.06.2004
731001060013	Universitätsspital Basel	5'516'890				
Einführung Datawarehouse*		650'000	149'000	B	K	B 06.1713.01 / GRB 14.12.2006
731001060018	Universitätsspital Basel	649'678				
SIS-Med Realisierungsschritt 2*		3'700'000	226'000	B	K	R 9111 / GRB 28.02.2002
731001060030	Universitätsspital Basel	3'700'387				
El. Dokum.Archivier./Verw. KBS (EPaper)*		2'300'000	400'000	N	W	R / GRB / RRB 27.08.2002
731001060044	Universitätsspital Basel	900'000				
Migration Basler Online-Laborsystem*		2'500'000	500'000	G	W	RRB 06.07.2004
731001060048	Universitätsspital Basel	2'299'263				
Optim. Transportlogistik Lagerbetriebe		3'506'000	1'300'000	G	W	RRB 29.08.2006
731001060053	Universitätsspital Basel	1'350'000				
IT Architektur Microsoft/Virtualisierung*		900'000	400'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
731001060054	Universitätsspital Basel	900'000				
Ablösung Termindispo*		975'000	400'000	G	W	RRB 29.08.2006
731001060055	Universitätsspital Basel	420'000				
Scanning Papierakten*		1'600'000	500'000	N	W	R / GRB / RRB 29.08.2006
731001060056	Universitätsspital Basel	500'000				
Hausweites Mobiles Computing*		1'400'000	900'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
731001060057	Universitätsspital Basel	900'000				
Elektronische Pflegedokumentation*		1'350'000	400'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
731001060058	Universitätsspital Basel	400'000				
Metadirectory mit Single Sign On*		820'000	420'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
731001060059	Universitätsspital Basel	420'000				
Datenarch.Managem.Hauptbereiche*		930'000	400'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
731001060061	Universitätsspital Basel	400'000				
Ablösung ISOP*		1'500'000	450'000	G	W	RRB 29.08.2006
731001060062	Universitätsspital Basel	700'000				
Einführung des E-Archivs*		900'000	88'000	B	K	06/42/02.44G / GRB 18.10.2006
731001060064	Universitätsspital Basel	900'313				Dringl. Kredit Nr. 3 vom 18.10.2006
Releasewechsel SAP*		1'800'000	900'000	G	W	RRB 12.09.2006
731001060065	Universitätsspital Basel	1'600'000				
Carevue*		900'000	500'000	G		RRB 11.09.2007
731001060067	Universitätsspital Basel	500'000				
Neue Personalausweise*		400'000	200'000	G		RRB 11.09.2007
731001060068	Universitätsspital Basel	200'000				
Rahmenkredit Informatik 2008 bis 2011		32'000'000	8'000'000	N		R / GRB / RRB 11.09.2007
731001062008	Universitätsspital Basel	8'000'000				
Leistungsorientierte Finanzierung		645'000	250'000	G	W	RRB 29.08.2006
733001000701	Felix-Platter-Spital	500'000				
Ersatz von 420 Spitalbetten		3'400'000	1'400'000	G		RRB 11.09.2007
733001000844	Felix-Platter-Spital	1'400'000				
Ersatz Abwaschküche		500'000	400'000	G		RRB 14.08.2007
733001000846	Felix-Platter-Spital	400'000				
Ersatz Fenster		1'000'000	650'000	G	W	RRB 06.07.2004
735001005806	UPK	998'247				
Elektronische Patientenakte		1'040'000	445'000	G	W	RRB 01.11.2005
735001005925	UPK	1'042'422				
Leistungsorientierte Finanz. (REKOLE)		650'000	375'000	G	W	RRB 29.08.2006
735001005927	UPK	645'000				

Gesundheit

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	<i>Ausschöpfung</i>	2008	T	P	
Bauliche Anpassungen Rüstküche		390'000	390'000	G		RRB 11.09.2007
735001005928	UPK	390'000				
Ersatz Elektrohauptverteilung		2'125'000	600'000	G		RRB 11.09.2007
735001005929	UPK	600'000				
Ersatz Schnurloses Telefonsystem		1'134'000	700'000	G		RRB 11.09.2007
735001005930	UPK	700'000				
Teil Allgemein			48'268'000			

Gesundheit

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Schulzahnklinik Sanierungen 2008		1'750'000	550'000	G		RRB 11.09.2007
420735056000	Liegenschaften VV	550'000				
R 8418 Kantonsspital Klinikum 1-West		206'481'000	1'305'000	B	K	R 8418 & GRK B 8472 / GRB 16.02.1994
420750026002	Liegenschaften VV	204'051'655				
	Beiträge für Invest.	-2'560'774				
USB San. Personalrestaurant, Cafeteria		3'900'000	900'000	G	W	RRB 12.07.2005
420750056000	Liegenschaften VV	3'665'222				Baulicher Anteil. Betrieblicher Anteil unter 731001000004 im Investitionsbereich Gesundheit, Teil Allgemein eingestellt. Der Nominalkredit beträgt insgesamt CHF 10.7 Mio.
USB Projektierung Sanierung 3. Be		500'000	225'000	G	W	RRB 12.09.2006
420750056002	Liegenschaften VV	325'000				
USB K2 Umbau Privatzimmer Medizin		900'000	500'000	G	W	RRB 29.08.2006
420750056003	Liegenschaften VV	900'000				
USB K2 Umbau Hämatologielabor		700'000	450'000	G	W	RRB 29.08.2006
420750056004	Liegenschaften VV	700'000				
USB Sanierung OP-Ost Projektierung		1'200'000	1'000'000	G		RRB 11.09.2007
420750056005	Liegenschaften VV	1'000'000				
B 060068 UAK Integration In USB Projekt		540'000	100'000	B	K	B 06.0068.01 / GRB 07.06.2006
420760026000	Liegenschaften VV	100'000				
UPK Geb. S Forensik		600'000	550'000	G	W	RRB 29.08.2006
420780026001	Liegenschaften VV	600'000				
UPK Geb. Schulgeb. Umbau und Sanierung		2'000'000	1'500'000	G	W	RRB 29.08.2006
420780026002	Liegenschaften VV	1'575'000				
UPK Patientengebäude Blitzschutz		460'000	20'000	G	W	RRB 12.07.2005
420780056002	Liegenschaften VV	459'161				
UPK Klinik Ersatz Hausleitsystem		2'500'000	850'000	G	W	RRB 12.07.2005
420780056003	Liegenschaften VV	1'800'000				
UPK Sanierung Kanalisation		1'600'000	840'000	G	W	RRB 12.07.2005
420780056004	Liegenschaften VV	1'585'440				
UPK Gebäude A Sanierung Erdgeschoss		900'000	100'000	G	W	RRB 12.07.2005
420780056005	Liegenschaften VV	100'000				
UPK Gebäude C Sanierung Erneuerungsplanu		2'700'000	530'000	G	W	RRB 12.07.2005
420780056006	Liegenschaften VV	2'699'043				
UPK Oekonomiegebäude Umbau Cafeteria, Fo		11'825'000	6'000'000	G		RRB 18.09.2007
420780056007	Liegenschaften VV	6'350'605				Vollzugsermächtigung für Projektierung RRB 06/05/4 vom 31.01.2006 CHF 350'000.
UPK Geb. D+L Fass'Sanierung		500'000	50'000	G	W	RRB 29.08.2006
420780056008	Liegenschaften VV	500'000				
UPK Geb. K Sanierung		2'700'000	700'000	G	W	RRB 29.08.2006
420780056010	Liegenschaften VV	2'650'000				
R 050724 UKBB Schanzenstrasse Neubau		74'650'000	25'000'000	B	K	R 05.0724.01/02 / GRB 19.10.2005
420790026000	Liegenschaften VV	35'457'192				
	Beiträge für Invest.	-4'000'000				
Kant. Veterinäramt/Schlachthof San. I		1'500'000	1'000'000	G		RRB 11.09.2007
420910056000	Liegenschaften VV	1'000'000				
Teil Hochbauten VV			42'170'000			
Gesundheit			90'438'000			

Bildung

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Mobiliarersatz an Schulen 2. Etappe		6'800'000	3'400'000	G		RRB 11.09.2007
210892200102	Ressort Schulen	3'400'000				
Ankäufe KM 2006 - 2009 GRB 28.06.2006		3'200'000	851'000	B	K	R 05.1076.01 / GRB 28.06.2006
284031000014	Kunstmuseum Basel	2'595'711				
	Beiträge für Invest.	-247'054				
Erneuerung Dauerausst. Bereich Südschiff		800'000	20'000	B	K	B 06/23/14G / GRB 07.06.2006
286002000004	Historisches Museum	1'310'979				
	Beiträge für Invest.	-511'000	-20'000			
Projekt. Erneuerung Dauerausstellung UG		350'000	200'000	B	K	B 06.0934.01 / GRB 14.02.2007
286002000005	Historisches Museum	350'000				
Compactus-Anlage; Ersatz Lagergest.		500'000	100'000	G	W	RRB 29.08.2006
287001000007	Naturhistorisches Mu	500'000				
Verlegung Lagerräume Mus.D. Kulturen		3'500'000	323'000	B	K	06/46/02.17G / GRB 15.11.2006
288022000010	Museum D. Kulturen.B	3'499'552				
Teil Allgemein			4'874'000			

Bildung

Vorhabenbezeichnung Auftrag/Projekt Dst-Bezeichnung		Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2008	S T	S P	Beschlüsse/Begründungen
Erdbebenmassnahmen Risikoanalyse		600'000	200'000	N		B / GRB / RRB 11.09.2007
420013026002	Liegenschaften VV	200'000				
R 061537 4 Pilotprojekte Tagesschulen		2'100'000	1'225'000	B	K	R 06.1537.02 / GRB 06.12.2006
420100126000	Liegenschaften VV	1'730'000				
R 0000 FHNW HGK Neubau Dreispitz		73'500'000	1'100'000	B		B 05.0480.01 / GRB 14.02.2007
420100526000	Liegenschaften VV	1'450'000				Bewilligung eines Planungskredites von CHF 1'460'000 mit GRB 14.02.2007
						B 05.0480.01
Ersatz Schulraumcontainer Div. Standorte		1'000'000	800'000	G		RRB 11.09.2007
420101056000	Liegenschaften VV	800'000				
R 0000 Bandproberäume		1'500'000	200'000	N		B / GRB / RRB 11.09.2007
420119426000	Liegenschaften VV	200'000				
R 060032 Kulturwerkstatt Kaserne, 2. E.		2'000'000	200'000	B	K	R 06.0032.01 / GRB 13.09.2006
420119426078	Liegenschaften VV	2'000'000				
Stadttheater Unterhalt Haus- und Bühnent		10'000'000	2'000'000	G	W	RRB 29.08.2006
420124056000	Liegenschaften VV	3'400'000				
Stadttheater, Sanierung Untermaschinerie		5'100'000	4'500'000	G	W	RRB 02.11.2004
420124056099	Liegenschaften VV	4'942'347				
AGS Sanierung Fassade und HLK		30'870'000	6'750'000	G		RRB 11.09.2007
420126456000	Liegenschaften VV	7'599'002				Vollzugsermächtigung für Projektierung mit RRB 06/03/5 vom 17.01.07 CHF 700'000.
BFS Kohlenberggasse 7 Hauswirtschaft		900'000	850'000	G		RRB 11.09.2007
420128056000	Liegenschaften VV	850'000				
BFS Kohlenberg 11, Projekt Hangbau BFS T		320'000	170'000	G	W	RRB 29.08.2006
420128856000	Liegenschaften VV	320'000				
B 042145 Gym. Münsterplatz Neubau Geb.		980'000	280'000	B	K	B 04.2145.01 / GRB 18.04.2007
420130026000	Liegenschaften VV	980'000				
Gymn. Münsterplatz San. WC+Kanalisation		930'000	700'000	G		RRB 11.09.2007
420130056000	Liegenschaften VV	700'000				
B 070087 Gym Kirschgarten Einbau Mensa		1'000'000	100'000	B	K	B 07.0087.01 / GRB 21.03.2007
420131026000	Liegenschaften VV	1'000'000				
De Wette-Schule San. Treppenhäuser		1'000'000	500'000	G	W	RRB 29.08.2006
420132056000	Liegenschaften VV	550'000				
B 070086 Gym Leonhard Einbau Mensa		1'210'000	60'000	B	K	B 07.0086.01 / GRB 21.03.2007
420133026001	Liegenschaften VV	1'210'000				
Gym. Bäumlhof Instandsetzung Lüftungsan		8'000'000	2'000'000	G	W	RRB 29.08.2006
420136056000	Liegenschaften VV	2'200'000				
Gymn. Bäumlhof Fensterersatz		4'400'000	1'000'000	G		RRB 11.09.2007
420136056001	Liegenschaften VV	1'000'000				
Bäumlhofgymnasium Sanierung Pausenhof		400'000	400'000	G	W	RRB 19.09.2000
420136056057	Liegenschaften VV	400'000				
B 0000 St.Alban-Schule Kunstrasen Turnpl		2'000'000	1'800'000	N		R / GRB / RRB 25.09.2007
420139056000	Liegenschaften VV	1'850'000				
Bläsischule San. Dach und Fach Th		600'000	50'000	G		RRB 11.09.2007
420139456000	Liegenschaften VV	50'000				
R 0000 Bruderholzschule Umbau und Erweit		2'450'000	1'650'000	B	K	B 06.0270.01 / GRB 10.05.2006
420139826000	Liegenschaften VV	1'899'655				Bewilligung Projektierungskredit von 450'000 B 06.0270.01 mit GRB 10.05.06.
Claraschule Turnhalle		700'000	350'000	G	W	RRB 29.08.2006
420141056000	Liegenschaften VV	700'000				
Gottfried Keller-Schule Ersatz Fenster		1'400'000	50'000	G		RRB 11.09.2007
420142456000	Liegenschaften VV	50'000				
Gotthelf Schule San. Toilettenanlagen		1'050'000	150'000	G	W	RRB 30.08.2005
420142856000	Liegenschaften VV	1'049'002				

Bildung

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Hirzbrunnenschule San. Fassade, Gangzone		1'850'000	400'000	G		RRB 11.09.2007
420143656000	Liegenschaften VV	400'000				
R 0000 Isaak Iselin Aufstockung		2'000'000	500'000	N	W	R / GRB / RRB 29.08.2006
420144426000	Liegenschaften VV	500'000				
Kleinhüningserschule Gesamtsanierung		3'500'000	856'000	G	W	RRB 27.08.2002
420145256090	Liegenschaften VV	3'494'414				
Neubadschule Ersatz Fenster, Storen		1'700'000	50'000	G		RRB 11.09.2007
420145656000	Liegenschaften VV	50'000				
B 0000 Primarschule Schoren Erweiterung		1'000'000	600'000	N	W	B / GRB / RRB 13.09.2005
420148426000	Liegenschaften VV	600'000				
Vogelsangschule Fenstersanierung		900'000	50'000	G		RRB 11.09.2007
420151656000	Liegenschaften VV	50'000				
Wasgenringschule II San. Fassaden		1'150'000	50'000	G		RRB 11.09.2007
420152056000	Liegenschaften VV	50'000				
Wasgenring-Schulhaus, Ersatz Variel Pavi		1'500'000	1'300'000	G	W	RRB 31.08.2004
420152056106	Liegenschaften VV	1'400'000				
Schule Erlensträsschen Sanierung		4'720'000	2'800'000	G	W	RRB 11.09.2007
420154456000	Liegenschaften VV	3'700'000				Vollzugsermächtigung für Projektierung mit RRB 06/41/1 vom 05.12.06 über CHF 100'000.-.
Hebelschule San. WC-Anlagen		750'000	50'000	G		RRB 11.09.2007
420154856000	Liegenschaften VV	50'000				
Niederholzschule San. WC-Anlagen		600'000	300'000	G		RRB 11.09.2007
420155256000	Liegenschaften VV	300'000				
Turnhalle St. Jakob-Str. 115		1'000'000	500'000	G	W	RRB 29.08.2006
420181056000	Liegenschaften VV	550'000				
Schwimmhalle St.Albanschule, Sanierung		2'500'000	20'000	G	W	RRB 31.08.2004
420182056100	Liegenschaften VV	2'449'290				
B 0000 St.Jakobshalle Proj Erw Innenraum		700'000	400'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
420183026000	Liegenschaften VV	400'000				
R 9324 St. Jakobshalle Erweiterung		10'000'000	100'000	B	K	R 9324 / GRB 21.10.2004
420183026074	Liegenschaften VV	9'900'397				
	Beiträge Für Invest.	-33'814				
St.Jakobshalle Allg. Sanierungen II		4'000'000	1'100'000	G	W	RRB 30.08.2005
420183056000	Liegenschaften VV	3'998'706				
Gymnasium Bäumlhof, Ersatz Laufbahnbelä		1'000'000	100'000	G	W	RRB 29.08.2006
420184056001	Liegenschaften VV	1'000'000				
Sportanlagen St. Jakob Diverse Sanierung		5'350'000	350'000	G		RRB 11.09.2007
420184056005	Liegenschaften VV	350'000				
Sportanlage Rankhof Ersatz Kunstrasen		650'000	650'000	G		RRB 11.09.2007
420184056006	Liegenschaften VV	650'000				
GB Bachgraben San. Restaurant		1'500'000	900'000	G	W	RRB 29.08.2006
420185156000	Liegenschaften VV	900'000				
B 0000 GB St.Jakob Kästligebäude Ausbau		600'000	200'000	N	W	B / GRB / RRB 30.08.2005
420185226000	Liegenschaften VV	200'000				
Gartenbad St.Jakob Sanierungsarbeiten		3'200'000	800'000	G	W	RRB 30.08.2005
420185256000	Liegenschaften VV	1'267'190				
KEB Eglisee San. Eisbahnplatte		500'000	250'000	G	W	RRB 29.08.2006
420185856000	Liegenschaften VV	500'000				
Klingentalkirche Sanierung Dach U. Fach		5'000'000	1'000'000	G	W	RRB 29.08.2006
420192056000	Liegenschaften VV	1'200'000				
Antikenmuseum San. Restaurationslabor		900'000	150'000	G	W	RRB 29.08.2006
420217056000	Liegenschaften VV	900'000				

Bildung

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Antikenmuseum Renovation Skulpturenhalle		700'000	200'000	G	W	RRB 29.08.2006
420217056001	Liegenschaften VV	700'000				
Hist. Museum Barfüsserkirche		1'000'000	900'000	G		RRB 11.09.2007
420220056000	Liegenschaften VV	900'000				
R 9284 Museum der Kulturen Archäo Bodenf		370'000	100'000	B	K	R 9284 / GRB 11.12.2003
420224026035	Liegenschaften VV	100'000				
R 9340 Museum an der Augustinergasse		11'000'000	1'800'000	B	K	R 9340 / GRB 20.01.2005
420226026075	Liegenschaften VV	5'359'226				
Rheinbad Breite Sanierung Stahlkonstrukt		900'000	50'000	G	W	RRB 30.08.2005
420659056000	Liegenschaften VV	690'000				
Rheinbad St.Johann Gesamtsanierung		1'200'000	50'000	G		RRB 11.09.2007
420659056001	Liegenschaften VV	50'000				
B 0000 Campus Plus Proj Uni Dreirosen		1'000'000	800'000	N		B / GRB / RRB 11.09.2007
422100026002	Liegenschaften VV	800'000				
R 0000 Biomed. Zentrum BMZ Proj. Neubau		1'800'000	1'000'000	N	W	R / GRB / RRB 31.08.2004
422170526000	Liegenschaften VV	1'000'000				
Teil Hochbauten VV			45'461'000			
Bildung			50'335'000			

Übrige

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Gerichte 2010		3'500'000	1'750'000	G		RRB 14.08.2007
111000000001	Appellationsgericht	1'750'000				
Infostar		1'600'500	290'000	G	W	RRB 27.05.2003
310501020401	Zivilstandsamt	1'600'500				
Risk Assessment		1'200'000	710'000	N		B / GRB / RRB 14.08.2007
311821020700	VZK/Bewährungshilfe	710'000				
Releasewechsel SAP RE Classic auf RE FX		1'900'000	600'000	G		RRB 14.08.2007
405000000014	Immobilien Basel-Sta	600'000				
Ersatz Informatik RZ Mobiliar		7'500'000	500'000	N		R / GRB / RRB 12.12.2006
406000000720	ZID	500'000				
Erneuerung Zentraler Anlagenkomponenten		12'000'000	3'000'000	G		RRB 12.09.2006
406A10100718	ZID	6'000'000				
Erneuerung Zentr. Kommunikationssysteme			1'500'000	G	W	RRB 16.07.1985
406A10100719	ZID					
Vergütungsmanagement (Bewirts. Löhne)		1'200'000	550'000	G		RRB 07.11.2006
409004000001	Zentraler Personaldienst	880'000				
Redesign OM und IKS		370'000	160'000	G		RRB 14.08.2007
409015000002	Zentraler Personaldienst	160'000				
Ersatz Verkehrsrechner Clarahof		2'000'000	1'050'000	G	W	RRB 28.08.2001
506522024003	Kantonspolizei	1'906'062				
Ersatz der Einzelparkuhren (Ex. 25005)		2'330'000	500'000	G	W	RRB 25.10.2005
506522025006	Kantonspolizei	1'258'132				
Polycom Kanton Basel-Stadt		19'700'000	700'000	B	K	R 0.1355.01 / GRB 20.09.2006
506541025001	Kantonspolizei	19'700'001				Vom Nominalwert über CHF 19.7 Mio.(=brutto) sind noch Bundesbeiträge in Höhe von CHF 3.558 Mio. in Abzug zu bringen.
	Beiträge für Invest.	-3'558'000	-3'558'000			
Zj: 2007 Tanklöschfahrzeug 25, Ersatz		1'200'000	400'000	G	W	RRB 29.08.2006
509020020002	Bereich Rettung	1'200'000				
Zj: 2008 4 Rettungswagen Sanität, Ersatz		1'324'000	662'000	G	W	RRB 14.08.2007
509030020006	Bereich Rettung	662'000				
2000-Watt-Gesellschaft		1'320'000	360'000	B	K	R 9367 / GRB 13.04.2005
612000042000	Amt Für Umwelt / Energie	1'025'000				
Abwasserreinigungsanlage BS Masch. Teil			2'900'000	B	K	R 7167 / GRB 25.06.1975
612820050821	Amt Für Umwelt / Energie					
MIHABE; Rückhaltebecken ARA BS Baul.Teil		9'904'250	1'300'000	B	K	R 05.1582.01 / GRB 15.12.2005
612820050822	Amt Für Umwelt / Energie	9'904'250				
Erhebung+Erst.Kataster Altlastenstandort		1'345'000	289'000	G		RRB 11.09.2007
612830850868	Amt Für Umwelt / Energie	289'000				
	Beiträge für Invest.	-50'000	-50'000			
Kant. Inventar geschützter Naturobjekte		590'000	200'000	G	W	RRB 25.04.2006
614014050601	Stadtgärtnerei	200'000				
B 0000 Förderung Wohnlichkeit IV (04-08)		750'000	150'000	B	K	B 0487 / GRB 18.02.2004
614030020338	Stadtgärtnerei	564'776				
Gemeinschaftsgrabanlage Abt. 9 Hörnli		3'000'000	1'000'000	N		R / GRB / RRB 13.09.2005
614030020503	Stadtgärtnerei	1'000'000				
Urnennischenplätze Abt. 12 Hörnli		420'000	370'000	N		B / GRB / RRB 30.08.2005
614030020504	Stadtgärtnerei	370'000				
B 0396 Baumpflanzungen laut Richtplan		2'500'000	500'000	B	K	B 0396 / GRB 23.06.1999
614030020603	Stadtgärtnerei	1'685'095				
R 0000 BSV Birsstrasse		2'650'000	1'000'000	B	K	R 9345 / GRB 24.06.2004
614030020613	Stadtgärtnerei	1'386'793				
Friedh. Hörnli - Erneu. Orientierungssyst		330'000	30'000	N		B / GRB / RRB 30.08.2005
614050020505	Stadtgärtnerei	30'000				

Übrige

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Sanierung Sanitäre Einrichtungen		990'000	990'000	G		RRB 11.09.2007
621052157002	Abfallbewirtschaftung	990'000				Gebäude Hagenastrasse es erfolgt evtl. eine dringliche Kreditbewillig
Kehrichtfahrzeug, Ersatz		420'000	420'000	G		RRB 14.08.2007
621052358001	Abfallbewirtschaftung	420'000				
R 021802 Werkstätten HPA Teil Betrieb		697'000	297'000	B	K	R 02.1802.04 / GRB 07.06.2006
651025026000	HPA / DST Verwaltung	297'000				Betrieblicher Anteil. Baulicher Anteil unter Nr. 420625026001 im Investitionsbereich Übrige Teil Hochbauten VV mit CHF 6.0 Mio. (2008) eingestellt. Der Nominalkredit beträgt insgesamt CHF 11.1 Mio.
Hafen St.Johann-Campus Novartis		400'000	130'000	B	K	B 05.1445.02 / GRB 18.01.2006
813501020099	Rheinschiffahrtsdirektion	130'000				
Teil Allgemein			18'700'000			

Übrige

Vorhabenbezeichnung Auftrag/Projekt Dst-Bezeichnung		Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2008	S T	S P	Beschlüsse/Begründungen
Grossratssaal Projektierung		350'000	200'000	N		B / GRB / RRB 25.09.2007
420010056000	Liegenschaften VV	200'000				
Zentr. Personaldienst Rebgasse 14		500'000	150'000	G	W	RRB 29.08.2006
420012056000	Liegenschaften VV	450'000				
R 0000 Öff. Bauten Behindertengerecht		7'000'000	1'200'000	N	W	R / GRB / RRB 30.08.2005
420013026001	Liegenschaften VV	2'000'000				
R 0000 Klimaneutrale Verw Basel-Stadt		33'500'000	500'000	N		R / GRB / RRB 11.09.2007
420013026003	Liegenschaften VV	500'000				
Öffentliche Bauten Brandschutzmassnahmen		5'000'000	2'000'000	G	W	RRB 30.08.2005
420013056000	Liegenschaften VV	4'999'883				
B 060327 Strafergericht, Neubau Eingang		1'160'000	100'000	B	K	B 06.0327.01 / GRB 07.06.2006
420018026000	Liegenschaften VV	1'260'344				Ermächtigung zur Kreditüberschreitung von CHF 215'000 mit RRB 07/22/1vom 02.07.2007
Erlenmatt Erlkönig San. Gebäudehülle		350'000	350'000	G		RRB 11.09.2007
420119456000	Liegenschaften VV	350'000				
Frauenspital Südflügel Haustechnik		1'000'000	10'000	G	W	RRB 30.08.2005
420139156000	Liegenschaften VV	1'039'123				
St. Clarakirche San. Dach + Fach		3'600'000	100'000	G		RRB 11.09.2007
420190456001	Liegenschaften VV	100'000				
420512021000-1100R 0000 ZID, Ersatz Info		13'500'000	4'000'000	N	W	R / GRB / RRB 12.12.2006
420412026009	Liegenschaften VV	4'000'000				Baulicher Anteil. Betrieblichen Anteil unter 406000000720 im Investitionsbereich Übrige, Teil Allgemein mit CHF 0.5 Mio. (2007) eingestellt. Der Nominalkredit beträgt insgesamt CHF 21.0 Mio.
Theaterparkhaus Betonsanierung		2'450'000	900'000	G		RRB 11.09.2007
420465056000	Liegenschaften VV	900'000				
R 0000 SiD Alarmzentralen Neubau		3'000'000	800'000	N	W	R / GRB / RRB 10.05.2005
420510026018	Liegenschaften VV	800'000				
Spiegelhof Eingangsportal, San. Fassade		450'000	420'000	G		RRB 11.09.2007
420510056000	Liegenschaften VV	420'000				
Bezirkswache Kleinbasel		670'000	10'000	G	W	RRB 29.08.2006
420511026000	Liegenschaften VV	910'000				Ermächtigung zur Kreditüberschreitung um CHF 240'000 mit RRB 07/13/10 vom 24.04.2007.
B 0000 SiD II Clarastrasse MFK 6. OG		350'000	10'000	N	W	B / GRB / RRB 29.08.2006
420511056000	Liegenschaften VV	350'000				
B0000 Waaghof Arrestantenbewirtschaftung		350'000	300'000	N		B / GRB / RRB 11.09.2007
420512026000	Liegenschaften VV	300'000				
R 050601 SiD Waaghof, Verb. Sicherheit		1'925'000	225'000	B	K	R 05.0601.02 / GRB 30.06.2005
420512026017	Liegenschaften VV	2'533'042				Baulicher Anteil. Betrieblicher Anteil unter Nr. 510050020000 im Investitionsbereich Übrige, Teil Allgemein mit CHF 0.2 Mio.(2007) eingestellt. Der Nominalkredit beträgt insgesamt CHF 3.833 Mio. Die Ausgaben für beide Anteile werden werden über den baulichen Anteil abgewickelt und dem SiD verrechnet.
						Ausschöpfung Gesamt CHF 2'533'042
						Ausschöpfung Bau CHF 1'618'185
						Ausschöpfung Betrieb CHF 907'929
						Beitrag Versicherung CHF 6'928
Beiträge für Invest.		-914'857				

Übrige

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
B 0000 Schällemätteli Abbruch		1'650'000	1'200'000	N		R / GRB / RRB 11.09.2007
420512056000	Liegenschaften VV	1'200'000				
Polizeiausbildungszentrum Schiesskeller		500'000	450'000	G	W	RRB 29.08.2006
420522056000	Liegenschaften VV	500'000				
SiD II Clarahof San. Fassade+ Glasersatz		350'000	300'000	G		RRB 11.09.2007
420525056001	Liegenschaften VV	300'000				
Zeughaus Instandsetzung Dach + Vorplatz		1'200'000	100'000	G		RRB 11.09.2007
420531056000	Liegenschaften VV	100'000				
R 9063 Schiessanlage Allschwilerweiher		6'900'000	100'000	B	K	R 9063 / GRB 07.02.2001
420534026009	Liegenschaften VV	480'893				
Feuerwache Lützelhof San. Werkstätten		3'000'000	2'000'000	G	W	RRB 29.08.2006
420540056000	Liegenschaften VV	2'150'000				Kreditfreigabe für Projektierung mit RRB 07/04/3 vom 30.01.07 CHF 180'000.
Feuerwehr Lützelhof Erdbebenmassnahmen		5'400'000	400'000	G	W	RRB 09.09.1997
420540056002	Liegenschaften VV	5'367'896				
B 0000 Projekt Verlegung Baudepartement		800'000	400'000	N	W	B / GRB / RRB 12.07.2005
420610026000	Liegenschaften VV	450'000				
Friedhof Hörnli Ren. Kapellengeb. 2.Et.		2'550'000	650'000	G	W	RRB 29.08.2006
420617056001	Liegenschaften VV	1'150'000				
Friedhof Hörnli, Sanierung Kanalisation		1'350'000	500'000	G	W	RRB 29.08.2006
420617056002	Liegenschaften VV	1'000'000				
B 050738 Wolfgottesacker Pförtnergeb.		1'300'000	100'000	B	K	B 05.0738.01 / GRB 19.10.2005
420619026018	Liegenschaften VV	1'304'731				
R 021802 Werkstätten HPA/TBA Neubau		10'413'000	6'000'000	B	K	R 02.1802.04; B 0567 / GRB 07.06.2006
420625026001	Liegenschaften VV	9'424'901				B 0010, 6.6.01 Proj.Kred. 700'000.- B 0567, 17.11.04 Proj.Kred. 500'000.- R 021802, 7.6.06 Bau Kred. 9'213'000.- Total Kredit Teil Bau 10'413'000.- Baulicher Anteil. Betrieblicher Anteil unter 651025026000 im Investitionsbereich Übrige, Teil Allgemein mit CHF 0.297 Mio. (2008) eingestellt. Der Nominalkredit beträgt insgesamt CHF 11.1 Mio.
TBA Regiebetriebe San. Fahrzeughalle		1'500'000	950'000	G	W	RRB 29.08.2006
420626056000	Liegenschaften VV	1'350'000				
TBA Werkstätten Belag + Kanalisation		560'000	200'000	G		RRB 11.09.2007
420626056001	Liegenschaften VV	200'000				
R 0000 TBA Magazine Neues Konzept		6'450'000	300'000	N	W	R / GRB / RRB 30.08.2005
420627026000	Liegenschaften VV	300'000				
TBA-Magazin Nidwaldner 48 Ausbau		2'600'000	2'050'000	G		RRB 11.09.2007
420627056000	Liegenschaften VV	2'050'000				
B 050738 SF-Magazin Wolfgottesacker		400'000	20'000	B	K	B 05.0738.01 / GRB 19.10.2005
420630026015	Liegenschaften VV	400'467				
Weidenhof Arlesheim, Sanierungsarbeiten		750'000	300'000	G	W	RRB 29.08.2006
420631056000	Liegenschaften VV	600'000				
R 9281 Oeffentliche WC-Anlagen Neue WC-A		6'900'000	1'700'000	B	K	R 9281 / GRB 09.06.2004
420634026003	Liegenschaften VV	4'537'788				
Arbeitsamt / Fenster und Glasdachfenster		700'000	400'000	G	W	RRB 29.08.2006
420820056000	Liegenschaften VV	700'000				
Teil Hochbauten VV			29'395'000			

Übrige

Vorhabenbezeichnung		Nominalkredit	Budget	S	S	Beschlüsse/Begründungen
Auftrag/Projekt	Dst-Bezeichnung	Ausschöpfung	2008	T	P	
Anschaffungen EURO 2008		425'000	425'000	B	K	B 06.1974.01 / GRB 06.06.2007
203814000001	Ressort Sport	425'000				
Inv.Beitr.Schweiz.Tropeninstitut (BSI3)		3'600'000	3'600'000	N		R / GRB / RRB 14.08.2007
271811000024	Ressort Hochschulen	3'600'000				
Grabungen ABBS für Novartis - Campus +		4'740'000	750'000	G		RRB 14.08.2007
278002000003	Archäolog. Bodenforschung	750'000				
Invest.-Beitrag Allg. Bibl. GGG (RFID)		977'000	977'000	N		B / GRB / RRB 14.08.2007
280841000004	Ressort Kultur	977'000				
Denkmalschutz 1998-2002: Beiträge		10'500'000	72'000	B	K	R 8803 / GRB 11.03.1998
282815000001	Basler Denkmalpflege	10'879'672				
Denkmalschutz 2003-2007: Beiträge		11'000'000	1'900'000	B	K	R 9206 / GRB 12.02.2003
282815000002	Basler Denkmalpflege	8'942'140				
Denkmalschutz 2008-2012: Beiträge		12'500'000	300'000	B	K	07.0904.01 / GRB 12.09.2007
282815000003	Basler Denkmalpflege	300'000				
R 9265 Stift. Förd. Museum Kulturen Hall		4'420'000	590'000	B	K	R 9265 / GRB 11.12.2003
650006040008	HPA / Baukostenbeiträge	1'999'718				Gewährung eines Staatsbeitrags CHF 3'000'000 mit GRB 11.12.2003 R 9265. Gewährung eines Staatsbeitrags CHF 1'420'000 an die Mehrkosten GRB pendent.
Teil Investitionsbeiträge			8'614'000			
Total Übrige			56'709'000			

5 Das Personal

5.1 Inhaltliche Akzente

Im Gesamtgefüge des Arbeitgebers BASEL-STADT sollen Rolle und Bedeutung der Personalarbeit weiter an Gestalt und Klarheit gewinnen. Aus diesem Grund sind nachfolgend die inhaltlichen Tätigkeitsakzente des Human Resources Management (HRM) im Budgetjahr 2008 aufgeführt. Ein Soll/Ist-Vergleich über den Personaleinsatz (Headcount/Plafond) sowie die wichtigsten jährlich ausgewiesenen Personalkennzahlen werden jeweils im Jahresbericht abgebildet.

5.2 HR-Umsetzung der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009 (RV09)

Per Januar 2009 wird die neue Regierungs- und Verwaltungsstruktur in Kraft treten. Diese bringt bei 27 Dienststellen Veränderungen in unterschiedlichem Umfang mit sich (Stand 01/2007). Weiter sind eine Ein- (Sozialhilfe) und eine Ausgliederung (Behindertenheime und Werkstätten) sowie die Schaffung einer Sozialversicherungsanstalt vorgesehen. Insgesamt wird die Reorganisation über 2'000 Personen betreffen (exkl. IWB und BVB).

Damit der Wechsel zu den neuen Strukturen in HR-Belangen nahtlos erfolgt und nicht zur Bruchstelle wird, wurde von der RV09-Teilprojektgruppe Umsetzungsplanung die Fachgruppe Personal eingesetzt. Sie hat den Auftrag, alle HR-relevanten Vorbereitungen für eine zeitgerechte und reibungslose Umsetzung zu treffen, sowie die mit der Umsetzung von RV09 befassten dezentralen Personaldienste (DPD) und Führungskräfte rechtzeitig zu informieren und zu instruieren.

Die Fachgruppe Personal arbeitet vernetzt mit den RV09-befassten DPD und den Fachgruppen der übrigen Supportfunktionen zusammen; sie kooperiert zudem eng mit Information und Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei (I+Ö), um eine optimale Information in personellen Angelegenheiten sicher zu stellen und trifft sich regelmässig mit den Sozialpartnern zum Informationsaustausch. Die Fachgruppe erarbeitet zudem die komplexen Grundlagen für die Realisierung der geplanten Ein- und Ausgliederungen.

Für die HR-Umsetzung wurden verschiedene Schwerpunkte ermittelt, für die nun die entsprechenden Grundlagen, Prozesse, erfolgskritischen Aspekte, Hilfsmittel und ggf. Schulungen erarbeitet und bereitgestellt werden:

- Unterstützung der Führungskräfte (Change Management Support-Modul der Abteilung Personal- und Organisationsentwicklung (POE))
- Professionell umgesetzte Transfers der betroffenen Mitarbeitenden
- Realisierung der komplexen und aufwändigen SAP HR-technischen Umsetzung
- Zur Verfügung stellen der SAP HR-Grundlagen für die Budgetierung 2009 unter Abbildung der neuen Strukturen
- Veranlassen der nötigen Anpassungen betreffend Umsysteme (PK, AHV/IV, SUVA, UVK, Rimas, etc.)
- Regelungen bzgl. Mitarbeitendenbetreuung und Rekrutierungsprozess in der Übergangsphase 2008/2009
- Aufarbeiten des Funktionsbewertungen-Stopp
- Umsetzung der Ein- und Ausgliederungen.

Die HR-Vorbereitung und -Umsetzung von RV09 beanspruchen die Ressourcen der Personalfachorganisation in hohem Mass – eine gerechtfertigte Investition und ein Beitrag an die reibungslose, professionelle Implementierung von RV09.

5.3 Berufsbildung

(Attest-)Lehrstellen-Offensive

Mit Beschluss vom 12. Juli 2005 beschloss der Regierungsrat, auf Lehrbeginn 2006 und 2007 in der Verwaltung insgesamt 52 neue Lehrstellen in zweijährigen und ausgewählten dreijährigen Grundbildungen zu schaffen. Die Schaffung von 26 weiteren Lehrstellen wird auf Lehrbeginn 2008 angestrebt. Ziel ist es, einen Beitrag zur Erhöhung des Lehrstellenangebots und zur Verbesserung der beruflichen Chancen junger Erwachsener zu leisten.

Im Sinne einer Anschubfinanzierung wurde die Refinanzierung dieser zusätzlichen Lehrstellen durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds) beschlossen.

Zusätzlich wurden für die Umsetzung Rekrutierungs- und Finanzierungsrichtlinien erstellt. Diese fördern die Schaffung niederschwelliger Lehrstellen und berücksichtigen Schulabgänger/innen von Basler Schulen (Weiterbildungsschule WBS, Schule für Brückenangebote SBA, Integrations- und Kleinklassen).

Seit Beginn der (Attest-)Lehrstellenoffensive wurden bisher 97 zusätzliche Lehrstellen geschaffen; die regierungsrätlichen Vorgaben wurden somit weit übertroffen.

65 (Attest-)Lehrstellen wurden finanziert. Es ist damit zu rechnen, dass auf Lehrbeginn 2008 weitere (Attest-)Lehrstellen geschaffen werden.

5.4 Zehn Lehrstellen für Jugendliche mit einer Behinderung

Mit Beschluss vom 9. Januar 2007 beschloss der Regierungsrat, dass auf Lehrbeginn 2008/09 bei BASEL-STADT zehn Ausbildungsplätze für Lernende mit einer Beeinträchtigung zu schaffen sind. Mit dieser Massnahme fördert der Arbeitgeber BASEL-STADT die Gleichstellung von Menschen mit einer Beeinträchtigung. Zur Umsetzung dieses Beschlusses wird ein Willkommenssatz für Stellenkandidatinnen und -kandidaten mit einer Beeinträchtigung im Herbst 2007 auf der Internetseite www.lehrstellen.bs.ch platziert. Die Berufsbildungsverantwortlichen der Departemente und Betriebe stehen ausserdem mit Behinderten-Institutionen im Kontakt.

5.5 Teilnahme an der Basler Berufs- und Bildungsmesse 2008

Der Arbeitgeber BASEL-STADT wird bei der Basler Berufs- und Bildungsmesse 2008 als Lehrbetrieb auftreten. Er kann dadurch in direkten Kontakt zu verschiedenen Zielgruppen (Schüler/innen, Eltern, Lehrpersonen, Behörden, Institutionen, Branchenverbänden, etc.) treten, fördert die Bekanntheit als attraktiver Lehrstellenanbieter und kann gezielt Jugendliche für eine Lehre bei BASEL-STADT gewinnen. Zur Sicherstellung der Kontinuität ist geplant, im Jahr 2009 auch an der Berufsschau Pratteln teilzunehmen.

5.6 Come Back

Die Wirksamkeit der Einführung eines Case Management zur Reduktion der Anzahl von Invalidisierungen, zur Senkung der Absenzen und zur Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit beim Arbeitgeber BASEL-STADT wird seit 1. Juli 2006 mit einer Gruppe von 1'900 Angestellten in Form des Pilotprojekts «Come back» erprobt (RRB 06/01/28). Dieses Projekt, das von der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) mitfinanziert wird, hat eine Laufzeit bis Ende 2008. Das Resultat wird der Regierung zur weiterführenden Entscheidung Ende 2008 vorliegen.

5.7 Laufbahn bei Basel-Stadt

BASEL-STADT will sicherstellen, dass heute wie auch in Zukunft genügend und gut qualifizierte Führungskräfte bei der Verwaltung arbeiten. Die Verwaltung mit ihren vielfältigen Funktionen und Einsatzgebieten bietet dazu ideale Voraussetzungen.

Der Regierungsrat hat deshalb im Januar 2007 ein Konzept verabschiedet, mit dem leistungsfähige und gut qualifizierte Mitarbeitende gefördert werden, um künftig eine anspruchsvolle Funktion im Kaderbereich übernehmen zu können. BASEL-STADT bereitet sich damit auch frühzeitig auf die kommende demographische Entwicklung vor, die eine Verknappung von gut qualifiziertem Personal auf dem Arbeitsmarkt prognostiziert.

Zielgruppe des Angebots sind Leistungsträger/innen und Potenzialträger/innen unabhängig davon, ob sie heute eine Kaderfunktion innehaben oder nicht. Dies sind Mitarbeitende mit mindestens 2-jähriger Berufserfahrung, einem guten Leistungsausweis und mit Potenzial zur Übernahme einer anderen anspruchsvollen oder einer anspruchsvolleren Funktion im Kaderbereich. Interessentinnen und Interessenten durchlaufen ein strukturiertes Auswahlverfahren, in das Vorgesetzte und Geschäftsleitungen der Departemente eingebunden sind. Aufgrund einer Potenzialanalyse wird ein persönlicher Entwicklungsplan erstellt. Ziel ist, innerhalb der Verwaltung - auch departementsübergreifend - einen Laufbahnschritt in eine Kaderfunktion auf vergleichbarem Niveau oder in eine anspruchsvollere Funktion zu vollziehen.

Im 2007 erfolgt die Erstdurchführung mit einer Gruppe von zwölf Mitarbeitenden des Mittleren Kadern aus allen sieben Departementen. Ab 2008 läuft die Umsetzung im Vollausbau, d.h. mit Mitarbeitenden ohne Kaderfunktion sowie aus dem Unteren und Mittleren Kader.

Personalplafond 2008	Personalplafond (Vollzeitstellen)		Headcount (Vollzeitstellen)	
	2008	2007	2006	2005
Departement/Betriebe	Headcount SOLL (inkl. Vakanzen) 31.12.2008	Headcount SOLL (inkl. Vakanzen) 31.12.2007	Headcount IST (ohne Vakanzen) 31.12.2006	Headcount IST (ohne Vakanzen) 31.12.2005
Gerichte	228	223	216	212
Erziehungsdepartement	3'258	3'178	3'230	3'256
Justizdepartement	372	371	363	356
Finanzdepartement	448	471	449	451
Sicherheitsdepartement	1'428	1'454	1'424	1'438
Baudepartement	868	867	839	877
Gesundheitsdepartement	4'947	4'925	4'949	4'956
Wirtschafts- und Sozialdepartement	236	232	221	1'156
Zwischentotal	11'785	11'721	11'692	12'702
Industrielle Werke Basel	728	735	714	733
Behörden / Allg. Verwaltung	32	35	32	35
Sozialstellenplan	20	30	5	10
Total	12'565	12'521	12'444	13'479

Im Zusammenhang mit der Bildung des Arbeitsintegrationszentrums im WSD hat der Regierungsrat einen zusätzlichen Headcount von 24 Stellen genehmigt. Demgegenüber steht eine Reduktion des Headcounts von 23 Vollzeitstellen durch die Überführung der Rheinschiffahrtsdirektion in die neue Gesellschaft Schweizerische Rheinhäfen (SRH). Im Gesundheitsdepartement hat der Regierungsrat eine Erhöhung des Headcounts für den Bereich UPK bzw. für den Ausbau der Forensik in Höhe von 20 Vollzeitstellen bewilligt. Die Gerichte erhalten gesamthaft eine Erhöhung von 4.5 Vollzeitstellen für die Schaffung eines zusätzlichen Gerichtspräsidiums und für zusätzliche Gerichtsschreiber.

Neben diesen durch Regierungsratsbeschlüsse begründeten Anpassungen fallen insbesondere die Veränderungen beim ED (+80), FD (-23) und beim SiD (-26) auf. Beim ED nimmt der Stellenplafond insbesondere aufgrund der im Rahmen der Schwerpunktmassnahmen bewilligten Mittel (Start Tagesschulen, Leitungsstrukturen), höheren Schülerzahlen an den Berufsschulen und Überführung von befristeten Anstellungen in Festanstellungen (Lehrerpersonen) zu. Beim FD ist der Rückgang von 23 Stellen auf die Übernahme der Dreispitzverwaltung durch die CMS zurückzuführen.

Beim SiD ist die Reduktion in Höhe von 26 Stellen mehrheitlich auf den im nächsten Jahr zu vollziehenden Abbau der Grenzpolizei infolge des Schengener Übereinkommens zurückzuführen.

6 Die Regierung und die Verwaltung

6.1 Regierung

Auftrag und Ziel

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum.

Produktgruppen

Regieren

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und ProjekteRegieren

Umsetzungsstrategie Basel 2020:

Die Strategie zur Umsetzung von Basel 2020 wird weiter vertieft und laufend angepasst. Die Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern wird auf allen Ebenen intensiviert. Die konkrete Umsetzung erfolgt auf breiter Front gemeinsam mit den Partnern.

Verwaltungsreorganisation:

Die Vorarbeiten zur Verwaltungsreorganisation werden abgeschlossen und die letzten definitiven Entscheide getroffen, um die konkreten personellen, organisatorischen, räumlichen und rechtlichen Massnahmen rasch umzusetzen.

Neues Berichtswesen:

Die integrale Verknüpfung der Planungs- und Kontrollinstrumente sollen die Transparenz der regierungsrätlichen Planungen und Tätigkeiten erhöhen und die Entscheidungsgrundlagen für den Grossen Rat verbessern.

Finanzen:

Die Verbesserung der Finanzsituation des Kantons wird weiter vorangetrieben und insbesondere durch eine strenge Ausgabenpolitik gestützt, die Prioritäten und Posterioritäten setzt.

Lobbying Bern:

Das Lobbying wird, wenn immer möglich mit dem Kanton Basel-Landschaft, durch die einzelnen Regierungsmitglieder, die Dienststellen und durch öffentliche Veranstaltungen weiter intensiviert und verbessert. Dabei werden bewusst Koalitionen und Formen der Zusammenarbeit mit weiteren Kantonen, Städten usw. gesucht und eingegangen.

Öffentlichkeitsprinzip:

Mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips kann die Transparenz der staatlichen Entscheide weiter verbessert und das Vertrauen in die Verwaltungsarbeit erhöht werden.

Stadtentwicklung:

Die regional bedeutenden Entwicklungs-Projekte (Neubau Universitäts-Kinderspital beider Basel, Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel und deren Kooperation mit deutschen und französischen Häfen, Basel Volta und Umfeld Campus Novartis, Basel Nord, Areal Schällemätteli, Trägerschaft Universität, Kooperation Gesundheitswesen, Tram- und Busnetz über die Landesgrenzen usw.) werden effizient und mit kürzesten Fristen weiter vorangetrieben.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30	Personalaufwand	2'682.7	2'598.7	3'313.2	84.0	3.2
31	Sachaufwand	2.4	105.0	107.2	-102.6	-97.7
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	2'685.1	2'703.7	3'420.4	-18.6	-0.7
43	Entgelte	-3.6	0.0	-3.7	-3.6	
4	Ertrag	-3.6	0.0	-3.7	-3.6	
Ordentlicher Nettoaufwand		2'681.5	2'703.7	3'416.6	-22.2	-0.8
<i>davon Produktgruppe(n):</i>						
<i>Regieren</i>		<i>2'681.5</i>	<i>2'703.7</i>		<i>-22.2</i>	<i>-0.8</i>

Abweichungen / Erläuterungen

Auftrag und Ziel

Als Stabsorgan unterstützt die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Eine umfassende Geschäftskontrolle und die Vorbereitung der Regierungssitzungen unterstützen den Regierungsrat und die Departemente in der Entscheidvorbereitung und -ausführung. Die interne und externe Information sorgt für Transparenz der Entscheide und Handlungen des Regierungsrates und der Verwaltung. Sie ermöglicht allen interessierten Kreisen die Teilhabe an der Politik des Regierungsrates und an der Tätigkeit von Regierung und Verwaltung. Auch die Organisation von Anlässen und die Unterstützung der Regierungsmitglieder bei Repräsentationsaufgaben zeichnen sich durch Professionalität und Qualität aus.

Produktgruppen

Hoheitliche Leistungen und Dienstleistungen

Unterstützung des Regierungsrates

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und Projekte

Unterstützung des Regierungsrates

Politikplan und Basel 2020:

Die Umsetzungsstrategie 2020 wird laufend weiterentwickelt und an die ebenfalls laufend zu überprüfende Vision angepasst - wobei die Veränderungen aufgrund von RV09 mit einbezogen werden. In Zusammenarbeit mit den Departementen sorgt die Staatskanzlei für die Vorbereitung der Entscheide des Regierungsrates.

Verwaltungsreorganisation:

Die Staatskanzlei und insbesondere die Abteilung Information und Öffentlichkeitsarbeit (I+Ö) werden im Hinblick auf RV09 neu positioniert und müssen sich mit den neu zu schaffenden Dienststellen innerhalb des Präsidialdepartementes koordinieren.

Lobbying in Bern:

Der Regierungsrat und die Dienststellen werden in ihrer Lobbyingarbeit unterstützt. Das Instrumentarium wird laufend verbessert und erweitert; die Koordination mit anderen Kantonen und das gezielte Lobbying durch öffentliche Auftritte des Regierungsrates werden weiterintensiviert.

Corporate Design (CD):

Nach der Einführung des neuen CD muss die Einhaltung überwacht werden; zudem müssen im Hinblick auf RV09 gewisse Anpassungen vorgenommen werden.

Interne Kommunikation:

Die einzelnen Instrumente der Internen Kommunikation (Personalzeitschrift pibs, Intranet, Personalinformationen) werden laufend weiterentwickelt und verfeinert. Im Hinblick auf RV09 wird die Interne Kommunikation intensiviert und den unterschiedlichen Bedürfnissen angepasst.

EURO 2008 Basel

Die Abteilung I+Ö der Staatskanzlei ist neu für die Kommunikation der Host City Basel im Vorfeld und während der EURO 2008 zuständig (Anlaufstelle für Medien, Organisation von Medienanlässen, Medienberatung, Ghostwriting etc.).

Beratung:

Die vielfältigen Beratungsbedürfnisse von Öffentlichkeit, Medien und Dienststellen sollen rasch und kundenfreundlich befriedigt werden.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	20.5	21.6	19.9	20.5	20.6
Reklamationen von Medien (organisatorischer Art wie Terminkollisionen, spätes Einladen, fehlerhafte Information usw.)	Anz	2	2	0	5	
Beanstandungen wegen unkorrekter Beglaubigungen	Anz	1	1	0	2	0
Zufriedene bzw. sehr zufriedene Kunden von www.bs.ch	%	80	80	82	80	
Nationale Rankings www.bs.ch	Rang	3	3	1	3	3 ¹⁾

Kommentar

- 1) Der Wert ist ein Durchschnitt von bis zu vier Studien und Rankings, die zum Teil jährlich, zum Teil in unregelmässigen Intervallen publiziert werden. Die tatsächlichen Werte von Basel-Stadt reichen von 1 bis 7 bei einer Gesamtmenge von 25 Kantonen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	2'668.6	2'934.1	2'915.7	-265.5	-9.0 ¹⁾
31 Sachaufwand	3'375.9	3'075.8	2'829.6	300.1	9.8 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.1	0.0	
36 Eigene Beiträge	3.0	2.5	3.0	0.5	20.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'047.5	6'012.4	5'748.4	35.1	0.6
42 Vermögenserträge	-16.0	0.0	0.0	-16.0	
43 Entgelte	-1'687.5	-1'731.9	-1'655.6	44.4	2.6
4 Ertrag	-1'703.6	-1'731.9	-1'655.6	28.3	1.6
Ordentlicher Nettoaufwand	4'344.0	4'280.5	4'092.8	63.5	1.5
davon Produktgruppe(n):					
Unterstützung des Regierungsrates	3'998.3	3'822.7		175.6	4.6
Hoheitliche Leistungen und Dienstleistungen	345.7	210.9		134.8	63.9
Datenschutzaufsicht	0.0	246.9		-246.9	-100.0
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	0.8	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	0.8	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Wegleitung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verlangt in Umsetzung der EU-Vorgaben hinsichtlich Assoziation Schengen/Dublin (EU-Datenschutzrichtlinie) ein organisatorisch und finanziell völlig unabhängiges Datenschutz-Kontrollorgan, weshalb die Datenschutzaufsicht BS budgetmässig aus der Staatskanzlei ausgegliedert wird.
- 2) Die Abweichung der Pos. 31 gegenüber dem Vorjahresbudget setzt sich durch höhere Informatikkosten im Bereich der Konsulenerweiterung, den internen Mieten (im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 321 enthalten) und durch Abnahme der Druckkosten des Kantonsblattes zusammen.

Auftrag und Ziel

Die Datenschutzaufsicht ist gemäss baselstädtischem Datenschutzgesetz für die Umsetzung des Datenschutzes im Kanton Basel-Stadt zuständig.

Tätigkeiten und Projekte

Die Datenschutzaufsicht nimmt ihre Aufgaben gemäss Datenschutzgesetz wahr. Zu den speziellen Tätigkeiten und Projekten im Jahr 2008 zählen die Vorbereitung der aufgrund der Umsetzung der Schengen/Dublin-Vorgaben zusätzlich zu übernehmenden Aufgaben und Pflichten.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	

Kommentar

Finanzen (in TCHF)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
(GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)					%	
30	Personalaufwand	201.7	0.0	0.0	201.7	
31	Sachaufwand	65.5			65.5	
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	267.2	0.0	0.0	267.2	
43	Entgelte	-0.6	0.0	0.0	-0.6	
4	Ertrag	-0.6	0.0	0.0	-0.6	
Ordentlicher Nettoaufwand		266.6	0.0	0.0	266.6	1)
davon Produktgruppe(n):						
Datenschutzaufsicht		266.6			266.6	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Wegleitung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verlangt in Umsetzung der EU-Vorgaben hinsichtlich Assoziierung Schengen/Dublin (EU-Datenschutzrichtlinie) ein organisatorisch und finanziell völlig unabhängiges Datenschutz-Kontrollorgan, weshalb die Datenschutzaufsicht BS budgetmässig aus der Staatskanzlei ausgegliedert wird (Ratschlag folgt).

6.2 Verwaltung – Dienststellen ohne Globalbudget

6.2.1 Baudepartement

Departementssekretariat	BD-601
Bauinspektorat	BD-602
Amt für Umwelt und Energie	BD-612
Stadtgärtnerei	BD-614
Tiefbauamt	BD-617
Abfallbewirtschaftung	BD-621
Hochbau- und Planungsamt	BD-651

Auftrag und Ziel

Das Departementssekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Baudepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Departementssekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Informatik, Infrastruktur sowie Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements, damit diese ihre Dienstleistungen optimal erbringen können.

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen beinhaltet der Buchungskreis auch die Budgets des Lufthygieneamtes beider Basel, der Stadtbildkommission, des Submissionsbüros und der Baurekurskommission. Das Lufthygieneamt sorgt dafür, dass die Immissionsgrenzwerte der Luftreinhalteverordnung und der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung eingehalten werden. Das Submissionsbüro führt die administrativen Abläufe der Ausschreibungsverfahren des Kantons durch. Damit trägt es zu einer wirtschaftlichen Erbringung der Leistungen aller Dienststellen bei. Die Stadtbildkommission beurteilt Baubegehren in Bezug auf ihre Wirkung auf das Stadtbild. Das Sekretariat der Baurekurskommission ist dem Baudepartement administrativ angegliedert. Die Unabhängigkeit der Baurekurskommission bleibt davon unberührt.

Produktgruppen

Luftreinhaltung und nichtionisierende Strahlung

Departementssekretariat

Personalabteilung

Submissionsbüro

Regionalplanungsstelle

Stadtbildkommission

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 1.5 Umwelt und Energie

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und Projekte

Für das Departementssekretariat werden im Jahr 2008 die Arbeiten an der Verwaltungsreorganisation im Rahmen der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung und die Umsetzung des neuen Berichtswesen an den Grossen Rat im Zentrum stehen.

Abweichungen/Erläuterungen Finanzen (siehe Seite rechts)

2) Die Finanzdienstleistungen für das Departementssekretariat werden neu per interner Verrechnung beglichen. Dadurch steigt der Sachaufwand um TCHF 750.

Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in der Höhe von TCHF 395 enthalten.

Die Unterstützung und Weiterentwicklung der Bewilligungssoftware BBG wird ab 2008 von der Informatik BD und nicht mehr vom Bauinspektorat erbracht. Dazu wurden Sachmittel in der Höhe von TCHF 223 verschoben.

3) Durch die Verrechnung der Finanzdienstleistungen an die Dienststellen fallen neu TCHF 2'500 an Erträgen an.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	59.9	43.0	43.0	38.7	41.0
Lehrstellen (inklusive Vor- und Anlehen)	Anz	56	51	44	44	39
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz			3'082	2'376	2'577 ¹⁾
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz			180	183	159 ¹⁾
Von Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte für Stickstoffdioxid betroffene Bevölkerung Region Basel.	%	33	35	52	39	41 ²⁾
Von Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte für Feinstaub betroffene Bevölkerung Region Basel.	%	55	58	78	64	67 ²⁾

Kommentar

- 1) Eine Prognose für die Jahre 2007 und 2008 ist nicht möglich.
 2) IST 2006: Verschlechterung wegen Wintersmogepisode

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	8'527.9	6'702.7	6'829.0	1'825.2	27.2 ¹⁾
31 Sachaufwand	5'627.1	4'231.4	4'235.9	1'395.7	33.0 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.1	0.0	
36 Eigene Beiträge	1'360.0	1'360.0	1'289.5	0.0	0.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	4'464.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	15'515.0	12'294.1	16'818.4	3'220.9	26.2
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-1.4	0.0	
43 Entgelte	-3'413.0	-821.6	-5'477.3	-2'591.4	-315.4 ³⁾
48 Entnahmen a. Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	-66.9	0.0	
4 Ertrag	-3'413.0	-821.6	-5'545.6	-2'591.4	-315.4
Ordentlicher Nettoaufwand	12'102.0	11'472.5	11'272.8	629.5	5.5
davon Produktgruppe(n):					
Luftreinhaltung und nichtionisierende Strahlung	1'240.0	1'240.0		0.0	0.0
Baurekurskommission	265.6	256.6		9.0	3.5
Departementssekretariat	8'097.3	7'450.5		646.8	8.7
Personalabteilung	928.5	934.0		-5.5	-0.6
Rechtsabteilung	1'063.9	1'063.2		0.7	0.1
Submissionsbüro	429.3	408.3		21.0	5.1
Regionalplanungsstelle	120.0	120.0		0.0	0.0
Stadtbildkommission	-42.5	0.0		-42.5	
5 Ausgaben Investitionen	72'260.0	94'686.0	3'889.3	-22'426.0	-23.7
6 Einnahmen Investitionen	-24'260.0	-46'686.0	-3'889.3	22'426.0	48.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	48'000.0	48'000.0	0.0	0.0	0.0

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Finanzdienstleistungen werden ab 2007 im BD zentral von der Abteilung Finanzen & Controlling des Departementsekretariates erbracht und den Dienststellen intern verrechnet. Die Mitarbeiter Rechnungswesen der anderen Dienststellen wurden in die Abteilung Finanzen & Controlling des Departementsekretariates transferiert. Damit entsteht im Departementssekretariat ein um TCHF 1'850 höherer Personalaufwand.
 2) siehe Seite links
 3) siehe Seite links

Auftrag und Ziel

Das Bauinspektorat fördert mit seiner Bewilligungstätigkeit die Bautätigkeit durch Rechtssicherheit für Bauherrschaften. Es sichert auch die Interessen von Nachbarschaft und Allgemeinheit und gewährleistet die Sicherheit von Bauten und Anlagen.

Ebenfalls koordiniert und leitet es das Baubewilligungsverfahren sowie die Überwachung der Bauausführung bis zur Freigabe.

Insbesondere werden folgende Aufgaben wahrgenommen: Es berät die Bauherrschaft und die Baufachleute; es bestimmt für jedes Baubegleichen die mitwirkenden Behörden, leitet diesen die Begehren zu und überwacht die Termine; es fällt den Bauentscheid und beantwortet die Einsprachen; es kontrolliert stichprobenweise die Ausführung auf Übereinstimmung mit den bewilligten Plänen und Einhaltung der Auflagen; es nimmt die Bauten und Anlagen zusammen mit den mitwirkenden Behörden ab, veranlasst die Behebung festgestellter und gemeldeter Mängel und entscheidet über die Freigabe.

Das Amt überwacht die bestehenden Bauten und Anlagen mit Bezug auf deren Sicherheit und auf die Einhaltung der Baugesetzgebung.

Produktgruppen

Baubewilligungen und Bauaufsicht

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 1.2 Baubewilligung und Bauaufsicht

Tätigkeiten und Projekte

Mit dem Sicherheitsdepartement zusammen werden die Bewilligungen im Zusammenhang mit dem neuen Gastgewerbegesetz überarbeitet.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	17.8	18.0	17.2	17.2	17.7
Eingegangene Begehren	Fälle	1'700	1'700	1'475	1'705	1'441
Abgewiesene Entscheide	Fälle	90	90	81	96	70
Innert der gesetzlichen Frist von 3 Monaten bewilligte Begehren	%	90	90	92	90	82

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07 % *	
30	Personalaufwand	2'348.9	2'447.0	2'387.1	-98.1	-4.0
31	Sachaufwand	2'434.8	2'457.6	2'568.8	-22.8	-0.9
33	Abschreibungen Finanzvermögen	25.0	25.0	1.1	0.0	0.0
36	Eigene Beiträge	40.0	40.0	40.0	0.0	0.0
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'848.7	4'969.6	4'997.0	-120.9	-2.4
42	Vermögenserträge	0.0	0.0	-0.1	0.0	
43	Entgelte	-3'914.0	-3'942.0	-4'657.8	28.0	0.7
4	Ertrag	-3'914.0	-3'942.0	-4'657.9	28.0	0.7
Ordentlicher Nettoaufwand		934.7	1'027.6	339.1	-92.9	-9.0
<i>davon Produktgruppe(n):</i>						
<i>Baubewilligungen und Bauaufsicht</i>		<i>934.7</i>	<i>1'027.6</i>		<i>-92.9</i>	<i>-9.0</i>

Abweichungen / Erläuterungen

Auftrag und Ziel

Das Amt für Umwelt und Energie trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das Amt wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Stadtentwässerung sorgt für die Ableitung der Abwässer in eine zentrale Abwasserreinigungsanlage. Dies sowie Massnahmen bei Industrie und Gewerbe verhindern Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer. Zudem fördert das Amt Umweltbewusstsein und Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Produktgruppen

Abwasserentsorgung

Energie

Umweltschutz

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 1.4 Versorgung und Entsorgung

AF 1.5 Umwelt und Energie

AF 1.5 Umwelt und Energie

Tätigkeiten und Projekte

Abwasserentsorgung

Die Generelle Entwässerungsplanung wird weiter entwickelt und das Havarieschutzkonzept in weiteren Teilen projektiert. Anfang des Jahres geht das neue Mischwasser- und Havarieschutzbecken in Betrieb. Im Vordergrund steht die Erneuerung der Abwasserkanäle auf dem Münsterhügel. Die weiteren Sanierungsarbeiten konzentrieren sich auf Gebiete im Kleinbasel, weil dort undichte Kanäle infolge des geringen Abstands zum Grundwasser höhere Gefahren mit sich bringen. Das Neubaugebiet Erlenmatt wird mit einem Schmutzwasserkanalnetz erschlossen (das Regenwasser wird hingegen versickert).

Es wird geprüft, ob eine weitere Reinigungsstufe die Leistung der ARA für die Stickstoffelimination verbessern kann.

Energie

Die Energiepolitik steht vor dem Hintergrund einer sich in der Schweiz abzeichnenden Versorgungslücke zwischen Stromproduktion und -bedarf sowie dem steigenden Bewusstsein der Endlichkeit der fossilen Brennstoffe. Die im gesamtschweizerischen Vergleich bereits vorbildliche baselstädtische Energiepolitik soll deshalb klar weiter entwickelt werden. Im Vordergrund steht eine gross angelegte Aktion zur energetischen Gesamtanierung von bestehenden Gebäuden, denn hier besteht erhebliches Potenzial zum Einsparen von Energie bzw. zur effizienteren Nutzung. Diese Aktion geht einher mit einer offensiven Kommunikation zur Verankerung der Basler Energiepolitik in breiten Kreisen. Die CO₂-neutrale Verwaltung wird konkret vorangetrieben, indem neue Gebäude als Vorbilder für Private gestaltet und bestehende Gebäude in enger Zusammenarbeit der zuständigen Stellen energetisch optimiert werden.

Umweltschutz

Beim Projekt "2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel" werden die Pilot- und Demonstrationsgebäude sowie die Mobilitätsprojekte vorangetrieben. Dies auch zur Umsetzung des vom Regierungsrat im Politikplan festgelegten Schwerpunkts "Basel auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft" (vgl. Ziff. 4.4).

Der Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers wird durch emissionsmindernde Massnahmen an der Quelle sichergestellt. Dazu wird die Kooperation mit Industrieunternehmen und Branchenverbänden ausgebaut sowie deren Eigenverantwortung gefördert.

Im Kataster der belasteten Standorte sind bereits fast alle Ablagerungs- und Unfallstandorte erfasst. Auch die grossen und mittleren Industrie-Areale sind untersucht und der Sanierungsbedarf ist abgeklärt, die notwendigen Sanierungen sind in Gang gesetzt. Die branchenweise Erhebung der übrigen Betriebsstandorte wird fortgesetzt - mit dem Ziel, im Jahr 2012 alle belasteten Standorte erfasst zu haben.

Die Umsetzung des Lärmschutzrechts im Bereich der Gastronomiebetriebe wird in enger Zusammenarbeit mit den übrigen betroffenen Stellen klarer strukturiert. In Zukunft soll es eine Anlauf- und Bewilligungsstelle geben. Die revidierte Schall- und Laserverordnung übergibt den Betreibern eine grössere Eigenverantwortung. Die Behörden haben zwar weniger Bewilligungen zu erteilen, müssen aber die Handhabung der Eigenverantwortung überwachen. Neu zu vollziehen ist eine eidgenössische Verordnung über den Maschinenlärm. Der Strassenlärmkataster wird aufgrund des "Gesamtverkehrsmodells Region" aktualisiert. Daraus werden neue Erkenntnisse über den verbleibenden Sanierungsbedarf abgeleitet.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	90.0	90.0	85.4	88.3	88.5
Meldungen an die Unterlieger über Verunreinigungen des Rheins	Anz	3	3	2	4	4
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	533	480	433	399	394
Energie aus erneuerbaren Quellen (Wärme und Strom)	TJ/a	215	210	223	207	207
Länge der sanierten bzw. neu gebauten Kanalisationsabschnitte	m/a	3'795	5'000	3'469	3'638	6'367

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	13'298.1	12'876.6	12'357.4	421.5	3.3 ¹⁾
31 Sachaufwand	6'417.9	6'045.2	5'776.4	372.7	6.2 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	2.1	0.0	
36 Eigene Beiträge	6'555.5	6'465.5	6'023.1	90.0	1.4
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	13'500.0	12'200.0	12'096.7	1'300.0	10.7 ³⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	39'771.4	37'587.3	36'255.6	2'184.1	5.8
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-0.2	0.0	
43 Entgelte	-63'025.6	-62'716.1	-62'020.8	-309.5	-0.5 ⁴⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-165.0	-240.0	-151.4	75.0	31.3
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-1'324.5	-1'442.0	-1'251.3	117.5	8.1 ⁵⁾
4 Ertrag	-64'515.1	-64'398.1	-63'423.7	-117.0	-0.2
Ordentlicher Nettoaufwand	-24'743.7	-26'810.9	-27'168.1	2'067.2	7.7
davon Produktgruppe(n):					
Abwasserentsorgung	-27'305.8	-28'905.2		1'599.4	5.5
Energie	328.2	168.4		159.8	94.9
Umweltschutz	2'234.0	1'926.0		308.0	16.0
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	11'592.9	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	11'592.9	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Zunahme der Lohnkosten resultiert vor allem aus der Budgetierung von 3 befristeten Stellen zur Erfassung der geschätzten 3'500 Betriebsstandorte im Kataster der belasteten Standorte. Diese Stellen werden aus einem Objektkredit finanziert, d.h. es wurden in der Kontengruppe 43 Einnahmen in gleicher Höhe budgetiert.
- 2) Die Vorgabe für den Sachaufwand wurde um TCHF 596 erhöht. Davon sind TCHF 331 für die Verrechnung der Miete (ZLV) und TCHF 265 für zusätzliche Aufgaben zur Verwirklichung des Schwerpunkts "Basel auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft" im Politikplan.
- 3) Die Beiträge aus dem Programm "Energie Schweiz" für den Kanton Basel-Stadt sind um TCHF 1'300. gestiegen.
- 4) In dieser Kontengruppe sind Mehreinnahmen an Fördergeldern von TCHF 1'300 budgetiert (siehe 3). Gleichzeitig mussten auch Mindereinnahmen an Abwassergebühren von TCHF 1'480 berücksichtigt werden. Die dennoch positive Abweichung resultiert aus der Weiterverrechnung der Kreditstellen (siehe 1).
- 5) Da mit einem geringeren Aufwand zur Verwaltung der Energie-Fonds gerechnet wird, reduzieren sich die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im gleichen Umfang.

Auftrag und Ziel

Das Amt Stadtgärtnerei leistet als "grünes Amt" einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt Basel. Natur- und Umweltschutz, Ökologie und die Verbesserung der klimatischen Verhältnisse sind für uns Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt.

Die Grün- und Freiflächen der Stadt Basel sowie der städtische Baumbestand werden einerseits gestalterisch aufgewertet und andererseits durch qualitativ hoch stehende Leistungen im Bereich Unterhalt gepflegt. Ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz wird in der Beratung zur Bewirtschaftung der rund 200 dezentralen Kompostierplätze in Basel geleistet.

Die Friedhöfe Basel garantieren unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften auf den Friedhofarealen für die Angehörigen von Verstorbenen eine Atmosphäre der Würde, der Stille und des Gedenkens. Im weiteren erbringen die Friedhöfe Basel mit dem Betrieb des Krematoriums für den Raum Nordwest-Schweiz wichtige Dienstleistungen.

Produktgruppen

Bestattungen

Stadtgrün

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

AF 1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

Tätigkeiten und Projekte

Bestattungen

Analog zum Hörnli (2007) wird auf dem Wolfgottesacker die Besucherführung (Signaletik) erneuert; weitere historisch schützenswerte Grabmäler auf diesem Friedhof, die nicht mehr standfest sind, sollen saniert werden. Auf dem Friedhof Hörnli wird eine neue Gemeinschaftsgrabanlage gebaut; zudem werden die in die Jahre gekommenen Trinkwasserleitungen erneuert. Abräumungen und Wiederbelegungen von Gräbern finden im üblichen Rahmen statt (ca. 1000 Gräber jährlich).

Stadtgrün

Die Erneuerung von Parks und Grünanlagen wird auch 2008 zu den Hauptaufgaben der Stadtgärtnerei gehören. Zum Ende des Jahres ist der Spatenstich für den Erlenmattpark geplant. Der Bau der Voltamatte im folgenden Jahr wird 2008 durch Erarbeitung des Ratschlags und des Bauprojekts vorbereitet. Eine weitere Aufwertung für das St. Johann-Quartier befindet sich mit der Überarbeitung des Wettbewerbs Pavillon St. Johanns-Park in Vorbereitung. Mit der Projektierung des Nachtigallenwäldli wird 2008 begonnen und im Margarethen- und Kannenfeldpark werden Entwicklungspläne umgesetzt, die die historische Gestalt und die Erscheinung der beiden Parks stärken werden.

Mit der Erarbeitung von Parkpflegewerken für weitere Anlagen wie Rheinschanze und Schützenmattpark werden die Grundlagen für eine der historischen Bedeutung angemessenen Pflege und Nutzung geschaffen.

Das 2007 von der Stadtgärtnerei erarbeitete Spielraumkonzept stellt die Grundlage für die Erhöhung der Sicherheit und die Aufwertung der Kinderspielplätze im Jahr 2008 dar. Schwerpunkte sind im Jahr 2008 die beiden Gartenbäder Bachgraben und St. Jakob und die Spielbereiche in den Kindergärten.

Mit Standortverbesserung, optimierter Pflege und Neupflanzung von Bäumen im Strassenraum leistet die Stadtgärtnerei auch 2008 einen wesentlichen Beitrag zum Stadtbild.

Die Grundlagenarbeit für das Inventar schützenswerter Naturobjekte, die 2008 geleistet wird, schafft wichtige Voraussetzungen für den Natur- und Landschaftsschutz in Basel-Stadt.

In den Familiengärten steht die Sanierung verschiedener Wasserleitungen und Wegen an. Die Rohrleitungen sind teilweise über 60 Jahre alt. Sie werden von Areal zu Areal systematisch durch PE-Leitungen ersetzt, gleichzeitig werden die Wege erneuert, in denen die Leitungen verlaufen (2008: Areal Milchsuppe, 2. Etappe; FGV Gundeldingen). Die Familiengarten Vereine beteiligen sich jeweils an den Kosten.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	190.4	193.0	185.7	188.2	197.4	
Baumpflanzungen	Anz	300	250	588	371	301	¹⁾
Baumfällungen	Anz	300	250	387	430	292	¹⁾
Todesfälle	Anz	2'100	2'300	2'004	2'369	2'148	
Kremationen	Anz	3'800	3'900	3'826	3'985	3'795	

Kommentar

- 1) Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; starke Unwetter führen zu vielen Fällungen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei je ca. 300 Bäume. Der Baumsaldo ist auf jeden Fall positiv, da Bäume wild (ungepflanzt) aufkommen und viele Sträucher sich erst langfristig zu Bäumen entwickeln. Im Jahr 2006 war die Anzahl gepflanzter Bäume ausserordentlich hoch, weil sehr viele Neupflanzungen in Grünanlagen anfielen (z.B. Aeschengraben, Albananlage, Kannenfeldpark, Schützenmattpark, Dreirosenanlage).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	21'339.5	21'039.1	20'902.5	300.4	1.4
31 Sachaufwand	16'311.1	10'219.7	11'097.8	6'091.4	59.6 ¹⁾
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	12.8	9.0	17.2	3.8	42.2
36 Eigene Beiträge	390.0	390.0	429.3	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	38'053.4	31'657.8	32'446.8	6'395.6	20.2
42 Vermögenserträge	-1'659.3	-1'485.0	-292.7	-174.3	-11.7
43 Entgelte	-16'004.8	-10'397.5	-12'001.3	-5'607.3	-53.9 ²⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-75.0	-77.0	-129.2	2.0	2.6
4 Ertrag	-17'739.0	-11'959.5	-12'423.2	-5'779.5	-48.3
Ordentlicher Nettoaufwand	20'314.4	19'698.3	20'023.6	616.1	3.1
davon Produktgruppe(n):					
Bestattungen	-2'689.9	-2'678.9		-11.0	-0.4
Stadtgrün	23'004.3	22'377.1		627.2	2.8
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'068.6	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	1'068.6	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Erhöhung des Sachaufwands ist primär durch die Verrechnung von Dienstleistungen aus der Produktgruppe Stadtgrün an die Produktgruppe Bestattungen im Umfang von ca. TCHF 5'500 bedingt (Grabbesorgungen).
- 2) Die Erhöhung der Entgelte ist primär durch die Verrechnung von Dienstleistungen aus der Produktgruppe Stadtgrün an die Produktgruppe Bestattungen im Umfang von ca. TCHF 5'500 bedingt (Grabbesorgungen), zudem durch vermehrte Pachtzinseinnahmen aus den Familiengärten und einem erhöhten Ertrag aus Entsorgungsleistungen (Kompostieranlage) im Umfang von je ca. TCHF 100.

Auftrag und Ziel

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons und trägt somit einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zur hohen Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität bei. Dazu werden im Amt Nationalstrassen, Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden. Im Rahmen der Allmendbewirtschaftung werden Baubewilligungen zur Errichtung oder Veränderung von Bauten oder Anlagen auf Allmend überprüft und erteilt, und es wird für eine faire und transparent gestaltete kommerzielle Bewirtschaftung gesorgt. Bei den Gewässern befasst sich das Amt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit. Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht im Einsammeln und umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums. In den Werkstätten des Tiefbauamts werden die kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons unterhalten.

Produktgruppen

Gewässer

Stadtreinigung

Strassen

Werkstätten

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

AF 1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

AF 1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

AF 1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

Tätigkeiten und Projekte

Gewässer

Die Bermenwege zwischen Dreirosenbrücke und Mittlere Brücke im Kleinbasel werden etappenweise erneuert. Damit wird die Sicherheit der Böschungen gewährleistet und die Attraktivität des Kleinbasler Rheinufer erhöht.

Stadtreinigung und Abfallsammlung

Im Budgetjahr werden weitere unterirdische Wertstoffsammelstellen errichtet. Damit erhöht sich die Attraktivität des Recyclings im Kanton und die Lärmemissionen der Sammelstellen können wesentlich reduziert werden.

Strassen

Neben den Fertigstellungsarbeiten an und um die Nordtangente stehen die Umgestaltung der Flughafenstrasse zu Gunsten des Veloverkehrs, die Erneuerung der Infrastruktur und Instandsetzung des Münsterhügels, sowie die Neugestaltung der Stadtstrassen im Bereich des Quartiers St.Johann an.

Ausserdem laufen die Projektierungsarbeiten für die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein.

Das generelle Projekt "Direktanschluss des Rheinhafens Kleinhüningen an die Autobahn A2" wurde vom Bundesrat genehmigt. Im Laufe des Jahres 2007 wird das Projekt öffentlich aufgelegt. Der Baubeginn ist auf 2008 vorgesehen.

Die Projektierung der Lärmsanierung, des Kapazitätsausbaus und der baulichen Erhaltungsmassnahmen für den Osttangentenabschnitt vom Bad. Bahnhof bis zur basellandschaftlichen Kantonsgrenze soll bis Ende 2008 mit dem generellen Projekt abgeschlossen werden. Anschliessend geht das Projekt gemäss NFA in die Verantwortung des Bundes über. Durch diese Massnahmen wird die Projektierung zur Strukturverbesserung der Osttangente vorangetrieben.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	325.8	332.0	315.3	337.1	361.8
Nutzungseinschränkungen wegen Baustellen auf Allmend	Anz	80	80	68	80	70
Bewilligungspflichtige Grossanlässe	Anz	32	25	25	28	27
Grundberührungen von Schiffen	Anz	0	0	0	1	2
Wischgutmenge	t	6'000	5'500	6'000	5'042	6'030

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	33'903.3	35'999.7	35'628.8	-2'096.4	-5.8 ¹⁾
31 Sachaufwand	19'700.4	21'469.2	22'259.5	-1'768.8	-8.2 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	40.0	20.0	102.1	20.0	100.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	53'643.6	57'489.0	57'990.4	-3'845.4	-6.7
42 Vermögenserträge	-335.0	-392.6	-532.4	57.6	14.7
43 Entgelte	-15'575.6	-16'180.6	-17'515.3	605.0	3.7 ³⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-7'409.0	-11'238.5	-10'858.3	3'829.5	34.1 ⁴⁾
4 Ertrag	-23'319.6	-27'811.7	-28'906.0	4'492.1	16.2
Ordentlicher Nettoaufwand	30'324.0	29'677.2	29'084.3	646.8	2.2
davon Produktgruppe(n):					
Gewässer	1'998.4	1'999.9		-1.5	-0.1
Stadtreinigung	21'509.6	21'418.3		91.3	0.4
Strassen	1'772.7	1'325.5		447.2	33.7
Werkstätten	5'043.3	4'933.5		109.8	2.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	126'695.6	0.0	
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-62'278.4	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	64'417.1	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Verschiebung der Abteilung Rechnungswesen/Controlling in die neue Organisation des BD/DS Finanzen & Controlling. Minderaufwand in der Höhe von TCHF 795.
Aufgrund der Übergabe von Aufgaben im betrieblichen Nationalstrassenunterhalt werden Personalressourcen in der Höhe von TCHF 915 in die neue Trägerschaft (NSNW) transferiert.
Reduktion der Personalressourcen im Bereich des Nationalstrassenneubau (Nordtangente) infolge bevorstehender Fertigstellung der Nordtangente in der Höhe von TCHF 180.
Diverse Lohneinsparungen aufgrund von Vorgaben innerhalb des Tiefbauamtes in der Höhe von ca. TCHF 100.
- 2) Minderaufwand aus dem Neuen Finanzausgleich (NFA) Bundesgesetz über die Nationalstrassen betreffend Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen in der Höhe von TCHF 1'400.
- 3) Mehreinnahmen aufgrund der ansteigenden weiterverrechenbaren Leistungen in der Höhe von TCHF 310. Demgegenüber stehen jedoch auch entsprechende Mehrausgaben bezüglich Einkauf.
Mindereinnahmen im Bereich des Autobahnunterhalts aufgrund der Übergabe von Aufgaben im betrieblichen Nationalstrassenunterhalt in der Höhe von TCHF 965.
- 4) Mindereinnahmen im Bereich des Autobahnunterhalts aufgrund der Übergabe von Aufgaben im betrieblichen Nationalstrassenunterhalt in der Höhe von TCHF 1'200.
Mindereinnahmen (Bundessubventionen) im Bereich des normalen baulichen Unterhalts der Nationalstrassen ebenfalls aufgrund Übergang in die neue Trägerschaft des Bundes in der Höhe von TCHF 1'200.
Mindereinnahmen aus dem Neuen Finanzausgleich (NFA) im Bezug auf den Bundesbeitrag betreffend Verteilung der Mineralölsteuer (Benzinzoll) in der Höhe von TCHF 1'500.

Auftrag und Ziel

Im Rahmen der Abfallbewirtschaftung geht es erstens um die Sammlung und umweltgerechte Entsorgung oder Verwertung von Abfällen und Wertstoffen, zweitens um das Ausgleichen von Angebot und Nachfrage bei der kantonalen Abfallentsorgung und drittens um Impulsprojekte zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung. Die abfallwirtschaftliche Entwicklung wird regional und national verfolgt, um allen Einflüssen auf die Entsorgungseinrichtungen des Kantons (insbesondere der KVA) jederzeit wirksam begegnen zu können. Das Verursacher- bzw. Kostendeckungsprinzip in der städtischen (und kantonalen) Abfallwirtschaft wird konsequent verfolgt.

Produktgruppen

Vermietung KVA

Abfallentsorgung

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 1.4 Versorgung und Entsorgung

AF 1.4 Versorgung und Entsorgung

Tätigkeiten und Projekte

Die Infrastruktur zur Erfassung und Sammlung von Wertstoffen, Siedlungsabfällen sowie Sonderabfällen aus dem Siedlungsbereich (Recyclinghöfe usw.) soll ausgebaut werden. Zur Abfallvermeidung und Ressourcenschonung werden neue Projekte lanciert.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	74.0	74.0	72.7	70.9	70.3
Anteil der dem Recycling zugeführten Abfälle an den Siedlungsabfällen	%	50.0	51.0	50.1	49.9	48.6
Haushaltsabfälle (inklusive Sperrgut) pro Kopf (Einwohner) und Jahr	Kg	183	180	178	179	184

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	7'342.7	7'194.8	7'380.5	147.9	2.1
31 Sachaufwand	12'245.1	12'293.4	11'319.7	-48.3	-0.4
32 Passivzinsen	2'400.0	2'991.0	3'567.7	-591.0	-19.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	6.5	5.0	9.1	1.5	30.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	9'640.0	8'849.0	8'855.7	791.0	8.9 ¹⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	31'634.4	31'333.2	31'132.8	301.2	1.0
42 Vermögenserträge	-25.0	-25.1	-76.2	0.1	0.4
43 Entgelte	-43'262.5	-43'008.0	-39'608.2	-254.5	-0.6
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	0.0	0.0	-3'816.9	0.0	
4 Ertrag	-43'287.5	-43'033.1	-43'501.3	-254.4	-0.6
Ordentlicher Nettoaufwand	-11'653.1	-11'700.0	-12'368.5	46.9	0.4
davon Produktgruppe(n):					
Vermietung KVA	-10'960.0	-10'960.0		0.0	0.0
Abfallentsorgung	-693.1	-740.0		46.9	6.3
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'083.7	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	1'083.7	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Höhere Einlagen in die Spezialfinanzierung aufgrund folgender Faktoren:
 Besser: Minderaufwand Zinsen auf Anlagekapital TCHF 591, höherer Betriebsüberschuss KVA TCHF 1700 (infolge tieferer Miete und grösserer Verbrennungsmenge).
 Schlechter: Vermietung KVA TCHF 1500 (Abnahme der Kapitalkosten infolge tieferer Abschreibungen).

Auftrag und Ziel

Die Hauptabteilung Hochbau projiziert, realisiert und unterhält im Auftrage von Immobilien Basel-Stadt (vormals Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr), der Universität Basel und der Basler Verkehrsbetriebe Liegenschaften im Eigentum des Kantons und der Einwohnergemeinde und unterstützt die Dienststellen aller Departemente bei Ausstattungs- und Mobiliarfragen. Dabei werden Kriterien der architektonischen und baulichen Qualität, der Wirtschaftlichkeit, der Ökologie sowie der Energieeffizienz besondere Beachtung geschenkt.

Die Hauptabteilung Planung sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung und des Verkehrs innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und eine stadtgerechte Mobilität. Besonders gefördert wird der private Wohnungsbau. Erhalten und Schaffen eines hochwertigen Stadtbildes bilden weitere Ziele.

Produktgruppen

Agglomerationsplanung

Raum- und Mobilitätsentwicklung

Hochbau Werkstätten

Hochbaudienste

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 1.1 Raumplanung

AF 1.1 Raumplanung

AF 1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

RF 8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste

Tätigkeiten und Projekte

Agglomerationsplanung

Von grosser Bedeutung für die Entwicklung des Kantons wird die Revision des kantonalen Richtplans sein: Das Modul "Verkehr und Siedlung" des Agglomerationsprogramms Basel ist hier zu integrieren in die Kapitel "Verkehr" und "Siedlung" sowie die Ver-/Entsorgung und Natur/Landschaft.

In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden neue Projekte und Planungen eingeleitet u.a. im Rahmen von Interreg IV.

Raum- und Mobilitätsentwicklung

Das Jahr 2008 steht im Zeichen der Revision des Zonenplans, des Projektes "Innenstadt - Qualität im Zentrum", der Begleitung der Arbeiten für das neue Messezentrum, und der Arealentwicklungen im Dreispitz, auf der Erlenmatt, im Umfeld des Campus Novartis, der Entwicklungsachse Bahnhof SBB-St. Jakob sowie des Gebietes Pro Volta®. Daneben gilt es mit der Stadtentwicklung Basel Nord Beiträge zur Aufwertung der Quartiere im Norden, die unter dem Bau der Nordtangente besonders gelitten haben, zu leisten. Last but not least soll mit LogisBâle weiterer attraktiver Wohnraum geschaffen werden.

Hochbauwerkstätten

Im letzten Quartal 2008 steht der Umzug der Werkstätten von der Maiengasse in den Neubau am Leimgrubenweg an. Die Vorbereitung und Ausführung des Auszuges wird in dieser Zeit ein Grossteil der Kapazitäten binden. Per 1. Januar 2009 werden die Hochbauwerkstätten vom Hochbau- und Planungsamt ins Tiefbauamt verlegt werden.

Hochbaudienste

Im Jahre 2008 bilden im Gebäudeunterhalt die Verbesserung des Brandschutzes in öffentlichen Gebäuden (insbesondere in Schulhäusern), die Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden für Behinderte sowie eine systematische Erhebung der kurz- bis mittelfristig anfallenden Instandsetzungsmassnahmen an den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens die Schwerpunkte. Besondere Herausforderungen im Investitionsbereich werden die Projektentwicklungen für die Sanierung des Klinikum II des Universitätsspitals und für die Bauten der Universität für die Life Sciences bilden. Abgeschlossen werden Kreditvorlagen für die Zentrale Informatik-Dienststelle (ZID) am Steinengraben sowie für die Hochschule für Gestaltung und Kunst der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) auf dem Dreispitz. Der Neubau für die Hochbauwerkstätten am Leimgrubenweg wird im letzten Quartal bezugsbereit sein.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	109.6	117.0	120.0	129.0	132.7
Umsatzvolumen Hochbau-Werkstätten pro Mitarbeiter	TCHF	180	180	180	150	141
Laufende Investitions-Aufträge	Anz	105	90	70	65	
Investitionsvolumen pro Mitarbeiter Hochbau	TCHF	1'375	1'140	1'080	900	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30	Personalaufwand	18'359.7	19'461.1	18'897.3	-1'101.4	-5.7 ¹⁾
31	Sachaufwand	5'681.4	4'231.8	3'621.0	1'449.6	34.3 ²⁾
33	Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.5	0.0	
36	Eigene Beiträge	2'046.0	2'046.0	2'158.0	0.0	0.0
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	26'087.1	25'738.9	24'676.8	348.2	1.4
42	Vermögenserträge	-1.0	-7.0	-11.4	6.0	85.7
43	Entgelte	-7'872.6	-8'228.5	-7'272.8	355.9	4.3 ³⁾
4	Ertrag	-7'873.6	-8'235.5	-7'284.2	361.9	4.4
Ordentlicher Nettoaufwand		18'213.5	17'503.4	17'392.6	710.1	4.1
<i>davon Produktgruppe(n):</i>						
<i>Agglomerationsplanung</i>		2'282.2	2'384.9		-102.7	-4.3
<i>Raum- und Mobilitätsentwicklung</i>		3'658.5	3'425.0		233.5	6.8
<i>Hochbau Werkstätten</i>		-357.3	-221.1		-136.2	-61.6
<i>Hochbaudienste</i>		12'630.1	11'914.6		715.5	6.0
5	Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'279.2	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)		0.0	0.0	1'279.2	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Finanzdienstleistungen werden ab 2007 im BD zentral erbracht und den Dienststellen intern verrechnet. Dadurch reduziert sich der Personalaufwand.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 643 enthalten.
Die im BD zentral erbrachten Finanzdienstleistungen werden neu den Dienststellen intern verrechnet. Dadurch steigt der Sachaufwand um TCHF 901.
- 3) Mindereinnahmen im Betrieb & Unterhalt von TCHF 230 für Stromabgabe ans IWB-Netz infolge starker Wetterschwankungen.
Durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) erbringt die Hauptabteilung Planung ab 2008 keine Leistungen mehr für den Bereich der Nationalstrassen und kann dementsprechend auch keine Leistungen mehr weiterverrechnen.

6.2.2 Erziehungsdepartement

Departementsstab	ED-201
Ressort Sport	ED-203
Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ULEF	ED-204
Amt für Ausbildungsbeiträge	ED-205
Ressort Schulen	ED-210
Kindergärten Basel	ED-211
Rektorat Kleinklassen	ED-224
Schulen von Riehen und Bettingen	ED-225
Primarschule Basel	ED-226
Schule für Brückenangebote	ED-231
Orientierungsschule Basel	ED-235
Weiterbildungsschule	ED-236
Fachmaturitätsschule	ED-249
Gymnasium am Münsterplatz	ED-251
Gymnasium Kirschgarten	ED-252
Gymnasium Leonhard	ED-254
Gymnasium Bäumlhof	ED-256
Wirtschaftsgymnasium & Wirtschaftsmittelschule	ED-258
Berufsfachschule Basel	ED-261
Allgemeine Gewerbeschule Basel	ED-262
Schule für Gestaltung	ED-263
Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt	ED-264
Ressort Berufsbildung	ED-265
Ressort Hochschule	ED-271
Archäologische Bodenforschung	ED-278
Ressort Kultur	ED-280
Denkmalpflege	ED-282
Materialzentrale	ED-293
Ressort Dienste	ED-295

Auftrag und Ziel

Der Departementsstab berät und unterstützt den Vorsteher des Erziehungsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt der Departementsstab für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Dazu gehört auch das Leistungscontrolling im Rahmen von Politikplan und Jahreszielen. Die zentralen Stabsleistungen gliedern sich in die drei Teilbereiche Departementssekretariat (inkl. den Abteilungen Recht, Informatik sowie Information + Dokumentation), Finanzen & Controlling sowie Personal auf. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement und sorgen gleichzeitig für die Einhaltung der diesbezüglichen Qualitätsstandards. Weiter unterstützt der Departementsstab die sechs Ressorts und 34 Dienststellen des Erziehungsdepartements, so dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen.

Produktgruppen

Zentrale Stabsleistungen ED

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr stehen im Departementsstab ED Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten zur Verwaltungsreorganisation und zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) an. Die Arbeiten zur Schaffung von neuen Lehrstellen im Departement werden weitergeführt.

Zentrale Stabsleistungen ED

Verwaltungsreorganisation (RV09):

Das wichtigste Projekt ist die Verwaltungsreorganisation RV09. Die Übernahme von Teilbereichen aus dem Justizdepartement und die Abgabe von Aufgaben und Organisationseinheiten an das neue Präsidialdepartement, das Wirtschaft- und Sozialdepartement und an die Bürgergemeinde bedingen eine tiefgreifende Departementsreorganisation. Das Departementssekretariat koordiniert das Projekt auf Ebene Kanton und Erziehungsdepartement. Das Projekt wird auch durch einen externen Berater unterstützt. Im Rahmen des Umsetzungskonzepts sind nebst dem Departementssekretariat auch der Bereich Finanzen & Controlling (u.a. Budgetierung, Mitteltransfer, Kostenrechnung) sowie der Bereich Personal (u. a. Koordination Personalressourcenausgleich und -Transfer) als zentrale Schaltstelle auf Stufe Departement involviert und gefordert.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA):

Derzeit laufen letzte intensive Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf das Inkrafttreten der NFA ab 1.1.2008. Die Finanzflüsse sind mehrheitlich definiert und die Anpassung der Gesetzgebung in einzelnen Sachbereichen sind oder werden noch in die Wege geleitet. Im Budgetjahr 2008 müssen nun erste Erfahrungen mit der neuen Steuerung gesammelt werden.

Lehrstellenoffensive:

Im Juli 2005 wurde vom Regierungsrat eine Lehrstellenoffensive beschlossen. Das Ziel ab Lehrbeginn 2008 gegenüber 2005 im ED 21 neue Lehrstellen (Berufsbildungsplätze) zu schaffen, dürfte gar übertroffen werden, wie dies der Prognose auf der Folgesseite entnommen werden kann. Schwerpunkt wurde dabei auf zweijährige niederschwellige Lehrstellen gelegt. Zudem soll bei der Gewinnung von jungen Leuten für die Lehrstellen im August 2008 je ein Berufsbildungsplatz mit einem Menschen mit einer Behinderung und mit einem Menschen aus dem Spitzensport besetzt werden.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.7	30.2	28.3	28.7	26.2 ¹⁾
Durch das Erziehungsdepartement bearbeitete parlamentarische Vorstösse (Behandlung im GR)	Anz	40	30	25	46	13
Bearbeitete Rekurse	Anz	150	167	162	159	179 ²⁾
Mitarbeitende, die von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter (Vollzeitäquivalent) der Fachorganisationen Personal ED betreut werden	Anz	384	399	415	415	436
Berufsbildungsplätze im Erziehungsdepartement	Anz	70	65	58	38	21

Kommentar

- 1) Die Zunahme des Headcounts ab 2008 geht auf die Schaffung von 1,3 Attestlehrstellen und auf den Aufbau der Personalentwicklung (0,2 HC) zurück.
- 2) Die Mehrheit der Rekurse betrifft den Schulbereich (insb. Examensrekurse, Schulhauszuteilungen bis Schuljahr 2006/07, Privatschulfinanzierungen, Sonderschulbewilligungen). Hinzu kommen Rekurse im Bereich Personal, Tagesbetreuung (insb. Berechnung von Elternbeiträgen) sowie Berufsbildung (insb. Ablehnung von Ausbildungsbewilligungen).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	5'248.4	5'071.1	4'704.4	177.3	3.5 ¹⁾
31 Sachaufwand	5'383.7	4'650.7	4'596.1	733.0	15.8 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	1.4	0.0	
36 Eigene Beiträge	10.0	10.0	10.1	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	10'642.1	9'731.8	9'311.9	910.3	9.4
42 Vermögenserträge	0.0	-2.0	0.0	2.0	100.0
43 Entgelte	-234.0	-177.7	-395.0	-56.3	-31.7 ³⁾
4 Ertrag	-234.0	-179.7	-395.0	-54.3	-30.2
Ordentlicher Nettoaufwand	10'408.1	9'552.1	8'916.9	856.0	9.0
davon Produktgruppe(n):					
Zentrale Stabsleistungen ED	10'408.1	9'552.1		856.0	9.0
5 Ausgaben Investitionen	5'020.0	7'000.0	0.0	-1'980.0	-28.3 ⁴⁾
6 Einnahmen Investitionen	-20.0	0.0	0.0	-20.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	5'000.0	7'000.0	0.0	-2'000.0	-28.6

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Zusammenhang mit den Anstrengungen im Berufsbildungsbereich (TCHF 49) und für zusätzliche Lehrstellen (TCHF 79) fallen Mehrkosten an. Davon werden TCHF 54 durch den Krisenfonds (siehe 43 Entgelte) wieder rückvergütet. Weitere Mehrkosten entstehen wegen den Massnahmen bezüglich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (Weiterbildungskosten TCHF 26) sowie der neuen Kostenverrechnung "Vertrauensärztlicher Dienst" über TCHF 25. Die restliche Abweichung geht auf die Teuerung und sonstige kleine Veränderungen zurück.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 451 enthalten. Weiter sind TCHF 200 für die Umsetzung der Verwaltungsreorganisation (RV09) und die dadurch nötige tiefgreifende Departementsreorganisation enthalten. TCHF 50 betreffen die aus organisatorischen Gründen neu zentrale Einstellung der IVR IT-Kosten für Lernende und Praktikanten des Erziehungsdepartements.
- 3) In der Rechnung 2006 ist eine ausserordentliche einmalige Einnahme über TCHF 125 enthalten. Weiter lagen die Unfalltaggeleinnahmen deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre.
- 4) Die Verlegung der Lager Stapelberg 7 und Picassoplatz 8 an die Bruderholzstrasse 60 ist nahezu abgeschlossen, was zu einem deutlich tieferen Investitionsbedarf für das Jahr 2008 führt.

Auftrag und Ziel

Das Ressort Sport setzt die Bewegungspolitik des Kantons Basel-Stadt um. Im Fokus steht dabei die Sportförderung mit der Strategie, die Basler Bevölkerung zu bewegen. Dazu wird die Zugänglichkeit der Sport- und Bewegungsangebote verbessert und die Angebotspalette vergrössert. Das Bereitstellen von Sportinfrastruktur für den obligatorischen Schul- und Berufsschul-, den Hochschul-, Breiten- sowie Spitzensport durch Angebote von Hallen, Aussensportanlagen, Bädern und Eisbahnen ist ein weiterer Auftrag der Dienststelle. Mit der St. Jakobshalle stellt der Kanton eine Mehrzweckeinrichtung zur Verfügung, an der private Anbieter auch nichtsportliche Angebote durchführen können.

Dabei stehen folgende politische Ziele im Vordergrund: Der Anteil der sich regelmässig aktiv bewegenden Bevölkerung soll steigen; die Integrations- und Präventionsmöglichkeiten des Sports sollen gezielt genutzt werden; der Kanton will Rahmenbedingungen schaffen, die es Jugendlichen und jungen Erwachsenen erlauben, neben ihrer Ausbildung Leistungssport zu betreiben; in Basel-Stadt sollen regelmässig internationale Sportgrosseveranstaltungen durchgeführt werden.

Produktgruppen

Sportförderung

Bereitstellung der Sportinfrastruktur

EURO 2008

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.5 Sport- und Bewegungsförderung

AF 2.5 Sport- und Bewegungsförderung

AF 2.5 Sport- und Bewegungsförderung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr stehen beim Ressort Sport Projekte über die ganze Breite des Grundauftrags an. Die grösste Bedeutung kommt den bewegungsfördernden Projekten im Zusammenhang mit der EURO 2008, den Planungs- und Erneuerungsarbeiten in der Sportanlage St. Jakob und in der St. Jakobshalle sowie der Durchführung der EURO 2008 zu.

Sportförderung

Die Abteilung Sportförderung konzentriert sich auf bewegungsförderliche Projekte im Zusammenhang mit der EURO 2008. Die gemachten positiven Erfahrungen im Rahmen einzelner Umsetzungsprojekte der "Bewegten Schule" sollen nun auf andere (Primar-)Schulen übertragen werden.

Bereitstellung der Sportinfrastruktur

Die Leichtathletikanlage und der Werkhof in der Sportanlage St. Jakob werden ausgebaut. Nach Ablauf der Einsprachefrist gegen die Teilzonenplanung Brüglinger Ebene der Gemeinde Münchenstein konnte mit der Planung der baulichen Massnahmen begonnen werden. Dazu gehören u.a. der Neubau des Werkhofs, die Ergänzung der Sportinfrastruktur wie zusätzliche Garderoben und Materialräume, Ersatz des Garderobengebäudes F, Verlegung des Lagerplatzes als auch die Umnutzung und Instandstellung des "Kästlgebäudes".

Die St. Jakobshalle wird bereits seit einigen Jahren phasenweise umgebaut und modernisiert. Die Umbauarbeiten werden weiter fortgesetzt.

EURO 2008

Im Juni 2008 finden sechs Spiele der UEFA EURO 2008 in Basel statt. Die bereits Ende 2004 begonnenen Vorbereitungsarbeiten werden in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft bis dahin abgeschlossen. Für den reibungslosen Ablauf der Spiele sind Massnahmen in den Bereichen Sicherheit, Verkehr und Infrastruktur notwendig. Um die weltweite Plattform der EURO 2008 optimal zu nutzen und die Bevölkerung der Region bestmöglich daran partizipieren zu lassen, werden zudem diverse Rahmenveranstaltungen wie beispielsweise Fanzonen mit Grossleinwänden organisiert. Weiter werden die touristischen Angebote qualitativ und quantitativ ausgebaut. Die Kampagne "Basel. Mehr als 90 Minuten." soll die Region über den Fussball hinaus bekannt machen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	83.7	82.7	77.7	80.8	80.5	
Eintritte Bäder	Anz	550'000	550'000	572'200	547'700	523'300	¹⁾
Eintritte Kunsteisbahn Margarethen	Anz	95'500	95'500	88'400	94'200	95'900	
Jugendliche (Alter 10 - 20jährige), die an einem J+S-Angebot teilnehmen	%	86	86	86	88	89	
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	30'400	30'300	30'317	30'775	30'902	²⁾

Kommentar

- 1) Aus Sicherheitsgründen muss das Gartenbad St. Jakob an Tagen mit Fussballspielen zur EURO 2008 geschlossen bleiben, was sich in den Eintrittszahlen negativ bemerkbar machen könnte.
- 2) Angaben der Vereine zur Berechnung der Kopfquotensubventionen (Auszahlung aus Sport-Toto-Fonds pro aktives Mitglied).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	11'348.8	10'973.2	11'122.3	375.6	3.4 ¹⁾
31 Sachaufwand	32'157.1	10'353.7	9'051.7	21'803.4	210.6 ²⁾
32 Passivzinsen	4.0	6.0	2.9	-2.0	-33.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	5.3	0.0	
36 Eigene Beiträge	220.0	225.0	211.4	-5.0	-2.2
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	43'729.9	21'557.9	20'393.5	22'172.0	102.8
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-0.1	0.0	
43 Entgelte	-11'982.3	-9'866.0	-7'918.5	-2'116.3	-21.5 ³⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-7'665.0	-1'266.0	-463.3	-6'399.0	-505.5 ⁴⁾
4 Ertrag	-19'647.3	-11'132.0	-8'381.9	-8'515.3	-76.5
Ordentlicher Nettoaufwand	24'082.6	10'425.9	12'011.6	13'656.7	131.0
davon Produktgruppe(n):					
Sportförderung	1'928.6	2'042.7		-114.1	-5.6
Bereitstellung der Sportinfrastruktur	13'552.8	7'390.0		6'162.8	83.4
EURO 2008	8'601.2	993.2		7'608.0	766.0

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Personalaufwand sind zusätzlich eine Assistenz- und Praktikumsstelle für die Projektleitung EURO 2008 sowie die Stelle eines Catering-Verantwortlichen enthalten. Weitere Mehrkosten sind auf den Stufenanstieg, den Teuerungsanstieg und die Erhöhung der Kinderzulagen zurückzuführen.
- 2) Die wesentlichsten Punkte sind:
Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 5'274 enthalten.
Die Aufwendungen für die EURO 2008 haben sich im Vergleich zum Budget 2007 um TCHF 15'674 erhöht. Vermindert um die Mehreinnahmen von TCHF 8'066 (siehe 43 Entgelte und 46 Beiträge für eigene Rechnung) verbleibt ein Netto-Mehraufwand von TCHF 7'608.
Infolge Tarifierhöhungen und -anpassungen erhöht sich der Energieaufwand um TCHF 589.
- 3) Von den Mehreinnahmen betreffen TCHF 1'600 die EURO 2008 (siehe auch Begründung unter 2).
- 4) Von den Mehreinnahmen betreffen TCHF 6'466 die EURO 2008 (siehe auch Kommentar unter 2).

Auftrag und Ziel

Das Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung (ULEF) ist ein Kompetenzzentrum für Weiterbildung und Beratung für Lehrpersonen und Schulen.

In der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (LLWB) verfolgt das ULEF folgende Ziele: Die LLWB trägt und fördert die Professionalisierung der Lehrpersonen und dient der Erhaltung und Förderung der Qualität von Unterricht und Schule; die LLWB unterstützt die Lehrpersonen während der ganzen Dauer ihrer Berufstätigkeit und im gesamten Berufsspektrum; die LLWB befähigt Lehrpersonen zur Erhaltung und Förderung ihrer Kompetenz, zur Zusammenarbeit im Kollegium/Team und letztlich zur Erhaltung ihrer Anstellungsvoraussetzungen.

Das Angebot des ULEF an Weiterbildungs- und Beratungsdienstleistungen setzt sich wie folgt zusammen: (1) Das ULEF bietet berufsbegleitende Weiterbildung zu Unterricht und Berufssituation (Projekte, Kurse, Seminare usw.) und Dienstleistungen (Management Kurszentrum, administrative Dienstleistungen usw.) an. (2) Das ULEF unterstützt die schulinterne Weiterbildung der Schulen. (3) Das ULEF führt Angebote im Bereich Zusatzqualifikationen und Kaderausbildung (Schulleitungsausbildung, Intensivweiterbildung, Qualitätsmanagement). (4) Das ULEF führt eine Beratungsstelle für Lehrpersonen, die Einzel-, Team-, Gruppen- und Organisationsberatungen anbietet.

Produktgruppen

Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung ULEF

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Seit dem 1. April 2007 ist das ULEF ein assoziiertes Institut der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (PH FHNW). Dies bedeutet, dass im Budgetjahr 2008 erste Entwicklungsschritte gemeinsam mit der PH FHNW unternommen werden, um die Integration des ULEF in die PH FHNW vorzubereiten.

Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung

Weiterbildungsangebot:

Die Weiterbildungsbereiche Qualität und Führung werden ausgebaut und weiter entwickelt. Zudem werden das Basismodul Qualität und CAS (Certificate of Advanced Studies Interkulturelle Pädagogik und Deutsch als Zweitsprache) neu gemeinsam mit der PH FHNW angeboten. Die Intensivweiterbildung APTn (Arbeitsplatzbezogen, Praxisbezogen, Teilnehmer/innenbezogen, nachhaltig) und die Schulleitungsausbildung werden aufgrund einer externer Evaluation angepasst.

Beratung:

Massnahmen auf inhaltlicher, struktureller wie organisatorischer Ebene werden aufgrund der Berichte zur Beratungssituation BS umgesetzt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	6.5	6.5	5.8	5.4	5.8	
Teilnehmende an berufsbegleitender Weiterbildung oder Projekten	Pers.	5'800	5'600	5'425	5'279	5'469	
Teilnehmende an schulinterner Weiterbildung	Pers.	7'500	7'500	7'490	7'235	6'809	
Teilnehmende an Angeboten im Bereich Zusatzqualifikationen, Kaderausbildung	Pers.	750	700	680	649	529	
Beratungen von Lehrpersonen	Pers.	180	180	187	160	130	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	3'279.8	3'222.5	3'213.0	57.3	1.8
31 Sachaufwand	347.8	347.6	365.6	0.2	0.1
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'627.6	3'570.1	3'578.6	57.5	1.6
42 Vermögenserträge	-0.2	-0.2	-0.1	0.0	0.0
43 Entgelte	-429.2	-378.8	-533.6	-50.4	-13.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-150.0	-150.0	-161.2	0.0	0.0
4 Ertrag	-579.4	-529.0	-695.0	-50.4	-9.5
Ordentlicher Nettoaufwand	3'048.2	3'041.1	2'883.6	7.1	0.2
davon Produktgruppe(n):					
Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung ULEF	3'048.2	3'041.1		7.1	0.2

Abweichungen / Erläuterungen

Auftrag und Ziel

Der Kanton Basel-Stadt gewährt aufgrund und im Rahmen des Gesetzes bei Bedürftigkeit Ausbildungsbeiträge in der Form von Stipendien oder Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung, sofern sie sich dafür eignen und sofern sie oder ihre Eltern nicht oder nur zum Teil selbst dafür aufkommen können. Neben der Ausrichtung von Stipendien und Darlehen für Ausbildungen auf der Tertiärstufe (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen, Höhere Fachschulen) werden auch Ausbildungen auf der Sekundarstufe II (weiterführende Schulen ab dem 10. Schuljahr, Berufsbildung) gefördert.

Produktgruppen

Ausbildungsbeiträge für die nachobligatorische Bildung und Weiterbildung

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Das Amt für Ausbildungsbeiträge wird sich im Jahr 2008 weiterhin mit einer wachsenden Nachfrage nach Stipendien auseinandersetzen und aktiv an den Harmonisierungsarbeiten auf nationaler und interkantonaler Ebene mitarbeiten.

Ausbildungsbeiträge für die nachobligatorische Bildung und Weiterbildung

Wachsende Nachfrage nach Stipendien:

Die Ausbildungsförderung ist primär nicht eine bedarfsabhängige Sozialleistung, sondern ein bildungspolitisches Instrument zur Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungswesen. Sie dient zudem der generellen Nachwuchsförderung sowie der optimalen Nutzung des Bildungspotenzials unserer Gesellschaft. Deshalb kann die Nachfrage nach Ausbildungsbeiträgen auch trotz guter Konjunkturlage und sogar bei leicht abnehmender Arbeitslosigkeit wachsen. Das markante Ansteigen der Sozialhilfequote in den letzten Jahren verstärkt den Druck auf das Stipendienwesen zusätzlich. Die Zahl der bewilligten Stipendien erreichte im 2006 mit 1986 Personen (2005: 1764; 2004: 1721) einen historischen Höchststand. Die Kommission für Ausbildungsbeiträge hat im Frühjahr 2007 eine Anpassung der Pauschalen für die Ausbildungskosten vorgenommen. Die neuen Ansätze treten auf den 1. August 2007 in Kraft. Sie werden jährliche Mehrleistungen von zirka CHF 0.3 Mio. auslösen.

Harmonisierungsarbeiten:

Das Amt beteiligt sich aktiv an den Harmonisierungsarbeiten der Ausbildungsförderung auf schweizerischer Ebene. Es handelt sich dabei um die Schaffung eines neuen Bundesgesetzes sowie einer interkantonalen Vereinbarung zum Stipendienwesen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	5.0	5.0	4.7	6.0	6.0	
Stipendienausgaben	MioCHF	12.0	11.1	11.3	10.2	10.2	¹⁾
Bewilligte Stipendien	Anz	2'000	1'800	1'986	1'764	1'721	

Kommentar

1) Siehe Erläuterungen unten zu FDK-Kontengruppe 36.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	692.2	686.2	660.6	6.0	0.9
31 Sachaufwand	141.8	105.5	91.7	36.3	34.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	3.6	0.0	
36 Eigene Beiträge	12'000.0	11'100.0	11'270.2	900.0	8.1 ¹⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	12'834.0	11'891.7	12'026.1	942.3	7.9
42 Vermögenserträge	-35.0	-60.7	-34.6	25.7	42.3
43 Entgelte	-52.0	-109.6	-49.3	57.6	52.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'300.0	-1'300.0	-1'364.8	0.0	0.0
4 Ertrag	-1'387.0	-1'470.3	-1'448.7	83.3	5.7
Ordentlicher Nettoaufwand	11'447.0	10'421.3	10'577.3	1'025.7	9.8
davon Produktgruppe(n):					
Ausbildungsbeiträge für die nachobligatorische Bildung und Weiterbildung	11'447.0	10'421.3		1'025.7	9.8

Abweichungen / Erläuterungen

1) Die Ausbildungsförderung als Instrument zur Verbesserung der Chancengleichheit und zur Verringerung der sozialen Ungleichheit im Bildungswesen dient auch der generellen Nachwuchsförderung und der optimalen Nutzung des Bildungspotenzials unserer Gesellschaft. Trotz guter Konjunkturlage wächst die Zahl der Gesuche und der bewilligten Stipendien.

Auftrag und Ziel

Das Ressort Schulen als Dienststelle umfasst neben dem Stab Schulen die Schuldienste (Personalabteilung Schulen, Schulpsychologischer Dienst SPD, Pädagogische Dokumentationsstelle, Raumbewirtschaftung, ICT-Koordinationsstelle, Dienst für technische Unterrichtsmittel, Schuldienst Unterricht; zusätzlich das Institut für Unterrichtsfragen und Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung (ULEF), das im Budget als eigene Dienststelle geführt wird), die schulergänzenden Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesferien, Spiel- und Bastelhorte, Lukasclubs), die Maturitätskurse für Berufstätige sowie die Passerelle. Die Berufsbildung an der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins HKV, welche vom Kanton BS subventioniert wird, ist organisatorisch ebenfalls dem Ressort Schulen zugeordnet.

Der Stab Schulen und die Schuldienste erbringen Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Schulpolitik, Sicherung der Unterrichtsqualität, Kommunikation, Personal- und Schuladministrationsprozesse für die Ressortleitung, die Departementsleitung, den Erziehungsrat und die Schulleitungen.

Die Handelsschule KV bietet verschiedene berufliche Grundbildungen im kaufmännischen Bereich sowie Aus- und Weiterbildungen an. Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Berufstätigen oder Kinder betreuenden Personen, welche keine gymnasiale Matur erlangen konnten, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen. Die Passerelle ermöglicht es Inhaberinnen und Inhabern eines Berufsmaturitätszeugnisses, in einem einjährigen Kurs die Zulassung zu den universitären Hochschulen zu erlangen.

Der Schulpsychologische Dienst unterstützt durch Beurteilung, Beratung, Behandlung und Begleitung die persönliche Entfaltung und seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie ihre Entwicklungs- und Leistungsfähigkeit, die pädagogische Arbeit in Bildung und Erziehung und alle Massnahmen zur Verbesserung der Erziehungsverhältnisse.

Produktgruppen

Stabsleistungen Ressort Schulen

Schuldienste

Psychologische Interventionen (SPD)

Kaufmännische Berufsbildung HKV

Nachholbildung Maturität

Schulergänzende Tagesstrukturen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.1 Volksschulbildung

AF 2.1 Volksschulbildung

AF 2.1 Volksschulbildung

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

AF 2.7 Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit

Tätigkeiten und Projekte

Bildungsraum Nordwestschweiz - Grundsatzentscheidungen zur Schulstruktur:

Die Regierungen der vier Kantone der Nordwestschweiz haben die Absicht, einen gemeinsamen Bildungsraum zu gestalten und die Zusammenarbeit in einem Staatsvertrag zu regeln. Über die Umsetzung der nationalen Harmonisierungsvorgaben hinaus soll ein möglichst einheitliches Schulsystem entstehen mit einer Primarstufe von acht Jahren einschliesslich Eingangsstufe, einer dreijährigen Sekundarstufe und einem Gymnasium von vier Jahren. Besonderes Gewicht erhalten das Begabungsförderungsprogramm mit der Möglichkeit zur Beschleunigung und zur Bereicherung der Schullaufbahn, die Standardisierung der Schulübertritte und des Volksschulabschlusses und die flächendeckende Einführung von Tagesstrukturen. Die Forschungsabteilung der Pädagogischen Hochschule erhält den Auftrag, Vorschläge zur Gestaltung einer künftigen Lernorganisation zu erarbeiten. Nach Abschluss der vierkantonalen Konsultation zur Absichtserklärung werden die vier Regierungen entscheiden, ob ein Staatsvertrag anzustreben ist. Analog zum Staatsvertrag wäre auf kantonaler Ebene eine entsprechende Schulgesetzrevision auszuarbeiten. Beide Dokumente würden 2008 in eine Vernehmlassung gehen, sodass 2009 entschieden werden könnte.

In Analogie zum Entwicklungsplan für die Volksschule soll ein Entwicklungsplan für die Sekundarstufe II erarbeitet werden, der die Entwicklung der Inhalte, Strukturen und Steuerungsinstrumente für die Gymnasien, die Fachmaturitäts- und Wirtschaftsmittelschule, die Berufsfachschulen und die Schule für Brückenangebote darstellen soll. Der Bericht geht 2008 in die Vernehmlassung.

Teilautonomie und Leitungen haben sich an der Orientierungs- und Weiterbildungsschule bewährt. Sie sollen auf die Primarschule und den Kindergarten ausgedehnt werden.

Im Schuljahr 2007/08 beginnen am Kindergarten und an der Primarschule vier Pilotprojekte von Schulen mit Tagesstrukturen. In den Folgejahren ist ein Ausbau des Angebots vorgesehen.

Die im Kanton Basel-Stadt entwickelten und im Schuljahr 2007/08 eingeführten Sprachprofile werden evaluiert. Die Vorbereitungsarbeiten für die Vorverlegung des Französisch-Beginns in das 3. Schuljahr und von Englisch in das 5. Schuljahr laufen weiter.

Der Regierungsrat hat ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Wichtige Projekte, die in diesem Zusammenhang umgesetzt werden, sind eine bessere Begleitung von Schülerinnen und Schülern mit schlechten Berufsaussichten und die Erarbeitung eines Konzepts zur Sprachförderung vor dem Eintritt in den Kindergarten.

Als Folge der Revision des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) entfällt die Trennung von Regelschule und Sonderschule. Daraus ergeben sich eine Vielzahl von Fragen zum Verhältnis zwischen Regel- und Sonderschulung und zur Steuerung der Sonderschulung. Diese Fragen werden gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft bearbeitet.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	200.1	187.5	186.1	180.5	189.9 ¹⁾
Schülerinnen und Schüler aller allgemeinbildenden Schulen (per 1. Sept., ohne Berufsfachschulen)	Anz	18'340	18'524	18'759	19'095	19'313
Kinder/Jugendliche mit Untersuchung, Beratung und/oder Begleitung durch den Schulpsych. Dienst	Anz	1'500	1'500	1'451	1'437	1'559
Lernende Grundbildung Handelsschule KV	Anz	1'490	1'500	1'465	1'470	1'580
Schülerinnen und Schüler in Schulen mit Tagesstruktur	Anz	450	360	293	303	300
Schülerinnen und Schüler an Mittagstischen	Anz	1'400	1'400	1'250	1'250	1'250

Kommentar

1) Der Anstieg im Budget 2008 um 12.6 Stellen ist auf die Schaffung der Schulen mit Tagesstrukturen zurückzuführen (Betreuungsstellen).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	26'937.1	24'741.1	23'920.6	2'196.0	8.9 ¹⁾
31 Sachaufwand	25'680.1	25'219.1	24'162.2	461.0	1.8 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	29.2	0.0	
36 Eigene Beiträge	19'755.0	18'276.0	17'345.3	1'479.0	8.1 ³⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	72'372.2	68'236.2	65'457.3	4'136.0	6.1
42 Vermögenserträge	-23.0	-29.3	-32.8	6.3	21.5
43 Entgelte	-2'800.0	-2'241.6	-2'693.9	-558.4	-24.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-26'077.3	-14'422.0	-14'435.8	-11'655.3	-80.8 ⁴⁾
4 Ertrag	-28'900.3	-16'692.9	-17'162.5	-12'207.4	-73.1
Ordentlicher Nettoaufwand	43'471.9	51'543.3	48'294.8	-8'071.4	-15.7
davon Produktgruppe(n):					
Stabsleistungen Ressort Schulen	-10'230.3	-146.5		-10'083.8	-999.9
Schuldienste	31'965.5	32'885.5		-920.0	-2.8
Psychologische Interventionen (SPD)	2'899.4	2'809.0		90.4	3.2
Kaufmännische Berufsbildung HKV	14'945.0	12'929.4		2'015.6	15.6
Nachholbildung Maturität	607.0	834.9		-227.9	-27.3
Schulergänzende Tagesstrukturen	3'285.3	2'231.0		1'054.3	47.3
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	2'429.1	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	2'429.1	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- Ein Grossteil der Mehrkosten entfällt auf die drei Schwerpunktmassnahmen Harmonisierung Schulstrukturen, Qualitätsentwicklung Unterricht und Tagesstrukturen. Auf die Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (GAP) entfallen TCHF 491, welche vollumfänglich durch den Bund (siehe 46) und den Krisenfonds (siehe 43) finanziert sind. TCHF 64 betreffen die Teuerung und allgemeinen Personalmassnahmen.
- Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'888 enthalten. Demgegenüber entfallen für TCHF 3'213 Fremdmieten, welche neu via die ZRD-Raubwirtschaftung direkt den betroffenen Rektoraten in Rechnung gestellt werden. Mehrkosten fallen u.a. im Bereich Energie (TCHF 242), beim Verbrauchsmaterial inklusive Nahrungsmittel wegen dem Ausbau der Schulen mit Tagesstrukturen (TCHF 365), beim Unterhalt (TCHF 244) und bei den Dienstleistungen sowie Projekten im Rahmen der erwähnten Schwerpunktmassnahmen (TCHF 806) an.
- Die Subvention bei der Handelsschule KV Basel (HKV) nimmt um TCHF 1'515 zu. TCHF 1'400 betreffen dabei die Neuregelung der Auszahlung der Bundessubventionen (siehe 46). Nicht mehr durch die HKV werden hingegen die RSA-Ausgaben und Lehrlingsspesen für den ausserkantonalen Schulbesuch (TCHF 225) bezahlt. Diese Aufwendungen gehen ab 2008 an das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (DST 265) über. Bereinigt resultiert somit eine effektive Mehrbelastung von TCHF 340 (Teuerung, PK-Mehrkosten und leichtes Wachstum der Schule).
- Die Auszahlung der Bundessubventionen geht künftig direkt an den Trägerkanton und nicht mehr an die jeweilige Institution (TCHF 9'500). Gleichzeitig beabsichtigt der Bund sein finanzielles Engagement wie angekündigt im Berufsbildungsbereich zu erhöhen (TCHF 2'500).

Auftrag und Ziel

Der Kindergarten ist der Beginn der obligatorischen Schulzeit und dauert zwei Jahre. Die Kindergärten Basel unterrichten vier- bis siebenjährige Kinder nach einem verbindlichen Lehrplan, in welchem die Bildungs- und Erziehungsziele detailliert festgelegt sind. Durch Unterricht in altersgemischten Klassen werden Elementarkenntnisse vermittelt sowie die Beobachtungs-, Denk- und Ausdrucksfähigkeit der Kinder gefördert. Die Erziehungsberechtigten werden in diesen Prozess regelmässig einbezogen.

Neben den Regelangeboten mit Blockzeiten bestehen noch Zusatzangebote (individuelle Förderung der Kinder in kleinen Gruppen, integrative Sprachförderung für fremdsprachige Kinder), heilpädagogische Angebote für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen sowie Angebote für Kinder mit Behinderungen.

Produktgruppen

Allgemeine Bildung im Kindergarten

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr bereiten die Kindergärten Basel die Einführung von Quartierleitungen vor, führen die Arbeiten am Qualitätsmanagement weiter und bauen die Betreuungsangebote an den neuen Schulen mit Tagesstrukturen aus. Die Verwendung von Standardsprache im Unterricht und das Projekt Burzelbaum wird in zusätzlichen Kindergärten realisiert.

Allgemeine Bildung im Kindergarten

Leistungsstrukturen:

Ein Konzept für Quartierleitungen wird im 2008 erarbeitet. Es ist vorgesehen, ab 2009 Quartierleitungen zu installieren.

Qualitätsmanagement:

Die Einführung und Umsetzung von kollegialer Beratung der Lehrpersonen ist im Aufbau.

Schulen mit Tagesstrukturen:

Die neuen Schulen mit Tagesstrukturen sind im Schuljahr 2007/08 in Basel an drei Standorten gestartet, am Standort Wasgenring mit Beteiligung der Kindergärten Basel. Ab Schuljahr 2008/09 werden die Kindergärten auch an den Standorten Thierstein und Kleinhünigen Betreuungsplätze anbieten.

Standarddeutsch als Unterrichtssprache:

Das Standarddeutsch als Unterrichtssprache wird in 31 Kindergärten im Kanton erprobt (bisher in 16 Kindergärten).

Bewegung im Kindergarten:

Das Konzept für das Projekt Burzelbaum (mehr Bewegung im Kindergarten) ist erarbeitet. Die flächendeckende Umsetzung ist bis 2012 geplant. Im 2008 wird das Projekt in 30 weiteren Kindergärten eingeführt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	208.9	203.5	212.5	221.2	228.1	
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	2'163	2'165	2'221	2'267	2'356	¹⁾
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	55.0	55.0	53.2	54.1	59.6	

Kommentar

1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amts. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07		*
						%	
30	Personalaufwand	25'361.7	25'153.9	25'756.9	207.8	0.8	
31	Sachaufwand	3'733.5	613.3	555.3	3'120.2	508.8	¹⁾
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	29'095.3	25'767.2	26'312.2	3'328.1	12.9	
43	Entgelte	-332.7	-329.7	-463.7	-3.0	-0.9	
4	Ertrag	-332.7	-329.7	-463.7	-3.0	-0.9	
Ordentlicher Nettoaufwand		28'762.6	25'437.5	25'848.4	3'325.1	13.1	
<i>davon Produktgruppe(n):</i>							
<i>Allgemeine Bildung im Kindergarten</i>		28'762.6	25'437.5		3'325.1	13.1	

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 3'148 enthalten.

Auftrag und Ziel

Zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Schwierigkeiten im schulischen und/oder sozialen Bereich werden Einführungsklassen und Kleinklassen resp. heilpädagogische Lerngruppen an der Primarschule (PS), an der Orientierungsschule (OS) und der Weiterbildungsschule (WBS) geführt. Auf Primar- und OS-Stufe werden auch je zwei Kleinklassen-Tagesschulen geführt. Als spezielle Angebote bestehen die lehrplanfreie Schule "Sunnegarte" und eine Mädchenklasse (OS). Zwei Kriseninterventionsstellen und die Schule auf dem Bauernhof sind Time-Out-Angebote der Kleinklassen für alle Schülerinnen und Schüler der Volksschule. Die Integrativen Schulungsformen (ISF) begleiten, betreuen und fördern Schülerinnen und Schüler der PS-, OS- und WBS-Regelklassen, die aufgrund von Teilleistungsstörungen vom Regelklassensystem allein nicht getragen werden können.

ProduktgruppenHeilpädagogische AngeboteVerbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)AF 2.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr stehen beim Rektorat Kleinklassen Projekte und Tätigkeiten in den Themenbereichen Verteilung der heilpädagogischen Ressourcen in Basel und Riehen, Förderkonzepte, Laufbahnvorbereitung, Fachberatung und Qualitätsmanagement im Vordergrund.

Heilpädagogische Angebote

Verteilung der heilpädagogischen Ressourcen:

Das Projekt "Standortbezogene Nutzung aller heilpädagogischen Ressourcen an der Orientierungsschule" wird auch in Riehen umgesetzt. Auch in der Primarschule beginnt die Verteilung der heilpädagogischen Ressourcen. Für Lehrpersonen der Kleinklassen, die von der Funktion der Klassenlehrperson zur Funktion einer ambulant tätigen Heilpädagogin bzw. eines ambulant tätigen Heilpädagogen wechseln, schafft das Rektorat Kleinklassen Weiterbildungsangebote und entsprechende Instrumentarien.

Förderkonzepte:

Das Förderkonzept an den Kleinklassen der PS resp. heilpädagogische Lerngruppen der OS wird umgesetzt, das Förderkonzept an den Kleinklassen WBS überarbeitet.

Laufbahnvorbereitung:

Die Koordinationsstelle Laufbahnvorbereitung an den Kleinklassen WBS wird ausgebaut.

Fachberatung:

Für die Lehrpersonen der PS-, OS- und WBS-Kleinklassen sowie der Integrativen Schulungsformen an allen Stufen der Volksschule und für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wird eine Fachberatung angeboten.

Qualitätsmanagement:

Das Rektorat Kleinklassen baut gemeinsam mit den sonderpädagogischen Bildungsinstitutionen des Ressorts Dienste ein Qualitätsmanagement auf. Das Betriebskonzept für die Kriseninterventionsstellen wird formuliert, ebenso das Pflichtenheft für die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	159.5	157.6	166.3	169.4	179.5	
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	488	504	534	736	774	¹⁾
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	66.0	66.0	65.9	64.4	61.1	
Anteil Schülerinnen und Schüler in seperativem heilpädagogischen Angebot an Gesamtschülerzahl (1.-9. Klasse, ohne Gymnasium)	%	5.0	5.3	6.5			²⁾
Anteil Schülerinnen und Schüler, die von einer separativen OS-Klasse in eine WBS-Regelklasse wechseln	%	20.0	20.0	40.0			³⁾

Kommentar

- 1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Der Rückgang der Schülerinnen und Schüler ist einerseits auf den allgemeinen Rückgang der Schülerzahl im Kanton und andererseits auf die Umsetzung des Integrationskonzeptes der Orientierungsschulen (Projekt standortbezogene Nutzung aller heilpädagogischen Ressourcen an der OS) ab Schuljahr 2006/07 zurückzuführen. Von Heilpädagoginnen und Heilpädagogen erteilte Lektionen in den OS-Regelklassen gehen weiterhin zulasten des Budgets Rektorat Kleinklassen.
- 2) Die Werte für die Jahre 2004-2005 sind nicht verfügbar. Grund für den Rückgang ist die Umsetzung des Integrationskonzepts an der Orientierungsschule.
- 3) Die Werte für die Jahre 2004-2005 sind nicht verfügbar.

Finanzen (in TCHF)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
(GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)				%	
30 Personalaufwand	26'852.4	27'596.3	27'411.6	-743.9	-2.7
31 Sachaufwand	1'537.7	494.6	480.2	1'043.1	210.9 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	4.9	0.0	
36 Eigene Beiträge	35.0	35.0	35.9	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	28'425.1	28'125.8	27'932.6	299.3	1.1
42 Vermögenserträge	-0.6	0.0	-0.6	-0.6	
43 Entgelte	-505.4	-505.5	-525.7	0.1	0.0
4 Ertrag	-506.0	-505.5	-526.3	-0.5	-0.1
Ordentlicher Nettoaufwand	27'919.1	27'620.3	27'406.2	298.8	1.1
davon Produktgruppe(n):					
Heilpädagogische Angebote	27'919.1	27'620.3		298.8	1.1

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'143 enthalten.

Auftrag und Ziel

Die Schulen von Riehen und Bettingen vermitteln den Schülern und Schülerinnen des 1. bis 7. Schuljahres allgemeine Volksschulbildung zum Abschluss der Orientierungsschule. Sie werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und in ihrer Fähigkeit, das Zusammenleben in der Gesellschaft positiv zu gestalten, gefördert. Die Schülerinnen und Schüler sollen nach Abschluss der Primar- und Orientierungsschule über die nötigen Kompetenzen für den erfolgreichen Beginn einer weiterführenden Schule verfügen. Die Schulen von Riehen und Bettingen führen die Primarschule vom 1. bis 4. Schuljahr und die Orientierungsschule vom 5. bis 7. Schuljahr.

Produktgruppen*Allgemeine Bildung an den Schulen von Riehen und Bettingen*Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)*AF 2.1 Volksschulbildung***Tätigkeiten und Projekte**

Zur Zeit sind die Schulen mit verschiedenen Plänen zur Umgestaltung konfrontiert. Es werden im Jahr 2008 verschiedene Arbeitsgruppen zu den grossen Themen (Bildungsraum Nordwestschweiz, Entwicklungsplan Volksschule, Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts, Leitungsstrukturen usw.) an der Arbeit sein. Daneben befassen sich die Schulen von Riehen und Bettingen mit der neuen Schule mit Tagesstrukturen, dem Qualitätsmanagement, Änderungen bei der Nutzung der heilpädagogischen Ressourcen, den Sprachprofilen, der Sportklasse auf OS-Stufe sowie der Kommunalisierung der Primarschule.

Allgemeine Bildung an den Schulen von Riehen und BettingenSchule mit Tagesstrukturen:

Im Niederholzschulhaus wird zusammen mit den Kindergärten Riehen in den Schuljahren 2007/08 bis 2010/11 ein Tagesbetreuungszentrum als eines der vier Pilotprojekte nach neuem Konzept umgesetzt.

Qualitätsmanagement:

Neben der laufenden Arbeit von Qualitätsgruppen in den Schulhäusern wird im Schuljahr 2007/08 das Element "Feedback" in Angriff genommen und 2008/09 umgesetzt.

Nutzung der heilpädagogischen Ressourcen:

In der Orientierungsschule werden die Schulhauskonzepte zum Aufbau der Förderzentren umgesetzt. In der Primarschule werden an allen Standorten die Förderzentren weiter auf- und ausgebaut. Im Steingrubenschulhaus wird eine Heilpädagogische Lerngruppe eingerichtet.

Sprachprofile:

Im Schuljahr 2008/09 werden die Sprachprofile implementiert.

Sportklasse:

Es liegt ein Konzept für eine OS-Sportklasse vor. Vorbehältlich Bewilligung durch den Erziehungsrat wird an den Schulen von Riehen und Bettingen auf Schuljahr 2008/09 mit der Sportklasse gestartet.

Kommunalisierung:

Die Übernahme der Primarschulen von Riehen und Bettingen durch die Gemeinden Bettingen und Riehen ist vom Grossen Rat gutgeheissen worden. Ein Referendum ist angekündet. Ab 2008 werden die Vorbereitungsarbeiten für die Übernahme auf Schuljahr 2009/10 laufen, sofern auch das Volk zustimmt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	113.2	123.7	126.6	133.5	135.3
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	1'263	1'319	1'365	1'417	1'508 ¹⁾
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	18.0	17.5	15.8	15.9	15.3
Anteil Schülerinnen und Schüler, die in die WBS A-Zug übertreten.	%	17.0	17.0	14.4	18.0	17.3 ²⁾
Anteil Schülerinnen und Schüler, die in die WBS E-Zug übertreten.	%	36.0	36.0	36.7	36.9	37.1
Anteil Schülerinnen und Schüler, die ins Gymnasium übertreten.	%	47.0	47.0	48.0	44.7	45.0

Kommentar

- 1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.
- 2) Die Summe der Übertritte an die WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in eine Kleinklasse oder Wegzug. Die Werte für 2007 sind Ist-Zahlen (Frühling 2007).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	16'869.7	17'534.3	18'746.4	-664.6	-3.8
31 Sachaufwand	5'752.5	1'206.2	1'246.1	4'546.3	376.9 ¹⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	22'622.3	18'740.5	19'992.5	3'881.8	20.7
43 Entgelte	-404.5	-423.9	-520.8	19.4	4.6
4 Ertrag	-404.5	-423.9	-520.8	19.4	4.6
Ordentlicher Nettoaufwand	22'217.8	18'316.7	19'471.7	3'901.1	21.3
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung an den Schulen von Riehen und Bettingen	22'217.8	18'316.7		3'901.1	21.3

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 4'676 enthalten.

Auftrag und Ziel

Die Primarschule Basel (PSB) vermittelt in den vier Jahren der Primarschulzeit den sechs- bis zehnjährigen Schülerinnen und Schülern Elementarkenntnisse und fördert ihre Beobachtungs-, Denk- und Ausdrucksfähigkeit. Die Schülerinnen und Schüler sollen durch Erhöhung der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz die Anschlussfähigkeit an die folgende Schulstufe (Orientierungsschule) erreichen. Die PSB erteilt Unterricht in Jahrgangsklassen unter Einhaltung von Blockzeiten (Montag - Freitag jeweils 08.00 - 12.00 Uhr). Zusätzlich zum Regelangebot werden Kinder mit speziellen Massnahmen nach Bedarf individuell gefördert. Für Familien, die auf eine Tagesstruktur angewiesen sind, bietet die PSB an drei Standorten strukturierte Betreuung vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsende inklusive Mittagessen an.

ProduktgruppenAllgemeine Bildung in der Primarschule BaselVerbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)AF 2.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr stehen bei der Primarschule Basel Projekte in den Themenbereichen Tagesstrukturen, Qualitätsmanagement und Sprachförderung im Vordergrund.

Allgemeine Bildung in der Primarschule BaselTagesstrukturen:

An den Standorten Thierstein (Grossbasel-Ost), Wasgenring (Grossbasel-West) und Kleinhüningen (Kleinbasel) werden Pilotprojekt-Schulen mit Tagesstrukturen aufgebaut. Seit Beginn des Schuljahres 2007/08 können die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern der drei Pilot-Schulen ein Unterricht ergänzendes Angebot - Mittagessen und Betreuung - beziehen.

Qualitätsmanagement:

An der Primarschule Basel wird die Umsetzungsorganisation für das Qualitätsmanagement aufgebaut. An den einzelnen Standorten der Primarschule Basel werden die lokalen Steuerungsgremien sowie Qualitäts-Gruppen eingerichtet. In den Kollegien werden die definierten Elemente des Qualitätsmanagements erarbeitet.

Sprachförderung:

Bei der Sprachförderung stehen an der PSB die konsequente Verwendung von Standarddeutsch und die Einführung der Sprachprofile und deren Erprobung im Unterricht im Vordergrund.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	361.0	335.0	363.0	365.8	367.5	¹⁾
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	4'242	4'301	4'433	4'442	4'457	²⁾
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	53.0	53.0	53.3	52.9	53.2	

Kommentar

- 1) Die Abweichung zwischen den Prognosewerten 2008 und 2007 ist auf den Ausbau der Leitungsstrukturen (12 Stellen für Schulhaussekretariate) sowie eine neue, genauere Berechnungsart zurückzuführen.
- 2) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	49'571.3	49'239.7	50'102.1	331.6	0.7
31 Sachaufwand	16'570.4	4'763.1	4'762.8	11'807.3	247.9 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	6.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	11.5	11.5	7.6	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	66'153.1	54'014.3	54'878.5	12'138.8	22.5
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-1.9	0.0	
43 Entgelte	-870.8	-785.2	-1'111.9	-85.6	-10.9
4 Ertrag	-870.8	-785.2	-1'113.7	-85.6	-10.9
Ordentlicher Nettoaufwand	65'282.3	53'229.1	53'764.8	12'053.2	22.6
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung in der Primarschule Basel	65'282.3	53'229.1		12'053.2	22.6

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 11'880 enthalten.

Auftrag und Ziel

Die Schule für Brückenangebote (SBA) bietet Jugendlichen, die neun Schuljahre absolviert haben und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die SBA führt verschiedene vollschulische, kombinierte und integrative Brückenangebote. Die SBA ist ebenfalls Anmeldestelle sämtlicher Brückenangebote. Sie weist die Jugendlichen den entsprechenden Brückenangeboten zu.

Die vollschulischen Brückenangebote werden im Grundniveau (Basis) und im anspruchsvolleren Erweiterungsniveau (Basis plus) geführt. Für Jugendliche mit kaufmännischem Interesse wird zudem die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS) angeboten.

Die kombinierten Brückenangebote bestehen aus der Vorlehre A extern (zwei Tage pro Woche Unterricht, drei Tage pro Woche Praktikum in einem externen Unternehmen), dem heilpädagogischen Angebot Vorlehre A Job (Unterricht und Praktikumsplätze durch die Schule) sowie der Vorlehre A aprentas (Ausbildungsverband diverser Unternehmen der Privatindustrie).

Für fremdsprachige Jugendliche, die neu in die Schweiz eingereist sind, werden als integrative Brückenangebote ein- und zweijährige Berufswahlklassen (IBK), eine integrative Einführungsklasse (IEK) sowie Intensiv-Integrationskurse (IIK) geführt. Für junge Migrantinnen, die nur einen Teil ihrer Schulzeit in der Schweiz absolviert haben, besteht das anspruchsvolle - dem Erweiterungsniveau entsprechende - Angebot Log in.

Produktgruppen

Berufliche Vorbildung SBA

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Die SBA führt im Budgetjahr die begonnenen Projekte zur Qualitätssicherung, zur Sprachförderung, zum Lehrstellen-Coaching und das Angebot von begleiteten Praktika für Jugendliche ohne Anschlusslösung weiter.

Berufliche Vorbildung SBA

Qualitätssicherung Q2E (Qualität durch Evaluation und Entwicklung):

In Zusammenarbeit mit den Berufsfachschulen wird die Q2E-Arbeit weiterentwickelt gemäss Masterplan der SBA (Pilotprojekte und Umsetzung einzelner Massnahmen als Vorbereitung einer späteren externen Evaluation). Die abgeschlossenen Teilprojekte werden in den Regelbetrieb übernommen.

Sprachförderung:

Im Vordergrund steht die Förderung der Standardsprache in sämtlichen Klassen der SBA (Fortbildung Lehrpersonen, neuer methodisch-didaktischer Aufbau des Sprachunterrichts). Ziel ist eine Verbesserung der Sprachkompetenz der Jugendlichen. Das Projekt wird 2008 fortgesetzt.

Lehrstellen-Coaching/Nachbetreuung:

Die Jugendlichen werden von den Lehrpersonen während ihrer an die SBA anschliessenden Ausbildung sowie bei der weiteren Lehrstellensuche im Rahmen des Nachbetreuungsateliers unterstützt und gefördert. Das Projekt läuft 2008 weiter.

Begleitete Praktika gegen Jugendarbeitslosigkeit:

Mit den Partnern Medienfalle und Job Factory begleitet die SBA Jugendliche ohne Anschlusslösung bei Praktikumseinsätzen und bietet gezielten, individuellen Unterricht und Coaching an. Die Zusammenarbeit wird 2008 weitergeführt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	90.0	94.4	90.5	99.1	94.9	
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	917	917	906	1'025	971	¹⁾
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	69.0	69.0	69.6	66.1	65.2	
Anteil Abgängerinnen und Abgänger, die in eine Berufslehre/ein Praktikum übertreten	%	57.0	57.0	57.5	54.3	49.8	²⁾
Anteil Abgängerinnen und Abgänger, die in eine weiterführende Schule übertreten	%	11.0	11.0	11.2	12.1	13.2	
Anteil Abgängerinnen und Abgänger, die ein weiteres Brückenangebot besuchen	%	12.0	12.0	12.3	12.5	11.4	
Anteil Abgängerinnen und Abgänger ohne Anschlusslösung (per 30. Juni)	%	9.0	9.0	8.7	9.1	12.8	

Kommentar

- 1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.
- 2) Die Summe der Anteile von Abgängerinnen und Abgängern in eine Berufslehre/Praktikum, in eine weiterführende Schule, in ein weiteres Brückenangebot und ohne Anschlusslösung ergibt weniger als 100%. Gründe dafür sind der Antritt einer Arbeitsstelle ohne Ausbildung, das Absolvieren eines weiteren Zwischenjahres oder der Besuch einer Privatschule.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	15'100.4	14'633.0	14'626.5	467.4	3.2 ¹⁾
31 Sachaufwand	1'683.6	430.0	364.1	1'253.6	291.5 ²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	16'784.0	15'063.0	14'990.6	1'721.0	11.4
42 Vermögenserträge	-5.0	0.0	-5.1	-5.0	
43 Entgelte	-221.1	-209.6	-237.4	-11.5	-5.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-140.0	-640.0	-875.8	500.0	78.1 ³⁾
4 Ertrag	-366.1	-849.6	-1'118.3	483.5	56.9
Ordentlicher Nettoaufwand	16'417.9	14'213.3	13'872.3	2'204.6	15.5
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Vorbildung SBA	16'417.9	14'213.3		2'204.6	15.5

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Erhöhung beim Personalaufwand ist auf um durchschnittlich 3,6 % gestiegene Kosten pro Lektion zurückzuführen.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'192 enthalten.
- 3) Die Bundesbeiträge an die Berufsbildung in Höhe von TCHF 500 (Budget 2007) werden neu zentral in der Dst 210 (Ressort Schulen) budgetiert.

Auftrag und Ziel

Die Orientierungsschule (OS) vermittelt den Schülern und Schülerinnen des 5. bis 7. Schuljahres allgemeine Volksschulbildung im Anschluss an die Primarschule. Die Schule schafft die Voraussetzungen zur Mündigkeit durch Erhöhung der Sach-, Sozial- und Selbstkompetenz. Die Schülerinnen und Schüler werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und in ihrer Fähigkeit, das Zusammenleben in der Gesellschaft positiv zu gestalten, gefördert. Die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler werden auf einem hohen Leistungsniveau gefördert, unabhängig von Geschlecht, sozioökonomischer und soziokultureller Herkunft. Die Orientierungsschule weist die Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit den Eltern in die weiterführenden Schulen des Kantons Basel-Stadt zu.

Produktgruppen

Allgemeine Bildung in der Orientierungsschule

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Umsetzung des Hauptauftrages sind im Budgetjahr bei der Orientierungsschule Projekte und Tätigkeiten in den Themenbereichen Qualitätsmanagement, Leitungsstrukturen, Tagesbetreuung, Integrationsklassen, Heilpädagogik und Sprachförderung vorgesehen. Alle Projekte werden im Sinn der sich abzeichnenden Leitlinien aus dem Entwicklungsplan der Basler Volksschulen koordiniert.

Allgemeine Bildung in der Orientierungsschule

Qualitätsmanagement:

In der Umsetzung des kantonalen Rahmenkonzeptes "Qualitätsmanagement" führt die OS im Jahr 2008 das Element 2 "Qualitätsgruppen" weiter und bezieht Element 1 "Feedback" mit ein.

Leitungsstrukturen:

Seit Schuljahr 2006/07 erfolgt die Umsetzung des neuen Pflichtenheftes für Schulhausleitungen der Sekundarstufe I.

Tagesbetreuung:

Die Tagesbetreuung der OS an den drei Standorten Thomas Platter/Wettstein, Wasgenring und Gellert wird gemäss Projektbeschreibung in Zusammenarbeit mit dem Ressort Schulen weitergeführt.

Integrationsklassen:

Im Schuljahr 2007/08 werden die Integrationsklassen (Schulung von Kindern mit einer Behinderung in einer Regelklasse) im Schulhaus Gellert und Drei Linden weitergeführt. In beiden Schulhäusern wird eine weitere Integrationsklasse gebildet.

Heilpädagogik:

Die standortbezogene Nutzung der heilpädagogischen Ressourcen wird nach dem Auftrag des Erziehungsdepartements im Schuljahr 2007/08 weiter umgesetzt. Die Förderkonzepte der einzelnen Standorte werden aufgrund der Verteilung der heilpädagogischen Ressourcen sowie der Zwischenevaluation erweitert und angepasst. Besondere Beachtung erhält weiterhin die Begabungsförderung am Standort.

Sprachförderung:

Bei der Sprachförderung stehen an der OS die konsequente Verwendung von Standarddeutsch und der Sprachprofile im Vordergrund.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	328.6	311.9	334.0	327.9	342.8	¹⁾
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	3'403	3'424	3'424	3'424	3'527	²⁾
Anteil fremdsprachige Kinder (per 1. Sept.)	%	52.0	52.0	53.9	51.8	49.4	
Anteil Schülerinnen und Schüler, die in die WBS A-Zug übertreten	%	28.0	27.1	28.2	28.0	32.3	³⁾
Anteil Schülerinnen und Schüler, die in die WBS E-Zug übertreten	%	37.0	37.3	36.4	37.8	37.6	
Anteil Schülerinnen und Schüler, die ins Gymnasium übertreten	%	33.0	34.5	33.5	31.6	29.6	

Kommentar

- 1) Die Abweichung zwischen den Prognosewerten 2008 und 2007 ist auf eine neue, genauere Berechnungsart zurückzuführen.
- 2) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.
- 3) Die Summe der Übertritte an die WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in eine Kleinklasse oder Wegzug. Die Werte für 2007 sind Ist-Zahlen (Frühling 2007).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	51'274.5	49'338.8	50'909.0	1'935.7	3.9 ¹⁾
31 Sachaufwand	12'231.8	1'628.8	1'558.4	10'603.0	651.0 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.8	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	63'506.3	50'967.6	52'468.2	12'538.7	24.6
42 Vermögenserträge	-3.5	-3.5	-3.4	0.0	0.0
43 Entgelte	-857.6	-821.4	-750.4	-36.2	-4.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-30.0	-36.7	30.0	100.0 ³⁾
4 Ertrag	-861.1	-854.9	-790.6	-6.2	-0.7
Ordentlicher Nettoaufwand	62'645.2	50'112.7	51'677.6	12'532.5	25.0
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung in der Orientierungsschule	62'645.2	50'112.7		12'532.5	25.0

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Der Anstieg des Personalaufwands gegenüber dem Budget des Vorjahrs um TCHF 1900 ist einerseits auf gestiegene Kosten pro Lektion (TCHF 400), auf Stellenerhöhungen der Schulhaussekretariate (TCHF 100) und Erhöhungen der Entschädigungen der Schulhausleitungen (TCHF 100) zurückzuführen. Der Rest des Anstiegs ist durch eine im Vorjahr zu knappe Budgetierung des Personalaufwands begründet.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Miete in Höhe von TCHF 10'584 enthalten.
- 3) Der Bundesbeitrag betr. Anschubfinanzierung Tagesbetreuung Th. Platter/Wettstein ist auf 3 Jahre begrenzt (letzte Auszahlung 2007).

Auftrag und Ziel

Die Weiterbildungsschule (WBS) vermittelt den Schülern und Schülerinnen des 8. und 9. Schuljahres allgemeine Volksschulbildung zum Abschluss ihrer obligatorischen Schulzeit. Sie werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und in ihrer Fähigkeit, das Zusammenleben in der Gesellschaft positiv zu gestalten, gefördert. Die Schülerinnen und Schüler sollen nach Abschluss der WBS über die nötigen Kompetenzen für den erfolgreichen Beginn einer Ausbildung auf Sekundarstufe II (Berufsausbildung oder weiterführende Schule) verfügen.

Die WBS führt zwei Züge: Der A-Zug nimmt leistungsschwächere und mittlere Schülerinnen und Schüler auf und bereitet auf Berufslehre und Attestausbildung vor. Der E-Zug nimmt leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler auf und bereitet auf anspruchsvolle Lehrstellen und auf weiterführende Schulen vor. Über Berufs- und Fachmatur öffnet er den Weg zur Fachhochschule.

Produktgruppen

Allgemeine Ausbildung WBS

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Die Ende 2006 veröffentlichten Ergebnisse der externen Evaluation der Strukturänderung WBS bestätigten den eingeschlagenen Kurs der Schulentwicklung der letzten Jahre. Die Umsetzung der Empfehlungen erfolgt im Rahmen des Qualitätsmanagements.

Im Budgetjahr stehen die Sprachförderung, die erstmalige Bildung einer Integrationsklasse mit behinderten Kindern, die Ausdehnung des Projekts Casting sowie das Thema Leistungsmessung im Zentrum der Schulentwicklung.

Allgemeine Ausbildung WBS

Qualitätsmanagement (QM):

Gemäss der schulhausspezifischen Mehrjahresplanung wird unter Verantwortung der Schulhausleitungen das QM-Konzept schrittweise umgesetzt.

Sprachförderung:

Die Einführung der Sprachprofile wird abgeschlossen und erste Erfahrungen werden ausgewertet.

Integrationsklassen

Im Schuljahr 2008/09 wird in Fortsetzung des Pilotprojektes der OS an der WBS Mücke erstmals im 8. Schuljahr eine Integrationsklasse geführt. Dabei sollen vier geistig behinderte Schülerinnen und Schüler in einer Regelklasse beschult werden. Die Lehrpersonen der WBS werden dabei von einer Heilpädagogin bzw. Heilpädagogen im Teamteaching unterstützt.

Casting:

Nach der erfolgreichen Umsetzung des Projektes Casting (Hilfe zum Lehreinstieg für A-Zug Schülerinnen und Schüler) erfolgt eine Ausdehnung des Projektes auf den E-Zug.

Leistungsmessung:

Nach Auswertung des Pilotprojekts Stellwerk (computerunterstützte Selbsttests für Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse) an der WBS Bäumlhof im Jahre 2007 wird eine flächendeckende Einführung geprüft. Die Orientierungsarbeiten für das 8. Schuljahr werden gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft weiterentwickelt und durchgeführt. Die Leistungsmessungen am Ende des 9. Schuljahres werden in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Bildungsevaluation und Leistungsmessung an der Universität Zürich fortgesetzt.

Die Ergebnisse der Leistungsmessungen werden auf allen Ebenen (Lehrperson, Schulhaus, Gesamtschule) bei der Unterrichtsentwicklung genutzt. Ein Programm zur Optimierung des Mathematikunterrichts in der Volksschule wird bereits umgesetzt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	204.7	211.4	218.2	221.9	214.9	
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	1'850	1'880	1'915	1'914	1'869	¹⁾
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	59.5	59.5	54.7	53.8	54.6	
Anteil Abgängerinnen und Abgänger, die in eine Berufslehre übertreten	%	20.0	18.0	16.2	12.9	15.6	²⁾
Anteil Abgängerinnen und Abgänger, die in eine weiterführende Schule übertreten	%	25.0	25.0	28.0	19.0	19.3	
Anteil Abgängerinnen und Abgänger, die in ein Brückenangebot übertreten	%	43.0	45.0	49.8	62.1	58.5	
Anteil Abgängerinnen und Abgänger ohne Anschlusslösung (per 30. Juni)	%	1.0	1.0	1.8	1.3	2.6	

Kommentar

- 1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Bei allen Kennzahlen sind die Kleinklassen WBS nicht berücksichtigt (siehe Rektorat Kleinklassen).
- 2) Die Summe der Anteile von Abgängerinnen und Abgänger in eine Berufslehre, in eine weiterführende Schule, in ein Brückenangebot und ohne Anschlusslösung ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Wegzüge.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	32'026.9	32'013.1	32'408.9	13.8	0.0
31 Sachaufwand	7'030.5	1'304.7	1'251.6	5'725.8	438.9 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	39'057.4	33'317.8	33'660.5	5'739.6	17.2
43 Entgelte	-411.3	-404.9	-454.9	-6.4	-1.6
4 Ertrag	-411.3	-404.9	-454.9	-6.4	-1.6
Ordentlicher Nettoaufwand	38'646.0	32'912.8	33'205.6	5'733.2	17.4
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Ausbildung WBS	38'646.0	32'912.8		5'733.2	17.4

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 5'687 enthalten.

Auftrag und Ziel

Die an die obligatorische Schulzeit anschliessende Fachmaturitätsschule (FMS) als Nachfolgerin der Diplommittelschule (DMS) stellt eine drei- bis vierjährige vollzeitliche Ausbildung dar, welche die Schülerinnen und Schüler auf anspruchsvolle Berufsausbildungen im Dienstleistungsbereich bzw. auf ein Studium an einer Höheren Fachschule oder einer Fachhochschule vorbereitet. Neben einer breit gefächerten, vertieften Allgemeinbildung hat die Vermittlung von berufsfeldbezogenen Kompetenzen eine grosse Bedeutung. Die Selbst- und Sozialkompetenz wird an der FMS so gestärkt, dass die Absolventinnen und Absolventen ihre Rolle und ihre Aufgabe in der Gesellschaft verantwortungsbewusst wahrnehmen können. Dabei werden junge Frauen und Männer mit unterschiedlichem Sozialisationshintergrund an der FMS gleichermassen und spezifisch gefördert.

Der nach drei Jahren und erfolgreich absolvierten Prüfungen erworbene Fachmittelschulabschluss berechtigt zur Aufnahme eines Studiums an einer Höheren Fachschule. Die auf Grund von Zusatzleistungen (z.B. Praktika, Fremdsprachenaufenthalte, zusätzlicher richtungsspezifischer Unterricht, Fachmaturitätsarbeit) erworbene Fachmaturität gibt die Berechtigung zum Studium an Fachhochschulen bzw. Pädagogischen Hochschulen in der an der FMS absolvierten Fachrichtung. Die Fachmaturitätsschule Basel führt sechs Fachrichtungen: Gesundheit/Naturwissenschaften, Pädagogik, Soziale Arbeit, Gestaltung/Kunst, Musik/Theater/Tanz und Kommunikation/Medien.

Produktgruppen

Bildung in der Fachmaturitätsschule

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Rund die Hälfte der Schülerinnen und Schüler, welche Ende Schuljahr 2006/07 den Fachmittelschulabschluss erworben haben, strebt erstmals die Fachmaturität an. Neben einer richtungsspezifischen Fachmaturitätsarbeit, die von FMS-Lehrpersonen betreut wird, haben die Schülerinnen und Schüler je nach Fachrichtung unterschiedliche Zusatzleistungen zu erbringen:

- für die Fachmaturität Gesundheit/Naturwissenschaften ein vierwöchiges Vorbereitungsmodul am Bildungszentrum Gesundheit (BZG) und 24 Wochen Praktikum in einer Institution des Gesundheitswesens (Richtung Gesundheit) oder einjährige Arbeitspraxis (Richtung Naturwissenschaften);
- für die Fachmaturität Pädagogik ein Semester zusätzlichen allgemeinbildenden Unterricht mit Abschlussprüfung;
- für die Fachmaturität Soziale Arbeit einjährige Arbeitspraxis, wovon mindestens zwölf Wochen im Sozialbereich;
- für die Fachmaturität Gestaltung/Kunst den gestalterischen Vorkurs oder ein einjähriges Praktikum;
- für die Fachmaturität Musik/Theater/Tanz mindestens 120 zusätzliche Lektionen in Musik, Theater oder Tanz;
- für die Fachmaturität Kommunikation/Medien Fremdsprachenaufenthalte und 28 Wochen Praktikum in einem Medienunternehmen (Richtung Journalismus); Fremdsprachenaufenthalte und Sprachzertifikate (Richtung Übersetzen).

Bildung in der Fachmaturitätsschule

Fachmaturität:

Die Fachmaturitätsmodule werden umgesetzt, in den Fachrichtungen Pädagogik und Gesundheit/Naturwissenschaften in Kooperation mit der Fachmaturitätsschule Basel-Landschaft. Im Hinblick auf den anvisierten Bildungsraum Nordwestschweiz wird die Zusammenarbeit zwischen der FMS der Kantone Aargau, Solothurn, Basel-Landschaft und Basel-Stadt (im Rahmen des Regionalen Schulabkommens) weiter ausgebaut.

Internationale Sprachzertifikate:

Nach der Einführung von Sprachzertifikaten im Französisch (DELFI Niveau B1 bzw. B2) und Englisch (EFC Niveau B2) wird die Möglichkeit, Sprachzertifikate zu erwerben, auch auf Italienisch ausgedehnt (CELI, Niveau A1 bzw. A2).

Qualitätsmanagement:

Im Rahmen des Schulleitbilds wird bis Mitte 2008 ein FMS-Qualitätsleitbild betr. Unterricht (Lehr- und Lernarrangement, soziale Beziehungen, Bewertung) definiert. Alle Lehrpersonen werden im Schuljahr 2007/08 in Qualitätsgruppen integriert, welche den Unterricht gegenseitig besuchen und Feedback zu dessen qualitativen Verbesserung geben.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	71.6	63.2	65.6	61.6	61.2	¹⁾
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	731	718	666	622	613	²⁾
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	25.0	25.0	23.6	23.2	21.0	

Kommentar

- 1) Die Abweichung zwischen den Prognosewerten 2008 und 2007 ist auf eine neue, genauere Berechnungsart zurückzuführen.
 2) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	13'044.5	12'067.1	10'699.1	977.4	8.1	¹⁾
31 Sachaufwand	2'090.2	372.0	346.3	1'718.2	461.9	²⁾
36 Eigene Beiträge	9.0	9.0	5.2	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	15'143.7	12'448.1	11'050.6	2'695.6	21.7	
43 Entgelte	-151.5	-144.4	-142.3	-7.1	-4.9	
4 Ertrag	-151.5	-144.4	-142.3	-7.1	-4.9	
Ordentlicher Nettoaufwand	14'992.1	12'303.6	10'908.3	2'688.5	21.9	
davon Produktgruppe(n):						
Bildung in der Fachmaturitätsschule	14'992.1	12'303.6		2'688.5	21.9	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Erhöhung des Personalaufwandes ist auf gestiegene Schülerzahl zurückzuführen.
 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'683 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Gymnasium Münsterplatz (GM) führt in einem fünfjährigen Gang nach den Vorgaben der eidg. Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst als Pflichtbereich die Grundlagenfächer und als Wahlbereich die Schwerpunkt-, Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Am Gymnasium Münsterplatz können derzeit die Schwerpunktfächer Latein (Fortsetzung), Griechisch und Spanisch gewählt werden. In fünf Fächern besteht die Möglichkeit, den Unterricht im Immersionssystem auf Englisch zu besuchen. Ab Schuljahr 2008/09 sollen zusätzlich die Schwerpunkte Kurzzeitletin und Philosophie/Psychologie/Pädagogik angeboten werden.

ProduktgruppenGymnasiale Bildung am GMVerbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr arbeitet das Gymnasium am Münsterplatz an der Vertiefung einzelner Elemente des Qualitätsmanagements, an der Sprachförderung, an der praktischen Umsetzung gesunder Ernährung und an der Einführung eines neuen Schwerpunkts.

Gymnasiale Bildung am GMQualitätsmanagement (QM):

Die QM-Elemente werden in den Bereichen Elternabende, Klassenamt sowie Absenzensystem verstärkt.

Sprachförderung:

Das GM arbeitet am Projekt "Sprachförderung an den oberen Schulen" intensiv mit.

Bibliothek:

Die neue Bibliothek wird eingerichtet und ausgebaut.

Gesunde Ernährung an der Schule:

Im Rahmen der Thematik "gesunde Ernährung" erfolgt die praktische Umsetzung mittels geführter Anleitung in der Schulhausküche.

Einführung eines neuen Schwerpunktes (Philosophie, Psychologie, Pädagogik):

Das Konzept für die Einführung ab dem Schuljahr 2008/09 wird erarbeitet.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	37.5	32.9	39.6	39.7	45.4	¹⁾
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	362	375	402	405	406	²⁾
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	17.0	17.0	17.2	15.8	13.3	

Kommentar

- 1) Die Abweichung zwischen den Prognosewerten 2008 und 2007 ist auf eine neue, genauere Berechnungsart zurückzuführen.
 2) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07 %		*
30	Personalaufwand	6'893.9	6'971.7	6'878.6	-77.8	-1.1	
31	Sachaufwand	1'065.4	245.6	219.9	819.8	333.8	¹⁾
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	7'959.3	7'217.3	7'098.5	742.0	10.3	
43	Entgelte	-88.2	-86.2	-64.7	-2.0	-2.3	
4	Ertrag	-88.2	-86.2	-64.7	-2.0	-2.3	
Ordentlicher Nettoaufwand		7'871.1	7'131.1	7'033.8	740.0	10.4	
<i>davon Produktgruppe(n):</i>							
<i>Gymnasiale Bildung am GM</i>		<i>7'871.1</i>	<i>7'131.1</i>		<i>740.0</i>	<i>10.4</i>	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 849 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Gymnasium Kirschgarten (GKG) führt in einem fünfjährigen Gang nach den Vorgaben der eidg. Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst als Pflichtbereich die Grundlagenfächer und als Wahlbereich die Schwerpunkt-, Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Am Gymnasium Kirschgarten können derzeit die Schwerpunktfächer Latein (für Einsteiger), Bildnerisches Gestalten, Biologie und Chemie und Physik und Anwendungen der Mathematik gewählt werden. Ausserdem werden am GKG Übergangsklassen Weiterbildungsschule-Gymnasium geführt und es besteht die Möglichkeit, den Unterricht in einzelnen Fächern im Immersionssystem auf Englisch zu besuchen. Durch erweiterte Angebote (Praktika im Bereich Life Sciences, Theateraufführungen, Klassenunternehmungen, Chor/Orchester) wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

ProduktgruppenGymnasiale Bildung am GKGVerbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr arbeitet das GKG weiter am Qualitätsmanagement und der Verstärkung der Sprachförderung.

Gymnasiale Bildung am GKG

Aufbau/Weiterführung Qualitätsmanagement (QM):

Die an der Schule bereits vorhandenen QM-Instrumente werden in den Qualitätsentwicklungsraster des Erziehungsdepartements überführt und durch neue Instrumente ergänzt. Die entsprechende Projektorganisation ist im Aufbau.

Sprachförderung:

Die Sprachprofile sind eingeführt und werden ab Schuljahr 07/08 auf den Stufen der obligatorischen Schulzeit benutzt. Ein allfälliger Weiterbildungsbedarf für die betroffenen Lehrpersonen ist in Abklärung. Für zusätzliche Massnahmen für die postobligatorische Schulstufe läuft ein Projekt der Fachstelle Sprachen des Ressorts Schulen für alle Basler Gymnasien.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	61.8	62.1	64.9	65.4	63.9	
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	556	561	561	542	553	¹⁾
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	25.1	21.1	21.0	18.6	19.2	

Kommentar

1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07		*
						%	
30	Personalaufwand	11'307.2	10'893.3	11'427.1	413.9	3.8	¹⁾
31	Sachaufwand	2'190.8	274.8	269.0	1'916.0	697.2	²⁾
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	13'497.9	11'168.2	11'696.1	2'329.7	20.9	
43	Entgelte	-137.5	-131.3	-149.7	-6.2	-4.7	
4	Ertrag	-137.5	-131.3	-149.7	-6.2	-4.7	
Ordentlicher Nettoaufwand		13'360.5	11'036.9	11'546.3	2'323.6	21.1	
davon Produktgruppe(n):							
Gymnasiale Bildung am GKG		13'360.5	11'036.9		2'323.6	21.1	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Abweichung ist einerseits auf die gestiegenen Kosten pro Unterrichtslektion zurückzuführen (TCHF 188). Andererseits ist der erwartete Rückgang der Schülerzahl für das Schuljahr 2007/08 nicht eingetreten, was sich zusätzlich im Personalaufwand auswirkt (TCHF 226).
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 1'909 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Gymnasium Leonhard (GL) führt in einem fünfjährigen Gang nach den Vorgaben der eidg. Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst als Pflichtbereich die Grundlagenfächer und als Wahlbereich die Schwerpunkt-, Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Am Gymnasium Leonhard können derzeit die Schwerpunktfächer Latein (für Einsteiger), Italienisch (für Einsteiger und Fortsetzer), Spanisch, Bildnerisches Gestalten und Musik gewählt werden. Es besteht die Möglichkeit, den Unterricht in einzelnen Fächern im Immersionssystem auf Englisch zu besuchen. Durch erweiterte Angebote (Praktika, Theateraufführungen, Klassenunternehmungen) wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Produktgruppen

Gymnasiale Bildung am GL

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Wichtige Themen für das GL sind im Budgetjahr 2008 weiterhin der Immersionsunterricht, das Qualitätsmanagement und die Intensivierung der Sprachförderung.

Gymnasiale Bildung am GL

Immersionsunterricht:

Der erste Jahrgang, der den Immersionsunterricht am GL durchlaufen und sich damit den Eintrag "Zweisprachige Matur" im Maturzeugnis nach eidg. Richtlinien erworben hat, wird evaluiert (Ziel: eidg. Anerkennung).

Qualitätsmanagement:

Zur internen und externen Qualitätskontrolle werden schulspezifische Grundlagen durch eine Arbeitsgruppe erarbeitet.

Sprachförderung:

Zusätzlich zu den "Sprachprofilen" werden Massnahmen für die postobligatorische Schulstufe entwickelt.

Mittagsverpflegung:

Die im Herbst 2007 in den neuen Räumlichkeiten eingerichtete Mittagsverpflegung wird evaluiert.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	95.2	93.1	98.8	99.9	98.7
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	885	895	911	917	927 ¹⁾
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	19.0	19.8	15.1	15.9	16.3

Kommentar

1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	16'638.4	16'372.1	16'286.8	266.3	1.6
31 Sachaufwand	2'205.5	448.6	440.7	1'756.9	391.6 ¹⁾
36 Eigene Beiträge	32.5	38.8	41.6	-6.3	-16.2
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	18'876.3	16'859.5	16'769.1	2'016.8	12.0
43 Entgelte	-215.7	-210.2	-159.0	-5.5	-2.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-52.7	-53.6	-52.4	0.9	1.7
4 Ertrag	-268.4	-263.8	-211.4	-4.6	-1.7
Ordentlicher Nettoaufwand	18'607.9	16'595.7	16'557.7	2'012.2	12.1
davon Produktgruppe(n):					
Gymnasiale Bildung am GL	18'607.9	16'595.7		2'012.2	12.1

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 1'755 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Gymnasium Bäumlhof (GB) führt in einem fünfjährigen Gang nach den Vorgaben der eidg. Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst als Pflichtbereich die Grundlagenfächer und die Schwerpunkt-, Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Am Gymnasium Bäumlhof können derzeit die Schwerpunktfächer Latein (für Einsteiger und Fortsetzer), Italienisch (für Einsteiger), Spanisch, Bildnerisches Gestalten, Physik und Anwendungen der Mathematik, Biologie und Chemie sowie Musik gewählt werden. Ausserdem werden am GB Übergangsklassen Weiterbildungsschule-Gymnasium sowie Sportklassen geführt. Durch erweiterte Angebote (Praktika, Theateraufführungen, Klassenunternehmungen) wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Produktgruppen

Gymnasiale Bildung am GB

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr evaluiert das Gymnasium Bäumlhof (GB) sein Qualitätsmanagement. Im Zentrum der pädagogischen Entwicklung steht für die nächsten zwei Jahre das Thema Klassenführung. Nach wie vor viel Aufmerksamkeit wird den Projekten Weiterentwicklung der Sportklassen, konsequente Vorbereitung aller 3. Klassen auf das international anerkannte Englischdiplom First Cambridge Certificate (FCE) und der Weiterentwicklung des Schwerpunktes Biologie und Chemie geschenkt. Ausserdem soll ein neues Förderkonzept für die Übergangsklassen erprobt werden. Zusammen mit der WBS und den WBS-Kleinklassen nimmt sich das GB weiterhin intensiv dem Thema Ordnung und Schulhauskultur an.

Gymnasiale Bildung am GB

Qualitätsmanagement (QM):

Seit mehreren Jahren pflegt das GB ein QM. Im Jahr 2008 wird eine externe Evaluation des Qualitätsmanagements durch die Interkantonale Fachstelle für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe IFES (Uni Zürich) am GB vorbereitet und durchgeführt. Zu diesem Zweck werden ein Qualitätshandbuch und ein Schulportfolio erstellt, in welchen die bisherigen Bestrebungen im Bereich des QM dokumentiert werden.

Klassenführung:

Das Thema Klassenführung steht im Zentrum der pädagogischen Schulentwicklung des GB. Begonnen wird mit dem Projekt in allen 1. und 2. Klassen sowie den Sportklassen. Die Klassenlehrkräfte treffen sich ungefähr alle sechs Wochen mit dem für diese Stufe zuständigen Schulleitungsmitglied, um anstehende stufenspezifische Fragen, Probleme, aber auch Projekte zu besprechen. Jeweils in der darauf folgenden Woche findet eine Sitzung der Klassenlehrperson mit Ihrem Klassenteam statt.

Sprachdiplom:

Die Bedeutung international anerkannter Sprachdiplome nimmt stetig zu. Darum werden am GB innerhalb eines 3-jährigen Pilotprojektes (2007-2010) alle 3. Klassen auf das international anerkannte FCE vorbereitet. Die Teilnahme an der kostenpflichtigen Prüfung ist freiwillig.

Weiterentwicklung der Sportklassen:

Auch nach der definitiven Einführung der Sportklassen muss deren Qualität stetig optimiert und neuen Entwicklungen im Leistungssport angepasst werden. In den nächsten Jahren wird das Thema Individualisierung des Unterrichts im Vordergrund stehen.

Entwicklung des Schwerpunktfaches Biologie und Chemie:

Das Schwerpunktfach Biologie und Chemie fällt leicht in zwei unabhängige Fachbereiche auseinander. Seine pädagogische Wirksamkeit kann es aber nur entfalten, wenn sich die beiden Bereiche aufeinander beziehen und ergänzen. Aufgrund zweier Evaluationen bei den Schülerinnen und Schülern des Schwerpunktfaches werden im nächsten Schuljahr Massnahmen entwickelt und umgesetzt. Insbesondere findet eine gemeinsame Planung des Schuljahres durch die Lehrkräfte beider Fächer statt.

Übergangsklassen:

Das GB setzt ein Integrations- und Förderkonzept bei den Übergangsklassen um, damit die ehemaligen WBS-Schüler und Schülerinnen den Anschluss ans Gymnasium noch besser schaffen.

Schulhauskultur:

Der Pflege des Zusammenlebens von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften von drei verschiedenen Schulen auf dem Schulareal Bäumlhof wird weiterhin starke Beachtung geschenkt, indem eine Projektgruppe sich speziell um das Thema Ordnung und Schulhauskultur auf dem gesamten Areal kümmert. Im vergangenen Jahr wurden Schwerpunkte auf Mensa und Reinigung der Schulhausumgebung gelegt. Dies wird auch 2008 so bleiben. Ausserdem sollen einzelne Schülerwandgemälde restauriert werden.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	73.3	72.4	77.0	74.6	74.7	
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	679	665	701	690	662	¹⁾
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	16.7	14.0	14.6	13.2	13.1	

Kommentar

1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	12'914.7	13'157.7	13'466.9	-243.0	-1.8
31 Sachaufwand	1'523.6	414.4	430.5	1'109.2	267.7 ¹⁾
36 Eigene Beiträge	14.7	15.6	13.6	-0.9	-5.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	14'453.0	13'587.7	13'911.1	865.3	6.4
43 Entgelte	-159.6	-158.1	-143.5	-1.5	-0.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-35.1	-34.0	-29.1	-1.1	-3.2
4 Ertrag	-194.7	-192.1	-172.6	-2.6	-1.4
Ordentlicher Nettoaufwand	14'258.3	13'395.6	13'738.5	862.7	6.4
davon Produktgruppe(n):					
Gymnasiale Bildung am GB	14'258.3	13'395.6		862.7	6.4

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 1'187 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Wirtschaftsgymnasium (WG) führt in einer fünfjährigen Ausbildung nach den Vorgaben der eidg. Maturitätsverordnung (MAR) zur Matur und damit zur Hochschulreife. Angeboten werden im Pflichtbereich das Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht sowie die Grundlagenfächer und im Wahlbereich die Ergänzungs- und Freiwahlfächer. Durch erweiterte Angebote (Young Enterprise Switzerland-Projekte, Themenwochen, Kolonien, Theater usw.) wird eine ganzheitliche Bildung angestrebt.

Die Handelsmittelschule (HMS) bietet eine dreijährige Ausbildung zum eidg. anerkannten Handelsdiplom und eine vierjährige Ausbildung zur kaufmännischen Berufsmatur an. Für die Erlangung der Berufsmatur braucht es nach dem Handelsdiplom ein einjähriges berufsspezifisches Praktikum und die erfolgreiche Abfassung einer Facharbeit.

Die Informatikmittelschule (IMS) führt nach einer vierjährigen Ausbildung zu einem eidg. Fähigkeitsausweis Informatiker/Informatikerin und zur kaufmännischen Berufsmaturität.

Die Verkehrsschule (VS) führt nach einer zweijährigen Ausbildung zum eidg. anerkannten Verkehrsschuldiplom. Die Ausbildung ermöglicht eine kaufmännische Lehre in Dienstleistungsbetrieben wie SBB, Zoll, Post u.ä., aber auch in Wirtschaft und Verwaltung.

Produktgruppen

Gymnasiale Bildung am WG

Kaufmännische und allgemeine Bildung an der WMS

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr befasst sich die Schule vertieft mit den Themenbereichen Qualitätsmanagement, Sprachförderung und Klassenaustausch. Die HMS ist als Pilotschule für das gesamtschweizerische Projekt HMS+ ausgewählt worden.

Qualitätsmanagement:

Nachdem 2007 das 2006 begonnene erste Projekt Unterrichtsbesuche erfolgreich abgeschlossen werden konnte, wird das zweite Projekt (Elternbefragung) in der zweiten Jahreshälfte 2007 durchgeführt. Nachdem ein gewisser Erfahrungsschatz vorhanden ist, wird 2008 mit dem Entwurf eines QM-Handbuchs begonnen.

Gymnasiale Bildung am WG

Klassenaustauschprogramme:

2006 begann ein jährlicher Schüleraustausch mit der Natick Highschool in der Nähe von Boston. Die Basler Gruppe ging im Oktober 2006 in die USA, die Natick Gruppe kam im April 2007 nach Basel. Ab Herbst 2007 findet neu ein Klassenaustausch mit dem Lycée de Beaulieu in Lausanne statt. Beide Austausch-Programme werden auch 2008 durchgeführt.

Kaufmännische und allgemeine Bildung an der WMS

HMS+:

Die HMS hat sich als Pilotschule für das gesamtschweizerische Projekt HMS+ qualifiziert und ist nun daran, die Ideen dieser reformierten HMS-Ausbildung umzusetzen. Der Schwerpunkt der Reform liegt bei den praktischen Tätigkeiten. In den allgemeinbildenden Fächern erfüllt die HMS Basel bereits die Bedingungen des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie. Für den Einstieg ins dreiwöchige Praktikum, das seit Jahren besteht, erstellen die Schülerinnen und Schüler neu ein Bewerbungsdossier, das in Form, Stil, Inhalt und Rechtschreibung den Anforderungen der Arbeitswelt entspricht. In einem weiteren Schritt beschaffen sich die Schülerinnen und Schüler Informationen über den Praktikumsbetrieb und werten diese aus. Anschliessend findet das Praktikum statt, wo die Schülerinnen und Schüler die in der Schule erworbenen Kenntnisse anwenden. Nach dem Praktikum erstellt der Schüler bzw. die Schülerin einen Praktikumsbericht. Der Start der HMS+ ist für 2009 vorgesehen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	88.5	81.8	79.7	80.9	85.7	¹⁾
Schülerinnen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	801	800	720	694	690	²⁾
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	34.0	32.0	31.9	30.1	27.5	

Kommentar

- 1) Die Abweichung zwischen den Prognosewerten 2008 und 2007 ist auf den starken Anstieg der Schülerzahl (im Budget 2007 wurde für das Jahr 2007 eine Schülerzahl von 700 prognostiziert) sowie eine neue, genauere Berechnungsart zurückzuführen.
- 2) Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	14'939.7	13'268.5	13'513.8	1'671.2	12.6	¹⁾
31 Sachaufwand	2'058.3	379.5	444.8	1'678.8	442.4	²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	16'998.0	13'648.0	13'958.6	3'350.0	24.5	
43 Entgelte	-190.0	-182.6	-106.2	-7.4	-4.1	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-60.0	-677.0	-700.7	617.0	91.1	³⁾
4 Ertrag	-250.0	-859.6	-806.9	609.6	70.9	
Ordentlicher Nettoaufwand	16'748.0	12'788.4	13'151.7	3'959.6	31.0	
davon Produktgruppe(n):						
Gymnasiale Bildung am WG	7'609.8	6'401.8		1'208.0	18.9	
Kaufmännische und allgemeine Bildung an der WMS	9'138.2	6'386.6		2'751.6	43.1	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Der Mehraufwand ist im Vergleich zum Budget auf die Erhöhung der Lektionenzahl, bedingt durch den Zuwachs von ca. 100 Schülerinnen und Schüler, zurückzuführen.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 1'641 enthalten.
- 3) Die Bundesbeiträge an die Berufsbildung in Höhe von TCHF 620 (Budget 2007) werden neu zentral in der Dst 210 (Ressort Schulen) budgetiert.

Auftrag und Ziel

Die Berufsfachschule Basel (BFS Basel) ist das Zentrum der Region Basel für die berufliche Bildung in den Bereichen Detailhandel, Hauswirtschaft, Mode und Gestaltung sowie Soziales. Sie leistet einen Beitrag zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt und zur Förderung des beruflichen Nachwuchses.

In der beruflichen Vor-, Grund- und Nachholbildung werden die Lernenden im Hinblick auf den Erwerb eines eidgenössischen Berufsattests (EBA), eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) und der Berufsmaturität (BM) nachhaltig unterstützt.

Die Bildungsangebote der berufsorientierten Weiterbildung und der höheren Berufsbildung fördern die berufliche Weiterentwicklung und Flexibilität sowie die soziale Integration.

In den Couture-Ateliers der Lehrwerkstatt werden Bekleidungsgestalter und -gestalterinnen (3-jährige Lehre) ausgebildet.

Produktgruppen

Berufliche Vor- und Grundbildung BFS

Berufliche Weiterbildung BFS

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Die BFS Basel wertet im Budgetjahr die Ergebnisse der ersten externen Evaluation des Qualitätsmanagements aus und leitet daraus Massnahmen ab. Das Konzept Standarddeutsch Berufsfachschulen wird umgesetzt.

Berufliche Vor- und Grundbildung

Umsetzung neues Berufsbildungsgesetz:

Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) hat neue Verordnungen, Bildungspläne und Rahmenlehrpläne erlassen, welche an der BFS Basel umgesetzt werden müssen. Betroffen sind die folgenden Berufe: Detailhandelsfachmann/-frau (EFZ), Fachmann/-frau Betreuung (EFZ), Fachmann/-frau Hauswirtschaft (EFZ), Hauswirtschaftspraktiker und -praktikerin (EBA), Coiffeuse und Coiffeur (EFZ), Pharma-Assistentin/-Assistent. Die Verordnung und der Rahmenlehrplan für den allgemein bildenden Unterricht in den gewerblich-industriellen Berufen für die 2- und die 3-jährige Lehre werden umgesetzt.

Vorkurse:

Die Bildungsangebote der beruflichen Vorbildung werden auf die Anforderungen der neuen Bildungsverordnungen abgestimmt.

2-jährige Grundbildung mit Berufsattest im Detailhandel:

Die Ergebnisse der ersten Abschlussprüfungen werden analysiert und Massnahmen abgeleitet. Die Fachkundige individuelle Begleitung wird im Rahmen eines bikantonalen Projekts zwischen den beiden Kantonen BS und BL weiterentwickelt.

Berufsmaturität:

Das eidgenössische Anerkennungsverfahren für die Berufsmaturität gesundheitliche und soziale Richtung ist eingeleitet. Es ist vorgesehen, neu die Berufsmaturität gewerblicher Richtung - insbesondere für den Detailhandel - an der BFS Basel anzubieten.

Berufliche Weiterbildung

Die Weiterbildungsangebote der berufsorientierten und der höheren Berufsbildung werden in den Bereichen Kleidung und Mode sowie Hauswirtschaft und im Coiffeurberuf gezielt weiterentwickelt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	73.7	65.6	69.3	65.5	62.0	1)
Lernende Sekundarstufe II (per Stichtag Sept.)	Anz	1'454	1'454	1'305			2)
Studierende Tertiärstufe (per Stichtag Sept.)	Anz	13	13	32			3)

Kommentar

- 1) Die Abweichung zwischen den Prognosewerten 2008 und 2007 ist auf eine neue, genauere Berechnungsart zurückzuführen.
- 2) Die Ist-Zahlen stammen aus der Statistik des Erziehungsdepartements. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Die Ist-Zahlen für die Jahre 2004 und 2005 werden nicht aufgeführt, da sie wegen Neudefinition der Schülerstatistik nicht vergleichbar sind mit den Zahlen für die Jahre ab 2006.
- 3) Siehe Fussnote 1. Der Rückgang der Anzahl Lernenden zwischen 2006 und 2007 ist darauf zurückzuführen, dass der Vorbereitungskurs auf die Berufsprüfung Hausaltleiterinnen nur periodisch durchgeführt werden kann. In den Prognosezahlen ist deshalb dieser Ausbildungsgang nicht berücksichtigt.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	12'519.5	11'466.9	10'991.0	1'052.6	9.2 1)
31 Sachaufwand	2'236.2	804.5	843.8	1'431.7	178.0 2)
36 Eigene Beiträge	0.0	195.0	132.0	-195.0	-100.0 3)
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	14'755.7	12'466.4	11'966.9	2'289.3	18.4
43 Entgelte	-1'267.0	-1'287.5	-1'393.6	20.5	1.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'520.0	-2'780.0	-3'182.5	1'260.0	45.3 4)
4 Ertrag	-2'787.0	-4'067.5	-4'576.1	1'280.5	31.5
Ordentlicher Nettoaufwand	11'968.7	8'398.9	7'390.8	3'569.8	42.5
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Vor- und Grundbildung BFS	9'881.2	6'787.1		3'094.1	45.6
Berufliche Weiterbildung BFS	2'087.6	1'611.8		475.8	29.5

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) TCHF 700 des Anstiegs des Personalaufwands sind durch den Anstieg der Anzahl Lernenden ab Schuljahr 2007/08 begründet (fällt teilweise im Budgetjahr 2008 an). Die Erweiterung der Lehrwerkstätte für Bekleidungsgestalter/innen hat einen Anstieg um TCHF 115, der Ausbau des Förderbereichs an der ganzen Schule einen Anstieg um TCHF 150 zur Folge.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'302 enthalten. Zudem wurden TCHF 33 für die Qualitätsentwicklung an der BFS budgetiert, welche letztes Jahr noch bei der Dst 262 (Allgemeine Gewerbeschule) eingestellt waren. Der Anstieg des übrigen Sachaufwands um TCHF 97 ist auf die Anpassung der Schulmaterial- und Unterhaltskosten an die Erfahrungswerte der Rechnung 2006 zurückzuführen.
- 3) Die Ausgaben gemäss Regionalem Schulabkommen (RSA) an andere Kantone und die Spesenentschädigungen an die Lehrleute für den ausserkantonalen Schulbesuch werden neu für alle Berufsfachschulen zentral in der Dst 265 (Ressort Berufsbildung) budgetiert.
- 4) Die Bundesbeiträge an die Berufsbildung in Höhe von TCHF 900 (Budget 2007) werden neu zentral in der Dst 210 (Ressort Schulen) budgetiert. Die RSA-Einnahmen werden um TCHF 360 tiefer als im Vorjahr budgetiert, weil insbesondere die Eingliederung der sozialen Berufe in das neue Berufsbildungsgesetz eine Umstellung vom bisherigen Wohnorts- zum Lehrortsprinzip erfordert und in der Folge weniger Beiträge an andere Kantone abgerechnet werden können.

Auftrag und Ziel

Die Allgemeine Gewerbeschule Basel (AGS) ist als grösste Berufsfachschule der Nordwestschweiz ein Zentrum für die gewerblich-industrielle Berufsbildung. Sie vermittelt sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit eidgenössischem Attest (EBA), eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ), Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität) den Lernenden die für den Berufsabschluss notwendigen Kompetenzen. Ebenso werden durch diese Bildungsangebote die Lernenden unterstützt, ihre Selbstlernfähigkeit zu verbessern und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen zu erreichen.

Die AGS vermittelt in den von ihr angebotenen Ausbildungsgängen den Unterricht zur Erreichung der vorgeschriebenen Fach-, Methoden- und Selbstkompetenzen. Sie leistet einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

An der Lehrwerkstätte für Mechaniker werden Polymechaniker und Polymechanikerinnen ausgebildet. Dabei bestehen auch Ausbildungskooperationen mit verschiedenen Firmen, namentlich mit Swiss International Airlines für die Ausbildung von angehenden Flugzeugmechanikern und -mechanikerinnen.

Mit einem breiten Angebot in den Bereichen berufsorientierte Weiterbildung und qualifizierende Höhere Berufsbildung (Berufsprüfungen, Höhere Fachprüfungen, Höhere Fachschulen, Nachdiplomstudien) unterstützt die AGS Studierende in ihrer beruflichen Weiterentwicklung. Daneben bietet die AGS das Nachholbildungsangebot "Link zum Beruf" (Nachholen des Sekundarstufe I-Abschlusses für Erwachsene) an. Dieser Lehrgang leistet einen Beitrag zur Integration. Kurse für Erwachsene (Deutsch für Fremdsprachige und Mathematik) sowie berufsorientierte allgemeine Weiterbildungskurse runden das Angebot der AGS ab.

Produktgruppen

Berufliche Vor- und Grundbildung AGS

Berufliche Weiterbildung AGS

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr setzt die AGS neue Verordnungen für die berufliche Grundbildung sowie neue Rahmenlehrpläne um und führt die Qualitätsentwicklung fort.

Qualitätsentwicklung:

Die AGS strebt ein Zertifikat nach Q2E (Qualität durch Evaluation und Entwicklung) an. Die projektartig entwickelte Qualitätsarbeit wird in den Regelbetrieb überführt. Der Abgleich zum kantonalen Qualitätsmanagement wird konkretisiert.

Berufliche Vor- und Grundbildung

Umsetzung von neuen Verordnungen für die berufliche Grundbildung:

Neue Bildungsverordnungen verlangen eine Anpassung des schulischen Angebotes. Dies betrifft die folgenden Berufe: Hotelfachfrau/-mann (EFZ), Zahntechniker/-in (EFZ), Florist/-in (EFZ), Laborant/-in (EFZ), Sanitärinstallateur/-in (EFZ), Spengler/-in (EFZ), Haustechnikpraktiker/-in (EBA), Spenglerpraktiker/-in (EBA).

Umsetzung neue Rahmenlehrpläne:

Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie hat neue Rahmenlehrpläne erlassen. Diese müssen durch die Berufsfachschulen mit Schullehrplänen für den allgemein bildenden Unterricht und den Berufsmaturitätsunterricht umgesetzt werden. Die begonnene Arbeit wird fortgesetzt.

Berufliche Weiterbildung

Die Allgemeine Gewerbeschule Basel evaluiert das bestehende Angebot zwecks Positionierung und Neuorientierung in der Weiterbildung.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	168.3	167.9	158.0	157.9	156.0	
Lernende Sekundarstufe II (per Stichtag Sept.)	Anz	2'633	2'633	2'584			¹⁾
Studierende Tertiärstufe	Anz	216	216	201			²⁾

Kommentar

- 1) Die Zahlen enthalten auch die Lernenden "Link zum Beruf" (Ausbildungsgang auf Sekundarstufe I; 2006: 26 Lernende).
Die Ist-Zahlen stammen aus der Statistik des Erziehungsdepartements. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Die Ist-Zahlen für die Jahre 2004 und 2005 werden nicht aufgeführt, da sie wegen Neudefinition der Schülerstatistik nicht vergleichbar sind mit den Zahlen für die Jahre ab 2006.
- 2) siehe Fussnote 1

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	29'294.3	28'738.4	27'416.0	555.9	1.9
31 Sachaufwand	7'329.2	3'459.7	3'355.2	3'869.5	111.8 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.8	0.0	
36 Eigene Beiträge	173.2	3'873.2	3'849.0	-3'700.0	-95.5 ²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	36'796.8	36'071.3	34'621.0	725.5	2.0
42 Vermögenserträge	-44.0	-39.0	-44.4	-5.0	-12.8
43 Entgelte	-2'413.5	-2'399.8	-2'550.9	-13.7	-0.6
46 Beiträge für eigene Rechnung	-4'800.0	-8'016.0	-7'545.6	3'216.0	40.1 ³⁾
4 Ertrag	-7'257.5	-10'454.8	-10'140.9	3'197.3	30.6
Ordentlicher Nettoaufwand	29'539.3	25'616.5	24'480.0	3'922.8	15.3
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Vor- und Grundbildung AGS	25'396.7	22'169.8		3'226.9	14.6
Berufliche Weiterbildung AGS	4'142.5	3'446.8		695.7	20.2

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 3'888 enthalten.
- 2) Die Ausgaben gemäss Regionalem Schulabkommen (RSA) an andere Kantone und die Spesenentschädigungen an die Lehrleute für den ausserkantonalen Schulbesuch werden neu für alle Berufsfachschulen zentral in der Dst 265 (Ressort Berufsbildung) budgetiert.
- 3) Die Bundesbeiträge an die Berufsbildung in Höhe von TCHF 3'076 (Budget 2007) werden neu zentral in der Dst 210 (Ressort Schulen) budgetiert. Die RSA-Einnahmen werden wegen einer Verschiebung von ausserkantonalen Lehrverhältnissen zu Gunsten von baselstädtischen Lehrverhältnissen um TCHF 140 tiefer als im Vorjahr budgetiert.

Auftrag und Ziel

Die Schule für Gestaltung Basel (SfG) ist für gestalterisch-künstlerische Grundbildungen die traditionsreichste und wichtigste Bildungsstätte der Nordwestschweiz. Als Basis dient der gestalterische Vollzeit- oder Teilzeitvorkurs, der auch als Propädeutikum für die Fachhochschule gilt. Die SfG bietet Grundbildungen an, die sowohl in der dualen Form als auch im Vollzeitpensum absolviert werden können. Diese Ausbildungen schliessen mit einem eidg. Fähigkeitszeugnis ab. Als Zusatzqualifikation kann die Berufsmatura erworben werden.

Darüber hinaus bietet die SfG berufsorientierte gestalterische Weiterbildungen und höhere gestalterische Berufsbildungen an, welche die berufliche Weiterentwicklung und Flexibilität fördern. Ausserdem führt die SfG die folgenden öffentlich zugänglichen Angebote: Fachbibliothek für Gestaltung, Plakatsammlung und Textilsammlung.

Produktgruppen

Berufliche Grundbildung SfG

Berufliche Weiterbildung SfG

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

In der sich ständig wandelnden Bildungslandschaft müssen diverse Ausbildungsgänge den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Das Qualitätsentwicklungsprogramm wird sich in erster Linie mit der praktischen Umsetzung des Qualitätszirkels befassen. Dabei geht es darum, mit Schüler- und Schülerinnenfeedback, kollegialem Feedback, Intervention und unterrichtsbezogenen Themengruppen gezielt die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Logistisch wird eine grössere Sanierung der Schulhäuser eine Herausforderung darstellen.

Berufliche Grundbildung

Zur Hebung der Qualität wird die Fachklasse für Gestaltung neu als vierjährige Ausbildung durchgeführt. Auch die Polygrafen-Ausbildung musste der neuen Bildungsverordnung angepasst werden. Versuchsweise führen wir erstmals eine Klasse des gestalterischen Vorkurses in englischer Sprache.

Berufliche Weiterbildung

Die SfG verfolgt das Ziel, die Weiterbildung "Textildesign" in eine Höhere Fachschule zu überführen, um die Qualität dieses Angebots sichern zu können. Die neu konzipierten Weiterbildungen für Graphic Designer (Höhere Fachprüfung) und Typografische Gestalter/-innen (Berufsprüfung) werden im Budgetjahr zum ersten Mal abgeschlossen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	62.3	64.7	59.2	59.6	60.9	
Lernende Sekundarstufe II (per Stichtag Sept.)	Anz	441	441	441			¹⁾
Studierende Tertiärstufe (per Stichtag Sept.)	Anz	29	29	29			²⁾

Kommentar

- 1) Die Ist-Zahlen stammen aus der Statistik des Erziehungsdepartements. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Die Ist-Zahlen für die Jahre 2004 und 2005 werden nicht aufgeführt, da sie wegen Neudefinition der Schülerstatistik nicht vergleichbar sind mit den Zahlen für die Jahre ab 2006.
- 2) siehe Fussnote 1

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	10'218.2	10'073.9	10'007.1	144.3	1.4
31 Sachaufwand	3'404.2	1'654.8	1'630.6	1'749.4	105.7 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	0.0	227.0	196.8	-227.0	-100.0 ²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	13'622.3	11'955.8	11'834.5	1'666.5	13.9
42 Vermögenserträge	-11.0	-12.0	-11.4	1.0	8.3
43 Entgelte	-1'647.3	-1'644.7	-1'586.3	-2.6	-0.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2'750.0	-3'600.0	-4'051.8	850.0	23.6 ³⁾
4 Ertrag	-4'408.3	-5'256.7	-5'649.5	848.4	16.1
Ordentlicher Nettoaufwand	9'214.0	6'699.1	6'185.1	2'514.9	37.5
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Grundbildung SfG	6'848.8	5'050.9		1'797.9	35.6
Berufliche Weiterbildung SfG	2'365.3	1'648.2		717.1	43.5

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'708 enthalten. Zudem wurden TCHF 33 für die Qualitätsentwicklung an der SfG budgetiert, welche letztes Jahr noch bei der Dst 262 (Allgemeine Gewerbeschule) eingestellt waren.
- 2) Die Ausgaben gemäss Regionalem Schulabkommen (RSA) an andere Kantone und die Spesenentschädigungen an die Lehrleute für den ausserkantonalen Schulbesuch werden neu für alle Berufsfachschulen zentral in der Dst 265 (Ressort Berufsbildung) budgetiert.
- 3) Die Bundesbeiträge an die Berufsbildung in Höhe von TCHF 1'100 (Budget 2007) werden neu zentral in der Dst 210 (Ressort Schulen) budgetiert. Die RSA-Einnahmen können um TCHF 250 höher als im Vorjahr budgetiert werden.

Auftrag und Ziel

Im Sinne einer Realteilung der Ausbildungsaufgaben im Gesundheitsbereich bietet der Kanton Basel-Landschaft für beide Kantone die Ausbildungen auf Sekundarstufe II an, während der Kanton Basel-Stadt Studierende auf Tertiärstufe (Höhere Fachschule HF und Fachhochschule FH) ausbildet.

Das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG) bildet Studierende in nicht akademischen Gesundheitsberufen auf Tertiärstufe für die Region aus. Neben der Ausbildungsinformation gehören auch die Selektion und Rekrutierung von jungen Erwachsenen zum Aufgabengebiet. Folgende Ausbildungen gehören zum Leistungsauftrag des BZG: Bildungsgang Pflege HF; Bildungsgang Biomedizinische Analytik HF; Bildungsgang Medizinisch-technische Radiologie HF; Bildungsgang Physiotherapie HF und FH. Die Ausbildungen sollen den Zugang zu weiterführenden Ausbildungen auf Nachdiplomstufe und Stufe Fachhochschule ermöglichen. Das BZG ist für die Sicherstellung von ausreichenden Ausbildungsangeboten zur Deckung des aktuellen und künftigen Personalbedarfs bei den nicht akademischen Gesundheitsberufen verantwortlich.

Produktgruppen

Berufliche Bildung nicht akadem. Berufe im Gesundheitswesen Tertiärstufe

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Das Budgetjahr 2008 wird stark von der Umsetzung der neuen Bildungsgänge auf Tertiärstufe geprägt.

Berufliche Bildung nicht akademischer Berufe im Gesundheitswesen

Neue Bildungsgänge:

Es handelt sich dabei um die im Herbst 2007 neu startenden Programme des Bildungsgangs Biomedizinische-Analytik HF, des Bildungsgangs Medizinisch-Technische Radiologie HF sowie des Studiengangs Physiotherapie im Verbund mit der Berner Fachhochschule (BFH).

Im Bildungsgang Pflege HF steht der Weiterausbau des Lernbereichs Training und Transfer (LTT) zusammen mit den Institutionen aus der Praxis im Vordergrund.

Weiterbildung:

Die Erweiterung der Abteilung Weiterbildung mit Angeboten auf Stufe Fachhochschule ist ein weiterer Schwerpunkt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.3	65.0	65.1	64.8	65.8 ¹⁾
Anzahl Studierende (per 31. Dez.)	Anz	637	587	534	545	564
Anzahl Klassen	Anz	28	30	29	27	31
Anzahl Abschlüsse	Anz	207	238	236	208	²⁾

Kommentar

- 1) Die Abweichung zwischen den Prognosewerten 2008 und 2007 ist auf die Übernahme der Physiotherapieschule Bethesda und den Aufbau des Fachhochschul-Studiengangs Physiotherapie zurückzuführen.
- 2) Der Wert für das Jahr 2004 ist nicht verfügbar.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	21'018.9	21'759.9	23'575.4	-741.0	-3.4
31 Sachaufwand	4'823.9	4'595.8	3'466.5	228.1	5.0 ¹⁾
36 Eigene Beiträge	6'751.2	6'928.2	6'889.7	-177.0	-2.6
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	32'593.9	33'283.9	33'931.7	-690.0	-2.1
43 Entgelte	-4'374.6	-5'620.7	-6'555.1	1'246.1	22.2 ²⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-13'130.4	-12'118.4	-13'286.4	-1'012.0	-8.4
4 Ertrag	-17'505.0	-17'739.1	-19'841.5	234.1	1.3
Ordentlicher Nettoaufwand	15'089.0	15'544.8	14'090.2	-455.8	-2.9
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Bildung nicht akadem. Berufe im Gesundheitswesen Tertiärstufe	15'089.0	15'544.8		-455.8	-2.9
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	409.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	409.0	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Abweichung ist im wesentlichen auf die Miete der Räumlichkeiten für den Lernbereich Training und Transfer (LTT) zurückzuführen. Beim Vergleich zur Rechnung 2006 muss zudem berücksichtigt werden, dass im Jahre 2007 erstmals für das ganze Jahr die Mietkosten für den Campus in Münchenstein vollständig enthalten sind.
- 2) Die Reduktion steht im Zusammenhang mit dem Systemwechsel bezüglich der Entlohnung von Lehrenden. Die neuen Studienjahrgänge sind nicht mehr wie bis anhin beim BZG, sondern neu bei den Institutionen (öffentliche und öffentlich subventionierte Spitäler) angestellt (siehe auch 30 Personalaufwand). Demgegenüber entfallen sukzessive auch die Rückvergütungen der Institutionen ans BZG, was zu entsprechenden Mindereinnahmen führt.

Auftrag und Ziel

Das Ressort Berufsbildung/Amt für Berufsbildung und Berufsberatung ist verantwortlich für das Erbringen folgender Dienstleistungen gemäss Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG): Berufsinformation, Berufs- und Laufbahnberatung, Lehraufsicht, Ausbildung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. Zudem betreut es die Subventionsverhältnisse und koordiniert die Projekte im Bereich der Berufsbildung.

Es sollen damit folgende Wirkungen erreicht werden: Jugendliche und Erwachsene können sich über berufsrelevante Themen informieren; Jugendliche und Erwachsene sind in der Lage, eine ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende und realisierbare Berufs- oder Laufbahnwahl zu treffen; die Rahmenbedingungen für die Ausbildungstätigkeit der Betriebe sind gut; die Qualität der beruflichen Bildung entspricht dem Gesetz und den Anforderungen der jeweiligen Berufsgruppe; es besteht ein adäquates Lehrstellenangebot.

Produktgruppen

Berufsberatung und Berufsbildung

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Für das Ressort Berufsbildung im Jahr 2008 stehen - wie bereits in den Vorjahren - neben der Erbringung der gewohnten Dienstleistungen die Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes, die Unterstützung bei der Schaffung von Attestlehrstellen und die Verbesserung des Übergangs von der WBS in die Berufsbildung im Vordergrund. Neu engagiert sich das Ressort Berufsbildung für die Verbesserung der Berufsbildungschancen von Migrantinnen und Migranten.

Berufsberatung und Berufsbildung

Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes des Bundes (nBBG):

Während mehrerer Jahre stehen umfangreiche Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen BBG (seit 2004 in Kraft) an. Der Hauptaufwand entsteht bei den Berufsreformen. Im Budgetjahr treten 29 neue BBT-Bildungsverordnungen in Kraft. Ein Teil davon muss in der Region Basel von den Berufsfachschulen, den Lehrbetrieben sowie den Organisationen der Arbeitswelt (früher: Berufs- und Branchenverbände) unter Einbezug der Berufsberatung und der Prüfungsleitungen auf Lehrbeginn August 2008 koordiniert umgesetzt werden, und dies möglichst ohne Verlust von Lehrstellen. Zu diesem Zweck werden in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft sieben bikantonale Umsetzungsgruppen eingesetzt, die von Sachverständigen der Lehraufsicht der Ämter der beiden Basel geleitet werden.

Attestlehrstellen:

Eine wichtige Zielsetzung besteht in der Einführung, Bekanntmachung und Förderung der neuen zweijährigen beruflichen Grundbildung mit eidg. Berufsattest, ein wichtiges Angebot für die Abgängerinnen und Abgänger aus der Weiterbildungsschule (WBS) und der Schule für Brückenangebote. Unterstützend wirkt hier die Task Force "400 Attestlehrstellen" des Erziehungsdepartements und des Gewerbeverbands.

Übergang von der WBS in die Berufsbildung:

Das Ressort Berufsbildung engagiert sich weiter für die Verbesserung des Übergangs von der WBS in die Berufsbildung. Die Angebote "Last Minute" (Unterstützung von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Lehrstelle bei der Suche nach einer weiterführenden Anschlusslösung in letzter Minute durch die Berufsberatung) und "Mentoring" (individuelle Unterstützung von Jugendlichen auf Lehrstellensuche über einen längeren Zeitraum) werden bei Bedarf ausgebaut. Auch das Projekt "Casting" (Massnahmen zur Optimierung des Übergangs von den 9. Klassen und den Kleinklassen in die Berufsbildung) wird zusammen mit der WBS und dem Gewerbeverband weitergeführt und ausgebaut (neu E-Zug).

Verbesserung der Berufsbildungschancen von Migrantinnen und Migranten:

Die Eltern von jungen Migrantinnen und Migranten sollen befähigt werden, ihre Kinder im Berufswahlprozess unterstützen zu können. Im Projekt "Elternarbeit Migration" werden über die Migrantenvereine Moderatorinnen und Moderatoren gesucht. Sie werden geschult, so dass sie die Elternbildungsveranstaltungen durchführen können. Die Veranstaltungen werden von der Orientierungsschule und der Weiterbildungsschule durchgeführt (Beginn im Sommer 2008).

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.5	24.5	24.3	24.1	24.9
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'250	2'300	2'305	2'463	2'438
Maximale Wartefrist Berufsberatung	Tg	15.0	15.0	15.0	19.5	19.0
Lehrabbruchquote wegen mangelnder Ausbildung durch den Betrieb	%	1.0	1.0	1.0	1.0	1.5
Lehrstellen	Anz	4'900	4'900	4'957	4'698	4'606

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	3'967.6	3'904.3	3'910.4	63.3	1.6	
31 Sachaufwand	807.3	607.2	575.6	200.1	33.0	¹⁾
36 Eigene Beiträge	9'627.2	3'881.4	3'581.6	5'745.8	148.0	²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	14'402.1	8'392.9	8'067.6	6'009.2	71.6	
43 Entgelte	-265.4	-273.7	-255.4	8.3	3.0	
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-177.7	-240.2	177.7	100.0	³⁾
4 Ertrag	-265.4	-451.4	-495.6	186.0	41.2	
Ordentlicher Nettoaufwand	14'136.8	7'941.5	7'572.0	6'195.3	78.0	
davon Produktgruppe(n):						
Berufsberatung und Berufsbildung	14'136.8	7'941.5		6'195.3	78.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 245 enthalten.
- 2) Die Ausgaben gemäss dem Regionalen Schulabkommen (RSA) an andere Kantone von TCHF 4'032 und die Spesenentschädigungen an die Lernenden für den ausserkantonalen Schulbesuch von TCHF 348 werden neu im Ressort Berufsbildung budgetiert (bisher: Berufsfachschulen). Aufgrund der Neuregelung der Bundessubventionen gehen die folgenden Beiträge an das Ressort Berufsbildung über (s. Begründung DST 2100):
- Beiträge für Überbetriebliche Kurse und Weiterbildungskurse von TCHF 415
 - Beiträge an private Veranstalter für Ausbildungskurse von TCHF 45
 - Beiträge für Lehrabschlussprüfungen und Prüfungsvorbereitungen von TCHF 440
 - Beiträge für Lehrbetriebe Basel (LBB) von TCHF 465
- 3) Die Bundessubventionen für die Berufsbildung werden neu zentral in der DST 2100 budgetiert.

Auftrag und Ziel

Das Ressort Hochschulen leitet und koordiniert den Hochschulbereich des Kantons. Es ist zudem vorgesetzte Stelle des Amtes für Ausbildungsbeiträge.

Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für weitere subventionierte Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Schweizerische Tropeninstitut und die Volkshochschule beider Basel nimmt das Ressort Koordinationsaufgaben wahr und ist für die Verbindung zu den politischen Instanzen (Bundesbehörden, interkantonale Gremien, Grosser Rat, Regierungsrat) zuständig.

Produktgruppen

Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen
Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen
Allgemeine Erwachsenenbildung
Musikalische Bildung im nicht berufsbildenden Bereich

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
AF 2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Für das Ressort Hochschulen stehen im Budgetjahr Raumfragen an der Universität, die Zusammenarbeit des Schweizerischen Tropeninstituts mit der ETH Lausanne und die Integration des Hochschulbereichs der Musik-Akademie in die FHNW im Vordergrund.

Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen

Gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel:

Nach der erfolgreichen Volksabstimmung im Kanton Basel-Landschaft vom März 2007 ist der Staatsvertrag BS/BL über die gemeinsame Trägerschaft rückwirkend auf den 1.1.2007 in Kraft getreten. In der nun laufenden Leistungsperiode 2007 - 2009 steht die Vorbereitung und Umsetzung der universitären Raumstrategie im Vordergrund.

Zusammenarbeit Schweiz. Tropeninstitut (STI) mit der ETH:

Im Hinblick auf die neue Subventionsperiode 2008 - 2012 soll der Beitrag des Bundes moderat erhöht werden. Parallel dazu ist eine strategische Allianz zwischen dem STI und der ETH Lausanne zur Erforschung von Infektionskrankheiten umzusetzen.

Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen

Hochschulbereich der Musik-Akademie der Stadt Basel:

Ab dem Jahr 2008 werden die Musikhochschule und die Schola Cantorum Basiliensis in die FHNW integriert.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.0	3.0	2.6	7.9	7.9	
Studierende an der Universität Basel	Anz	10'500	10'500	10'100	9'748	9'228	
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'000	4'000	4'060	3'983	3'930	¹⁾
Studierende an der FHNW	Anz	6'500	6'200	6'162			²⁾

Kommentar

- 1) Angesichts der demographischen Situation unserer Region bedeutet eine gleichbleibende Zahl an Studierenden aus BS und BL bereits ein Wachstumsziel. Es ist vorgesehen, das in Basel 2020 vorgesehene Ansteigen der Gesamtzahl über ein Anwachsen ausserkantonaler Studierender zu erreichen.
- 2) Zahlenangaben können erst ab dem Gründungsjahr 2006 gemacht werden. Für die FHNW ist im Rahmen gleichbleibender Trägerbeiträge ein moderates Studierendenwachstum vorgesehen.

Finanzen (in TCHF)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
(GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)				%	
30 Personalaufwand	451.3	452.0	456.6	-0.7	-0.2
31 Sachaufwand	1'323.6	575.1	595.3	748.5	130.2 ¹⁾
36 Eigene Beiträge	187'958.4	196'465.4	142'807.5	-8'507.0	-4.3 ²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	189'733.3	197'492.5	143'859.4	-7'759.2	-3.9
43 Entgelte	-6.1	-5.8	-1'197.0	-0.3	-5.2 ³⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-5'815.0	-4'450.5	5'815.0	100.0 ⁴⁾
4 Ertrag	-6.1	-5'820.8	-5'647.5	5'814.7	99.9
Ordentlicher Nettoaufwand	189'727.2	191'671.6	138'211.9	-1'944.4	-1.0
davon Produktgruppe(n):					
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	137'099.4	138'047.7		-948.3	-0.7
Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen	39'655.2	42'586.4		-2'931.2	-6.9 ⁵⁾
Allgemeine Erwachsenenbildung	598.1	544.1		54.0	9.9
Musikalische Bildung im nicht berufsbildenden Bereich	12'374.6	10'493.4		1'881.2	17.9 ⁶⁾
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	10'000.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	10'000.0	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 819 enthalten.
- 2) Die Integration der Musikhochschule und der Schola Cantorum in die FHNW führt zu einer deutlichen Entlastung des Budgets des Kantons Basel-Stadt. Mit der Integration entfallen aber auch die bisherigen Kantonsbeiträge anderer Kantone und die Bundessubventionen für den Fachhochschulteil der Musikakademie (siehe 46 Beiträge für eigene Rechnung).
Ein Vergleich mit der Rechnung 2006 ist nur noch bedingt möglich, da mit der neuen gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel ab 1.1.2007 innerhalb des Kantons Basel-Stadt grössere Budgetverschiebungen (u. a. klinische Lehre & Forschung, Apparateratschlag, Mietabgeltungen) an das Ressort Hochschulen respektive zum Globalbudget der Universität stattgefunden haben.
- 3) Die Rechnung 2006 beinhaltet eine einmalige ausserordentliche Einnahme im Zusammenhang mit der Rückführung freier Reserven/Gelder der FHBB an den Kanton Basel-Stadt als Folge des Zusammenschlusses zur FHNW.
- 4) Die Kantonsbeiträge anderer Kantone und die Bundessubventionen für den Fachhochschulteil der Musikakademie entfallen als Folge der Integration in die FHNW ab 1.1.2008 (siehe auch 36 Eigene Beiträge).
- 5) Die Integration des Fachhochschulteils der Musikakademie in die FHNW führt zu einer Budgetreduktion gegenüber dem Vorjahr.
- 6) TCHF 799 betreffen die neue interne Miete, TCHF 400 die Integration der Jazzschule und TCHF 500 die nötige Budgetanpassung für die versicherungstechnische Finanzierung bei der Pensionskasse Basel-Stadt für die Musikakademie. Die restliche Abweichung ist teuerungsbedingt.

Auftrag und Ziel

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen; Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen; Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse.

Produktgruppen

Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.4 Kulturförderung und -pflege

Tätigkeiten und Projekte

2008 wird die Archäologische Bodenforschung (ABBS) - neben der Erfüllung ihres Grundauftrages - mit der Durchführung von zwei Grossgrabungen ausgelastet sein. Im Herbst 2008 führt die ABBS in Kooperation mit dem Historischen Museum Basel eine grosse Sonderausstellung zur Archäologie in Basel durch. Dazu erscheint eine umfangreiche Begleitpublikation.

Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen:

Grosse Ressourcen werden die Rettungsgrabungen in der spätkeltischen Siedlungsstelle Basel Gasfabrik binden: Mit der Realisierung des Projektes Campus plus stehen nochmals aussergewöhnlich grosse Rettungsgrabungen an. 2008 sind dazu im Rheinhafen die ersten vorgezogenen Ausgrabungen geplant. Der Umbau des Museums der Kulturen wird 2008 zu einer weiteren Grossgrabung auf dem Münsterhügel führen. Daneben gilt es, zahlreiche kleinere Notgrabungen zu bewältigen.

Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen:

Die Sicherungsmassnahmen im Archiv durch Digitalisierung bzw. Mikroverfilmung werden weitergeführt. Die Fundinventarisierung der Siedlung Gasfabrik wird intensiviert. Zusammen mit Immobilien Basel-Stadt und dem Ressort Kultur wird ein geeignetes, zentrales Funddepot gesucht.

Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse:

Im Budgetjahr erfolgt die Herausgabe des Jahresberichts 2006, eines weiteren Bandes "Archäologische Denkmäler in Basel" und eines Materialhefts. Zusammen mit dem Historischen Museum Basel gibt die Archäologische Bodenforschung eine umfangreiche Begleitpublikation zur Sonderausstellung "Unter uns. Archäologie in Basel" heraus. Weitere Aktivitäten im Bereich Vermittlung sind im 2008 die Museumsnacht, Führungen, Medienmitteilungen etc.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	22.6	22.6	21.9	24.0	24.3	
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	80	80	90	88	90	¹⁾
Anteil der Funde, die inventarisiert und zugänglich aufbewahrt sind	%	37	36	33	32	31	²⁾
Publikationen (Jahresbericht/Materialhefte oder Arch. Denkmäler) pro Jahr	Anz	3	2	3	3	3	

Kommentar

- 1) Die Grossgrabungen wegen des Projekts "Campus plus" und des Umbaus des Museums der Kulturen werden die personellen Ressourcen der ABBS binden. Eine Betreuung der übrigen archäologischen Fundstellen auf dem Kantonsgebiet wird 2008 während gewissen Zeiten nur sehr eingeschränkt möglich sein.
- 2) Obwohl die Inventarisierung der Funde aus der Siedlung Gasfabrik intensiviert wird, können die grossen Rückstände nur bedingt aufgearbeitet werden, da es durch die neuen Grossgrabungen von 2008 zu vielen Neufunden kommen wird.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30	Personalaufwand	3'023.1	3'001.1	2'893.2	22.0	0.7
31	Sachaufwand	774.8	607.9	2'051.5	166.9	27.5 ¹⁾
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'797.9	3'609.0	4'944.6	188.9	5.2
42	Vermögenserträge	-21.8	-21.8	-4.6	0.0	0.0
43	Entgelte	-78.7	-83.1	-139.0	4.4	5.3
46	Beiträge für eigene Rechnung	-101.5	-143.5	-169.0	42.0	29.3
4	Ertrag	-202.0	-248.4	-312.6	46.4	18.7
Ordentlicher Nettoaufwand		3'595.9	3'360.6	4'632.0	235.3	7.0
davon Produktgruppe(n):						
Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes		3'595.9	3'360.6		235.3	7.0

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 158 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Ressort Kultur fördert und unterstützt über Beiträge an Institutionen, Festivals, frei schaffende Künstlerinnen und Künstler das aktuelle Kulturschaffen und die Kulturvermittlung in den Sparten bildende Kunst, Theater und Tanz, Musik, Literatur und Audiovision, und setzt sich in verschiedenen Gremien für kulturpolitische Belange und Anliegen ein. Mit seinen Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Denkmalpflege bewahrt und pflegt es das kulturelle Erbe, die fünf staatlichen Museen pflegen ihre Sammlungen, vermitteln diese an das Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten wissenschaftliche Forschung. Das Ressort Kultur pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an. Die Museumsdienste gewinnen mit geeigneten Massnahmen neues Publikum, über Education Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen und Jugendlichen gefördert. In verschiedenen Gremien (Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten, Konferenz der Schweizer Kulturstädte, Oberrheinkonferenz u.a.m.) setzt sich das Ressort Kultur für den regionalen und nationalen Austausch, für Synergien und gemeinsame kulturpolitische Anliegen ein.

Produktgruppen

Förderung des Kunstschaffens

Stabsleistungen Kultur

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.4 Kulturförderung und -pflege

AF 2.4 Kulturförderung und -pflege

Tätigkeiten und Projekte

Zu den wesentlichen Aufgaben des Ressorts Kultur im Jahr 2008 zählen unter anderem die Vorbereitungsarbeiten für ein Kulturgesetz für den Kanton Basel-Stadt, das Engagement in den Partnerschaftsverhandlungen BS/BL und die Unterstützung der Education Projekte.

Förderung des Kunstschaffens

Education Projekte:

Das Ressort Kultur initiiert und finanziert die Education Projekte Region Basel. Zentrale Anliegen dabei sind die Vermittlung von Kultur an ein junges Publikum und das Erleben des Potenzials kultureller Tätigkeit für die individuelle, soziale und integrative Entwicklung. Im 2006 und 2007 sind die ersten vier konkreten Projekte mit der basel sinfonietta, dem Kammerorchester Basel, dem Sinfonieorchester Basel und dem Tanzensemble Cathy Sharp zusammen mit verschiedenen Schulklassen öffentlich aufgeführt worden. 2008 folgen weitere Projekte.

Stabsleistungen Kultur

Partnerschaftsverhandlungen BS/BL:

Kernpunkt der aktuellen Partnerschaftsverhandlungen BS/BL im Teilprojekt Kultur ist das Theater Basel. Diskutiert werden die beiden Modelle "gemeinsame Trägerschaft" und "Leistungseinkauf".

Kulturgesetz:

Der Regierungsrat ist durch die Motion V. Herzog beauftragt, bis im Herbst 2008 ein Kulturgesetz für den Kanton Basel-Stadt auszuarbeiten. Der Zeitplan sieht vor, dass im Budgetjahr ein Entwurf für einen Gesetzestext in die Vernehmlassung gegeben wird.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.1	9.9	9.1	9.6	9.8
Theater Basel: Zahlende Besucherinnen und Besucher aller Sparten	Anz	170'000	200'000	178'000	177'781	188'239 ¹⁾
Sinfonieorchester Basel (SOB): Anzahl Auftritte (Konzerte und Theater Basel)	Anz	145	151	141	143	177
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche (Kunstkredit, Kulturpauschale, Fachausschüsse BS/BL, Lotteriefonds BS)	Anz	930	935	920	922	918
Zahlende Besucherinnen und Besucher Museumsnacht	Anz	22'000	21'600	21'205	21'016	21'863

Kommentar

- 1) Aus Kostengründen können im Jahr 2008 weniger Kleinveranstaltungen durchgeführt werden. Dies führt im Vergleich mit den Vorjahren zu einem entsprechenden Rückgang der Zahl der Besucherinnen und Besucher.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	1'523.8	1'493.0	1'505.9	30.8	2.1
31 Sachaufwand	1'590.4	950.6	987.1	639.8	67.3 ¹⁾
36 Eigene Beiträge	59'407.8	58'714.8	61'374.3	693.0	1.2 ²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	62'521.9	61'158.3	63'867.3	1'363.6	2.2
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	
43 Entgelte	-73.7	-105.1	-87.0	31.4	29.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-420.0	-420.0	-451.9	0.0	0.0
4 Ertrag	-493.7	-525.1	-539.0	31.4	6.0
Ordentlicher Nettoaufwand	62'028.2	60'633.3	63'328.3	1'394.9	2.3
davon Produktgruppe(n):					
Förderung des Kunstschaffens	60'194.0	59'340.0		854.0	1.4
Stabsleistungen Kultur	1'834.2	1'293.3		540.9	41.8
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	475.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	475.0	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 75 enthalten. Im Zuge der Neuregelung der Sachversicherungsprämien Kunst, welche zur einer deutlichen Reduktion der Versicherungskosten bei den einzelnen staatlichen Museen führte, wurde gemäss RRB vom 10. Juli 2007 beschlossen, dass ein Teil dieser eingesparten Mittel den Museen wieder zur Verfügung gestellt werden soll. In diesem Zusammenhang wurde eine zentrale Budgetposition für Sonderausstellungen über TCHF 500 geschaffen. Die restliche Abweichung entfällt auf diverse kleinere Budgetanpassungen u. a. für "Education Projekte TCHF 50" oder EDV-Dienstleistungen im Sachbereich.
- 2) In Anlehnung an das Budgetpostulat Beat Jans ist ab dem Jahre 2008 für den Rockförderverein eine neue Subvention über TCHF 300 eingestellt worden. Weiter erfolgten folgende Subventionsanpassungen (in TCHF): Allgemeine Bibliotheken +120, Education-Projekte +130, Kulturbüro neu 50, Basler Kunstverein +50, ARK Ausstellungsraum Klingental neu 35, Doku-Stelle neu 25 und für projektbezogene Förderung +140. Da nun auf die A&L-Sparmassnahme beim Beyeler Museum verzichtet wird, muss dort die bereits im 2007 in Abzug gebrachte erste Sparbranche von TCHF 143 wieder ausgeglichen werden. Reduzierend wirken sich hingegen die A&L-Massnahmen beim Basler Orchester mit TCHF -300 aus.

Auftrag und Ziel

Die Aufgaben der Basler Denkmalpflege sind in § 6 der Verordnung zum Gesetz über den Denkmalschutz aufgeführt. Im Wesentlichen gehören dazu: Inventarisierung und Erforschung; Durchführung baugeschichtlicher Untersuchungen; Beratung der Bauherren und Architekten in denkmalpflegerischen Fragen; Mitwirkung in Baubewilligungsfragen; Verwaltung der Denkmalpflegesubventionen; fachliche Bearbeitung im Verfahren auf Eintragung im Denkmalverzeichnis; Führung des Denkmalverzeichnisses; Erstellen und Revidieren eines Denkmälerinventars; Grundlagenbeschaffung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Beratung von Privaten und Behörden. Im Zusammenhang mit diesen Aufgaben unterhält die Basler Denkmalpflege eine umfangreiche Dokumentation und ein Bauteillager. Ausserdem ist ihr das Museum "Kleines Klingental" mit dem dazugehörigen Vermietungsbetrieb angeschlossen. Das Ziel der Tätigkeit ist die Erhaltung des baulichen Erbes als Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Als Denkmäler gelten dabei Bauten, Baugruppen und Anlagen, die wegen ihres kulturellen, geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Wertes erhaltenswürdig sind. Diese Werte sind zu erforschen und in ihrem gewachsenen Zusammenhang zu sichern.

Produktgruppen*Erhaltung des baulichen Erbes*Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)*AF 2.4 Kulturförderung und -pflege*

Tätigkeiten und Projekte

Im Bereich der herkömmlichen Aufgaben der Inventarisierung, der Bauforschung sowie der Projektberatung und Restaurierungsbetreuung an historischen Bauten sind vermehrt auch die Baudenkmäler des 20. Jahrhunderts zu beachten. Als Sonderaufgabe nimmt die Denkmalpflege die Weiterführung der Kunstdenkmäler-Inventarisierung in Basel im Rahmen des Forschungsprojektes "Die Kunstdenkmäler der Schweiz" wahr.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	18.4	18.4	16.8	14.8	15.8
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	600	600	638	663	1)
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	90	90	92	98	104
Publikums-Führungen	Anz	30	30	65	40	26
Besucher Museum Kleines Klingental	Anz	16'000	16'000	21'105	17'300	14'687

Kommentar

1) Die Zahl für das Jahr 2004 liegt nicht vor, da mit der Erhebung erst ab 2005 begonnen wurde.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	2'914.5	2'872.2	2'602.8	42.3	1.5
31 Sachaufwand	1'077.6	555.8	927.5	521.8	93.9 1)
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'992.1	3'428.0	3'530.3	564.1	16.5
42 Vermögenserträge	-115.0	-90.0	-117.5	-25.0	-27.8
43 Entgelte	-154.8	-154.0	-158.1	-0.8	-0.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-11.0	0.0	11.0	100.0
4 Ertrag	-269.8	-255.0	-275.6	-14.8	-5.8
Ordentlicher Nettoaufwand	3'722.3	3'173.0	3'254.7	549.3	17.3
davon Produktgruppe(n):					
Erhaltung des baulichen Erbes	3'722.3	3'173.0		549.3	17.3
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'672.7	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	1'672.7	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 438 enthalten.

Auftrag und Ziel

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung, die Schulen und subventionierte Institutionen (ca. 1'800 Artikel). Sie ist Zentralstelle für die Vergabe von Druckaufträgen der kantonalen Verwaltung, produziert Drucksachen und überwacht bei allen Drucksachen das Erscheinungsbild (Corporate Design). Sie beschafft und produziert die Lehrmittel für die Schulen und ist verantwortlich für die termingerechten Auslieferungen (ca. 750 Lehrmittel).

Mit der zentralen Beschaffung können die gesetzlichen Anforderungen des Submissionsgesetzes leichter eingehalten werden. Durch die Bündelung und die Zusammenfassung des Bedarfs können die Einkaufskonditionen erheblich verbessert werden. Zudem können die ökologischen Vorgaben bei der Beschaffung berücksichtigt werden. Mit dem Ressourcenpooling wird sichergestellt, dass die Schulen mit dem vorgegebenen Schulmaterial rechtzeitig ausgerüstet werden. Mit der zentralen Vergabe von Drucksachen wird sichergestellt, dass die Vorgaben für ein einheitliches Erscheinungsbild eingehalten und die Offerten der Druckereien von Fachleuten kontrolliert und in der Folge die Aufträge kostengünstig vergeben werden.

Produktgruppen

Zentrale Materialdienste

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.6 Zentrale Materialdienste

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr sind keine besonderen Projekte vorgesehen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.0	15.0	14.0	15.0	15.0
Bestellungen bei der Materialzentrale insgesamt (ohne Drucksachen)	Anz	6'800	6'500	6'667	6'069	6'606
Bestellungen, die elektronisch im Online-Store eingehen (ohne Drucksachen)	Anz	2'800	2'550	2'732	2'391	2'094
Durch die Materialzentrale beschaffte und abgerechnete Kopiersysteme	Anz	600	500	438	100	97 ¹⁾
Lieferanten	Anz	130	130	138	137	143

Kommentar

- 1) Im Jahr 2005 ist erstmals eine Submission für die Lieferung von Fotokopiergeräten durchgeführt worden, weshalb die Anzahl der über die Materialzentrale beschafften Systeme seither deutlich ansteigt. Nach Auslaufen bestehender Verträge ist mit rund 800 Kopiersystemen zu rechnen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	1'749.5	1'716.6	1'631.4	32.9	1.9
31 Sachaufwand	6'959.1	6'000.4	6'677.9	958.7	16.0 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'708.6	7'717.1	8'309.3	991.5	12.8
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	
43 Entgelte	-7'433.1	-6'492.3	-7'477.1	-940.8	-14.5 ¹⁾
4 Ertrag	-7'433.1	-6'492.3	-7'477.1	-940.8	-14.5
Ordentlicher Nettoaufwand	1'275.5	1'224.7	832.2	50.8	4.1
davon Produktgruppe(n):					
Zentrale Materialdienste	1'275.5	1'224.7		50.8	4.1

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Abweichung beim Sachaufwand ist vorwiegend auf die zentrale Abrechnung der von der Materialzentrale beschafften Kopiergeräte zurückzuführen, welche im Jahr 2008 erstmals im Budget erfasst worden ist. Bei den Entgelten fallen durch die interne Weiterverrechnung dieser Kosten an die Dienststellen der kantonalen Verwaltung entsprechende Mehreinnahmen an.

Auftrag und Ziel

Das Ressort Dienste umfasst die Abteilungen Sonderpädagogik, Sozialpädagogik, Erwachsene Behinderte und Tagesbetreuung sowie den Heilpädagogischen und den Logopädischen Dienst (zusätzlich auch die Materialzentrale, welche aber im Budget als eigene Dienststelle geführt wird).

Die Abteilung Sonderpädagogik plant und steuert das Sonderschulangebot für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung. Sie finanziert auch die integrative Schulung in Regelklassen und fördert und unterstützt dieses Angebot. Die Heilpädagogische Schule ist Teil der Abteilung.

Die Abteilung Sozialpädagogik plant und steuert die Angebote der stationären Jugendhilfe. Sie bewilligt und beaufsichtigt die Heime und die Pflegefamilien im Kanton Basel-Stadt. Weiter finanziert sie die Fremdunterbringung von Kindern mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt. Die vier staatlichen Schulheime sind Teil der Abteilung Sozialpädagogik.

Die Abteilung Erwachsene Behinderte ist für die Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Wohn- und Arbeitsangebotes für erwachsene Menschen mit einer Behinderung zuständig. Sie führt das "Kantonale Wohnen" und die "Kantonalen Förderstätten".

Die Abteilung Tagesbetreuung stellt ein ausreichendes Angebot an Plätzen in Tagesheimen und Tagesfamilien sicher. Zudem ist sie für die Mitfinanzierung der Quartiertreffpunkte und des Stadtteilsekretariates verantwortlich.

Der Heilpädagogische Dienst berät und unterstützt Eltern mitentwicklungsauffälligen oder behinderten Kindern im Vorschulalter bzw. behinderten Kindern im Schulalter. Daneben bietet er pädagogisch-therapeutische Massnahmen für Kinder im Vorschulalter an.

Der Logopädische Dienst ist für die Abklärung und Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Sprachauffälligkeiten zuständig.

Produktgruppen

Sonderschulung

Dienstleistungen für behinderte/entwicklungsauff. Kinder (HPD)

Logopädische Interventionen (LPD)

Stationäre Jugendhilfe

Behindertenhilfe

Tagesbetreuung von Kindern

Quartierarbeit und Beratungsstellen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 2.1 Volksschulbildung

AF 2.1 Volksschulbildung

AF 2.1 Volksschulbildung

AF 2.6 Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe

AF 2.6 Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe

AF 2.7 Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit

AF 2.7 Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit

Tätigkeiten und Projekte

Im Rahmen der Verwaltungsreorganisation RV09 gibt das Ressort Dienste sowohl Aufgaben anderen Departementen ab wie auch neue Aufgaben übernommen werden. Die Vorbereitung dieser umfangreichen Arbeiten bildet einen Arbeitsschwerpunkt.

Sonderschulung

Es gilt, die NFA umzusetzen. Neu ist der Kanton allein für die Sonderschulung verantwortlich. Weiterer Schwerpunkt bildet die Fortsetzung des Ausbaus der integrativen Schulung.

Behindertenhilfe

Neben der Umsetzung der NFA gilt es, das Projekt der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die Einführung arbeitserhaltender Massnahmen zur Vorbeugung von Invalidisierungen weiterzuführen. Vorbereitet wird zudem die Übergabe der Wohnheime und Förderstätten an die Bürgergemeinde.

Tagesbetreuung von Kindern

Eine neue Datenbanklösung soll helfen, das verfassungsmässige Recht auf Tagesbetreuung in angemessener Zeit umzusetzen. Die neue Lösung berücksichtigt die vorhandenen Einwohner- und Steuerdaten im kantonalen Datenmarkt.

Stationäre Jugendhilfe

Die periodische gemeinsame Bedarfsplanung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird auf einer neuen, total überarbeiteten Grundlage durchgeführt. Das "Projekt Notbetten" wird ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft umgesetzt: Kinder und Jugendliche ab sieben Jahren erhalten in einer Krisensituation kurzfristig Schutz (siehe www.notbetten.ch).

Abweichungen/Erläuterungen Finanzen (siehe Seite rechts)

3) Die Erhöhung infolge der NFA beträgt im Behindertenbereich TCHF 56'800 und im Sonderschulbereich TCHF 23'100. Die Erhöhung der bisherigen Einzelposten im Behinderten- und Tagesbetreuungsbereich ist mit TCHF 4'240 veranschlagt. Weitere Anpassungen im Pauschalbereich bei den Subventionen in der Behindertenhilfe und in einigen anderen Bereichen betragen TCHF 1'158. Der restlichen Budgeterhöhung stehen entsprechende Mehreinnahmen gegenüber (siehe 46).

4) Anpassung für Rückerstattungen aus definitiven Abrechnungen bei Platzierungen von Kindern/Jugendlichen an die Rechnung 2006.

5) Aufgrund der Systemumstellung NFA stehen den Mehreinnahmen für die Verrechnung von Pauschalen im sonderschulischen Bereich entsprechende Mehrausgaben gegenüber (siehe 36).

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	336.9	334.4	331.2	330.1	345.1 ¹⁾
Kinder/Jugendliche mit Behinderung in separativem oder integrativem Schulungsangebot (per 1. September)	Anz	525	525	527	513	509
Kinder/Jugendliche mit Abklärung, Beratung und/oder Behandlung durch Heilpädagogischen Dienst	Anz	850	875	816	873	
Kinder/Jugendliche mit Abklärung und/oder Behandlung durch Logopädischen Dienst	Anz	2'400	2'200	2'083	2'281	
Fremdunterbringung von Kindern/Jugendlichen in stationären Einrichtungen und Pflegefamilien	Anz	900	900	891	882	897
Stationär betreute Erwachsene mit Behinderung und mit Bezug Ergänzungsleistungen Kanton (per 31. Oktober)	Anz	750	745	743		
Kinder in vom Kanton mitfinanzierten Tagesheimen oder -familien (per 31. Oktober)	Anz	1'900	2'000	1'813	1'811	1'793 ²⁾

Kommentar

- 1) Die Einführung der NFA benötigt 2.5 zusätzliche Stellen.
- 2) Bei den Zahlen 2005 waren noch 50 Plätze des Tagesheimes Wirbelwind enthalten. Diese Plätze werden inzwischen von einer privaten Trägerschaft geführt und ganz vom Universitätsspital mitfinanziert. So gerechnet beträgt die Zunahme 2005/2006 somit 52 und nicht 2 Kinder. Die Prognose 2008 ist reduziert, da mit einer Verlagerung von Kindern im Schulalter aus den Tagesheimen in die neuen Schulen mit Tagesstrukturen zu rechnen ist.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	49'729.2	47'506.0	49'468.1	2'223.2	4.7 ¹⁾
31 Sachaufwand	9'276.4	5'988.0	6'449.3	3'288.4	54.9 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	11.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	184'386.5	91'441.6	93'522.4	92'944.9	101.6 ³⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	243'392.1	144'935.5	149'450.8	98'456.6	67.9
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-0.2	0.0	
43 Entgelte	-8'544.5	-7'764.5	-9'986.1	-780.0	-10.0 ⁴⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-32'103.0	-24'794.0	-27'734.7	-7'309.0	-29.5 ⁵⁾
4 Ertrag	-40'647.5	-32'558.5	-37'721.0	-8'089.0	-24.8
Ordentlicher Nettoaufwand	202'744.6	112'377.0	111'729.8	90'367.6	80.4
davon Produktgruppe(n):					
Sonderschulung	36'776.7	12'554.4		24'222.3	192.9
Dienstleistungen für behinderte/entwicklungsauff. Kinder (HPD)	2'072.6	2'578.1		-505.5	-19.6
Logopädische Interventionen (LPD)	3'122.6	2'978.8		143.8	4.8
Stationäre Jugendhilfe	46'839.1	44'015.9		2'823.2	6.4
Behindertenhilfe	88'910.8	26'165.5		62'745.3	239.8
Tagesbetreuung von Kindern	23'543.4	22'569.8		973.6	4.3
Quartierarbeit und Beratungsstellen	1'479.3	1'514.5		-35.2	-2.3

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) In den Heilpädagogischen Schulen und Kindergärten musste der Personalaufwand an das vorgegebene heilpäd. Konzept angepasst werden (TCHF 1'000). Das Sonderschulheim Zur Hoffnung ist nun voll belegt, so dass auch der Personalaufwand angepasst werden musste (TCHF 600). Die beiden Erhöhungen werden zur Hälfte mit Mehrerträge kompensiert. Die restliche Abweichung ist auf die allg. Personalmassnahmen zurückzuführen.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 3'268 enthalten.
- 3) siehe Seite links
- 4) siehe Seite links
- 5) siehe Seite links

6.2.3 Finanzdepartement

Departementssekretariat	FD-401
Finanzverwaltung	FD-403
Steuerverwaltung	FD-404
Immobilien Basel-Stadt	FD-405
Zentrale Informatik-Dienststelle	FD-406
Zentraler Personaldienst	FD-409

Auftrag und Ziel

Der Departementsstab berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Er stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt der Departementsstab für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt er die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt er die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Departementssekretariat administrativ angegliedert ist die Steuerrekurskommission.

Produktgruppen

Rekurskommissionen

Stabsleistungen FD

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 7.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und Projekte

Auch im Budgetjahr 2008 befasst sich das Departementsekretariat mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählen die Projektkoordination im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft sowie die Verwaltungsreorganisation aufgrund der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. Hinzu kommt die Mitwirkung beim Grossprojekt "Neunutzung Hafen St. Johann" sowie das Pilotprojekt "Come back".

Stabsleistungen FD

Partnerschaftsverhandlungen BS/BL:

Dem Departementsekretariat obliegt die Gesamt-Koordination der Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen BS/BL. Bei zwei neuen Teilprojekten (Teilprojekt 6: Zusammenlegen von Dienststellen, Teilprojekt 7: Konkretisierung Leistungseinkauf) hat das Departementsekretariat zudem die Co-Projektleitung inne.

Verwaltungsreorganisation:

Das Departementsekretariat nimmt die Koordinationsfunktion bei den Arbeiten zur Verwaltungsreorganisation innerhalb des Finanzdepartements wahr.

"Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus":

Das Finanzdepartement wirkt weiterhin sowohl in der Gesamtprojektsteuerung als auch in der fachlichen Gesamtprojektleitung des Projekts 'Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus' mit.

"Neuordnung Kanton/Einwohnergemeinden (NOKE)":

Das Finanzdepartement wirkte sowohl im Lenkungsausschuss als auch in der Projektleitung des Projekts "NOKE" mit. Die Projektarbeiten sind inzwischen abgeschlossen, der Grosse Rat hat das neue Finanz- und Lastenausgleichsgesetz (FiLaG) im Sommer 2007 genehmigt. Dieses soll möglichst per 1.1.2008 in Kraft treten; dann geht es um die konkrete Implementierung des neuen Finanz- und Lastenausgleichs.

Pilotprojekt "Come back":

Das ganze Finanzdepartement nimmt am Pilotprojekt "Come back" teil, das vom 1. Juni 2006 bis zum 31. Dezember 2008 dauert. Die Personalabteilung stellt dabei die operative Umsetzung sicher und ist in der Steuergruppe vertreten, welche die strategische Führung des Projekts wahrnimmt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.4	17.8	17.8	18.8	18.9	
Auszubildende Lehrlinge	Anz	15	13	10	8	7	¹⁾
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse (Behandlung im GR)	Anz	25	25	29	15	24	²⁾
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse/Beschwerden	Anz	155	160	148	182	137	³⁾

Kommentar

- 1) KV-Lernende, Informatiker und Attest-Lehrstellen
 2) Motionen, Anzüge, Kleine Anfragen, Interpellationen, Planungsaufträge, Planungsanträge, Budgetpostulate
 3) Die Prognose 2008 stellt den Mittelwert der eingegangenen Rekurse/Beschwerden der Jahre 2003-2006 dar.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07 %		*
30	Personalaufwand	2'238.0	2'545.4	2'648.8	-307.4	-12.1	¹⁾
31	Sachaufwand	1'305.9	3'524.7	3'338.4	-2'218.8	-63.0	²⁾
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'543.9	6'070.2	5'987.2	-2'526.3	-41.6	
43	Entgelte	-98.8	-100.0	-337.8	1.2	1.2	
4	Ertrag	-98.8	-100.0	-337.8	1.2	1.2	
Ordentlicher Nettoaufwand		3'445.1	5'970.2	5'649.4	-2'525.1	-42.3	
<i>davon Produktgruppe(n):</i>							
<i>Rekurskommissionen</i>		211.5	284.5		-73.0	-25.7	
<i>Stabsleistungen FD</i>		3'233.6	5'685.7		-2'452.1	-43.1	
5	Ausgaben Investitionen	30'500.0	43'500.0	0.0	-13'000.0	-29.9	
6	Einnahmen Investitionen	-3'600.0	-300.0	0.0	-3'300.0	-999.9	
Nettoinvestitionen VV (NIV)		26'900.0	43'200.0	0.0	-16'300.0	-37.7	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die 3 Stellen der Informatik-Betriebsgruppe Storch werden per 1.1.2008 zur ZID transferiert.
 2) Im Sachaufwand sind neu nur noch die internen Mieten für das Departementssekretariat in Höhe von TCHF 206.1 enthalten. Bisher wurden die Mieten für das gesamte Storchengebäude zentral beim Departementssekretariat budgetiert (B 2007: TCHF 2'340).

Auftrag und Ziel

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Gewährung und Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen.

Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtsstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Budgetierung, Rechnungslegung, Finanz- und Investitionsplanung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Auch der gesamtsstaatliche Zahlungsverkehr wird zentral in der Finanzverwaltung abgewickelt.

Ein weiterer Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft, Finanzpolitik sowie Informatik und Organisation.

Der Bereich SAP/MIS (Management Informationssystem) ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtsstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich. Den Anwendern soll ein zweckmässiges System mit hoher Verfügbarkeit und einem hohen Integrationsgrad bezüglich den betriebswirtschaftlichen Prozessen zur Verfügung stehen.

Produktgruppen

Interne Finanzdienstleistungen

Controlling und Beratungsdienstleistungen

SAP/MIS Betrieb und Entwicklung

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.2 Zentrale Finanzdienste

RF 8.2 Zentrale Finanzdienste

RF 8.2 Zentrale Finanzdienste

Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen sind folgende Projekte und Tätigkeiten bei den Produktgruppen vorgesehen:

Interne Finanzdienstleistungen

Betrieb und Weiterentwicklung CEFIS (Center für Finanz-Support):

Mit dem kantonalen Projekt CEFIS wird den Departementen und Gerichten die Gelegenheit geboten, ihre Rechnungswesenorganisation weiter zu optimieren. Das Finanzdepartement hat diese Gelegenheit genutzt und im 2007 für seine Dienststellen ein CEFIS in der Finanzverwaltung eingerichtet. Im 2008 wird die Weiterentwicklung dieses Servicecenters ein wichtiges Thema sein (Personalentwicklung sowie Optimierung der Prozesse und Instrumente).

Controlling und Beratungsdienstleistungen

Vorbereitung Verwaltungsreorganisation RV09:

Die Verwaltungsreorganisation RV09 erfordert umfangreiche Anpassungen in den Bereichen Rechnungswesen und Controlling. Dabei muss die finanzielle Planung und Steuerung über den organisatorischen Strukturbruch gewährleistet werden.

Standardisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnungen:

Seit dem 1. Juli 2007 wird die Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäss § 55 Finanzhaushaltsgesetz (FHG) für Investitionen und Subventionen neu durch die Finanzverwaltung durchgeführt. Das im 2007 erarbeitete Konzept zur Standardisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnungen im Rahmen von Prüfungen von Investitionsvorhaben soll im 2008 umgesetzt werden.

Umsetzung Registerharmonisierungsgesetz:

Die Umsetzung des Registerharmonisierungsgesetzes hat zum Ziel, kommunale und nationale Personen- und Gebäuderegister zu harmonisieren. Damit sollen Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet, Behördengänge gebündelt und statistische Erhebungen direkt aus den Registern erfolgen können. Die Umsetzung der Registerharmonisierung betrifft verschiedene Dienststellen und Betriebe im Kanton, die Projektleitung wird von der Fachstelle für Informatik und Organisation, die der Finanzverwaltung angegliedert ist, wahrgenommen.

SAP/MIS Betrieb und Entwicklung

Neben den laufenden Unterstützungsleistungen und kleineren Projekten wird der Schwerpunkt im Jahr 2008 bei der Anpassung der Systeme (SAP ERP / SAP BW) an die neue Verwaltungsstruktur RV09 liegen. Dazu kommt ein Releasewechsel des SAP ERP Systems von SAP ERP 2004 auf SAP ERP 2005.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.4	34.7	30.4	30.1	33.1	
Finanzierungskosten	%	3.2	3.2	7.7	4.0	4.1	
Verwaltete Vermögen Dritter	MioCHF	3'425	3'400	4'319	4'280	6'396	¹⁾
Anträge zur Aufnahme im Investitionsprogramm	Anz	100	100	107	112	105	

Kommentar

1) Wegfall Mandat Hypotheken CHF 850 Mio. ab Oktober 2007

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	4'907.3	5'354.0	4'813.4	-446.7	-8.3	¹⁾
31 Sachaufwand	3'622.8	3'082.9	3'027.4	539.9	17.5	²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0		
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'530.1	8'436.9	7'840.8	93.2	1.1	
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0		
43 Entgelte	-2'972.8	-3'941.1	-4'890.3	968.3	24.6	³⁾
4 Ertrag	-2'972.8	-3'941.1	-4'890.3	968.3	24.6	
Ordentlicher Nettoaufwand	5'557.4	4'495.8	2'950.5	1'061.6	23.6	
davon Produktgruppe(n):						
Interne Finanzdienstleistungen	1'401.0	737.9		663.1	89.9	⁴⁾
Controlling und Beratungsdienstleistungen	2'473.4	2'390.2		83.2	3.5	
SAP/MIS Betrieb und Entwicklung	1'683.0	1'367.6		315.4	23.1	⁵⁾
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	234.8	0.0		
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	234.8	0.0		

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Wegfall der Abteilung Hypotheken (4 Mitarbeitende)
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 224.6 enthalten, einmalige Kosten von TCHF 200 für den SAP-Release-Wechsel und Aufwände für PK BS von TCHF 70, welche nicht mehr mit dem Honorar direkt verrechnet werden.
- 3) Wegfall Honorar Hypotheken in der Höhe von TCHF 1'089
- 4) Diese Abweichung ist hauptsächlich auf den Transfer der Abteilung Hypotheken zur Pensionskasse zurückzuführen (Saldo aus Aufwandminderung im Personalaufwand und Ertragsminderung bei den Entgelten); vgl. Erläuterungen 1) und 3)
- 5) Zunahme im Sachaufwand (hauptsächlich einmalige Kosten für SAP-Release-Wechsel)

Auftrag und Ziel

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

Produktgruppen

Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern

Erhebung der periodischen direkten Steuern

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.1 Steuererhebung

RF 8.1 Steuererhebung

Tätigkeiten und Projekte

Nach Einführung der Lohnmeldepflicht im Jahr 2007 kann ab dem Jahr 2008 auch die bisher als Insellösung betriebene Quellensteuer-Bewirtschaftung in die bestehende Standard-Informatiklösung integriert werden. Weitere Systemausbauten sind im Bereich Veranlagung Juristische Personen und bei der Verlustscheinbewirtschaftung geplant. Die Bearbeitung der beiden hängigen Volksinitiativen (Abzug Krankenversicherungsprämien und Senkung der Einkommenssteuer) wird im Rahmen eines Gesamtrevisionsvorschlags vorgenommen. Verschiedene Anpassungen des Steuergesetzes an das Bundesrecht, wie beispielsweise die Vereinheitlichung des Rechtsmittelwegs und die Umsetzung des Schwarzarbeitsgesetzes, sind vorzunehmen.

Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern

Laufende Erhebungen und Vergleiche zwischen den Liegenschafts-Steuerwerten und den Verkehrswerten werden durchgeführt.

Erhebung der periodischen direkten Steuern

Abhängig von den zur Verfügung stehenden Ressourcen kann eine verstärkte Revisionstätigkeit geplant und dadurch präventiv eine verbesserte Deklarationsqualität erzielt werden.

Mit Einführung des neuen Lohnausweises ist eine starke Zunahme der Anträge auf Genehmigung von Spesenreglementen festzustellen. Auseinandersetzungen über die steuerliche Behandlung von Lohnnebenleistungen können mit Hilfe von Spesenreglementen reduziert werden. Trotzdem wird die neue Deklaration von Lohnnebenleistungen einen vergrösserten Abklärungsaufwand auslösen.

Auf gesamtschweizerischer Ebene wird das neue Projekt ELM, einheitliches Lohnmeldeverfahren der SUVA, begleitet. Hier steht die medienbruchfreie Kommunikation mit Lohnbuchhaltungsprogrammen im Vordergrund und wird in Zukunft für alle Beteiligten (Arbeitgeber, Steuern, Statistik, SUVA) Kostenreduktionen ermöglichen. Am meisten profitieren werden dabei die Anwender des angebotenen SUVA-Programms.

Eine grössere Transparenz wird mit der Publikation der steuerbefreiten Vereine und Stiftungen gesamtschweizerisch angestrebt. Die Daten über die steuerbefreiten Institutionen werden allen Kantonen zur Verfügung gestellt. Mit Einverständnis der Institutionen werden diese Daten zudem im Internet publiziert.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	210.1	210.1	206.1	215.1	213.0	
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	129'500	129'500	129'261	129'307	129'861	
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	10'500	10'500	11'041	10'487	10'318	
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'400	1'400	1'230	1'319	1'632	
Einsprache-Entscheide	Anz	1'800	1'800	1'415	1'578	1'400	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	28'927.5	28'396.1	28'722.5	531.4	1.9
31 Sachaufwand	7'498.8	5'701.3	5'867.8	1'797.5	31.5 ¹⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	36'426.2	34'097.4	34'590.2	2'328.8	6.8
43 Entgelte	-6'085.0	-5'081.9	-6'498.4	-1'003.1	-19.7
4 Ertrag	-6'085.0	-5'081.9	-6'498.4	-1'003.1	-19.7
Ordentlicher Nettoaufwand	30'341.2	29'015.5	28'091.8	1'325.7	4.6
davon Produktgruppe(n):					
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	3'434.7	3'169.5		265.2	8.4
Erhebung der periodischen direkten Steuern	26'906.6	25'846.0		1'060.6	4.1
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	800.7	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	800.7	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in der Höhe von TCHF 1'119.94 enthalten.

Auftrag und Ziel

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

ProduktgruppenLiegenschaftsbewirtschaftungWahrung der EigentümerinteressenVerbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.2 Zentrale Finanzdienste

RF 8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste

Tätigkeiten und Projekte

Der Entwicklungsprozess zum modernen Immobilienmanagement und die neuen Aufgaben von Immobilien Basel-Stadt sollen konsolidiert werden. Im Finanzvermögen sollen Objektstrategien für Liegenschaften und Areale entwickelt und umgesetzt werden. Die Unterstützung des Stadtwohnens soll durch die Immobilienpolitik gefördert werden. Im Verwaltungsvermögen sollen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Wertentwicklung ausgebaut und die wirtschaftliche Raumnutzung optimiert werden.

Liegenschaftsbewirtschaftung

Der Politikschwerpunkt Stadtwohnen soll durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei sollen sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen werden.

Wahrung der Eigentümerinteressen

Die ersten Erfahrungen des Projekts Zentrale Raumdienste (ZRD) sollen ausgewertet und bei Bedarf Optimierungen des Steuerungssystems geprüft werden. Anschliessend kann das Projekt ZRD abgeschlossen werden. Die Raumplanung für die notwendigen Standortverschiebungen aufgrund der Verwaltungsreorganisation (RV09) soll erarbeitet werden.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.9	70.1	61.5	59.7	60.6	¹⁾
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioCHF	26.0	24.5	24.7	24.3	23.9	²⁾
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.8	5.9	5.8	5.9	6.0	³⁾
Investitionsquote Finanzvermögen	%	4.0	4.0	2.2	2.5	3.2	⁴⁾

Kommentar

- 1) Gesamte Immobilien Basel-Stadt inklusiv Parkhäuser Basel-Stadt: Ab 2005 stufenweise Erhöhung aufgrund neuer Stellen für das Projekt Zentrale Raumdienste.
- 2) Bruttoertrag der Baurechtsparzellen im Finanzvermögen. Anstieg um CHF 1.5 Mio. gegenüber dem Budget 2007 aufgrund neu abgeschlossener Baurechtsverträge sowie Anpassung bestehender.
- 3) Die Bruttorendite wird auf dem Marktwert berechnet.
- 4) Für das Ist 2004 und Ist 2005 sowie Prognose 2007 wurde die Investitionsquote im Verhältnis zum Anlagewert berechnet. Aufgrund der Umstellung auf die DCF-Bewertung wurde diese Kennzahl neu definiert. Für das Ist 2006 und Budget 2008 werden die Investitionen in Liegenschaften im Verhältnis zum Marktwert ausgewiesen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	6'208.4	5'810.5	4'993.5	397.9	6.8 ¹⁾
31 Sachaufwand	2'869.9	1'738.4	1'910.8	1'131.5	65.1 ²⁾
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	9'078.3	7'548.9	6'904.3	1'529.4	20.3
43 Entgelte	-9'402.4	-7'573.0	-7'381.3	-1'829.4	-24.2 ³⁾
4 Ertrag	-9'402.4	-7'573.0	-7'381.3	-1'829.4	-24.2
Ordentlicher Nettoaufwand	-324.0	-24.1	-477.1	-299.9	-999.9 ⁴⁾
davon Produktgruppe(n):					
Liegenschaftsbewirtschaftung	-1'185.5	-1'380.5		195.0	14.1
Wahrung der Eigentümerinteressen	861.4	1'356.4		-495.0	-36.5
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'561.6	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	1'561.6	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Mehraufwand für neue Stellen im Zusammenhang mit dem Projekt Zentrale Raumdienste (Abschluss der vakanten Besetzungen).
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 190.3 enthalten, sowie Zusatzkosten für Gutachten und Expertisen im Zusammenhang mit erweiterten Aufgaben von Immobilien Basel-Stadt insbesondere für die Pensionskasse Basel-Stadt (Portfoliomanagement). Diese Zusatzkosten können durch höhere Honorareinnahmen kompensiert werden.
- 3) Höhere Honorareinnahmen infolge eines grösseren Leistungskatalogs und eines grösseren Portfolios, insbesondere der Pensionskasse Basel-Stadt.
- 4) Die Erhöhung ist die Folge der oben erwähnten Effekte.

Auftrag und Ziel

Die Zentrale Informatik-Dienststelle (ZID) ist zuständig für die Bereitstellung geeigneter und genügender Rechnerleistungen; die Sicherstellung einer ausfallsicheren und hochverfügbaren zentralen Infrastruktur; die Pflege des kantonalen Datennetzes; für den Aufbau und Betrieb des kantonalen Datenmarktes sowie Pflege einzelner Datenbestände; für die Erstellung und Pflege zentraler Applikationen; für den Betrieb der Telefonzentrale und des Mailsystems.

Produktgruppen

Informatik-Betrieb

Informatik-Datendienste

Informatik-Infrastruktur

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste

RF 8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste

RF 8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr befasst sich die ZID schwergewichtig mit Infrastruktur-Vorhaben, welche allerdings ihrerseits auch Voraussetzung für den Informatik-Betrieb und die Datendienste sind. Ausserdem stehen umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für die Verwaltungsreorganisation (RV09) im Mittelpunkt der Tätigkeiten.

Informatik-Betrieb

Schwerpunkte der Tätigkeiten im Budgetjahr sind die Optimierung der Betriebsabläufe und die Effizienzsteigerung. Weiterhin werden bestehende Plattformen überprüft und neue Technologien für die konsequente Weiterentwicklung der Betriebsinfrastruktur evaluiert.

Informatik-Datendienste

Kantonaler Datenmarkt:

Der Ausbau des Kantonalen Datenmarktes sieht gemäss Planung im 2008 den Anschluss von mindestens zwei weiteren Dienststellen sowie Optimierungen im Bereich der Datenqualitätssicherung vor.

BASIS-05 (Basler Mitarbeiter/innen Informationssystem):

Weiterer Ausbau nach Bedarf.

PRINS (Produkt Informationssystem Basel-Stadt):

Weiterentwicklung gemäss Anforderungen, insbesondere Umsetzung des neuen Jahresberichtes.

Diverses:

Realisierung und Erweiterung von diversen Anwendungen zur IT-Unterstützung von verwaltungsspezifischen Aufgaben mit enger Integration zum Datenmarkt.

Informatik-Infrastruktur

Neues, erdbebensicheres Rechenzentrum:

Der Projektierungskredit ist gesprochen und ein Konzeptwettbewerb durchgeführt. Zur Zeit läuft das Vorprojekt mit dem Ziel, den Ratschlag noch im Jahr 2007 den politischen Instanzen zu unterbreiten. Abhängig vom Zeitpunkt der Kreditbewilligung ist der Baubeginn auf Anfang 2008 möglich.

OCS (Oracle Collaboration Suite):

Nach Einführung der Version 3.0 im 2007 wird der Schwerpunkt der Tätigkeiten im weiteren Ausbau und den Vorbereitungen zur nächsten Version liegen.

DANEBS (Daten-Netzwerk Basel-Stadt):

Diverse Umbauten von lokalen Netzwerken (Local Area Network LAN) sind geplant. Weiterhin wird laufend die Leistungsfähigkeit des DANEBS den Bedürfnissen angepasst.

Aufbau einer zentralen Authentisierungsinfrastruktur:

Bedürfnisanalysen haben gezeigt, dass die heutigen Anforderungen noch mit einfachen, kostengünstigen Mitteln abgedeckt werden können. Die Umsetzung erfolgt laufend in einzelnen Teilprojekten. Die vorhandene Authentisierungsinfrastruktur wird ab 2008 nicht nur für Zugriffe aus den Fremdnetzen sondern auch zur Nutzung innerhalb des DANEBS erweitert.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	86.2	83.2	82.2	82.8	85.0	1)
Verfügbarkeit ZID-Services, max. Anzahl Ereignisse pro Service pro Jahr	Fälle	2	2				2)
Datenintegrität	Fälle	10	10				3)
Nutzungs-Index kantonaler Datenmarkt	Wert	105	105	100			4)
Effizienz-Index	Wert	100	100	100			5)

Kommentar

- 1) Die ZID übernimmt ab 1.1.2008 3 Stellen Informatik Storch (Client Betrieb).
- 2) Allgemeines zu Kennzahlen 2 bis 5 : Im Rahmen des Dienststellen-Reportings und der Harmonisierung des Berichtswesens wurden die ZID Ziele in Bezug auf Kundenorientierung und Effizienz kritisch hinterfragt und überprüft. Aufgrund dieser Analyse wurde in der ZID eine neue Zielhierarchie definiert, die auf diese Aspekte näher eingeht. Diese neue Zielhierarchie wird nun für das Jahr 2008 wirksam. Die Ziele bis 2007 werden in dieser Darstellung nicht mehr aufgeführt.

Die neue Kennzahl für Verfügbarkeit definiert die maximale Anzahl schwerwiegender Störungen pro Service pro Jahr während den Betriebszeiten (DANEBS, Telefonie, OCS-Mail/Files, Firewall-Infrastruktur, Internet, Datenmarkt). Die bisherigen Kennzahlen Verfügbarkeit DANEBS und kantonaler Datenmarkt sind Bestandteil dieser neuen Kennzahl, und werden deshalb nicht weitergeführt.

- 3) Neue Kennzahl für Datenintegrität. Maximale Anzahl Ereignisse pro Jahr mit möglicher Verletzung der Datenintegrität.
- 4) Anstelle der Anzahl User wird neu ein Nutzungs-Index für den kantonalen Datenmarkt erhoben, der die Anzahl Benutzer, Visits, Pages und die genutzte Datenmenge berücksichtigt. Die bisherige Kennzahl Anzahl Benutzer des kantonalen Datenmarktes ist Bestandteil dieser neuen Kennzahl, und wird deshalb nicht weitergeführt.
- 5) Neue Kennzahl Effizienz gesamte ZID. Wirtschaftlichkeit mal Produktivität auf Basis Kostenrechnung SAP, Resultat 2006 = Index 100

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	13'420.2	12'954.7	12'559.5	465.5	3.6 1)
31 Sachaufwand	8'649.2	9'095.5	7'532.2	-446.3	-4.9 2)
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	22'069.5	22'050.2	20'091.7	19.3	0.1
42 Vermögenserträge	-22.0	-22.0	-25.4	0.0	0.0
43 Entgelte	-10'742.0	-11'249.0	-10'723.0	507.0	4.5 3)
4 Ertrag	-10'764.0	-11'271.0	-10'748.5	507.0	4.5
Ordentlicher Nettoaufwand	11'305.5	10'779.2	9'343.2	526.3	4.9
davon Produktgruppe(n):					
Informatik-Betrieb	2'844.6	2'268.4		576.2	25.4
Informatik-Datendienste	3'659.1	3'814.4		-155.3	-4.1
Informatik-Infrastruktur	4'801.8	4'696.5		105.3	2.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	3'492.1	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	3'492.1	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Höhere Personalkosten durch Übernahme von 3 Stellen aus dem Finanzdepartement (Client-Betrieb Storch).
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 742.32 enthalten.
- 3) Die tieferen Erträge sind primär begründet in tieferen Telefoniekosten (Gesprächsgebühren).

Auftrag und Ziel

Für die Gesamtorganisation Basel-Stadt soll mit Hilfe entsprechender Konzepte und geeigneter Instrumente ein professionelles Personalmanagement gezielt gefördert und weiterentwickelt werden.

Durch eine kompetente Beratung der Personal- und Führungsverantwortlichen wird einerseits die korrekte Anwendung der gesetzlichen Grundlagen im Bereich Personalmanagement unterstützt, und andererseits für eine optimale Umsetzung der Vorgaben des Regierungsrates gesorgt.

Das Personalcontrolling auf gesamtsstaatlicher Ebene, welches aus einheitlichen und damit vergleichbaren Kennzahlen besteht, dient der Steuerung der Ressourcen im Personalbereich. Damit wird ein Benchmarking zwischen anderen öffentlichen und privaten Organisationen ermöglicht.

Durch einen regelmässigen Austausch wird eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft angestrebt.

Produktgruppen

Zentrales Personalmanagement

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.3 Zentrale Personaldienste

Tätigkeiten und Projekte

Der Zentrale Personaldienst bearbeitet im Jahr 2008 folgende Themenschwerpunkte und Projekte:

Systempflege, Redesign Organisationsmanagement im SAP HR und Internes Kontrollsystem (IKS) im SAP HR.

Die Projekte RV 09, Berufsbildung, Case Management (Come back) und das Projekt Laufbahn werden im Kapitel 5 "Das Personal" beschrieben.

Zentrales Personalmanagement

Systempflege der Funktionsbewertung:

Im Januar 2007 wurde das Projekt Systempflege gestartet. Mit diesem Vorhaben soll die Funktionsbewertung nach Lohngesetz vom 18. Januar 1995 überprüft und der bestehende Merkmalkatalog abgelöst werden.

Um den heutigen Anforderungen im Personalalltag (Abbildung der neuen Ausbildungslandschaft, div. Reorganisationen wie RV09, Schulreform etc.) zu genügen, drängt sich seit längerem eine Ablösung des Kataloges auf. Die Gewährleistung einer korrekten und nachvollziehbaren Einreihung, mittels zeitgemäsem Bewertungs- und Zuordnungsinstrument, ist eine wichtige Voraussetzung für Lohngerechtigkeit und zudem ein Auftrag des Gesetzgebers (§ 2 Absatz 2 Lohngesetz).

Das Projekt gliedert sich in vier Phasen. In der zweiten Phase, im Jahre 2008 werden mit einer externen Beratungsfirma und einer eigens dafür gebildeten Projektorganisation, 130 Referenzfunktionen erhoben und überprüft.

Redesign OM und IKS:

Seit Januar 2002 wird SAP HR als Personalinformationssystem (Lohnabrechnung, Verwaltung der Personalstammdaten, diverse Auswertungen und Personalkostenbudgetierung) genutzt. Effizienzsteigerungen im Bereich Lohnadministration und die funktionale Erweiterung des bestehenden Systems, setzen ein logisches Datenmodell und eine auf der Organisationsstruktur basierende Pflege des Teilmoduls "Organisationsmanagement" (OM) voraus. Beides - Datenmodell und Pflege - ist zurzeit nicht gegeben. Mit dem Projekt "Redesign OM" werden diese Mängel behoben.

Im Rahmen von Revisionen der Finanzkontrolle wurden generelle IKS-Mängel (Internes Kontrollsystem) festgestellt. Es werden zwar im Bereich Lohnabrechnung gewisse Kontrollreports und weitere Massnahmen jeden Monat durchgeführt; diese Massnahmen allein stellen jedoch kein vollumfängliches System dar.

Beide Projekte werden bis Ende 2009 abgeschlossen sein.

Personalcontrolling:

Im April 2007 wurde das Projekt "Wechsel von einem Personalreporting zu einem strategiebasierten Personalcontrolling" gestartet. Ziel des Projektes ist die Unterstützung des Regierungsrates, der Führungsverantwortlichen, der Fachorganisation Personal und des ZPD bei der Steuerung und Erreichung der gesetzten Ziele im Bereich Personalmanagement.

Das Projekt gliedert sich in drei Phasen. Die erste Phase, die Konzepterstellung, dauert bis Ende 2008. In der zweiten Phase werden die erforderlichen Prozesse und Instrumente zur Erhebung der festgelegten Kennzahlen, sowie die Umsetzungskosten ermittelt.

Wegen der Verzögerung des Projektes Redesign OM durch die Verwaltungsreorganisation (RV09) kann die zweite Phase erst im Jahr 2009 sowie die Umsetzung/Realisierung (dritte Phase) frühestens im Jahr 2010 gestartet werden.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	29.2	29.1	26.0	22.6	24.8
Einbinden der Führungsverantwortlichen in das Human Resource Management (HRM) und die Entwicklung von Führungsinstrumenten	%	80	80	100	75	75
Erfüllungsgrad der Geschlechterquoten in allen Projekten des ZPD, der Human Ressource Konferenz (HRK) und der Kompetenzzentren (KompZ) (jedes Geschlecht mindestens 25%)	%	80	80	77	75	71
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	80	80	87		

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30	Personalaufwand	5'868.1	5'657.0	5'094.3	211.1	3.7 ¹⁾
31	Sachaufwand	2'184.7	2'099.7	1'702.8	85.0	4.0 ²⁾
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'052.8	7'756.7	6'797.2	296.1	3.8
43	Entgelte	-1'673.1	-1'839.0	-1'865.8	165.9	9.0 ³⁾
4	Ertrag	-1'673.1	-1'839.0	-1'865.8	165.9	9.0
Ordentlicher Nettoaufwand		6'379.7	5'917.7	4'931.4	462.0	7.8
<i>davon Produktgruppe(n):</i>						
<i>Zentrales Personalmanagement</i>		<i>6'379.7</i>	<i>5'917.7</i>		<i>462.0</i>	<i>7.8</i>
5	Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	270.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)		0.0	0.0	270.0	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Mehraufwand für befristete Headcount-Erhöhung (0.5) für die Umsetzung des Projektes "Laufbahn" der Personalentwicklung und Projektassistenz für die 1. Phase des Projektes Funktionsbewertung/Systempflege des Vergütungsmanagements.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten für den Zentralen Personaldienst in Höhe von TCHF 203 enthalten.
- 3) Reduktion der Einnahmen weil die Weiterverrechnung des Aufwandes der Betrieblichen Sozialberatung an die Departementssekretariate ab 01.01.2008 sistiert wird.

6.2.4 Gesundheitsdepartement

Departementssekretariat	GD-701
Gesundheitsdienste	GD-702
Gesundheitsschutz	GD-706
Schlachthof	GD-709
Öffentliche Zahnkliniken	GD-720
Gesundheitsversorgung	GD-730
Universitätsspital Basel	GD-731
Felix Platter-Spital	GD-733
Universitäre Psychiatrische Kliniken	GD-735

Auftrag und Ziel

Das Departementssekretariat stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen sowie den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Departementssekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsdienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements. Das Departementssekretariat führt ausserdem die Administrationsarbeiten der Psychiatrie-Rekurskommission.

Produktgruppen

Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission

Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 7.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und ProjekteSumme der Unterstützungsprodukte des Dept. GD

Die vom Departementssekretariat erbrachten Unterstützungsleistungen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen und Informatik sollen möglichst effektiv und orientiert an den Bedürfnissen der in- und externen Kunden erfolgen. Vorrangige Projekte im Jahr 2008 sind die Umsetzung einer Personalstrategie im GD, die Erstellung und Umsetzung einer Informatikstrategie sowie der Ausbau und die Weiterentwicklung des bestehenden Departementreportings.

Gesundheitspolitik:

Die nationale gesundheitspolitische Entwicklung in den Bereichen hochspezialisierte Medizin und Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) sowie SwissDRG (Fallkostenpauschalen) bedingt eine Intensivierung der regionalen und nationalen Zusammenarbeit. So sollen neben der inhaltlich wie auch flächenmässig zu erweiternden regionalen Spitalplanung in Richtung eines Gesundheitsraums Nordwestschweiz auch die Kooperation Medizin Basel-Bern dazu führen, dass die Zentrumsfunktion des Universitätsspitals Basel regional und national gestärkt wird. Dazu beitragen soll auch die künftige Planung der hochspezialisierten Medizin auf interkantonaler Ebene im Rahmen der Netzwerkstrategie der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), die basierend auf den heutigen Stärken und Schwächen die Spitzenmedizin an fünf Standorten koordinieren und konzentrieren will.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.5	28.5	28.5	22.2	29.3
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	250	250	222	260	245
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	20	22	16	19	23

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	4'102.1	4'311.0	3'767.6	-208.9	-4.8
31 Sachaufwand	2'249.0	2'031.5	1'508.8	217.5	10.7 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'351.1	6'342.5	5'276.4	8.6	0.1
43 Entgelte	-145.7	-133.2	-167.0	-12.5	-9.4
4 Ertrag	-145.7	-133.2	-167.0	-12.5	-9.4
Ordentlicher Nettoaufwand	6'205.4	6'209.3	5'109.3	-3.9	-0.1
davon Produktgruppe(n):					
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	555.8	524.2		31.6	6.0
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	5'649.6	5'685.1		-35.5	-0.6
5 Ausgaben Investitionen	31'000.0	35'000.0	0.0	-4'000.0	-11.4
Nettoinvestitionen VV (NIV)	31'000.0	35'000.0	0.0	-4'000.0	-11.4

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 209 enthalten

Auftrag und Ziel

Die Gesundheitsdienste erbringen in vier Abteilungen (Kantonsärztlicher Dienst, Gesundheitsförderung und Prävention, Heilmittelwesen und Sucht) Dienstleistungen im Interesse einer gesunden Basler Bevölkerung. Der Public-Health-Gedanke bestimmt sämtliche Aktivitäten. Die Aufgaben des Kantonsärztlichen Dienstes beinhalten hoheitliche Funktionen aufgrund kantonaler und nationaler Gesetzesgrundlage sowie konzeptionelle und operationelle Aufgaben und Beratungstätigkeiten im Rahmen des Themenbereichs öffentliche Gesundheit. Die Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention erhält und fördert mit gezielten Aktivitäten die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt ein. Er fördert die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und berät Eltern und Lehrkräfte. Die Abteilung Heilmittelwesen ist als Fachinstanz zuständig für Heilmittelsicherheit und Qualitätssicherung. Dies sind die pharmazeutischen Belange der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung, der Vollzug der Gesetzgebung über den Verkehr mit Heilmitteln und über die Betäubungsmittel, die Aufsicht über die pharmazeutischen Berufe und Heilmittelabgabestellen (Apotheken und Drogerien) sowie Bewilligungen im Fachbereich. Auftrag der Abteilung Sucht ist es, die kantonale 4-Säulen-Politik zu koordinieren. Dabei sorgt sie dafür, dass ein adäquates Suchthilfeangebot zur Verfügung steht und effizient genutzt wird. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken, die Zahl jener zu steigern, die den Ausstieg schaffen, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen. Weiter ist die Abteilung zuständig für die Erteilung von Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien.

Produktgruppen

Gesundheitsdienste

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 5.2 Gesundheitsdienste

Tätigkeiten und Projekte

Gesundheitsdienste

Schwerpunktprogramm Gesundheitsförderung: Das Gesundheitsdepartement hat sich für die nächsten Jahre das Ziel gesetzt, mit Schwerpunktaktionen die Bevölkerung bei der Förderung einer gesundheitsbewussten Haltung aktiv zu unterstützen. Gemäss dem Gesundheitsbericht Basel-Stadt 2005 besteht Handlungsbedarf unter anderem in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Suchtmittelkonsum (v.a. Tabak und Alkohol) und psychische Gesundheit. Mit dem Schwerpunktprogramm Gesundes Körpergewicht Basel-Stadt konnte anfangs 2007 ein erstes nachhaltig angelegtes Programm gestartet werden.

Schutz der Bevölkerung vor einer möglichen Pandemie: Unter der Leitung der Kantonsärztin ist im Hinblick auf eine mögliche Pandemie (Szenario Übertragbarkeit des Vogelgrippe- Erregers von Mensch zu Mensch) ein Pandemiestab gebildet worden. Er hat die Aufgabe, die allgemeine Lage zu beobachten, um in enger Koordination mit der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) und involvierten anderen Kantonen bzw. Bundesstellen allfällige Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung frühzeitig zu ergreifen.

Projekt Angebotsüberprüfung und Bedarfsabklärung im Suchtbereich: Unter Einbezug der sich auf diesem Gebiet engagierenden Institutionen werden die Angebote im Suchtbereich in den Bereichen Therapie, Beratung, Schadensminderung und Wohnen geprüft. Der Beginn der Umsetzung der Ergebnisse erfolgt ab 2008 mit dem Ziel eines bedarfsgerechten Angebots im Suchtbereich.

Pilotprojekt grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen: Nach Vorliegen der grundsätzlichen Zustimmung des Bundesrates zur Durchführung von Pilotprojekten in der grenzüberschreitenden, spitalstationären Versorgung wurde das Projekt in der Region Basel per 1. Januar 2007 gestartet. Ziel ist die Erweiterung der Kooperation in der Gesundheitsversorgung und die Erhöhung der Patientinnen- und Patientenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und Deutschland. Das Projekt läuft bis Ende 2009 und wird durch das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) wissenschaftlich begleitet und ausgewertet.

Telemedizin: Im Rahmen der Weiterentwicklung der elektronischen Bearbeitung von Informationen im medizinischen Bereich kommt der Region Basel und namentlich dem Universitätsspital Basel in der Schweiz eine führende Rolle zu. Das Bestreben, durch die elektronische Vernetzung von Leistungserbringern, Versicherern und Versicherten die Patientensicherheit zu erhöhen, die Behandlungsqualität zu verbessern, Abläufe zu optimieren, Synergien zu schaffen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden hat zum Projekt Telemedizin geführt. Das Projekt wird von den Kantonen BS und BL, vom Landkreis Lörrach, der Universität Basel und der Medgate AG getragen und konnte per 1. September 2006 gestartet werden. Die mittlerweile vom Bundesrat verabschiedete eHealth-Strategie des Bundes unterstützt die Stossrichtungen des Basler Projekts.

Alters- und Seniorenpolitik: Der Kanton verfolgt seit 2001 eine schweizweit vorbildhafte Alterspolitik, welche den Bedarf bezüglich Pflege und Betreuung alter und gebrechlicher Menschen über eine Betreuungskette vom Hausarzt über Spitex-Dienste bis hin zum Pflegeheim abdeckt. Die heute bekannten demographischen und gesellschaftlichen Realitäten (längere Lebenserwartung bei gleichzeitiger besserer gesundheitlicher Versorgung der Bevölkerung, Verbesserung der Mobilität) wurde seit einigen Jahren durch die Seniorenpolitik ergänzt. 2007 wurden vor diesem Hintergrund neue "Leitlinien der Seniorenpolitik" erarbeitet, die bestehenden "Leitlinien der Alterspflegepolitik" aktualisiert und für beide Bereiche gültige "Allgemeine Leitlinien der Alterspolitik" formuliert.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	56.9	56.9	50.9	46.6	45.8
Auf dem Kantonsgebiet tätige Apotheken	Anz	69	69	69	71	71
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	25	30	28	34	18
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	162	169	174	135	138

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30	Personalaufwand	7'952.2	7'748.6	7'688.9	203.6	2.6 ¹⁾
31	Sachaufwand	3'425.2	3'067.7	2'313.7	357.5	11.7 ²⁾
33	Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
36	Eigene Beiträge	13'787.0	13'950.0	13'707.2	-163.0	-1.2
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	25'164.4	24'766.3	23'709.7	398.1	1.6
42	Vermögenserträge	-11.4	-11.4	-11.4	0.0	0.0
43	Entgelte	-820.7	-662.9	-829.3	-157.8	-23.8 ¹⁾
46	Beiträge für eigene Rechnung	-1'375.3	-1'535.0	-1'450.6	159.7	10.4 ³⁾
4	Ertrag	-2'207.4	-2'209.3	-2'291.3	1.9	0.1
Ordentlicher Nettoaufwand		22'957.0	22'557.0	21'418.5	400.0	1.8
davon Produktgruppe(n):						
Gesundheitsdienste		22'957.0	22'557.0		400.0	1.8

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Teuerung, die Erhöhung der Kinderzulagen sowie der Stufenanstieg verursachen Mehrkosten in Höhe von ca. TCHF 40. Eine Lohnrückerstattung in Höhe von TCHF 100 durch das JD an die Dienststelle wird unter Wahrung des Bruttoprinzips als Ertrag auf Kto. 43 budgetiert.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 172 enthalten. Neu ist zudem das Projekt Gesundheit, Frühförderung und Migration in der Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention eingestellt.
- 3) Das Projekt "realize it" zur Cannabis-Prävention der Abteilung Sucht wird 2007 abgeschlossen. Daher entfallen die Beiträge des Bundes. Die 2007 in der Abteilung Sucht budgetierte Einnahme aus dem Alkoholzehntel für die Unterstützung der MUSUB entfallen, da die Zahlung direkt über das Gesundheitsdepartement erfolgt. Entsprechend tiefer wurden auch die Ausgaben auf Kto. 36 budgetiert.

Auftrag und Ziel

Der Bereich Gesundheitsschutz vereint die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Institut für Rechtsmedizin und Veterinäramt inkl. Schlachthof (eigene Dienststelle) in einem Bereich mit zusammengefasster Budgetverantwortung.

Die Lebensmittelkontrolle des Kantonalen Laboratoriums sorgt dafür, dass die auf Kantonsgebiet angebotenen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände die gesetzlichen Vorschriften erfüllen, damit die Bevölkerung nur Konsumartikel beziehen kann, welche gemäss Lebensmittelrecht die Gesundheit nicht gefährden und deren Zusammensetzung bzw. Aufmachung nicht täuschend sind. Dazu werden repräsentative Proben erhoben und auf deren Rechtskonformität hin untersucht. Die Lebensmittelbetriebe werden entsprechend ihrer Risikoklasse regelmässig inspiziert. Verstösse werden umgehend, rechtlich korrekt und verhältnismässig geahndet.

Die Störfallvorsorge des Kantonalen Laboratoriums gewährleistet den bestmöglichen Schutz von Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen. Anlagen wie Betriebe, in denen mit gefährlichen Stoffen und Organismen umgegangen wird und Verkehrswege, auf welchen sie transportiert werden, werden regelmässig kontrolliert. Mit Marktkontrollen bei Bezugsstellen von Chemikalien wird ein Beitrag zum Konsumentenschutz geleistet. Der ABC-Schutz berät Einsatzkräfte und Bevölkerung bei allfälligen Ereignissen mit gefährlichen Stoffen.

Zur Untersuchung von Todesfällen, zur Kriminalitätsbekämpfung und im Auftrag der gerichtlichen Behörden werden im Institut für Rechtsmedizin forensische Untersuchungen bei Lebenden und Verstorbenen, Analysen auf Alkohol, Drogen, Medikamente im Strassenverkehr oder DNA-Bestimmungen schnell und zuverlässig durchgeführt, damit die Delikte korrekt und effizient geahndet werden können.

Das Veterinäramt sorgt dafür, dass Bevölkerung und Tiere auf Kantonsgebiet vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen geschützt sind. Potenziell gefährlichen Hunde werden überwacht. Allfällige Hundebisse werden gemeldet und deren Ursache abgeklärt. Anschliessend werden die nötigen Massnahmen eingeleitet.

Produktgruppen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

Anlagensicherheit und Konsumentenschutz

AF 5.1 Gesundheitsschutz

Bewältigung von Katastrophen, ABC-Ereignissen und ausserordentlichen Lagen

AF 5.1 Gesundheitsschutz

Rechtsmedizinische Dienstleistungen

AF 5.1 Gesundheitsschutz

Kontrolle und Überwachung von Tieren und Tierprodukten

AF 5.1 Gesundheitsschutz

Tätigkeiten und Projekte

Anlagensicherheit und Konsumentenschutz

Der Bereich Gesundheitsschutz soll zu einem modernen, dienstleistungsorientierten Zentrum für Konsumentenschutz werden. Dieses soll als bedarfsgerechte Anlaufstelle für alle aktuellen und künftigen Belange des Konsumentenschutzes dienen und die Koordination und auch Zusammenarbeit auf bikantonalen, regionaler, gesamtschweizerischer und grenzregionaler Ebene im Sinne der Synergiefindung und gegenseitigen Abstimmung sicherstellen. Gegenwärtig wird durch die Regierungen beider Basel überprüft, ob das Kantonale Laboratorium ganz oder teilweise mit dem Labor des Kantons Basel-Landschaft an einem gemeinsamen Standort zusammengeführt werden kann.

Kontrolle und Überwachung von Tieren und Tierprodukten

Die Umsetzung und Wirkung der neuen baselstädtischen Hundegesetzgebung und der revidierten Tierschutzgesetzgebung werden überprüft. Das Schwergewicht wird auf die Einhaltung der strengeren Vorschriften über Hundezuchten, die Sozialisierung von Hunden, die Ausbildung von verantwortungsbewussten Hundehaltenden und die Bewilligungspflicht von potenziell gefährlichen Hunden gelegt. Im Präventionskurs Kind & Hund, der flächendeckend in sämtlichen Kindergärten des Kantons angeboten werden soll, lernen die Kinder elementare Regeln, wie sie sich in Alltagssituationen gegenüber Hunden verhalten sollen, damit es nicht zu Bissverletzungen kommt. Die Umsetzung des EU-Hygienerechts in der Schweizer Lebensmittelgesetzgebung hat Auswirkungen auf den Vollzug. Laufende Anpassungen an die EU-Richtlinien erfolgen insbesondere bei der Prüfung der Schlachttiere durch einen amtlichen Tierarzt und der Rückverfolgbarkeit der Tierprodukte.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	93.8	92.8	92.8	90.8	86.9
Anteil der inspizierten Lebensmittelbetriebe der Höchstisrikkoklasse	%	100	100	100	80	70
Störfälle mit gefährlichen Stoffen und Organismen aus Anlagen und auf Verkehrswegen	Anz	0	0	0	0	0
Analysen auf Alkohol, Drogen, Medikamente im Strassenverkehr	Anz	1'100	1'100	944	979	1'040
Vorfälle mit Hunden	Anz	210	200	170	162	173 ¹⁾

Kommentar

- 1) Die offizielle Meldepflicht für diese Vorfälle besteht erst seit Mai 2006. Die Steigerung von 2006 auf 2007 hängt somit mit der noch nicht vollumfänglichen Erfassung in den ersten Monaten des Jahres 2006 zusammen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	13'418.5	13'115.1	10'875.1	303.4	2.3 ¹⁾
31 Sachaufwand	4'770.4	3'271.4	3'205.0	1'499.0	45.8 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	20.8	15.5	15.7	5.3	34.2
36 Eigene Beiträge	0.0	5.0	5.1	-5.0	-100.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	18'209.7	16'407.0	14'100.9	1'802.7	11.0
40 Steuern	-620.0	-620.0	-643.3	0.0	0.0
42 Vermögenserträge	-400.0	-382.9	-381.4	-17.1	-4.5
43 Entgelte	-6'203.9	-5'501.4	-3'424.3	-702.5	-12.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-311.0	-311.0	-18.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-7'534.9	-6'815.3	-4'467.0	-719.6	-10.6
Ordentlicher Nettoaufwand	10'674.7	9'591.7	9'633.8	1'083.0	11.3
davon Produktgruppe(n):					
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	5'749.4	5'160.3		589.1	11.4
Bewältigung von Katastrophen, ABC-Ereignissen und ausserordentlichen Lagen	2'251.1	2'091.7		159.4	7.6
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	2'114.3	2'113.3		1.0	0.0
Kontrolle und Ueberwachung von Tieren und Tierprodukten	559.9	226.4		333.5	147.3

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Teuerung, die Erhöhung der Kinderzulagen sowie der Stufenanstieg verursachen Mehrkosten in Höhe von ca. TCHF 67. Zusätzlich wurde für eine vom Regierungsrat bewilligte Stelle im Bereich der Gefahrenprävention (Gefahrguttransporte, Anlagensicherheit) budgetiert.
- 2) Im Budget 2008 sind neu TCHF 844 an internen Mieten enthalten. Zudem werden 2008 aufgrund von im 2007 und 2008 getätigten Anschaffungen rund TCHF 100 mehr an Abschreibungen auf Kleininvestitionen anfallen. Durch die Ausgliederungen des Trichinenlabors und der Fleischkontrolle vom Schlachthof ins Veterinäramt entstehen rund TCHF 150 Mehrkosten welche durch die Schlachthofbetreiber zurückerstattet werden (Mehrerträge Kto. 43). Beim Veterinäramt müssen 2008 dringende Gebäudeunterhaltsarbeiten in Höhe von ca. TCHF 150 vorgenommen werden.

Auftrag und Ziel

Der Kanton Basel-Stadt ist Besitzer der Bau- und Arealsubstanz des Schlachthofes. Als privatrechtliche Aktiengesellschaft betreibt die Schlachtbetrieb Basel AG (SBA) den Schlachtbetrieb und ist Besitzerin der eingebauten schlachttechnischen Anlagen. Die amtliche Überwachung wird von der Fleischkontrolle des Kantons Basel-Stadt sichergestellt (siehe Gesundheitsschutz GD-706).

Produktgruppen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

Betrieb des Schlachthofes

AF 5.1 Gesundheitsschutz

Tätigkeiten und ProjekteBetrieb des Schlachthofes

Die für die Umsetzung des EU-Hygienerechts in der Schweizer Lebensmittelgesetzgebung erforderlichen Investitionen in Räumlichkeiten und Apparate des Schlachthofes sind erfolgt. Die Schlachtbetrieb AG Basel hat den Umbau und die Erweiterung der Schweine-Schlachtlinie 2006 abgeschlossen. Die Zahl der im Schlachthof geschlachteten Schweine hat seit 2006 deutlich zugenommen (vgl. Kennzahlen). Es wird erwartet, dass sich die Schlachtmenge insgesamt auf dem 2006 erreichten Niveau stabilisieren wird. Laufend überprüft werden verstärkte Kooperationen mit der Fleischkontrolle des Kantons Basel-Landschaft.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	23.0	21.6	17.6	¹⁾
Schlachtmenge	t	48'000	49'300	51'346	44'140	37'530	
Kontrollierte Tiere	Anz	533'000	547'000	585'694	485'654	377'298	

Kommentar

- 1) Die amtlichen Tierärzte der Fleischkontrolle sind organisatorisch dem Veterinäramt, welches Teil der Dienststelle 706 (Gesundheitsschutz) ist, direkt unterstellt.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	749.1	946.6	2'827.4	-197.5	-20.9
31 Sachaufwand	3'216.3	5'043.7	3'047.8	-1'827.4	-36.2 ¹⁾
32 Passivzinsen	828.0	853.3	839.0	-25.3	-3.0
36 Eigene Beiträge	0.0	0.0	0.3	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'793.4	6'843.6	6'714.5	-2'050.2	-30.0
42 Vermögenserträge	-60.0	-60.0	-60.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-5'491.6	-7'541.9	-6'965.1	2'050.3	27.2 ¹⁾
4 Ertrag	-5'551.6	-7'601.9	-7'025.2	2'050.3	27.0
Ordentlicher Nettoaufwand	-758.3	-758.3	-310.7	0.0	0.0
davon Produktgruppe(n):					
Betrieb des Schlachthofes	-758.3	-758.3		0.0	0.0

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Kosten für die Fleischkontrollen werden von der Schlachthofbetreibergesellschaft direkt an das Veterinäramt überwiesen, entsprechend tiefer fallen die Gebührenerträge im Schlachthof aus. Kompensiert werden diese Mindererträge durch Minderaufwendungen im Sachaufwand Kto. 31 in gleicher Höhe, weil sich der Dienstleistungseinkauf beim Veterinäramt entsprechend reduziert.

Auftrag und Ziel

Die Öffentlichen Zahnkliniken sind im Interesse der allgemeinen Gesundheit mit der sozialen Zahnpflege beauftragt.

Die soziale Zahnpflege umfasst für Kinder, die im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz haben, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung. Zum Leistungsspektrum der Schulzahnkliniken Basel und Riehen gehören weiter die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss SUVA-Tarif. Mit dem Schuluntersuch wird auch eine Erstbeurteilung von Stellungsanomalien der Zähne und des Kiefers vorgenommen und es werden Empfehlungen für eine detaillierte Abklärung abgegeben.

Die Volkszahnklinik steht allen nicht mehr schulpflichtigen Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern, welche Zuschüsse zu den Krankenkassenprämien erhalten, zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Für diesen Personenkreis sieht das Gesetz eine gestaffelte Reduktion der Behandlungskosten vor. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner können sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulässt. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt gemäss SUVA-Tarif. Im Gegensatz zur Schulzahnklinik steht die Volkszahnklinik bei entsprechenden Kapazitäten auch ausserkantonalen Patientinnen und Patienten offen. Diesen wird auf dem SUVA-Tarif ein Zuschlag verrechnet.

Die Klinik hat neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe, als Weiter- und Fortbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken. Im Weiteren werden 15 Dental-Assistentinnen und 1 Büro-Assistent ausgebildet.

Produktgruppen

Zahnmedizinische Betreuung

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 5.3 Gesundheitsversorgung

Tätigkeiten und Projekte

Zahnmedizinische Betreuung

Zahnmedizinische Prophylaxe:

Die Zahngesundheit der 12-jährigen Basler Kinder, welche im Kanton geboren wurden oder im Geburtsjahr zugezogen sind, bleibt konstant oder wird tendenziell eher besser. Der Zahngesundheit von Neuzuzügern hingegen muss weiterhin grosse Beachtung geschenkt werden, damit zum Teil bereits vorhandene Schäden sich nicht vergrössern und möglichst keine neuen entstehen.

Kooperation in der Zahnmedizin zwischen der Universität Basel und den Öffentlichen Zahnkliniken:

Der Aufbau eines zahnmedizinischen Dienstleistungszentrums wird geprüft. Im Vordergrund steht eine mögliche Zusammenführung des Departements Zahnmedizin der Universität Basel mit den Öffentlichen Zahnkliniken des Kantons Basel-Stadt an einem Standort. Detailregelungen sind analog der Humanmedizin durch Leistungsvereinbarungen vorzunehmen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	100.0	100.0	99.0	97.5	94.7	
Prozentuale Zunahme Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	0.0	0.0	-2.0	-5.0	0.0	
Anteil Garantieleistungen (Qualität zahnärztlicher Leistungen)	%	1.00	0.90	0.80	0.90	0.89	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	12'456.6	12'207.1	12'024.1	249.5	2.0	
31 Sachaufwand	2'221.6	2'022.5	2'108.2	199.1	9.8	¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	103.5	103.5	138.2	0.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	2'700.0	2'880.0	2'871.6	-180.0	-6.3	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	17'481.8	17'213.1	17'142.2	268.7	1.6	
42 Vermögenserträge	-1.7	-1.9	-1.4	0.2	10.5	
43 Entgelte	-12'148.3	-12'284.3	-11'858.0	136.0	1.1	
4 Ertrag	-12'150.0	-12'286.2	-11'859.4	136.2	1.1	
Ordentlicher Nettoaufwand	5'331.8	4'926.9	5'282.8	404.9	8.2	
davon Produktgruppe(n):						
Zahnmedizinische Betreuung	5'331.8	4'926.9		404.9	8.2	

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 393 enthalten.

Auftrag und Ziel

Der Bereich Gesundheitsversorgung betreut die Leistungserbringer der kantonalen Gesundheitsversorgung. Er ist zuständig für sämtliche Geschäfte der im Bereich der Gesundheitsversorgung tätigen Abteilungen des Departements und aller für die Gesundheitsversorgung im Kanton Basel-Stadt relevanten privaten und öffentlichen Leistungserbringer. Der Bereich umfasst die Betriebe: Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital, Universitäre Psychiatrische Kliniken, Öffentliche Zahnkliniken.

Die Abteilung Langzeitpflege dient als Informations- und Fachstelle für Fragen im Zusammenhang mit Hilfe und Pflege für betagte Personen. Sie koordiniert und beaufsichtigt die privaten Anbieter von Pflege- und Hilfsangeboten für Betagte im Kanton Basel-Stadt und ist für die Vermittlung von Pflegeplätzen im Kanton Basel-Stadt zuständig.

Produktgruppen

Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege

Medizinische Versorgung Leistungseinkauf

Lehre und Forschung Leistungseinkauf

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 5.3 Gesundheitsversorgung

AF 5.3 Gesundheitsversorgung

AF 5.4 Klinische Lehre und Forschung

Tätigkeiten und Projekte

Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Pflege und Betreuung von Betagten

Optimierung und bedarfsgerechte Anpassung des bestehenden Angebotes an Pflegeplätzen:

Im Jahr 2008 erfolgt die Umsetzung der NFA in den Bereichen Spitex und Tagespflegeheime. Ausserdem steht die Erneuerung des Subventionsvertrages mit Spitex Basel für die Jahre 2009 ff in Abstimmung mit den übrigen Anbietern von Spitex-Leistungen an.

Medizinische Versorgung Leistungseinkauf

Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft:

Neben der Projektierung eines gemeinsamen geriatrischen Kompetenzzentrums auf dem Areal des Bethesda-Spitals sollen in den Bereichen Psychiatrie und Rehabilitation gemeinsame Bedarfsplanungen und Synergiepotentiale geprüft werden. Eine entsprechende Planung im Bereich Geriatrie liegt bereits vor.

Neubau Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB):

Auf der Grundlage des detaillierten Kostenvoranschlags konnten ab Mai 2007 die Ausschreibungen für die Vergabearbeiten vorgenommen werden. Der effektive Baubeginn wurde auf November 2007 terminiert. Die Fertigstellung des Neubaus ist im Jahre 2010 geplant.

Qualitätssicherung:

Die bisher einzelbetrieblich mit verschiedenen Instrumenten durchgeführten Aktivitäten zur Sicherung und Erhebungen zur Messung von Qualität sollen erfasst, systematisiert und zuhanden der politischen Entscheidungsträger adäquat aufbereitet werden. In einem nächsten Schritt erfolgt die Konzeption einer alle Aspekte umfassenden Qualitätssicherung und Qualitätsmessung.

Notfallorganisation:

Erhebung von qualitativen und quantitativen Angaben bei den definierten stationären Notfallaufnahmen (Universitätsspital Basel, Universitäts-Kinderspital beider Basel, St. Claraspital und Gemeindespital Riehen) des Kantons Basel-Stadt. Unter Einbezug der Medizinischen Gesellschaft Basel (MedGes), welche die medizinische Notrufzentrale des Kantons Basel-Stadt betreibt, sollen die Grundlagen für eine Optimierung des bestehenden Notfall-Angebots im Kanton erarbeitet werden.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	18.9	17.8	15.5	12.9	
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	65	60	52	59	70
Anteil Pflegetage der öffentlichen Spitäler an den Gesamtpflegetagen (Grundversicherte)	%	70	70	71	70	68
Anteil Pflegetage der öffentlichen Spitäler an den Gesamtpflegetagen (Zusatzversicherte)	%	45	45	44	45	46
Kostenentwicklung zu Lasten der obligatorischen Grundversicherung	%	4.5	4.5	5.5	8.1	3.2

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	2'817.6	2'599.8	2'358.3	217.8	8.4 ¹⁾
31 Sachaufwand	852.9	913.2	663.9	-60.3	-6.6
36 Eigene Beiträge	170'225.9	227'094.4	163'396.3	-56'868.5	-25.0 ²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	173'896.4	230'607.4	166'418.5	-56'711.0	-24.6
43 Entgelte	-21.0	-16.0	-38.9	-5.0	-31.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-65'106.0	-10'542.1	65'106.0	100.0 ²⁾
4 Ertrag	-21.0	-65'122.0	-10'580.9	65'101.0	100.0
Ordentlicher Nettoaufwand	173'875.4	165'485.4	155'837.6	8'390.0	5.1
davon Produktgruppe(n):					
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	92'550.4	85'979.4		6'571.0	7.6
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	81'325.0	79'506.0		1'819.0	2.3
Lehre und Forschung Leistungseinkauf	0.0	0.0		0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Differenz im Personalaufwand ist auf eine vakante Stelle, die Teuerung, den Stufenanstieg sowie die Erhöhung der Kinderzulage zurückzuführen
- 2) Die Abgeltungen der Universität für Lehre und Forschung in den Spitälern werden ab 2008 direkt an die betroffenen Spitäler ausbezahlt und nicht mehr via diese Dienststelle. Entsprechend tiefer fallen Aufwand auf Konto 36 sowie Ertrag auf Konto 46 aus. Der Neue Finanzausgleich des Bundes (NFA) führt zudem zu einer Erhöhung des Aufwandes im Bereich Betagtenhilfe in der Höhe von ca. TCHF 7'600.

Auftrag und Ziel

Das Universitätsspital Basel (USB) ist Stadt-, Zentrums- und Universitätsklinik und eines der fünf grössten Gesundheitszentren der Schweiz. Es ist darüber hinaus ein medizinisches Kompetenz-, Hochtechnologie- und Wissenszentrum mit internationaler Ausstrahlung. Ausserdem ist das USB ein Ort der Begegnung für Wissenschaft und Forschung. Die Bedeutung als Wirtschaftsfaktor für die Region mit hoher Wertschöpfung ist unbestritten. Das USB bietet hochspezialisierte, tertiärmedizinische Leistungen, inklusive Transplantationsmedizin, mit ausgeprägter Interdisziplinarität und hoher zwischenmenschlicher Betreuungsqualität an. Es will dabei Garant sein für qualitativ hochstehende Leistungen in Medizin, Lehre und Forschung. Das USB überprüft permanent seine strategischen unternehmenspolitischen Positionen und Grundsätze gerade auch im Hinblick auf die sich verändernden gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere im schweizweiten Wettbewerb um die hochspezialisierte Medizin.

Der Auftrag des USB ist dreigeteilt und umfasst medizinische Dienstleistung, Lehre und Forschung: Die medizinische Dienstleistung umfasst die Untersuchung, medizinische Behandlung, Pflege und Nachsorge von Patientinnen und Patienten; die Lehre dient der Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten. Zudem erfolgt die Aus- und Weiterbildung in pflegerischen, technischen und therapeutischen Berufen; die medizinische Forschung nimmt sich der wissenschaftlichen Lösung patientinnen- und patientenorientierter Probleme an.

Produktgruppen

Medizinische Versorgung USB

Lehre und Forschung USB

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 5.3 Gesundheitsversorgung

AF 5.4 Klinische Lehre und Forschung

Tätigkeiten und Projekte

Medizinische Versorgung USB

Positionierung des universitärmedizinischen Zentrums:

Das USB soll durch eine regional möglichst breit verankerte Trägerschaft für die gesamte Region Basel spitzenmedizinische Leistungen erbringen. Damit soll seine Position im nationalen und internationalen Wettbewerb weiter gestärkt werden. Die Zusammenarbeit mit dem Inselspital Bern (siehe Kooperation der Medizin Basel-Bern) und weitere Allianzen mit den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura stehen dabei im Vordergrund.

Kooperation Medizin Basel-Bern:

Nebst der 2006 initiierten gemeinsamen Herzchirurgie am Universitätsspital Basel und dem Inselspital Bern werden in den nächsten Jahren weitere Kooperationsprojekte folgen. Im Rahmen der Kooperation zwischen den Medizinischen Fakultäten und dem USB sowie dem Inselspital Bern werden Nachfolgeregelungen der Ordinariate gemeinsam geregelt. Mit der Allianz streben die Kantone Basel-Stadt und Bern sowohl medizinische als auch ökonomische, versorgungspolitische und forschungsmässige Ziele an.

Strategische Raumplanung, Sanierung der Gebäude der 3. Bauetappe:

Um einerseits die bevorstehenden Sanierungsmassnahmen für die Gebäude der sogenannten 3. Bauetappe (Klinikum 2, OP-Ost, Pathologie) und andererseits den nachgewiesenen Erweiterungsbedarf des USB in einem geordneten und planbaren Rahmen vollziehen zu können, sind die Erkenntnisse der strategischen Raumplanung in einen "Masterplan" zu bringen. Diese Massnahmen sind mit der strategischen Raumplanung der Universität Basel abzugleichen. Die Sanierung des OP-Ost und die räumliche Integration der Augenklinik werden separat behandelt und aufgrund der Dringlichkeit vorgezogen.

Vorbereitung der Einführung von Fallkostenpauschalen (DRG):

Das USB bereitet sich auf die schweizweite Einführung der Fallkostenpauschalen (DRG) im stationären Bereich vor. Einerseits geschieht dies durch Prozessanalyse und Prozessoptimierung, andererseits auch durch spezifische Schulungsaktivitäten, die von den Erfahrungen in Deutschland bei der Einführung von DRG profitieren können.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3'418.0	3'418.0	3'435.0	3'463.0	3'478.8
Anteil ausserkantonale/ausländische Patientinnen und Patienten	%	42.5	42.5	42.3	42.0	42.3
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Akutkliniken)	Tg	8.4	8.4	8.3	8.4	8.5
Personen in Ausbildung (inkl. Praktikantinnen und Praktikanten)	Anz	535	535	532	519	496
Ambulante Taxpunkte errechnet	Anz	140.0	138.1	136.7	127.4	128.2 ¹⁾

Kommentar

1) In Mio.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	453'938.0	451'567.0	452'940.5	2'371.0	0.5 ¹⁾
31 Sachaufwand	240'650.0	201'640.0	204'397.3	39'010.0	19.3 ²⁾
32 Passivzinsen	76.0	76.0	85.3	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'289.0	689.0	2'012.9	600.0	87.1 ³⁾
36 Eigene Beiträge	125.0	125.0	125.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	696'078.0	654'097.0	659'561.1	41'981.0	6.4
42 Vermögenserträge	-1'035.0	-1'035.0	-1'429.7	0.0	0.0
43 Entgelte	-472'809.0	-469'550.0	-461'316.7	-3'259.0	-0.7
46 Beiträge für eigene Rechnung	-56'618.0	-56'148.0	-33'999.8	-470.0	-0.8
4 Ertrag	-530'462.0	-526'733.0	-496'746.2	-3'729.0	-0.7
Ordentlicher Nettoaufwand	165'616.0	127'364.0	162'814.9	38'252.0	30.0
davon Produktgruppe(n):					
Medizinische Versorgung USB	119'896.3	87'296.0		32'600.3	37.3
Lehre und Forschung USB	45'719.7	40'068.0		5'651.7	14.1
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	31'708.4	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	31'708.4	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- Der Personalaufwand steigt um TCHF 2'371 bzw. 0,5% gegenüber dem Budget 2007. Unter Berücksichtigung des Wegfalls der PK-Einkäufe, beträgt die Zunahme TCHF 5'418 bzw. 1,2% gegenüber dem Budget 2007. Dieser Zuwachs setzt sich zusammen aus TCHF 1'600 für die gewährte Teuerung, für die Übernahme der Praktikumsentschädigungen für Studierende der Höheren Fachschule Gesundheit (HF) und Fachangestellte Gesundheit (FAGE) sowie der dafür notwendigen Administration müssen neu TCHF 1'800 eingesetzt werden. Der Rest des Zuwachses von TCHF 2'018 wird für den nicht kompensierbaren Teil des Stufensprunges verwendet werden müssen. Beim Stammpersonal (Headcount) wird das Vorjahresbudget beibehalten. Vergleicht man das Budget 2008 mit der Rechnung 2006, beträgt der Zuwachs knapp TCHF 1'000 bzw. 0,2%.
- Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 30'143 enthalten. Daneben verursacht der medizinische Bedarf massgeblich die Zunahme des Sachaufwandes. Der medizinische Bedarf setzt sich aus dem Verbrauch von Medikamenten, Verbandsmaterial, Implantaten, Einwegmaterialien sowie den Textilien zusammen und ist rund TCHF 8'500 höher als im Budget 2007. Im Vergleich zur Rechnung 2006 beträgt der Zuwachs TCHF 600 bzw. 0,4%. Aufgrund der Entwicklung der exogen vorgegebenen, höheren Preise bei der Energie wurde das betreffende Budget um TCHF 500 erhöht. Die von der RIMAS vorgegebenen Prämien der verschiedenen Versicherungen stiegen um etwas mehr als TCHF 700. Im Bereich des Unterhaltsaufwandes (TCHF 600) und beim Büromaterialaufwand (TCHF 200) wurden Budgetkürzungen vorgenommen.
- Die Debitorenverluste aus Patientenrechnungen werden gegenüber dem Vorjahr um TCHF 600 erhöht, weil die Ist-Werte der vergangenen Jahre deutlich höher lagen als budgetiert.

Auftrag und Ziel

Das Felix Platter-Spital besteht aus drei Bereichen. Das Geriatrie-Kompetenzzentrum, die Rheumatologische Universitätsklinik und die Orthopädische Frührehabilitation ergänzen sich und stützen sich auf umfassende Diagnostikeinrichtungen und breit gefächerte Therapieangebote ab. Alle drei Bereiche unterhalten enge Beziehungen zum Universitätsspital Basel. Kernstück ist die durchgehende Behandlungskette von der Akutklinik über die Rehabilitation in den spezialisierten Abteilungen bis zum Austritt nach Hause. Das Geriatrie-Kompetenzzentrum des Felix Platter-Spitals bildet das Zentrum der geriatrischen Behandlungskette und ist spezialisiert auf sämtliche altersmedizinischen Fragen. Verschiedene teilstationäre und ambulante Angebote ergänzen die stationären Angebote. In der Rheumatologischen Universitätsklinik und Poliklinik sowie in der Orthopädischen Frührehabilitation erbringt das Felix Platter-Spital Dienstleistungen im Bereich Akutmedizin und Rehabilitation zum Erhalten und Wiederherstellen der Bewegungsfähigkeit. In der orthopädischen Frührehabilitation werden die Patientinnen und Patienten von der Akutphase bis zur Rehabilitation, also vom Eintritt ins Universitätsspital Basel bis zur Entlassung aus dem Felix Platter-Spital von einem gemeinsamen Ärzteteam betreut. Die Rheumatologische Universitätsklinik ist das universitäre Zentrum für Diagnostik und Behandlung aller rheumatologischen Erkrankungen.

Produktgruppen

Medizinische Versorgung FPS

Lehre und Forschung FPS

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 5.3 Gesundheitsversorgung

AF 5.4 Klinische Lehre und Forschung

Tätigkeiten und Projekte

Medizinische Versorgung FPS

Gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie BS/BL auf dem Areal des Bethesda-Spitals:

Das Ergebnis der von den Regierungen beider Kantone in Auftrag gegebenen Prüfung von Standort, Trägerschaft, Grösse und Leistungsauftrag eines künftigen gemeinsamen geriatrischen Kompetenzzentrums wurde an der gemeinsamen Regierungssitzung der Regierungsräte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft vom 13. Februar 2007 verabschiedet. Demnach planen und konzipieren der Kanton Basel-Landschaft und der Kanton Basel-Stadt mit dem Diakonath Bethesda die Errichtung eines gemeinsamen geriatrischen Kompetenzzentrums auf dem Areal des Bethesda-Spitals mit einer Kapazität von rund 300 Betten basierend auf einem von beiden Kantonen zu erarbeitenden Leistungsauftrag. Dieser basiert auf dem Modell der geriatrischen Behandlungskette und umfasst das Gebiet des Kantons Basel-Stadt und des unteren Baselbietes. Die weitere Planung und Konzeption erfolgt im Rahmen des gemeinsamen regierungsrätlichen Lenkungsausschusses Partnerschaftsverhandlungen im Teilprojekt Medizinische Dienstleistungen. Der Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen hat an seiner Sitzung vom 30. Mai 2007 der Projektorganisation zugestimmt und die weitere Ausarbeitung des Vorhabens in Auftrag gegeben.

Gemeinsame Geriatrieplanung mit dem Kanton Basel-Landschaft:

Im gemeinsamen Bericht zur Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt (stationärer Bereich) vom September 2005 bekundeten beide Regierungen die Absicht, die Entwicklung der geriatrischen Versorgung in beiden Kantonen im ständigen Dialog zu begleiten und eine gemeinsame Bedarfsplanung als Option zu prüfen. In Erledigung dieses Auftrages haben das Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt und die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion des Kantons Basel-Landschaft im Februar 2007 einen gemeinsamen Bericht zur Planung der Geriatrischen Versorgung beider Basel den beiden Regierungen vorgelegt. Dabei wurden die Planungsparameter von Basel-Stadt und Basel-Landschaft verglichen, die bestehenden Unterschiede und allfällige Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt und damit Grundlagen geschaffen zur Prüfung einer möglichen Harmonisierung der Planungssysteme im Bereich der Geriatrie und zur Einbettung der Planungsergebnisse in der gemeinsamen Spitalliste. Bei einer gemeinsamen Planung von Geriatriespitalkapazitäten wird gemäss Vereinbarung zwischen den Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft nur der untere Teil des Kantons Basel-Landschaft (Bezirk Arlesheim) für die gemeinsame Bedarfsprognose berücksichtigt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	583.0	583.0	583.2	573.7	612.4
Eintritt stationäre Patientinnen und Patienten	Anz	3'300	3'200	3'266	3'271	3'137
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Tg	36	37	36	37	45
Personen in Ausbildung	Anz	94	94	94	88	78

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30	Personalaufwand	69'759.2	68'665.0	68'486.4	1'094.2	1.6 ¹⁾
31	Sachaufwand	21'505.5	15'790.8	16'606.7	5'714.7	36.2 ²⁾
33	Abschreibungen Finanzvermögen	34.0	32.0	68.3	2.0	6.3
36	Eigene Beiträge	60.0	60.0	46.8	0.0	0.0
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	91'358.7	84'547.8	85'208.3	6'810.9	8.1
42	Vermögenserträge	-408.9	-295.5	-218.8	-113.4	-38.4
43	Entgelte	-48'967.8	-48'231.2	-47'527.7	-736.6	-1.5
46	Beiträge für eigene Rechnung	-2'725.3	-2'647.1	-2'055.4	-78.2	-3.0
4	Ertrag	-52'102.0	-51'173.8	-49'801.8	-928.2	-1.8
Ordentlicher Nettoaufwand		39'256.6	33'374.0	35'406.5	5'882.6	17.6
<i>davon Produktgruppe(n):</i>						
<i>Medizinische Versorgung FPS</i>		<i>38'781.8</i>	<i>32'971.1</i>		<i>5'810.7</i>	<i>17.6</i>
<i>Lehre und Forschung FPS</i>		<i>474.9</i>	<i>402.9</i>		<i>72.0</i>	<i>17.9</i>
5	Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'008.4	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)		0.0	0.0	1'008.4	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Der Personalaufwand berücksichtigt den Teuerungsausgleich und die erhöhte Kinder- und Unterhaltszulage per 1.1.07 sowie den teilweise nicht kompensierbaren Stufenanstieg. Infolge Verknappung auf dem Stellenmarkt für Pflegepersonal mussten zudem die Rekrutierungskosten höher budgetiert werden.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 5'164 enthalten, des weiteren wurden preisbedingte Mehraufwendungen für Energie und Lebensmittel budgetiert.

Auftrag und Ziel

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) haben Aufgaben in der psychiatrischen Versorgung, in der universitären Lehre und Forschung sowie in der Aus-, Weiter- und Fortbildung sowohl intern als auch extern. Sie gewährleisten ihren Patientinnen und Patienten ein modernes Angebot an Diagnostik, Behandlung und Pflege. Die UPK sind zuständig für die stationäre, teilstationäre und ambulante psychiatrische Versorgung von Erwachsenen (Psychiatrische Klinik, PK) sowie von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik, KJKP) im Kanton Basel-Stadt.

Die UPK bieten allen Patientinnen und Patienten eine angemessene medizinisch-pflegerische Behandlung. Ausser der Grundversorgung bieten die UPK umfassende und hoch spezialisierte Dienstleistungen an. Aktuelle Erkenntnisse aus der klinischen psychiatrisch-psychotherapeutischen Forschung werden in die Behandlung der Patientinnen und Patienten einbezogen. Erkrankte Erwachsene und Kinder sollen, wenn immer möglich, wieder nach Hause in ihr gewohntes Umfeld zurückkehren. Der Einbezug des sozialen Umfelds ist für die Rehabilitation entscheidend.

Die KJKP widmet sich der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen von Geburt an bis zum Alter von 18 Jahren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, steht ein Behandlungsteam, bestehend aus zahlreichen Fachleuten aus den Gebieten der Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychologie, der Kinderkranken- und Psychiatriepflege, der Sozial- und Heilpädagogik sowie der Sozialarbeit und der Psychomotorik, zur Verfügung.

Die UPK sind auch Ausbildungsstätten für Berufe im medizinischen, paramedizinischen und pflegerischen Bereich. Ärztinnen und Ärzte, dipl. Pflegefachpersonal, Fachangestellte Gesundheit, klinische Psychologen und Ergotherapeuten absolvieren ihre Ausbildung im Rahmen ihrer Tätigkeit an den UPK. In der Ausbildung der künftigen Ärztinnen und Ärzte arbeiten die Kliniken eng mit der Medizinischen Fakultät der Universität Basel zusammen. In den UPK können Ärztinnen und Ärzte ihre FMH-Fachausbildung in Psychiatrie und Psychotherapie absolvieren.

Produktgruppen

Medizinische Versorgung UPK

Lehre und Forschung UPK

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 5.3 Gesundheitsversorgung

AF 5.4 Klinische Lehre und Forschung

Tätigkeiten und Projekte

Medizinische Versorgung UPK

Parallele Überprüfung von Strukturen und Angeboten der Psychiatrie im Kanton Basel-Stadt:

2006 hat das Gesundheitsdepartement ein Projekt zur Überprüfung der Strukturen und Angebote im staatlichen und staatlich subventionierten Psychiatriebereich begonnen. Ziel ist, auf der Basis einer umfassenden Analyse der IST-Situation und des gegenwärtigen Leistungsangebots die Versorgungsstrukturen dem zukünftigen Bedarf anzupassen. Durch eine Optimierung der Prozesse sollen die Ressourcen noch effizienter und bedarfsgerechter eingesetzt werden. Der Abschluss für das Teilprojekt 1 (Psychiatrisches Versorgungsangebot BS) ist für 2007 vorgesehen, jener für das zweite Teilprojekt (Organisationsstrukturen) für 2008.

Positionierung der Forensischen Abteilung als schweizweites Kompetenzzentrum:

Die Forensische Abteilung der UPK hat sich als überregionales Kompetenzzentrum für die forensisch-psychiatrische Begutachtung von psychisch schwerstkranken Straftätern etabliert. Das aktuelle Angebot kann die Nachfrage aus der ganzen Schweiz für diese hochspezialisierte Dienstleistung nicht mehr auffangen, weshalb längere Wartelisten bestehen. Mit einem Ausbau des stationären Angebotes und des zugehörigen Personals der forensischen Abteilung soll das bereits überregionale Kompetenzzentrum schweizweit positioniert und dem Ruf nach Schaffung zusätzlicher Therapieangebote von Seiten der Behörden und Gerichte Rechnung getragen werden. Die Erweiterung des forensischen Bettenangebots wird massgeblich zu einer besseren Kostendeckung der UPK beitragen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	603.0	583.0	582.7	583.9	583.2	¹⁾
Anteil ausserkantonaler/ausländischer Pflgetage	%	16	15	13	13	11	
Anteil forensische Pflgetage	%	8	6	6	6	5	
Personen in Ausbildung (inkl. Praktikantinnen und Praktikanten)	Anz	168	162	148	143	141	

Kommentar

1) Ab 2008 erfolgt der (kostenneutrale) Ausbau der forensischen Abteilung

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	77'115.7	74'753.5	74'330.9	2'362.2	3.2	¹⁾
31 Sachaufwand	24'474.9	18'290.2	17'651.8	6'184.7	33.8	²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	110.0	100.0	228.9	10.0	10.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	101'700.6	93'143.8	92'211.5	8'556.8	9.2	
42 Vermögenserträge	-21.0	-28.0	-22.6	7.0	25.0	
43 Entgelte	-52'706.6	-50'387.8	-49'577.0	-2'318.8	-4.6	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-10'739.0	-10'553.0	-6'435.1	-186.0	-1.8	
4 Ertrag	-63'466.6	-60'968.8	-56'034.7	-2'497.8	-4.1	
Ordentlicher Nettoaufwand	38'234.0	32'175.0	36'176.8	6'059.0	18.8	
davon Produktgruppe(n):						
Medizinische Versorgung UPK	38'104.3	32'590.5		5'513.8	16.9	
Lehre und Forschung UPK	129.6	-415.5		545.1	131.2	
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	2'877.8	0.0		
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	2'877.8	0.0		

Abweichungen / Erläuterungen

- Die Erhöhung des Personalbudgets resultiert im wesentlichen aus der Eröffnung der 2. forensischen Abteilung (TCHF 1'600) per Mitte 2008 sowie der Uebernahme der diagnostisch therapeutischen Kindertagesklinik (TCHF 600) ins Leistungsangebot, die bis anhin durch eine private Stiftung getragen wurde.
- Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 6'075 enthalten.

6.2.5 Justizdepartement

Departementssekretariat	JD-301
Staatsanwaltschaft	JD-302
Vormundschaftsbehörde	JD-303
Abteilung Jugend, Familie und Prävention	JD-304
Gleichstellungsbüro	JD-305
Subventionen	JD-307
Grundbuch- und Vermessungsamt	JD-309
Zivilstandsamt	JD-310
Abteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste	JD-311
Handelsregisteramt	JD-312
Strafvollzug	JD-313

Auftrag und Ziel

Das Departementssekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justizdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik sowie Information unterstützt es die Dienststellen des Departements (und im Bereich der Personalarbeit auch die Gerichte) und stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher.

Neben diesen Unterstützungsleistungen umfasst der Buchungskreis Departementssekretariat die Rechtsabteilung des Departements. Diese übernimmt die Instruktion von Rekursen an den Regierungsrat und bereitet Entscheide des Justizdepartements als erstinstanzliche Rekursinstanz vor. Sie erstellt Rechtsgutachten, erarbeitet Gesetzesentwürfe, führt die Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden und ist für das Bewilligungsverfahren für Namensänderungen und Adoptionen zuständig.

Die Aufsicht über die Stiftungen und Einrichtungen der beruflichen Vorsorge bildet ein weiteres Ressort des Departementssekretariats. Das Departementssekretariat betreut zudem das Dossier der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen. Darin enthalten sind die Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Vorhaben sowie die Pflege der Aussenbeziehungen und der grenzüberschreitenden Kontakte innerhalb der Region Oberrhein, der Schweiz sowie mit den Regionen Europas.

Schliesslich führt das Departementssekretariat auch die Telefonzentrale der kantonalen Verwaltung.

Produktgruppen

Juristische Dienstleistungen und Stiftungsaufsicht
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen
Betrieb Telefonzentrale
Stabsleistungen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 3.1 Rechts- und Registerwesen
AF 3.6 Aussenbeziehungen
RF 8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste
RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr wird sich das Departementssekretariat unter anderem mit der Vorbereitung der Verwaltungsreorganisation, der Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung und der eidgenössischen Zivilprozessordnung sowie mit Projekten im Bereich der Aussenbeziehungen und der Stiftungsaufsicht befassen.

Juristische Dienstleistungen und Stiftungsaufsicht

Eidgenössische Strafprozessordnung und Zivilprozessordnung:

Im Hinblick auf deren Einführung der eidgenössischen Gesetzgebung gilt es auf kantonaler Ebene die erforderlichen organisatorischen und gesetzlichen Änderungen vorzubereiten. Die beiden Ratschläge werden dem Grossen Rat voraussichtlich Ende 2008 unterbreitet.

ReviPlus:

Die Weiterentwicklung des bestehenden EDV-Programms Revi zu ReviPlus läuft mit einer geringen Verzögerung plangemäss und die 1. Tranche des EDV-Programms wird im Jahr 2007 produktiv gesetzt werden. Ab 2008 werden die beiden weiteren Tranchen getestet und danach ebenfalls produktiv gesetzt werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen

Interkantonale Zusammenarbeit:

Die Präsidentenschaft des Kantons Basel-Stadt in der Nordwestschweizer Regierungskonferenz sowie die Einsitznahme im Leitenden Ausschuss der Konferenz der Kantonsregierungen werden zur Verstärkung der Interessenvertretung genutzt.

Trinationaler Eurodistrict Basel:

Nach Abschluss des "Entwicklungskonzepts 2006 - 2020" der Trinationalen Agglomeration Basel werden Projekte in den Bereichen Raumordnung, öffentlicher Personennahverkehr und Gesundheitsversorgung konzipiert.

Grenzüberschreitende Projektförderung:

Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes und der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit/INTERREG IV läuft die grenzüberschreitende Projektförderung für die Jahre 2007-2013 auf der Grundlage des neuen Rahmenkredits.

Stabsleistungen

Regierung und Verwaltung 2009:

Das Departementssekretariat unterstützt die Projektleitung zur Verwaltungsreorganisation und arbeitet in den Teilprojekten mit.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	44.7	43.5	43.1	41.2	41.7
Grenzüberschreitende Projekte	Anz	16	16	16	15	14
Behandelte Rekurse	Anz	140	140	135	140	135 ¹⁾
Beaufsichtigte Stiftungen	Anz	1'119	1'130	1'119	1'131	1'163
Beanstandete Stiftungsjahresrechnungen	%	50	50	59	58	48 ²⁾

Kommentar

- 1) Als Aufsichtsbehörde sowie als Instruktionsbehörde des Regierungsrates.
2) Beanstandung leicht erhöht, aufgrund der beiden Gesetzesrevisionen (BVG und Stiftungsrecht).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	5'541.2	5'407.6	5'667.2	133.6	2.5
31 Sachaufwand	2'445.7	1'727.2	1'867.2	718.5	41.6 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.5	1.5	1.8	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	7'988.3	7'136.3	7'536.2	852.0	11.9
42 Vermögenserträge	-1.6	-1.6	-1.6	0.0	0.0
43 Entgelte	-1'160.6	-1'125.5	-1'093.3	-35.1	-3.1
4 Ertrag	-1'162.2	-1'127.1	-1'094.9	-35.1	-3.1
Ordentlicher Nettoaufwand	6'826.1	6'009.1	6'441.3	817.0	13.6
davon Produktgruppe(n):					
Juristische Dienstleistungen und Stiftungsaufsicht	2'612.1	2'401.2		210.9	8.8 ²⁾
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen	1'267.6	1'109.9		157.7	14.2 ³⁾
Betrieb Telefonzentrale	975.7	974.6		1.1	0.1
Stabsleistungen	4'370.6	3'703.3		667.3	18.0

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Nebst der Miete in Höhe von TCHF 434.4 wurde die Kleininvestitionspauschale (Kto. 315070 ord. Unterhalt Mob./Einrichtung) erhöht.
2) Die PG "Juristische Dienstleistungen und Stiftungsaufsicht" beinhaltet TCHF 1'483.9 Subventionen. Details sind der "technischen" Dienststelle JD-307 resp. der Beitragsübersichtsliste zu entnehmen.
3) Die PG "Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen" beinhaltet TCHF 916.0 Subventionen. Details sind der "technischen" Dienststelle JD-307 resp. der Beitragsübersichtsliste zu entnehmen.

Auftrag und Ziel

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung oder eines Einstellungsbeschlusses. Im Bereich der Jugendkriminalität werden von der Jugendanwaltschaft auch erstinstanzliche Urteile gefällt.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Produktgruppen

Strafrechtliche Verfahren

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 3.3 Strafverfolgung und -vollzug

Tätigkeiten und Projekte

Die Produktgruppe besteht aus den Produkten Ermittlungen und Entscheide. Die vier Abteilungen der Staatsanwaltschaft (Kriminalkommissariat, Allgemeine Abteilung, Abteilung Wirtschaftsdelikte und Jugendanwaltschaft) betreiben in ihren Fachbereichen Ermittlungsführung und Entscheidfällung, wobei das Kriminalkommissariat mit Schwerpunkt Ermittlungsführung, die Allgemeine Abteilung mit Schwerpunkt Entscheidfällung (Anklageerhebung oder Verfahrenseinstellung) tätig ist. Die Jugendanwaltschaft fällt zusätzlich erstinstanzliche Urteile.

Strafrechtliche Massnahmen

Abbau der Rückstände:

Die seit Jahren erheblich angestiegenen Fallzahlen, aber auch die zunehmende Komplexität der Fälle haben bei seit Jahrzehnten unveränderter Anzahl der Mitarbeitenden trotz strikter Prioritätensetzung und Straffung sowie Vereinfachung der Arbeitsabläufe zu längeren Bearbeitungszeiten und zunehmenden Rückständezahlen geführt.

Projekte im EDV-Bereich:

- Projekt IT-Kvor, für die Realisierung technischer Massnahmen zur Gewährleistung der Katastrophenvorsorge im Informatikbereich
- Projekt PISK, für die Ablösung des Personal-Informationssystems
- Projekt Zeiterfassung, für die Ablösung des Zeiterfassungssystems MACROTIME und zur Schaffung von Synergien mit dem künftigen Justiz- und Sicherheitsdepartement

ANMERKUNG: Die Staatsanwaltschaft steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Diese beschränkt sich auf die administrativen Abläufe. Die Strafverfolgungstätigkeit der Staatsanwaltschaft ist hingegen der Aufsicht des Regierungsrates entzogen. Der Verkehr zwischen dem Regierungsrat und der Staatsanwaltschaft wird durch das Justizdepartement vermittelt (§50 GOG).

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	107.0	107.0	106.1	104.8	105.3	¹⁾
Gesamtzahl der Strafanzeigen	Anz			23'865	26'413	30'394	²⁾
Hiervon Gewaltdelikte (Tötung, vorsätzliche Körperverletzung, Tötlichkeit, Raub, Entreisssdiebstahl)	Anz			1'276	1'323	1'556	²⁾
Ausländeranteil Kriminalität	%			55	57	54	²⁾
Rückstände	Anz		673	663	648	698	³⁾

Kommentar

- 1) Zusätzliche Vollzeitstellen detachierte Korpsangehörige SID: 96.
 2) Keine verlässlichen Indikatoren für Prognose.
 3) Rückstände (Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	17'375.2	17'461.5	17'018.4	-86.3	-0.5
31 Sachaufwand	5'470.3	3'814.0	3'214.5	1'656.3	43.4 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	150.0	90.0	147.0	60.0	66.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	22'995.4	21'365.5	20'380.0	1'629.9	7.6
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	
43 Entgelte	-3'330.4	-3'314.4	-3'193.1	-16.0	-0.5
4 Ertrag	-3'330.4	-3'314.4	-3'193.1	-16.0	-0.5
Ordentlicher Nettoaufwand	19'665.0	18'051.1	17'186.8	1'613.9	8.9
davon Produktgruppe(n):					
Strafrechtliche Verfahren	19'665.0	18'051.1		1'613.9	8.9

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'711.8 enthalten.

Auftrag und Ziel

Die Vormundschaftsbehörde unterstützt Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht in der Lage sind, ihre persönlichen und/oder finanziellen Angelegenheiten selbstständig zu besorgen, und deren Umfeld sie nicht ausreichend dabei unterstützen kann. Ziel der Vormundschaftsbehörde ist, dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln und dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben.

Die Vormundschaftliche Abteilung bearbeitet Anträge betreffend vormundschaftlicher Massnahmen für erwachsene Personen und setzt bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Beistand, Beirat oder Vormund als gesetzlichen Vertreter oder Vertreterin ein. Neben privaten Mandatsträgern führt die Amtsvormundschaft den grössten Teil der vormundschaftlichen Massnahmen. Als Dienstleistung für die Klienten der Amtsvormundschaft führt die Finanzabteilung deren Buchhaltungen, verwaltet ihr Vermögen und ihre Wertschriften und zahlt an der Kasse Bargeld aus. Die Finanzabteilung führt zudem die Inkassostelle für Alimente.

Die Abteilung Kindes- und Jugendschutz unterstützt Kinder und Jugendliche, berät Eltern und untersucht Gefährdungssituationen von Minderjährigen von Amtes wegen. Im Bedarfsfalle ordnet sie zivilrechtliche Massnahmen (z.B. Erziehungsbeistandschaft, vorsorglicher Obhutsentzug) an und führt diese sowie auch jugendstrafrechtliche Mandate.

Die Schulsozialarbeit an der Weiterbildungsschule berät Jugendliche bei der Lösung von persönlichen sozialen Problemen. Ihr Bestreben ist, die Integration der Jugendlichen zu sichern und persönliche oder familiäre Notlagen rechtzeitig anzugehen.

Der Vormundschafts- und Fürsorgerat ist bei Erwachsenen zuständig für Fürsorgerische Freiheitsentzüge (FFE), die Jugendschutzkammer für Obhutsentzüge bei Kindern und Jugendlichen. Diese Räte gehören als richterliche Behörden aus Gründen der Unabhängigkeit nur administrativ, nicht aber organisatorisch zur Vormundschaftsbehörde. Dies trifft ebenfalls auf das eigenständige Jugendstrafgericht zu.

Produktgruppen

Entscheide und Massnahmen der Vormundschaftsbehörde

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 3.2 Vormundschaftswesen

Tätigkeiten und Projekte

Statistik und Prognosen deuten darauf hin, dass keine oder keine wesentliche Reduktion der Fallzahlen der Vormundschaftsbehörde zu erwarten ist. Es bleibt damit auch im Budgetjahr die Herausforderung, trotz hohem Arbeitsanfall eine qualitativ gute und zeitgerechte Arbeit für unsere Klientinnen und Klienten sicherzustellen.

Entscheide und Massnahmen der Vormundschaftsbehörde

Rekrutierung privater Mandatsträger:

Die im Vorjahr geplante Massnahme zur Entlastung der Amtsvormundschaft hat sich im Projekt Heimbeistand konkretisiert: In verschiedenen Heimen setzen wir private Beistände ein, die jeweils mehrere Beistandschaften dieses Heimes übernehmen. Diese Lösung kommt auch den Heimleitungen entgegen.

Pikett-Dienst und Begrenzung des Kostenwachstums:

Zur Optimierung der Jugendhilfe soll die Einrichtung eines Pikettdienstes sicherstellen, dass in Notfällen die Erreichbarkeit auch ausserhalb der Bürozeiten gewährleistet ist und im Bedarfsfalle Entscheide gefällt werden können. Der Dienst wird per Januar 2008 aufgenommen. Eine Evaluation nach Ablauf eines Jahres ist vorgesehen. Weiter soll eine Differenzierung des Jugendhilfe-Angebots das stetige Kostenwachstum begrenzen helfen: Erste Grundsatzüberlegungen für eine erweiterte Erziehungsberatung als kostengünstigeres Angebot neben teureren Alternativen wurden angestellt. Im Budgetjahr wird konkret geplant werden.

Projekt Schulsozialarbeit Primarschule St. Johann:

Das Projekt Schulsozialarbeit Primarschule St. Johann ist gut angelaufen. Mit diesem Projekt sollen bildungsferne Eltern, die sich nicht um schulische Fragen ihrer Kinder kümmern, an die Schule geholt werden können. Mit sozialarbeiterischen Methoden können diese Eltern so für schulische Fragen ihrer Kinder engagiert werden, dass bei letzteren eine erfolgreiche Schul- und Berufslaufbahn wahrscheinlicher wird. Das gemeinsame Projekt von Schule und Vormundschaftsbehörde wird evaluiert.

Netzwerk Kinderschutz:

Im Netzwerk Kinderschutz sichern die im Kinderschutz tätigen Institutionen die Kooperation, definieren die gemeinsame Ausrichtung und gewährleisten die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden. Der Schwerpunkt im Budgetjahr ist: Anpassen der Instrumente "Kinderschutzgruppe" und "Standardisierte Erstbefragung" an aktuelle Erfordernisse und Gegebenheiten.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	109.0	109.0	102.0	102.4	100.8	¹⁾
Meldungen an die Vormundschaftsbehörde zur Überprüfung der Notwendigkeit der Errichtung vormundschaftl. Massnahmen vorwiegend für Erwachsene	Anz	1'313	1'313	1'259	1'374	1'161	²⁾
Vormundschaftliche Mandate der Amtsvormundschaft	Anz	2'100	2'100	2'061	2'027	1'963	³⁾
Meldungen an die Abteilung Kindes- und Jugendschutz zur Überprüfung der Gefährdungssituation und zum Entscheid geeigneter Massnahmen	Anz	1'200	1'200	1'261	1'114	1'098	⁴⁾
Fälle der Abteilung Kindes- und Jugendschutz	Anz	1'600	1'600	1'639	1'717	1'759	⁵⁾
Entscheide Jugendschuttkammer, Fürsorge- und Vormundschaftsrat (inkl. Präsidialentscheide)	Anz	140	140	142	134	150	⁶⁾

Kommentar

- 1) Der Headcount der Vormundschaftsbehörde wurde erhöht, um die Überlastung etwas zu mildern und um notwendige Zusatzleistungen erbringen zu können.
- 2) Die deutliche Zunahme an Meldungen interpretieren wir als Folge von Sparmassnahmen: Private Stellen leiten aus sparbedingter Überlastung Klienten rascher an die Vormundschaftsbehörde weiter, ohne dass sich vormundschaftliche Massnahmen als notwendig erwiesen. Aufgrund intensiver Gespräche mit meldenden Stellen konnte die Zahl eingehender Meldungen zeitweise wieder gesenkt werden.
- 3) Durch vermehrten Einsatz privater Mandatsträger wird versucht, die Fallzahlen für die Amtsvormundschaft trotz kontinuierlich steigenden Bedarfs an vormundschaftlichen Massnahmen konstant zu halten.
- 4) Es wird versucht, durch regelmässige Kontakte mit meldenden Stellen die Meldezahlen auf einem etwas tieferen Niveau konstant zu halten.
- 5) Ist 2006: Durch konsequenten Abschluss wenig intensiver Beratungen konnte die Fallzahl gesenkt werden. Die verbleibenden Fälle sind im Durchschnitt intensiver.
- 6) Nicht enthalten sind die Entscheide des Jugendstrafgerichts.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	15'800.5	15'400.8	14'779.9	399.7	2.6 ¹⁾
31 Sachaufwand	1'699.0	1'396.2	944.2	302.8	21.7 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	4.0	0.0	
36 Eigene Beiträge	2'950.0	2'950.0	2'935.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	20'449.5	19'747.0	18'663.1	702.5	3.6
43 Entgelte	-5'536.3	-5'228.0	-5'406.5	-308.3	-5.9
4 Ertrag	-5'536.3	-5'228.0	-5'406.5	-308.3	-5.9
Ordentlicher Nettoaufwand	14'913.3	14'519.0	13'256.6	394.3	2.7
davon Produktgruppe(n):					
Entscheide und Massnahmen der Vormundschaftsbehörde	17'487.0	17'060.7		426.3	2.5 ³⁾

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Für zusätzlich benötigtes Personal (Einstellungen per 1.6.2007) und einmalige Infrastrukturkosten wurde das Budget 2007 um insgesamt TCHF 1'000.0 erhöht. Fürs Budget 2008 fallen unter "Löhne Personal" somit erstmals die gesamten Lohnkosten an; dafür entfallen die einmaligen Sachaufwendungen.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 760.0 enthalten.
- 3) Die PG "Entscheide und Massnahmen der Vormundschaftsbehörde" beinhaltet TCHF 2'573.7 Subventionen. Details sind der "technischen" Dienststelle JD-307 resp. der Beitragsübersichtsliste zu entnehmen.

Auftrag und Ziel

Kernauftrag der Abteilung Jugend, Familie und Prävention (AJFP) ist die Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Dazu gehören die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich, die Unterstützung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen, von denen sie betroffen sind, die Stärkung der familiären Strukturen und Unterstützung in Erziehungsaufgaben.

Wichtiges Ziel ist die Durchsetzung eines wirksamen präventiven Kinder- und Jugendschutzes mit Massnahmen und Projekten, die insbesondere die Freizeit von Kindern und Jugendlichen sowie Familien fokussieren.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist die Erarbeitung eines kohärenten Vorgehens aller Akteurinnen und Akteure im Kampf gegen häusliche Gewalt zur Optimierung des Opferschutzes und der strafrechtlichen Sanktionen gegen Gewalt ausübende Personen.

Produktgruppen

Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien

Präventiver Kinder- und Jugendschutz und Intervention gegen häusliche Gewalt

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 3.4 Auserschulische Jugendarbeit und Familienförderung

AF 3.4 Auserschulische Jugendarbeit und Familienförderung

Tätigkeiten und Projekte

Die Familienförderung und Frühförderung von Kindern nehmen weiter an Bedeutung zu. So soll unter anderem mit aufsuchenden Methoden ein Projekt zur besseren Erreichbarkeit von bildungsfernen Familien und deren Unterstützung durchgeführt werden. Zudem werden Modelle entwickelt, wie die Elternbildung speziell an Familien mit Migrationshintergrund herangetragen werden kann. Schliesslich wird auch die vermehrte Umsetzung von sozialräumlichen Ansätzen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit angestrebt.

Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien

Förderung der Kinder und Jugendlichen:

Nach der Erneuerung der Subventionsverhältnisse mit den Institutionen der offenen Kinder- und Jugendarbeit soll verstärkt den drängenden fachlichen Fragen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die wichtigsten Stichworte hierzu sind sozialräumliche Jugendarbeit, Gender und die Bedürfnisse und das Verhalten von Jugendlichen im öffentlichen Raum.

Förderung der Familien:

Viele gesellschaftliche Probleme können nur unter Einbezug der Familien und insbesondere der Eltern gelöst werden. Im Mittelpunkt stehen hierbei Fragen der Frühförderung, Elternmitwirkung und -bildung.

Präventiver Kinder- und Jugendschutz und Intervention gegen häusliche Gewalt

Massnahmen zum präventiven Kinder- und Jugendschutz:

Um Nachhaltigkeit erreichen zu können, müssen die Massnahmen in den Bereichen Tabak, Alkohol sowie hinsichtlich Medien und Jugendschutz verstärkt weitergeführt werden.

Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt, Halt-Gewalt:

Die Folgen und Auswirkungen der neuen Wegweisungsnorm im Polizeigesetz sind genau zu verfolgen. Dabei muss insbesondere den notwendigen Begleitmassnahmen (Opferhilfe, Täterberatung) grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	9.5	9.5	9.3	9.5	8.2	
Förderprojekte für Kinder, Jugendliche und Familien respektive Projekte hinsichtlich des präventiven Kinder- und Jugendschutzes und häuslicher Gewalt.	Anz	25	25	22	22	26	¹⁾
Massnahmen zur Koordination, Planung und Steuerung der Aufgaben der einzelnen Tätigkeits- und Aufgabenbereiche der Abteilung.	Anz	25	25	24	24	25	²⁾

Kommentar

- 1) Zum Beispiel: Partizipation, Eltern- und Familienbildung, Stärkung der Erziehungs- und Alltagskompetenzen respektive Projekte zur Verhinderung von Gewalt und Sucht und zur Stärkung der Konsumkompetenz
- 2) Dies beinhaltet: Subventionierungen privater Institutionen, Konferenzen, Weiterbildungen, Stellungnahmen und Berichte, Konzeptarbeit, Vernetzungstätigkeit, Unterstützung der Interventionsarbeit bei häuslicher Gewalt sowie die Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	1'444.2	1'472.4	1'371.8	-28.2	-1.9
31 Sachaufwand	501.1	378.0	361.0	123.1	32.6 ¹⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	1'945.4	1'850.4	1'732.8	95.0	5.1
43 Entgelte	-22.8	-22.8	-5.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-22.8	-22.8	-5.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	1'922.6	1'827.6	1'727.8	95.0	5.2
davon Produktgruppe(n):					
Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien	6'550.0	6'113.4		436.6	7.1 ²⁾
Präventiver Kinder- und Jugendschutz und Intervention gegen häusliche Gewalt	1'051.0	982.6		68.4	7.0 ³⁾

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 95.1 enthalten.
- 2) Die PG "Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien" beinhaltet TCHF 5'598.4 Subventionen. Details sind der "technischen" Dienststelle JD-307 resp. der Beitragsübersichtsliste zu entnehmen.
- 3) Die PG "Präventiver Kinder- und Jugendschutz und Intervention gegen häusliche Gewalt" beinhaltet TCHF 80.0 Subventionen. Details sind der "technischen" Dienststelle JD-307 resp. der Beitragsübersichtsliste zu entnehmen.

Auftrag und Ziel

Ziel und Auftrag des Gleichstellungsbüros ist es, die Chancengleichheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu fördern und zu unterstützen.

Die Gleichstellungspraxis in der kantonalen Verwaltung wird angeregt, unterstützt, gefördert und begleitet. Gleichstellungsbestrebungen werden in allen Lebensbereichen initiiert und weiterentwickelt zwecks Verbesserung der ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Insbesondere geschieht dies durch das Erarbeiten von Konzepten, Massnahmen und zielgruppenspezifischen Projekten, das Beraten und Unterstützen von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privaten sowie das Überprüfen von kantonalen Erlassen und Massnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundes- und Kantonsverfassung.

Produktgruppen

Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 3.5 Gleichstellung von Frauen und Männern

Tätigkeiten und Projekte

Neben untenstehenden Schwerpunktprojekten engagiert sich das Gleichstellungsbüro im Bereich der Erwerbsarbeit. Die Förderung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes steht weiterhin im Vordergrund sowie die Vernetzung mit Gleichstellungsbeauftragten ausserhalb der Verwaltung. Erlassprüfungen, Stellungnahmen und Vernehmlassungen zu gleichstellungsrelevanten Themen bilden den Kern der rechtlichen Arbeit. Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich Chancengleichheit bildet der Aufbau des "Kompetenzzentrums Secondas Basel-Stadt". Migrantinnen der zweiten Generation werden vernetzt und gleichzeitig ermutigt, den ihnen gebührenden Platz in Gesellschaft und Arbeitswelt zu finden.

Die "Brise", halbjährlich erscheinender Newsletter des Gleichstellungsbüros, dient der gleichstellungsspezifischen Sensibilisierung und der Information über hausinterne Projekte.

Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel:

Der Fokus der Aktivitäten zur nachhaltigen Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie liegt weiterhin auf der familienfreundlichen Unternehmenspolitik. Die zunehmende Beteiligung von Firmen und Wirtschaftsverbänden an der Umsetzung wirksamer Massnahmen ist vielversprechend. Ziel des Ende 2006 gegründeten, breit abgestützten Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel ist es, zur Förderung vereinbarkeitsgerechter Arbeitsbedingungen in Basler Firmen beizutragen und Basel als familienfreundliche Wirtschaftsregion zu positionieren. Mittels Vernetzung und spezifischer Projekte wird den Arbeitgebenden u.a. der finanzielle Nutzen einer vorbildlichen Unternehmenspolitik aufgezeigt und Begleitung bei der Umsetzung geboten.

Öffnung Berufswahl:

Die Öffnung der Berufswahl und die Sensibilisierung für 'geschlechtsuntypische' Lebensentwürfe von Knaben und Mädchen bildet einen weiteren Schwerpunkt in der Arbeit des Gleichstellungsbüros. Ein Aktionsprogramm umfasst verschiedene Massnahmen, für alle an der Berufswahl beteiligten Akteurinnen und Akteure. SchülerInnen werden mit dem dreitägigen Projekt "Choose it!" an der Schule angesprochen. Lehrpersonen werden über die Konsequenzen einer geschlechtlich eingeschränkten Berufswahl informiert und dazu angehalten und unterstützt, diesbezüglich im Berufswahlprozess ihrer SchülerInnen eine aktive Rolle einzunehmen. Für Eltern sind eine mehrsprachige Broschüre und Elterninformationsabende geplant. In Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband wird bei Gewerbe und Betrieben die geschlechtsuntypische Besetzung von Lehrstellen angeregt.

Kompetenzzentrum Secondas Basel:

Als Folgeprojekt zum "Café Secondas" plant das Gleichstellungsbüro den Aufbau eines "Kompetenzzentrums Secondas Basel-Stadt". Das Zentrum richtet sich an junge Frauen mit Migrationshintergrund und dient als Informations- und Vernetzungsplattform, als Drehscheibe und Expertinnenpool rund um das Thema Secondas. Indem das Kompetenzzentrum Secondas die geschlechtliche Gleichstellung in Zusammenhang mit Migration thematisiert und dazu von einem erweiterten Konzept der Chancengleichheit ausgeht, kommt es nicht nur aktuellen politischen Forderungen entgegen, sondern stellt auf dem Platz Basel auch ein innovatives und zukunftsweisendes Projekt dar, dass auch über die Kantonsgrenze hinaus Wirkung entfalten kann.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.1	3.1	3.1	2.8	3.6	
Projekte zur Förderung der Gleichstellung	Anz	10	10	11	10	10	
Anteil der Bevölkerung, welche die Diskussion über das Thema Chancengleichheit weiterhin wichtig findet (sehr / eher einverstanden)	%		84.1		83.3		¹⁾
Anteil der Bevölkerung, welche das Angebot an Teilzeitstellen für Frauen und Männer genügend findet (sehr / eher einverstanden)	%		24.5		22.2		²⁾
Lohndifferenz zwischen Frauen und Männer in der Privatwirtschaft	%					20	³⁾

Kommentar

- 1) Neuestes Resultat der Bevölkerungsbefragung 2007 (Zahlen werden alle zwei Jahre erhoben)
 2) Neuestes Resultat der Bevölkerungsbefragung 2007 (Zahlen werden alle zwei Jahre erhoben)
 3) 20% im Jahr 2004, 21% im Jahr 2000 (Zahlen werden alle vier Jahre erhoben)

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	523.5	484.9	460.0	38.6	8.0
31 Sachaufwand	290.7	235.4	252.0	55.3	23.5 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	814.2	720.2	712.0	94.0	13.1
43 Entgelte	-36.6	-41.6	-21.9	5.0	12.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-15.0	-4.0	-21.8	-11.0	-275.0
4 Ertrag	-51.6	-45.6	-43.7	-6.0	-13.2
Ordentlicher Nettoaufwand	762.6	674.6	668.3	88.0	13.0
davon Produktgruppe(n):					
Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung	1'142.6	1'054.6		88.0	8.3 ²⁾

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 23.5 enthalten.
 2) Die PG "Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung" beinhaltet TCHF 380.0 Subventionen. Details sind der "technischen" Dienststelle JD-307 resp. der Beitragsübersichtsliste zu entnehmen.

Auftrag und Ziel

Diese technische Dienststelle, welche weder Personalkosten noch andere Kennzahlen beinhaltet, verwaltet Subventionsbereiche mit einem Volumen von insgesamt TCHF 11'082. Die Details zu den einzelnen Subventionsbereichen sind der Beitragsübersichtsliste (siehe Kapitel 3.3) zu entnehmen.

Jugendbetreuung (TCHF 8'104.6):

Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter 2008-2011; Basler Freizeitaktion (BFA) Personalkosten 2008-2011; Verein Eulerstross nüün 2008-2011; Verein für das Basler Kindertheater 2008-2011; Verein Robi-Spiel-Aktion 2008-2011; Verein zum Burzelbaum 2008-2011; Spilraum Elsässerstrasse 2008-2011; Verein Spielestrich Kaserne 2008-2011; Spielwerkstatt Kleinhüningen 2008-2011; Familien-Erziehungsberatung FaBe 2008-2011; Verein Mobile Jugendarbeit (MJAB) 2008-2011; Verein Beratungsstelle SLW, HELP! For Families 2006-2008; Jugendzentrum Dalbeloch 2008-2011; Pro Juventute Elternbriefe 2007-2011; Pro Juventute Begleitete Besuchstage 2006-2008; Neue Projekte im Jugendbereich; PEB Programm für Elternbildung 2007-2011; Verein Fanprojekt 2006-2008; Opstapje 2008; Telefonhilfe für Kinder 147 2008-2011.

Frauenorganisationen (TCHF 793):

Stiftung Frauenhaus 2005-2008; Frauenberatungsstelle Basler Frauenverein (BFV) 2006-2009.

Gefangenenbetreuung (TCHF 50):

Neustart 2007-2009.

Opferhilfeorganisationen (TCHF 1'022.5):

Opferberatungsstellen gemäss Opferhilfegesetz (OHG) unbegrenzt.

Sozialhilfeorganisationen (TCHF 195.9):

Tele-Hilfe BS "Dargeb.Hand/Tel.143" 2007-2009; Verein Gassenküche 2007-2011.

Regioinstitutionen und Kongresse (TCHF 596)

Regio Basiliensis 2007-2010; neue Projekte im Regiobereich unbegrenzt; Gem. Sekretariat Oberrheinkonferenz 2007-2010; Schweizerisches Delegationssekretariat Oberrheinkonferenz (ORK) 2007-2010; einmalige Kleinprojekte Regiobereich unbegrenzt; Eurodistrict Trinationale Agglomeration Basel (TAB) 2007-2010.

Regioprojekte (INTERREG) (TCHF 320):

Infobest Palmrain 2007-2010; Neue Regionalpolitik (NRP)/Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) (INTERREG IV) 2007-2013 / 15.

Tätigkeiten und Projekte

Zu den Tätigkeiten und Projekten vgl. auch die Ausführungen in den einzelnen Dienststellen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
36	Eigene Beiträge	11'082.0	10'420.0	10'087.1	662.0	6.4 ¹⁾
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	11'082.0	10'420.0	10'087.1	662.0	6.4
43	Entgelte	0.0	0.0	-31.3	0.0	
4	Ertrag	0.0	0.0	-31.3	0.0	
Ordentlicher Nettoaufwand		11'082.0	10'420.0	10'055.8	662.0	6.4 ²⁾
davon Produktgruppe(n):						

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Bereich der Jugendbetreuung wurden gemäss den Schwerpunkten im Politikplan "Bildungswege in der Volksschule", "Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" und "Stärkung regionale Zusammenarbeit" insgesamt TCHF 470.0 mehr Mittel bewilligt. Ebenfalls konnte durch Kompensation bei der Vormundschaftsbehörde neu die Tele-Hilfe für Kinder mit TCHF 20.0 subventioniert und bei der FaBe Familien- und Erziehungsberatung die Mittel um TCHF 12.0 erhöht werden.
Für die Opferhilfe sind zusätzliche Mittel von TCHF 160.0 infolge Änderung des Polizeigesetzes betreffend Wegweisung und Rückkehrverbot bei häuslicher Gewalt nötig.
- 2) Aufteilung der Subventionen auf folgende Dienststellen:
 JD-301 Departementssekretariat = TCHF 2'399.9
 JD-303 Vormundschaftsbehörde = TCHF 2'573.7
 JD-304 Abteilung Jugend, Familie und Prävention = TCHF 5'678.4
 JD-305 Gleichstellungsbüro = TCHF 380.0
 JD-311 Abteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste = TCHF 50.0
 TOTAL Subventionen = TCHF 11'082.0

Auftrag und Ziel

Die Abteilung Grundbuch führt das Register über die Grundstücke und die an diesen bestehenden privatrechtlichen Rechte und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte), sowie das kantonale Schiffsregister und das schweizerische Seeschiffsregister.

Die Abteilung Amtliche Vermessung stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften und der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden in Plänen und Geografischen Informationssystemen (GIS) sicher. Sie führt den kantonalen Leitungskataster und dokumentiert die umfangreichen unterirdischen Infrastrukturbauten.

Die Abteilung Fachstelle für Geoinformation betreibt die kantonale Geodateninfrastruktur, welche sicherstellt, dass Geodaten bedürfnisgerecht und mit anerkannten Geodatenstandards erfasst, koordiniert, zusammengeführt und über das Geoportal ausgetauscht werden können. Das Geoportal ist Bestandteil einer nationalen, dezentralisierten Geodateninfrastruktur, welche unabhängig vom Standort Wirtschaft, Verwaltung und Privaten einen standardisierten und strukturierten Zugang zu Geodaten ermöglicht. Sie bewirtschaftet die generalisierten und kartografisch aufbereiteten Basisdaten des offiziellen Stadtplans und der Stadt- und Ortspläne der Trinationalen Agglomeration Basel.

Die Bodenbewertungsstelle und die von ihr geführte Bodenpreisstatistik leisten einen wichtigen Beitrag zur Transparenz im Immobilienmarkt.

Produktgruppen

Bereitstellen u. Nachführen der Grundstücks-u. Vermessungsgrundl.

Aus-u. Weitergabe der Grundstücks-u. Vermessungsgrundlagen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 3.1 Rechts- und Registerwesen

AF 3.1 Rechts- und Registerwesen

Tätigkeiten und Projekte

Neben dem Tagesgeschäft der Registerführung stehen im Jahr 2008 die nachfolgenden Projekte im Vordergrund.

Bereitstellen und Nachführen der Grundstücks- und Vermessungsgrundlagen

Grundbuch:

Gestützt auf die entsprechenden Bestimmungen der Verordnung über das Grundbuch (GBV) und der Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV), hat der Bund (EJPD und VBS) eine technische Verordnung über das Grundbuch und die Amtliche Vermessung (TGBV) erlassen. Diese wird voraussichtlich per 1. Januar 2008 in Kraft treten. Als Folge davon muss das Grundbuchsystem mit einer landesweit eindeutigen Grundstücksidentifikation (EGRID) ergänzt und die Schnittstelle zum Datenmarkt erweitert werden. Diese Anpassung wird im Rahmen einer Erneuerung des Grundbuchsystems Capitastra durchgeführt.

Neues Bundesgesetz über die Geoinformation:

Per 1. Juni 2008 wird das neue Bundesgesetz über Geoinformation (GeolG) in Kraft treten. Damit besteht eine einheitliche Rechtsgrundlage für die Landesvermessung, die Amtliche Vermessung und weitere aufgrund verschiedener Bundesrechtserlasse erhobenen Informationen über Grund und Boden (Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen). Im Jahre 2008 sind die Arbeiten zur Anpassung der kantonalen Erlasse weiterzuführen und zu koordinieren.

Amtliche Vermessung:

Die Amtliche Vermessung ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kanton. Im Jahre 2008 wird der jeweils für vier Jahre vom Bund erteilte Leistungsauftrag für eine weitere Periode (2008-2012) erneuert. Hauptaufgaben werden die Einführung des Koordinatensystems LV95 und die Erweiterung des 3d-Stadtmodells sein.

Aus- und Weitergabe der Grundstücks- und Vermessungsgrundlagen

Koordination Geoinformation:

Die kantonale Geodateninfrastruktur (KGDI) hat einen Ausbaustandard erreicht, der es erlaubt, die zentral zur Verfügung stehenden Geodaten vermehrt auch in Geschäftsprozesse der Verwaltung zu integrieren. Für die optimale Integration ist die KGDI mit einer Serviceschicht für Geoservices zu ergänzen.

Die elektronische Abgabe von raumbezogenen Daten wird weiter zunehmen. Die dafür landesweit entstehenden Geoportale müssen harmonisiert werden. Voraussetzung dazu ist die Festlegung von regionalen und bundesweiten Raumdatenmodellen, sowie die Schaffung von einheitlichen Tarifstrukturen. Das GVA beteiligt sich aktiv in den mit diesen Aufgaben betrauten Fachgremien auf Stufe Städte, Kantone und Bund.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	46.0	46.0	46.2	46.2	47.7
Nachführungsgeschäfte Grundbuch und Amtliche Vermessung	Anz	3'900	3'920	3'935	3'895	4'062
Nachführungsgeschäfte Leitungskataster	Anz	2'600	2'300	2'648	2'513	2'046
Anteil Katastererneuerungsarbeiten am Gesamtaufwand der Produktgruppe 1	%	15	15	14	13	9 ¹⁾
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals im Internet/Intranet (in Mio.)	Anz	4.5	3.9	4.0	3.4	2.6

Kommentar

- 1) Unter Katastererneuerung wird die gesamtschweizerische Harmonisierung der Datenmodelle und Schnittstellen, sowie die gesetzlich vorgeschriebene periodische Nachführung der Amtlichen Vermessung verstanden.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	6'714.4	6'767.7	6'976.8	-53.3	-0.8
31 Sachaufwand	1'604.3	1'223.5	1'235.3	380.8	31.1 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	3.0	3.0	6.8	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'321.7	7'994.1	8'218.9	327.6	4.1
43 Entgelte	-7'716.4	-7'640.9	-7'849.9	-75.5	-1.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-26.0	-107.0	-199.1	81.0	75.7
4 Ertrag	-7'742.4	-7'747.9	-8'049.0	5.5	0.1
Ordentlicher Nettoaufwand	579.4	246.3	169.9	333.1	135.2
davon Produktgruppe(n):					
Bereitstellen u. Nachführen der Grundstücks-u. Vermessungsgrundl.	-128.0	-474.7		346.7	73.0
Aus-u. Weitergabe der Grundstücks-u. Vermessungsgrundlagen	707.4	720.9		-13.5	-1.9

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 354.9 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Zivilstandsamt übernimmt die durch Bundesrecht den Kantonen übertragenen Aufgaben im Bereich der Eheschliessung und deren Vorbereitung, Prüfung der Ehefähigkeit, Beratung der Brautleute und Durchführung der Ziviltrauung (Gewährleistung des Grundrechts auf Ehe). Es ist zuständig für den Vollzug der bundesrechtlichen Vorschriften über die Beurkundung des Personenstandes und Bekanntgabe der Personendaten in Form von Registerauszügen (Gewährleistung des korrekten Nachweises des Personenstandes). Es bereitet die ordentlichen und erleichterten Einbürgerungen (Erwerb des Schweizer und des kantonalen Bürgerrechts) vor und es nimmt die Bestattungsanordnungen entgegen und leitet diese an die Friedhöfe weiter.

Produktgruppen

Eheschliessung und Zivilstandsregister

Einbürgerungen und Bestattungsanordnungen (Besondere Dienstleistungen)

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 3.1 Rechts- und Registerwesen

AF 3.1 Rechts- und Registerwesen

Tätigkeiten und Projekte

Das Zivilstandsamt wird sich insbesondere mit den Vorbereitungen zur Änderung des Bürgerrechtsgesetzes sowie der Planung und Umsetzung der Verwaltungsreorganisation (RV09) befassen.

Eheschliessung und Zivilstandsregister

Eheschliessung.

Die neuen eidgenössischen Bestimmungen des Ausländergesetzes bzw. Zivilgesetzbuches hinsichtlich Umgehung des Ausländerrechts durch Heirat treten am 1. Januar 2008 in Kraft und sind anzuwenden.

Personenstandsregister (Infostar):

Das umfangreiche Projekt zur systematischen Rückerfassung der Daten aus dem Familienregister durch ein spezielles Team wird weitergeführt (finanziert durch Investitionskredit Infostar).

Einbürgerungen und Bestattungsanordnungen (Besondere Dienstleistungen)

Kantonales Bürgerrechtsgesetz:

Das kantonale Bürgerrechtsgesetz soll revidiert werden, insbesondere hinsichtlich der Wohnsitzfristen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wird vorbereitet.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	21.1	21.1	21.0	21.1	22.0
Ziviltrauungen	Anz	900	900	824	896	943
Gesamttotal der beurkundeten Geschäftsfälle	Anz	50'000	50'000	51'551	49'825	1)
Bearbeitete Gesuche um ordentliche Einbürgerung	Anz	600	600	633	798	907 2)
Bearbeitete Gesuche um erleichterte Einbürgerung	Anz	280	280	280	297	260

Kommentar

- 1) Die Ist-Werte konnten dank Infostar erstmals im Jahre 2005 ermittelt werden. Vorher wurden die Register auf eine nicht vergleichbare Art geführt.
- 2) Der Rückgang der bearbeiteten Gesuche ist auf den nunmehr erfolgten Abbau der Pendenzen und eine Stellenreduktion zurückzuführen

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	2'584.8	2'612.2	2'601.7	-27.4	-1.0
31 Sachaufwand	491.7	248.1	209.8	243.6	98.2 1)
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.5	1.0	1.6	0.5	50.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'078.0	2'861.3	2'813.2	216.7	7.6
43 Entgelte	-1'387.2	-1'383.2	-1'389.9	-4.0	-0.3
4 Ertrag	-1'387.2	-1'383.2	-1'389.9	-4.0	-0.3
Ordentlicher Nettoaufwand	1'690.8	1'478.1	1'423.3	212.7	14.4
davon Produktgruppe(n):					
Eheschliessung und Zivilstandsregister	1'223.2	1'083.7		139.5	12.9
Einbürgerungen und Bestattungsanordnungen (Besondere Dienstleistungen)	467.6	394.3		73.3	18.6
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	443.2	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	443.2	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in der Höhe von TCHF 237.5 enthalten.

Auftrag und Ziel

Der Vollzug von gerichtlich angeordneten Strafen und Massnahmen wird administrativ geplant und schliesslich in verschiedenen Formen der Vollstreckung, wie geschlossenem oder halboffenem Strafvollzug, Halfreiheit und Halfgefangenschaft oder auch Electronic Monitoring, durchgeführt. Das Abverdienen von Bussen wird organisiert und durchgeführt. Mit bedingt verurteilten und bedingt entlassenen Personen wird die gesetzlich angeordnete Sozialarbeit geleistet. Diese kann in einer Schutzaufsicht, in ambulanten Massnahmen oder in Form von Weisungen bestehen. Gerichtlich angeordnete oder freiwillige Sozialarbeit wird zudem im Rahmen der durchgehenden Beratung und Betreuung in allen Verfahrensstadien erbracht.

ProduktgruppenStraf- und Massnahmenvollzug (VZK/BWH)Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)AF 3.3 Strafverfolgung und -vollzug

Tätigkeiten und Projekte

Rechtskräftige Urteile sind zu vollziehen. Hier besteht kein Handlungsspielraum der Strafvollzugsbehörde. Seit der Einführung der Geldstrafen im neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches per 1.1.2007 ist jedoch ein Rückgang der Vollzugstage im Kurzstrafenbereich festzustellen. Die provisorisch eingerichteten Vollzugsabteilungen in Klosterfiechten können deshalb per Ende 2007 geschlossen werden. Alternative Vollzugsformen werden zudem weiterhin aktiv gefördert.

Straf- und MassnahmenvollzugElectronic Monitoring:

Electronic Monitoring (EM) wird, die Verlängerung der bundesrätlichen Bewilligung vorausgesetzt, fortgeführt. Erwartungsgemäss geht die Anzahl EM-Vollzüge als Kurzstrafe infolge des neuen StGB zurück (vgl. oben). Hingegen nimmt die Anzahl EM-Vollzüge als Ersatz für das Arbeitsexternat (früher Halfreiheit) zu.

Wegweisung:

Entsprechend der neuen Wegweisungsnorm im Polizeigesetz vom 21. März 2007 (§37c) übernimmt die Bewährungshilfe die Beratung von Personen unter Wegweisung und Rückkehrverbot nach häuslicher Gewalt.

Projekt Risk Assessment:

Sofern der notwendige Investitionsbeitrag beantragt wird, ist die Durchführung eines wissenschaftlich ausgewerteten Pilotprojekts "Risk Assessment" vorgesehen. Dabei handelt es sich um ein IT-unterstütztes Vorgehen zur Einschätzung der Rückfälligkeitsgefahr von Straftätern und zur Zuweisung der Straftäter zu bedarfsgerechten Interventionsprogrammen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	19.6	19.4	20.8	18.8	18.3
Beratungsgespräche Bewährungshilfe	Anz	1'200	1'200	1'172	1'174	1'005
Vollzugstage Halbfreiheit Vollzugszentrum Klosterfiechten	Anz	1'500	1'200	1'906	1'638	2'113
Vollzugstage Halbgefängenschaft	Anz	1'000	1'200	1'498	1'021	567

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30	Personalaufwand	2'613.3	2'592.0	2'473.5	21.3	0.8
31	Sachaufwand	789.8	497.4	631.2	292.4	58.8 ¹⁾
33	Abschreibungen Finanzvermögen	2.0	6.0	0.3	-4.0	-66.7
36	Eigene Beiträge	13.0	13.0	5.0	0.0	0.0
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'418.0	3'108.4	3'109.9	309.6	10.0
43	Entgelte	-211.3	-201.9	-203.6	-9.4	-4.7
46	Beiträge für eigene Rechnung	-800.0	-800.0	-797.7	0.0	0.0
4	Ertrag	-1'011.3	-1'001.9	-1'001.3	-9.4	-0.9
Ordentlicher Nettoaufwand		2'406.8	2'106.5	2'108.7	300.3	14.3
davon Produktgruppe(n):						
Straf- und Massnahmenvollzug (VZK/BWH)		2'456.8	2'156.5		300.3	13.9 ²⁾

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 360.0 enthalten.
- 2) Die PG "Straf- und Massnahmenvollzug (VZK/BWH)" beinhaltet TCHF 50.0 Subventionen. Details sind der "technischen" Dienststelle JD-307 resp. der Beitragsübersichtsliste zu entnehmen.

Auftrag und Ziel

Das Handelsregister führt das kantonale Register über die durch Bundesrecht bestimmten und mit Rechtswirkungen verbundenen Daten natürlicher Personen oder Körperschaften, welche am Geschäftsverkehr teilnehmen sowie die Weitergabe dieser Informationen an interessierte Dritte. Die Registerführung umfasst die Erstellung und Prüfung eingereicherter Eintragungsgesuche und Belege, die Vornahme der sich daraus ergebenden Eintragungen vorbehaltlich der Genehmigung durch das Eidg. Amt für das Handelsregister sowie den Verkehr mit ausserkantonalen Handelsregistern in Bezug auf Zweigniederlassungen und Sitzverlegungen. Sodann werden Eintragungen und Löschungen im Rahmen von Zwangsverfahren vorgenommen. Weiter werden die Belege geplanter Geschäfte auf ihre Eintragungsfähigkeit geprüft und Anfragen staatlicher Instanzen beantwortet bzw. entsprechende Berichte verfasst. Schliesslich bietet das Amt den angehenden Urkundspersonen Volontariate und Übungen zur fachlichen Ausbildung im Handelsregisterbereich an.

ProduktgruppenVerbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)Führung des kantonalen HandelsregistersAF 3.1 Rechts- und Registerwesen

Tätigkeiten und Projekte

Voraussichtlich anfangs des Budgetjahres 2008 wird die Einführung der neuen Registersoftware HR-Net abgeschlossen sein. Sodann muss die Revision des Obligationenrechts sowie die Totalrevision der Handelsregisterverordnung umgesetzt werden.

Führung des kantonalen Handelsregisters

Einführung der neuen Registersoftware (HR-Net):

Die bisherige Software (HR-Win) muss wie in den anderen 21 beteiligten Kantonen aufgrund der technischen Entwicklung baldmöglichst abgelöst werden. Mit der nächsten Generation von Betriebssystemsoftware ist die bisherige Lösung voraussichtlich gar nicht mehr lauffähig.

Umsetzung der Revision des Obligationenrechts:

Die Inkraftsetzung der vom Bund beschlossenen Revision des Obligationenrechts (GmbH-Recht sowie Anpassungen im Aktien-, Genossenschafts-, Handelsregister- und Firmenrecht) wurde auf voraussichtlich den 1. Januar 2008 verschoben. Die Umsetzung erfordert die Schulung der Mitarbeitenden, die Bereitstellung entsprechenden Informationsmaterials sowie die Begleitung der Mitarbeitenden in der Anfangszeit.

Umsetzung der Revision der Handelsregisterverordnung:

Der Bundesrat wird zusammen mit der Revision des Obligationenrechts eine Totalrevision der Handelsregisterverordnung vornehmen, welche gleichzeitig mit besagter Gesetzesänderung in Kraft treten wird. Auch die dadurch bedingten zahlreichen Änderungen müssen den Mitarbeitenden und der Kundschaft vermittelt, und es müssen entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Überdies werden die vom Internet herunterladbaren unbeglaubigten Handelsregisterauszüge gratis angeboten. Es ist daher mit einem Rückgang des Verkaufs beglaubigter Handelsregisterauszüge sowie einer Zunahme der Zugriffe via Internet auf die neu kostenlosen Vollauszüge zu rechnen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.5	11.5	11.5	11.5	11.5	
Vorgenommene Eintragungen	Anz	7'500	7'500	7'960	7'620	7'200	
Zugriffe via Internet auf die kostenlosen Teil- bzw. neu Vollauszüge des Handelsregisters Basel-Stadt	Anz	400'000	370'000	314'662	311'034	239'271	
Ausgestellte beglaubigte Handelsregistrauszüge	Anz	5'900	6'500	6'500	6'300		1)

Kommentar

1) Die Ist-Werte wurden erstmals ab 2005 in dieser Form erhoben

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30	Personalaufwand	1'457.2	1'486.2	1'430.1	-29.0	-2.0
31	Sachaufwand	305.7	209.2	214.0	96.5	46.1 1)
33	Abschreibungen Finanzvermögen	15.0	15.0	18.1	0.0	0.0
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	1'777.9	1'710.3	1'662.2	67.6	4.0
43	Entgelte	-2'198.6	-2'451.6	-2'108.9	253.0	10.3 2)
4	Ertrag	-2'198.6	-2'451.6	-2'108.9	253.0	10.3
Ordentlicher Nettoaufwand		-420.7	-741.3	-446.8	320.6	43.2
davon Produktgruppe(n):						
Führung des kantonalen Handelsregisters		-420.7	-741.3		320.6	43.2

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 78.5 enthalten.
- 2) Da der Bund seinen Gebührenanteil für das Jahr 2001 nicht wie bis anhin üblich im Dezember 2001, sondern erst im Januar 2002 überwiesen haben wollte, resultierte für das Rechnungsjahr 2001 ein ausserordentlicher "Einnahmenüberschuss". Seither wurde die Position 431000 um diesen Betrag zu hoch budgetiert.

Auftrag und Ziel

Der Vollzug rechtskräftiger Urteile der Strafgerichte wird angeordnet und abgerechnet.

Produktgruppen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

Straf- und Massnahmenvollzug (Strafvollzug)

AF 3.3 Strafverfolgung und -vollzug

Tätigkeiten und Projekte

Rechtskräftige Urteile sind zu vollziehen. Hier besteht kein Handlungsspielraum der Strafvollzugsbehörde. Seit der Einführung der Geldstrafen im neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches per 1.1.2007 ist jedoch ein Rückgang der Vollzugstage im Kurzstrafenbereich festzustellen. Die provisorisch eingerichteten Vollzugsabteilungen in Klosterneuburg können deshalb per Ende 2007 geschlossen werden. Alternative Vollzugsformen werden zudem weiterhin aktiv gefördert.

Straf- und Massnahmenvollzug (Strafvollzug)

Zu den einzelnen Tätigkeiten und Projekten vgl. die Ausführungen bei der Abteilung Freiheitsentzug und soziale Dienste (JD-311).

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	¹⁾
Vollzugstage Strafvollzug	Anz	45'000	54'000	48'199	53'368	49'405	
Vollzugstage Massnahmenvollzug	Anz	20'000	18'000	19'381	17'485		²⁾

Kommentar

- 1) Keine Personalkosten auf dieser Dienststelle (Strafvollzugskosten).
 2) Seitens AFS wurden die Ist-Werte erst ab 2005 erhoben, da dieser Bereich erst ab September 2004 in dessen Zuständigkeit fiel.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
31 Sachaufwand	18'550.0	17'300.1	18'548.3	1'249.9	7.2 ¹⁾
36 Eigene Beiträge	1'179.0	1'000.0	1'449.5	179.0	17.9 ²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	19'729.0	18'300.1	19'997.8	1'428.9	7.8
43 Entgelte	-10.0	-10.0	-27.7	0.0	0.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-430.0	-250.0	-680.5	-180.0	-72.0 ³⁾
4 Ertrag	-440.0	-260.0	-708.2	-180.0	-69.2
Ordentlicher Nettoaufwand	19'289.0	18'040.1	19'289.6	1'248.9	6.9
davon Produktgruppe(n):					
Straf- und Massnahmenvollzug (Strafvollzug)	19'289.0	18'040.1		1'248.9	6.9
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'167.5	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	1'167.5	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Der Strafvollzug ist stark im Wandel (neue StGB Bestimmungen seit 01.01.07), Kurzstrafen werden aufgrund der neuen Bestimmungen von den Gerichten zur Zeit fast gar nicht ausgesprochen. Das Budget 2008 entspricht dem Erfahrungswert von 2006. Dabei berücksichtigen wir einen erwarteten Rückgang der Anzahl Einweisungen in den Strafvollzug, gleichzeitig aber eine Erhöhung der Kostgelder durch das Strafvollzugskonkordat von zw. 3 und 8%. Schliesslich sind mehr Massnahmen mit erhöhtem Kostgeld festzustellen und eine anhaltende Verwendung der teuren Einweisungen in den Sicherheitsvollzug. Wir nehmen heute an, dass sich der Rückgang der Einweisungen im Strafvollzug der Erhöhung der Kosten der einzelnen Fälle etwa die Waage halten könnte.
- 2) Gemäss Beschluss der Paritätischen Aufsichtskommission Bostadel muss jährlich vorsorglich ein Betrag von TCHF 150.0 für die versicherungstechnische Finanzierung der Pensionskasse zurückgestellt werden. Im 2008 stehen Sanierungen und Isolation der Dächer an Bauplanungskosten von TCHF 100.0 und sofern es die Betriebskapazität erlaubt einer weiteren Etappe von 18 Zellen TCHF 200.0. Das Budget unterschreitet trotz dieser Aufwände die Rechnung 2006.
- 3) Die Einnahmen für Vollzüge aus anderen Kantonen fielen 2006 besonders hoch aus - was indes auch mit hohen Ausgaben insgesamt einher ging. Aufgrund unserer Hochrechnung bis August 2007 von TCHF 120.0 gehen wir davon aus, dass es sich im 2006 um einen Ausreisser gehandelt hat. 2006 fiel wohl auch daher so hoch aus, weil in diesem Jahr der letzte, bzw. grösste Teil der vom seit Ende 2004 vom damaligen PMD übernommenen Strafen mit anderen Kantonen abgerechnet wurden.

6.2.6 Sicherheitsdepartement

Departementssekretariat/Recht	SiD-501/1
Services	SiD-501/2
Kantonspolizei	SiD-506
Rettung	SiD-509
Bevölkerungsdienste und Migration	SiD-510

Auftrag und Ziel

Die Bereiche Departementssekretariat und Recht beraten und unterstützen den Vorsteher des Sicherheitsdepartements. Das Departementssekretariat stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Departementssekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit den Verantwortlichen für Kommunikation und Information, dem Beauftragten für Parlamentarische Geschäfte und dem Beschwerdewesen unterstützt das Departementssekretariat die operativen Bereiche. Die seit 2007 in das Departementssekretariat eingebundene Integration Basel leistet mit Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen einen Beitrag zu Kantons- und Stadtentwicklung. Mit Geldern aus dem Lotteriefonds werden schwergewichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport unterstützt. Der Bereich Recht berät Vorsteher und Bereichsleiter, entscheidet bei Rekursen gegen erstinstanzliche Verfügungen der operativen Bereiche, erarbeitet Stellungnahmen in höherinstanzlichen Verfahren und vertritt das Sicherheitsdepartement vor Gericht.

Produktgruppen

Integration

Departementssekretariat

Recht

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 4.3 Bevölkerungsdienste und Migration

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und ProjekteIntegration

Das Kantonale Integrationsgesetz des Kantons Basel-Stadt, ergänzt durch die Verordnung und einen detaillierten Leitfaden (Umsetzungskonzept), tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Mit der neuen Prioritätenordnung des Bundes (Bundesamt für Migration, BFM) für die Jahre 2008-2011 und mit den Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes und der Asylgesetzrevision werden die Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen neu geregelt und die Unterscheidung in die Zielgruppen der Ausländer, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen aufgehoben. Der Kanton wird dazu die inhaltlichen Grundlagen, Steuerungsinstrumente und Strukturen schaffen, um die operative Steuerung zu gewährleisten.

Im Kanton Basel-Stadt wird damit die kantonale, regionale und nationale Kooperation weiterentwickelt. Thematische Schwerpunkte bilden 2008 Frühförderung, Gewaltprävention, Mediation, interreligiöser Dialog und Integration durch Sport.

Departementssekretariat

Die zentrale Aufgabe des Departementssekretariats im Jahr 2008 wird die Umsetzung der regierungsrätlichen Beschlüsse zur Verwaltungsreorganisation (RV09) sein. Dazu gehören neben der sorgfältigen Einbindung der neu angeschlossenen Geschäftsbereiche in die Führungsstruktur und in das Informations- und Kommunikationskonzept auch die Erweiterung und Standardisierung der Geschäftskontrolle und -dokumentation.

Recht

Die Verwaltungsreorganisation (RV09) wird für den Bereich Recht eine bedeutende Erweiterung der Aufgabengebiete mit sich bringen. Die Aufsichtsbehörde BVG und die Stiftungsaufsicht, das Handelsregister sowie die heutige Rechtsabteilung des Justizdepartements werden zum Bereich Recht des künftigen Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) hinzustossen. Neben der Bewältigung der ordentlichen Geschäfte wird die Umsetzung von RV09 dem Bereich Recht bereits im Jahr 2008 zusätzliche und anspruchsvolle Aufgaben bezüglich Organisation und Personal bringen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.0	16.9	48.2	47.8	52.5	¹⁾
Eingegangene Rekurse	Anz	190	150	183	176	122	
Eingegangene Beschwerden	Anz	80.00	80.00	91.00	91.00	81.00	
Lotteriefonds: Anzahl Gesuche	Anz	500.00	500.00	495.00	475.00	512.00	
Verschiedene öffentliche Informationsveranstaltungen Integration Basel	Anz	80.00	80.00	83.00	25.00	24.00	

Kommentar

1) 2006 und früher: inklusive "Services" und exklusive "Integration"

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	3'508.9	2'415.5	6'543.8	1'093.4	45.3	¹⁾
31 Sachaufwand	1'312.1	494.2	1'461.7	817.9	165.5	¹⁾
36 Eigene Beiträge	300.0			300.0		¹⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	5'121.1	2'909.7	8'005.5	2'211.4	76.0	
42 Vermögenserträge	-98.0	-119.0	-88.3	21.0	17.6	
43 Entgelte	-298.6	-415.6	-908.0	117.0	28.2	¹⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-270.0			-270.0		¹⁾
4 Ertrag	-666.6	-534.6	-996.3	-132.0	-24.7	
Ordentlicher Nettoaufwand	4'454.5	2'375.1	7'009.2	2'079.4	87.6	
davon Produktgruppe(n):						
Zentrale Stabsleistungen		2'375.1		-2'375.1	-100.0	
Departementssekretariat	1'694.1			1'694.1		
Integration	1'826.6			1'826.6		
Recht	933.9			933.9		

Abweichungen / Erläuterungen

1) Primär der Transfer der Integrationsstelle vom Bereich Bevölkerungsdienste und Migration zum Departementssekretariat führt zum Anstieg bei den Aufwand- und Ertragspositionen.

Auftrag und Ziel

Vom Bereich Services werden die Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen, Personal, Raum, Logistik und Informatik für das gesamte Sicherheitsdepartement wahrgenommen bzw. koordiniert. Zudem werden die Controllingunterstützung sowie verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche sichergestellt.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

Produktgruppen

Services

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2007 wurde der Bereich Services neu geschaffen und organisiert. Die gesamten Prozessabläufe und Instrumente in den Aufgabengebieten von Services sollen 2008 weiter optimiert werden. Unter anderem sollen bei den Finanzdiensten der zentrale Rechnungseingang und der elektronische Rechnungsfluss (Workflow) möglichst im gesamten Departement eingeführt werden. Bei den Personaldiensten werden die Laufbahnplanung und Kaderentwicklung, die weitere Förderung der Berufsbildung sowie das Case-Management Schwerpunkte bilden.

Neben der Begleitung von diversen bereichsübergreifenden Projekten werden unter der Leitung von Services insbesondere folgende Projekte im Vordergrund stehen:

Integration von Teilen des Justizdepartements

Im Rahmen der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009 werden bedeutende Aufgaben vom heutigen Justizdepartement (JD) in das neue Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) integriert. Nachdem im Jahr 2007 die Detailkonzepte ausgearbeitet wurden, gilt es im Jahr 2008 die konkrete Umsetzung sicherzustellen. Neben der Integration der JD-Fachabteilungen in die operativen Bereiche des (neuen) JSD sind auch die Unterstützungsfunktionen (v.a. Personal, Finanzen, Raum) in die bestehenden Prozesse einzubinden.

Neugestaltung der Logistikorganisation im Sicherheitsdepartement

Heute sind die Logistikaktivitäten innerhalb des Departements einerseits zentralisiert im Bereich Services, andererseits dezentral in den Bereichen angesiedelt. Mit dem Ziel von Effizienzsteigerungen und tieferen Beschaffungskosten wurde 2007 geprüft, wie die Logistikorganisation im SiD optimiert werden kann. Die Umsetzung der neuen Logistikorganisation soll in den Jahren 2008 und 2009 erfolgen.

Weiterentwicklung des Risikomanagements und des Internen Kontrollsystems (IKS)

Die neuen generellen Entwicklungen im Bereich des Rechnungswesens und der Revision stellen hohe Anforderungen an das Risikomanagement und das Interne Kontrollsystem. Im Sicherheitsdepartement soll der sich daraus ergebende Handlungsbedarf systematisch überprüft und notwendige Massnahmen bis Ende 2008 umgesetzt werden.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	41.50	36.40				1)
Lehrstellen	Anz	23.00	21.00	18.00	15.00	14.00	

Kommentar

- 1) Im neuen Bereich Services sind die Unterstützungsleistungen (Personal, Finanzen, Logistik, Raum und Informatik) zusammengefasst. Die entsprechenden Ressourcen wurden vom Stab/Departementssekretariat und teilweise von anderen Bereichen übernommen.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	4'811.5	4'014.7		796.8	19.8	1)
31 Sachaufwand	2'197.3	943.5		1'253.8	132.9	2)
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	7'008.7	4'958.1		2'050.6	41.4	
43 Entgelte	-433.3	-387.7		-45.6	11.8	
4 Ertrag	-433.3	-387.7		-45.6	11.8	
Ordentlicher Nettoaufwand	6'575.4	4'570.4		2'005.0	43.9	
davon Produktgruppe(n):						
Services	6'575.4	4'570.4		2'005.0	43.9	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Mit dem Transfer von Finanzaufgaben aus den Bereichen Rettung und Bevölkerungsdienste in die Finanzdienste wechseln insgesamt 7 Mitarbeitende in den neuen Bereich.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in der Höhe von TCHF 399 enthalten. Mit der Bildung des neuen Bereichs Services wurden zudem diverse Positionen in diesem Bereich zentralisiert (v.a. baulicher Unterhalt, Informatik, Projektmittel).

Auftrag und Ziel

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung der Gesetze; sie steht im Dienste der Bevölkerung und der Behörden und berücksichtigt dabei stets das öffentliche Interesse: Präsent sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten; Regeln der Verkehrszulassung von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthalts und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

Produktgruppen

Sicherheitspolizei

Spezialformationen

Verkehrsmanagement

Prävention

Katastrophenvorsorge und -einsätze

Querschnittsdienstleistungen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement

AF 4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement

AF 4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement

AF 4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement

AF 4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement

AF 4.1 Sicherheit, Ordnung, Verkehrsmanagement

Tätigkeiten und Projekte

Die Gewährleistung der Sicherheit für die EURO 2008 war im Jahr 2007 ein zentrales Projekt und wird für die Kantonspolizei im Jahr 2008 sowohl planerisch wie auch einsatzmässig neben dem Tagesgeschäft eine grosse Herausforderung darstellen. Die Umsetzung des Projektes Optima, welches grosse Anstrengungen im Bereich Logistik, Infrastruktur und Personal erforderte, nahm das ganze 2007 in Anspruch und ist grösstenteils abgeschlossen. Die Kantonspolizei hat sich somit für die künftigen Herausforderungen vorbereitet und neu aufgestellt, um mit den vorhandenen Ressourcen der Bevölkerung grösstmögliche Sicherheit zu bieten.

Verkehrsmanagement

Der bestehende, aus dem Jahre 1979 stammende Verkehrsrechner ist veraltet und muss ersetzt werden, damit die übergeordnete Steuerung der über 100 angeschlossenen Lichtsignalanlagen auch in Zukunft sichergestellt ist. Aufgrund eines Rekurses wurde das Vergabeverfahren von November 2004 bis August 2006 beim Verwaltungsgericht blockiert. Der neue Verkehrsrechner wird 2009 in Betrieb genommen werden können.

Katastrophenvorsorge und -einsätze

Das Projekt REOPEZ sieht vor, dass neben den Einsatz- und Alarmzentralen der Kantonspolizei, Feuerwehr und Sanität auch die Zentrale und die Leitung des Grenzwachkorps unserer Region sowie Teile der Leitung der Kantonspolizei in das Projekt integriert werden. Die Abklärungen im Jahr 2007 bezüglich der Beteiligung weiterer Organisationseinheiten ergaben, dass sich der Kanton Basel-Land nicht am Projekt REOPEZ beteiligen wird.

Polycom: Der Grosse Rat bewilligte den Kredit für die Umsetzung des Sicherheitsfunknetzes Polycom (Teilnetz BS) am 20.9.2006. Es ist geplant, das neue Funknetz im ersten Quartal 2008 in Betrieb zu nehmen.

Querschnittsdienstleistungen

Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH):

Die Planungs- und Umsetzungsarbeiten waren Mitte 2007 abgeschlossen und die Schule konnte ihren ersten Lehrgang am 1. September 2007 erfolgreich starten. Aufgrund der Vereinheitlichung der Ausbildung über 13 Kantone muss weiterhin auch kantonsspezifische Ausbildung - zum Erhalt des geforderten Qualitätsstandards - betrieben werden.

Abweichungen/Erläuterungen Finanzen (siehe Seite rechts)

- 3) Aus Gründen der Transparenz werden nicht eintreibbare Bussen in derselben Konto-Gruppe (437 bzw. 43), jedoch auf einem separaten sechsstelligen Konto erfasst. Budgetiert wurde diese Wertberichtigung für das Jahr 2007 noch in der Kontengruppe 33.
- 4) Per 1. Januar 2006 wurde zwischen dem Sicherheitsdepartement und dem Bund eine neue Leistungsvereinbarung zur Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen abgeschlossen. Die Einnahmen reduzieren sich aufgrund dieser Vereinbarung.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	931.4	964.6	940.6	955.6	956.1	1)
Subjektives Sicherheitsempfinden der Bevölkerung	Wert	3	3	3			2)
Mobilitätsszufriedenheit der Bevölkerung	Wert	3	3	3			3)
Erwartete Hilfsbereitschaft	Wert	3	3	3			4)

Kommentar

- 1) Dieser Bestand ist das Jahresmittel aller Angestellten der Kantonspolizei.
- 2) Gemessen in der KONSO Umfrage 2006 mit der Frage: "Ich fühle mich sicher und vertraue der Polizei." Note 1 - 4 (4 = sehr einverstanden, 1 = gar nicht einverstanden). Die KONSO Umfrage wurde in den Jahren 2004 und 2005 nicht durchgeführt.
- 3) Gemessen an KONSO Umfrage 2006 auf die Frage: "Wie sicher fühlen Sie sich als VerkehrsteilnehmerIn im Kantonsgebiet." Note 1 - 4 (4 = sehr sicher, 1 = gar nicht sicher). Die KONSO Umfrage wurde in den Jahren 2004 und 2005 nicht durchgeführt.
- 4) Gemessen an der KONSO Umfrage 2006 auf die Frage: "Wie hat sich die Polizei Ihnen gegenüber am Telefon verhalten." Note 1-4 (4=sehr hilfsbereit, 1=sehr abweisend). Die KONSO Umfrage wurde in den Jahren 2004 und 2005 nicht durchgeführt.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30	Personalaufwand	122'239.6	124'377.6	120'364.2	-2'138.0	-1.7	1)
31	Sachaufwand	25'886.3	20'335.8	18'868.7	5'550.5	27.3	2)
33	Abschreibungen Finanzvermögen	360.0	5'040.0	616.6	-4'680.0	-92.9	3)
38	Einlagen in Spez.Finanzierungen	9.0	12.0	9.1	-3.0	-25.0	
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	148'494.9	149'765.4	139'858.6	-1'270.5	-0.8	
40	Steuern	-30'900.0	-31'000.0	-30'711.8	100.0	0.3	
41	Regalien & Konzessionen	-18.0	-20.0	-18.2	2.0	10.0	
42	Vermögenserträge	-150.0	0.0	-39.8	-150.0		
43	Entgelte	-46'424.0	-45'745.0	-41'367.5	-679.0	-1.5	
46	Beiträge für eigene Rechnung	-691.6	-951.6	-686.1	260.0	27.3	4)
48	Entnahmen a. Spez.Finanzierungen	-10.0	-10.0	-9.8	0.0	0.0	
4	Ertrag	-78'193.6	-77'726.6	-72'833.3	-467.0	-0.6	
Ordentlicher Nettoaufwand		70'301.3	72'038.8	67'025.3	-1'737.5	-2.4	
<i>davon Produktgruppe(n):</i>							
	<i>Sicherheitspolizei</i>	45'842.3	42'756.6		3'085.7	7.2	
	<i>Spezialformationen</i>	19'852.7	4'869.6		14'983.1	307.7	
	<i>Verkehrsmanagement</i>	-23'953.8	871.9		-24'825.7	-999.9	
	<i>Prävention</i>	2'808.6	-736.1		3'544.7	481.6	
	<i>Katastrophenvorsorge und -einsätze</i>	1'206.6	796.1		410.5	51.6	
	<i>Querschnittsdienstleistungen</i>	24'545.0	23'480.6		1'064.4	4.5	
5	Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	10'652.8	0.0		
Nettoinvestitionen VV (NIV)		0.0	0.0	10'652.8	0.0		

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Die Veränderung ist auf folgende Faktoren zurückzuführen: Wegfall Leistungen der Grenzpolizei aufgrund Schengen / Dublin (Anteil Personal rd. TCHF 3'600), Mehraufwand durch Teilnahme an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (rd. TCHF 900), Teuerung, Stufenanstieg und Erhöhung Kinderzulage (rd. TCHF 1'000) sowie Kostenzunahme durch Umsetzung des Reorganisationsprojekts "Optima" (rd. TCHF 500).
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 3'594 enthalten. Zudem entstehen höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit Polycom (rd. TCHF 1'000), welche in der Kontogruppe 43 wieder weiterverrechnet werden, und der Bewirtschaftung der Ordnungsbussen (rd. TCHF 500).
- 3) siehe Seite links
- 4) siehe Seite links

Auftrag und Ziel

Gewährleisten von Schutz und Sicherheit, Vermindern von erkennbaren Risiken durch präventiv wirkende Aktionen/Massnahmen und entsprechende Einsatzvorbereitung und -planungen; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brand-, Chemie-, Öl- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen; Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Erfassen der Wehrpflichtigen und Verwalten der Militärdienstpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Sicherheitsdepartements und Dritter.

Produktgruppen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

Sanität

AF 4.2 Rettung

Führungsunterstützung

AF 4.2 Rettung

Einsatzunterstützung

AF 4.2 Rettung

Feuerwehr

AF 4.2 Rettung

Katastrophenvorsorge und -einsatz

AF 4.2 Rettung

Tätigkeiten und Projekte

Die Rettung will mit der Gesamtheit der nachstehenden Tätigkeiten/Projekte die zweckmässige und koordinierte Führung/Bewältigung von Grossereignissen und Katastrophenlagen im Kantonsgebiet sowie die verfügbare Nachbarschaftshilfe optimieren. Im Weiteren wird die Unternehmensplanung weiter entwickelt und der Fokus auf die kernprozessrelevanten und finanzierungsrealistischen Projekte gelegt.

Einsatzunterstützung

Im Rahmen einer Neuorganisation wird der Zivilschutz Basel-Stadt auf den Einsatz bei Grossereignissen und Katastrophen ausgerichtet. Die bisherigen Strukturen werden prozessorientiert umgebaut. Es werden entsprechend ausgebildete und ausgerüstete Katastrophenhilfe-Kompanien und Betreuungsformationen gebildet, die modular einsetzbar sind. Der Milizteil des Zivilschutzes wird an die aktuellen und zu erwartenden Gefahrenlagen angepasst.

Feuerwehr

Mit der Feuerwehr-Aspirantenschule im 2008 werden die natürlichen Abgänge der Jahre 2008 und 2009 aufgefangen. Dies ist zwingend erforderlich, da nach der Reduktion des Schichtbestandes von 27 auf 24 Angehörige der Berufsfeuerwehr im Jahr 2006 die geforderten Leistungen nur noch mit Vollbestand garantiert werden können.

Katastrophenvorsorge und -einsatz

Im Jahr 2008 findet die Fussball-Europameisterschaft EURO 2008 zu grossen Teilen auch in Basel statt. Die Rettung Basel-Stadt wird im Rahmen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit inner- und ausserhalb des Stadions sowie in Teilen des Kantons BL leisten. Um die notwendigen Ressourcen ausweisen und die Einsatzkoordination vornehmen zu können, erarbeitet die Rettung bis Ende 2007 eine Einsatzkonzeption. Die bisherigen Konzeptarbeiten haben aufgezeigt, dass diese Veranstaltung für die Rettung, insbesondere im ersten Halbjahr 08, eine grosse Belastung aller Ressourcen darstellen wird.

Die Projektleitung für REOPEZ ist bei der Kantonspolizei angesiedelt. Von Seiten Rettung gilt es aber, die Bedürfnisse der Einsatzzentralen Feuerwehr und Sanität fortlaufend einzubringen und das Projekt zukunftsgerichtet mitzugestalten.

Der Grosse Rat bewilligte den Kredit für die Umsetzung des Sicherheitsfunknetzes Polycom (Teilnetz Basel-Stadt) am 20.09.2006. Die Federführung in diesem Projekt obliegt der Kantonspolizei. Da Polycom das künftige Tagesgeschäft der Rettung beeinflussen wird, ist auch hier eine aktive Mitarbeit erforderlich.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	244.5	249.7	245.6	251.5	192.6	
Zur Einsatzbewältigung beigezogene Dritte	Anz	45	45	40	35	0	¹⁾
Gewährleistung der Funktionstüchtigkeit der eigenen Schutzzräume und Anlagen als Notunterkunft für Einsatzkräfte und Bevölkerung	%	80	80	80	80	0	¹⁾
Interventionszeit der Sanität zwischen Alarmierung und Eintreffen beim Patienten <= 10 Min.	%	90	90	92	90	0	¹⁾
Interventionszeit der Feuerwehr zwischen Alarmierung und Eintreffen am Schadenplatz <= 13 Min.	%	90	90	93	90	0	¹⁾

Kommentar

1) Die Rettung besteht seit 01.01.2005.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	32'929.6	32'733.8	35'159.3	195.8	0.6
31 Sachaufwand	8'592.0	6'596.1	6'114.9	1'995.9	30.3 ¹⁾
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.1	0.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	560.0	370.0	562.2	190.0	51.4 ²⁾
36 Eigene Beiträge	0.0	8.0	6.3	-8.0	-100.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	42'081.6	39'707.9	41'842.7	2'373.7	6.0
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-0.2	0.0	
43 Entgelte	-21'704.7	-21'439.6	-21'647.8	-265.1	-1.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'451.0	-1'517.0	-1'651.0	66.0	4.4
4 Ertrag	-23'155.7	-22'956.6	-23'299.0	-199.1	-0.9
Ordentlicher Nettoaufwand	18'925.9	16'751.3	18'543.7	2'174.6	13.0
davon Produktgruppe(n):					
Sanität	4'164.7	3'668.9		495.8	13.5
Führungsunterstützung	47.9	79.4		-31.5	-39.7
Einsatzunterstützung	9'506.0	8'903.5		602.5	6.8
Feuerwehr	4'444.0	3'356.3		1'087.7	32.4
Katastrophenvorsorge und -einsatz	763.3	743.1		20.2	2.7
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'348.8	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	1'348.8	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in der Höhe von TCHF 2'472 enthalten.
- 2) Allgemein ist eine Verschlechterung der Zahlungsmoral und -fähigkeit festzustellen. Häufig sind es sozial Bedürftige, die Leistungen der Sanität beanspruchen. Mit der Übernahme der Inkassoprozesse in die Finanzdienste soll eine weitere Optimierung des Inkassos erreicht werden.

Auftrag und Ziel

Der Auftrag umfasst die Regelung der Aufenthaltsverhältnisse von in- und ausländischen Personen sowie deren Einreiseformalitäten (Einwohnerkontrolle); Ausstellen von Ausweisen und Dokumenten für die Kundschaft des Kantons im In- und Ausland; Kontakt- sowie Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung; Beitrag zur Kantonsentwicklung durch Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen zur Unterstützung von Einheimischen und Zugezogenen; Bekämpfen des Missbrauchs im Ausländerrecht; Verfahrensregelungen für die Dauer eines Asyl- oder Wegweisungsverfahrens; Betrieb von Gefängnissen im Auftrag der zuständigen Behörden zur Sicherstellung von Untersuchungs-, Gerichts- und Migrationsverfahren; Organisation und Durchführung von Messen und Märkten; Vorbereiten, Organisieren und Durchführen von Wahlen und Abstimmungen im Kanton; Verwaltung von Fundsachen.

Produktgruppen

Unterstützungsleistungen

Kundenzentrum

Migration und Aufenthalte

Migration und Massnahmen

Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt

Ausschaffungsgefängnis Basel-Stadt

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 4.3 Bevölkerungsdienste und Migration

AF 4.3 Bevölkerungsdienste und Migration

AF 4.3 Bevölkerungsdienste und Migration

AF 4.3 Bevölkerungsdienste und Migration

AF 4.3 Bevölkerungsdienste und Migration

AF 4.3 Bevölkerungsdienste und Migration

Tätigkeiten und Projekte

Unterstützungsleistungen

Die Verordnung betreffend Märkte in Basel vom 8. Oktober 1929 (562.320) und die Mess- und Fronfastenmarktordnung für die Stadt Basel vom 8. Januar 1921 (562.340) werden in Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst BdM revidiert.

Die revidierte Gebührenverordnung im Bereich Messen und Märkte vom 17. April 2007 wird komplettiert.

Kundenzentrum

Anpassung der Abteilungsstrukturen, der Geschäftsprozesse, der gesetzlichen Grundlagen und des Produktangebots aufgrund der Entscheide im Bezug auf die Verwaltungsreorganisation (RV09). Das Kundenzentrum wird per 1. Januar 2009 zur Anlaufstelle des neuen Justiz- und Sicherheitsdepartements.

Migration und Aufenthalte

Am 1. Januar 2008 tritt das neue Ausländergesetz AuG in Kraft. Das AuG sieht administrative Vereinfachungen im Bewilligungsverfahren sowie Verschärfungen in der Missbrauchsbekämpfung, insbesondere bezüglich Scheinehen, vor. Die Weisungen und Richtlinien sind an die neuen rechtlichen Grundlagen anzupassen und die Angestellten sind intensiv zu schulen. Die wesentlichen Änderungen sind nach innen und aussen zu kommunizieren.

Migration und Massnahmen

Im Rahmen der EURO 2008 werden zahlreiche ausländische Touristen, aber auch vermehrt Menschen mit illegalem Aufenthalt (kein Visum, Einreisesperre, Ausgrenzung etc.) in Basel erwartet. Während der EURO 2008 ist mit Arbeit rund um die Uhr und deshalb mit erhöhtem Piketteinsatz zu rechnen.

Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt

Die vom Grossen Rat beschlossenen und im Jahr 2006 bereits teilweise umgesetzten Massnahmen zur Erneuerung und Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen im Waaghof (Ratschlag Nr. 05.0601.01) werden im Jahr 2008 abgeschlossen.

Ausschaffungsgefängnis

Die Grundlagen für die Entscheidung der Regierung über die Entwicklung des Ausschaffungsgefängnis Bässlergut werden erarbeitet. Die Verträge betreffend Belegung mit den verschiedenen Kantonen werden geprüft.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	183.0	186.7	185.0	186.9	189.1
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	3	3	0	2	2
Gutgeheissene Rekurse Messen & Märkte	Anz	3	3	0	0	0
Ausbrüche im Ausschaffungsgefängnis und Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt	Anz	0	0	0	2	0
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	15.00	15.00	13.00	11.00	11.00 ¹⁾

Kommentar

- 1) Die Ist-Zahl 06 kann nicht genau ausgewertet werden, da das Kundenzentrum damals aufgrund des Umbaus im Provisorium Theoriesaal stationiert war.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	* %
30 Personalaufwand	23'012.3	23'642.4	24'576.8	-630.1	-2.7 ¹⁾
31 Sachaufwand	11'237.7	10'149.1	9'175.4	1'088.6	10.7 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	61.6	60.0	56.0	1.6	2.7
36 Eigene Beiträge	0.0	300.0	300.0	-300.0	-100.0 ³⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	34'311.6	34'151.4	34'108.2	160.2	0.5
41 Regalien & Konzessionen	-10.0	-10.0	-6.9	0.0	0.0
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-0.6	0.0	
43 Entgelte	-14'551.0	-15'281.6	-15'620.8	730.6	4.8 ⁴⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-360.0	-630.0	-407.3	270.0	42.9 ⁵⁾
4 Ertrag	-14'921.0	-15'921.6	-16'035.5	1'000.6	6.3
Ordentlicher Nettoaufwand	19'390.6	18'229.8	18'072.7	1'160.8	6.4
davon Produktgruppe(n):					
Unterstützungsleistungen	1'097.9	850.9		247.0	29.0
Integration	0.0	1'991.5		-1'991.5	-100.0
Kundenzentrum	1'726.9	210.3		1'516.6	721.2
Migration und Aufenthalte	2'014.5	1'359.2		655.3	48.2
Migration und Massnahmen	3'532.7	3'277.9		254.8	7.8
Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt	6'907.4	6'751.3		156.1	2.3
Ausschaffungsgefängnis Basel-Stadt	4'111.2	3'788.7		322.5	8.5
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	907.9	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	907.9	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) -5) Aufwands- und Ertragsverschiebungen im Zusammenhang mit den Transfers der Integrationsstelle sowie der Finanzen in das Departementssekretariat bzw. in den Bereich Services.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'913 enthalten.
- 4) Swisslos-Gelder von TCHF 600 werden gemäss Interkantonaler Vereinbarung über die Aufsicht sowie der Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonaler oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten (IVLW) nicht mehr ausbezahlt. Der neue Verteilmodus sieht vor, die Gelder in die Prävention einfließen zu lassen.
- 5) Ertragsverschiebung von TCHF 270 im Zusammenhang mit dem Transfer der Integrationsstelle.

6.2.7 Wirtschafts- und Sozialdepartement

Departementssekretariat	WSD-801/1
Standort-Marketing	WSD-801/2
Öffentlicher Verkehr	WSD-801/3
Staatsarchiv	WSD-803
Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	WSD-806
Amt für Sozialbeiträge	WSD-807
Statistisches Amt	WSD-810
Rheinschiffahrtsgesellschaft	WSD-813

Auftrag und Ziel

Das Departementssekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die acht Dienststellen des Wirtschafts- und Sozialdepartements, damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben umsetzen kann.

Das Departementssekretariat betreut die Wald- und Landwirtschaft in enger Zusammenarbeit mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft: Das Forstamt beider Basel (Liestal) ist verantwortlich für die Planung und Aufsicht über das Nutzen und das Benutzen der Wälder im Hoheitsgebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain vollzieht die agrarpolitischen Massnahmen und engagiert sich zusammen mit dem Departementssekretariat für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton.

Fachlich zuständig ist das Departementssekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut das Departementssekretariat das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft (BPG).

Die Rheinschiffahrtsdirektion ist ab 1. Januar 2008 keine kantonale Dienststelle mehr, sondern bildet zusammen mit den Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft die neue Organisation Schweizerische Rheinhäfen SRH. Für das Übergangsjahr 2008 wird die Produktgruppe Schweizerische Rheinhäfen der Dienststelle Departementssekretariat zugeordnet.

Produktgruppen

Unterstützungsleistungen WSD

Land- und Waldwirtschaft

Übrige Verkehrsbereiche

Schweizerische Rheinhäfen SRH

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.7 Führung und Führungsunterstützung

AF 6.3 Land- und Waldwirtschaft

AF 6.4 Öffentlicher Verkehr

AF 6.4 Öffentlicher Verkehr

Tätigkeiten und Projekte

Die vom Departementssekretariat erbrachten Unterstützungsleistungen umfassen insbesondere die Ausfertigung von Rekursentscheiden innert angemessener Frist, ein professionelles Personalmanagement auf Basis der vom Regierungsrat festgelegten HRM-Standards, ein präzises Finanz- und Rechnungswesen und die Gewährleistung der IT-Sicherheit im Departement im Rahmen der kantonalen Vorgaben.

Unterstützungsleistungen

Vorrangiges Projekt im Jahr 2008 ist die Umsetzung der Verwaltungsreorganisation RV 09 im WSD. Das Departementssekretariat koordiniert dieses Projekt, welches für das WSD, dem künftigen Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) eine umfassende Erneuerung bezüglich Organisation, Strukturen und Themen bringt.

Land- und Waldwirtschaft

Die im Jahr 2007 gestartete Erarbeitung der Natur-Gefahrenkarten wird im Jahr 2008 abgeschlossen. Die Gefahrenkarte gehört zu den von den Kantonen zu erarbeiteten Grundlagen für den Schutz vor Naturereignissen. Sie zeigt die möglichen Ereignisse sowie deren räumliche Ausdehnung und potenzielle Auswirkungen.

Übrige Verkehrsbereiche

Bezüglich Basler Personenschiffahrtsgesellschaft (BPG) stehen im Jahr 2008 die Vorbereitungen für einen möglichen Verkauf der Gesellschaft bis Ende 2009 im Vordergrund. Schwerpunkt im Luftfahrtbereich ist die weitere Verankerung der flankierenden Massnahmen zum Umwelt- und Lärmschutz am EuroAirport v.a. im Zusammenhang mit dem im Herbst 2007 in Betrieb genommenen ILS 34.

Schweizerische Rheinhäfen SRH

Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel:

Die Arbeiten zum Aufbau der Schweizerische Rheinhäfen (SRH) als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt per Anfang 2008 werden weitergeführt. Auf der betrieblichen Ebene müssen sowohl Organisation als auch Infrastruktur angepasst werden.

Neunutzung des Hafens St. Johann:

Die Umsiedelung der bisher im Hafen St. Johann tätigen Firmen nach Kleinhüningen H II/Auflafen Muttentz wird 2008 vorangetrieben. Das Hafenareal St. Johann wird zurückgebaut und steht spätestens Ende 2009 für die im Projekt Campus Plus erarbeitete Nutzung zur Verfügung. Das Projekt verknüpft den Ausbau des Novartis Campus mit den Anliegen der Stadtentwicklung.

Entwicklungskonzept und Langfristplanung:

Im Rahmen einer abgestimmten Hafen- und Stadtentwicklung werden die Arbeiten zu einem Entwicklungskonzept für die Hafenareale aufgenommen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	20.7	14.2	14.3	18.3	18.0
Eingegangene Rekurse	Anz	240	190	181	193	1) ¹⁾
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSD	%	85	80	50	10	2) ²⁾
Ökologische Ausgleichsflächen (Anteil an LW-Flächen)	%	22.0	22.0	23.0	19.1	20.7
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	4.5	4.1	4.0	3.3	2.5

Kommentar

- 1) Starke Zunahme der Rekurse (va. gegen Verfügungen der Sozialhilfe der Stadt Basel) setzt sich 2008 fort.
- 2) Die Einführung des Standard PC WSD ab 2008 steht im Rahmen der regulären Flottenenerneuerung, weswegen der Anteil Standard PC gegenüber 2007 nicht wesentlich erhöht werden kann.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	2'859.5	2'690.8	2'492.8	168.7	6.3 ¹⁾
31 Sachaufwand	2'238.3	2'041.9	1'335.6	196.4	9.6 ²⁾
36 Eigene Beiträge	438.5	465.0	115.8	-26.5	-5.7
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	261.5	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	5'536.3	5'197.7	4'205.7	338.6	6.5
43 Entgelte	-318.1	-354.9	-505.8	36.8	10.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2'815.0	-25.0	-30.2	-2'790.0	-999.9 ³⁾
4 Ertrag	-3'133.1	-379.9	-536.0	-2'753.2	-724.7
Ordentlicher Nettoaufwand	2'403.2	4'817.8	3'669.7	-2'414.6	-50.1
davon Produktgruppe(n):					
Unterstützungsleistungen WSD	4'473.6	4'074.6		399.0	9.8
Land- und Waldwirtschaft	418.7	437.3		-18.6	-4.3
Übrige Verkehrsbereiche	310.8	305.9		4.9	1.6
Schweizerische Rheinhäfen SRH	-2'800.0	0.0		-2'800.0	
6 Einnahmen Investitionen	0.0	0.0	-2'299.6	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	-2'299.6	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Neue Stelle im Personaldienst, erhöhte Anzahl Lernende im WSD
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von rund TCHF 110 enthalten.
- 3) Durch die Zusammenlegung der Rheinhäfen per 01.01.08 fällt die Dienststelle RSD aus der kantonalen Rechnung Weg (siehe Dienststelle Rheinschiffahrtsgesellschaft). Der durch die neue Gesellschaft der Schweizerischen Rheinhäfen SRH abgelieferte Gewinn wird neu unter dieser Position eingestellt.

Auftrag und Ziel

Das koordinierte und integrierte Standort-Marketing für Basel (vormals Stadtmarketing) orientiert sich konsequent an den Bedürfnissen der Hauptzielgruppen des Standortes. Es gehört zum Auftrag des Standort-Marketings, die Stärken und Schwächen des Standortes sowie die Bedürfnisse der Akteure und Zielgruppen periodisch zu evaluieren und laufend konkrete, effektive und effiziente Verbesserungsmassnahmen vorzuschlagen und einzuleiten.

Das Standort-Marketing umfasst drei zielgruppenspezifische Bereiche: Kommunikation/PR im Sinn einer Dachkommunikation, Event Services sowie Wohnortmarketing. Das Standort-Marketing evaluiert und koordiniert die zielgruppenübergreifenden Kommunikationsaktivitäten und ist für die Pflege der Marke "Basel" verantwortlich. Es betreibt das Internet-Portal www.basel.ch, koordiniert und realisiert die Imagewerbung für Basel im Ausland und ist für die Produktion von offiziellen Informationsbroschüren verantwortlich. Für die Veranstalter von Grossanlässen sind die Event Services die zentrale Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung. Das Wohnortmarketing bietet in Zusammenarbeit mit den bedeutenden Arbeitgebern in Basel Informationen über den Lebens- und Arbeitsraum Basel sowie Beratungsdienstleistungen.

Produktgruppen

Standort-Marketing

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 6.1 Standortförderung

Tätigkeiten und Projekte

Das Standort-Marketing wird im Rahmen von RV 09 per 1. Januar 2009 zum Präsidialdepartement wechseln. Die Planungsarbeiten für diesen Transfer sind ein zentrales Thema im Budgetjahr und haben eine Stärkung der Führungsaufgabe im Standort-Marketingprozess zum Ziel.

Im Budgetjahr stehen zudem die Themen EURO 2008, Städtepartnerschaften, Standortmonitoring (Branding "Basel") und Präsenz Basel im Ausland im Vordergrund.

Standort-Marketing

EURO 2008:

Die Zuständigkeit innerhalb der bikantonalen Projektorganisation EURO 2008 Basel umfasst das zielgruppenübergreifende Standort-Marketing sowie die Koordination bei der Planung des Event- und Rahmenprogramms in Basel-Stadt. Aus Sicht des Standort-Marketing gilt es, den Grossanlass zur Erreichung der formulierten strategischen Zielsetzungen zu nützen und Basel über den Fussball hinaus international bekannter zu machen.

Städtepartnerschaften:

Im Rahmen der vom Regierungsrat angestrebten neuen strategischen Partnerschaft mit Shanghai wird eine mögliche Partizipation von Basel-Stadt an der Weltausstellung 2010 in Shanghai konkretisiert. Diese Teilnahme soll in Form eines public-private-Partnership erfolgen. Für die bestehenden und künftigen Partnerschaften werden die Mehrjahres-Aktivitätenprogramme erarbeitet.

Standortmonitoring (Branding "Basel")

Mit einem professionellen Monitoring sollen Veränderungen in der internationalen Positionierung Basels erfasst und beobachtet, und die Marke "Basel" im Sinn einer professionellen Markenführung (Branding) gepflegt und gestärkt werden. In der Umsetzung werden Modelle für ein professionelles Standortmonitoring und die Evaluation von relevanten Standortfaktoren für eine adäquate Positionierung Basels in den internationalen Städte/Standort-Ratings geprüft.

Präsenz Basel im Ausland:

Im Sinn der strategischen Zielsetzung "Put Basel on the map" realisiert das Standort-Marketing in Absprache mit den Marketingpartnern jedes Jahr mindestens eine Auslandpräsenz. Für 2008 ist zum zweiten Mal Hamburg der Zielort. Die Präsenz-Basel-Projekte werden nach dem public-private-partnership-Prinzip realisiert.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	5.6	4.8	4.0	4.0	4.7	
Internet-Benützer von www.basel.ch (in Mio.)	Anz	3.00	2.60	2.37	1.57	0.94	¹⁾
Realisierung von Imagekampagne-Plattformen im Ausland	Anz	2	2	3	2	2	
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	2	3	3	2	2	

Kommentar

- 1) Das Standort-Marketing betreibt neben www.basel.ch auch die EURO 2008-spezifische Website www.euro08.basel.ch. Inwieweit sich diese beiden Seiten beeinflussen werden, ist zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vorhersehbar. Das Standort-Marketing geht jedoch davon aus, dass die EURO 2008 Basel zusätzlichen Traffic generiert.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30	Personalaufwand	799.7	601.1	597.6	198.6	33.0 ¹⁾
31	Sachaufwand	1'473.6	965.7	718.5	507.9	52.6 ²⁾
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	2'273.3	1'566.7	1'316.1	706.6	45.1
43	Entgelte	-26.5	-26.5	-40.2	0.0	0.0
4	Ertrag	-26.5	-26.5	-40.2	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand		2'246.8	1'540.2	1'275.9	706.6	45.9
davon Produktgruppe(n):						
Standortmarketing		2'246.8	1'540.2		706.6	45.9

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Budget 2008 sind die Personalkosten für die zu besetzenden Stellen in Zusammenhang mit den neuen Schwerpunktthemen berücksichtigt worden.
- 2) Dem Standort-Marketing wurden für die Bearbeitung der Schwerpunktthemen Präsenz Basel, Städtepartnerschaften und Standortmonitoring zusätzliche Mittel zugesprochen. Ebenfalls zugesprochen wurden TCHF 300 für das Engagement bei den Davidoff Swiss Indoors. Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 31 enthalten.

Auftrag und Ziel

Die Dienststelle Öffentlicher Verkehr erarbeitet die Grundlagen für eine gute Mobilitätsversorgung von Basel-Stadt. Sie stellt die Koordination mit den benachbarten Gemeinwesen (Kantone, Gemeinden) sicher und setzt sich insbesondere für die regionale und grenzüberschreitende Weiterentwicklung des ÖV-Systems ein.

Die Dienststelle ÖV ist das Kompetenzzentrum für die Planung und Steuerung des öffentlichen Verkehrs. Sie vertritt die Interessen des Kantons als Besteller, stellt die Finanzierung der ÖV-Leistungen sicher und bereitet die entsprechenden Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für den Departementvorsteher vor, damit sie dem Regierungsrat und dem Grossen Rat zum Beschluss vorgelegt werden können (z.B. ÖV-Programm, Leistungsvereinbarungen mit SBB und BVB). Die Dienststelle ÖV führt die Investitionsplanung im Investitionsbereich 2 "Öffentlicher Verkehr" und trägt die Verantwortung für das Globalbudget ÖV. In enger Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen plant und bestellt sie die Leistungen der Regio-S-Bahn. Sie setzt sich für attraktive und kundenfreundliche Tarifangebote innerhalb des Tarifverbundes Nordwestschweiz (TNW) und im grenzüberschreitenden Nahverkehr ein. Sie bringt die kantonalen Interessen in die übergeordneten Planungen der SBB ein sowie in die Vorlagen des Bundes, insbesondere im Bereich der ÖV-Finanzierung.

Die Dienststelle ÖV ist Partner und Ansprechstelle für die Bevölkerung, Transportunternehmen und Behörden in der Regio TriRhena. Ziel ist es, mit attraktiven Angeboten im öffentlichen Personen- und Güterverkehr zur Standortqualität des Kantons beizutragen und die Abwicklung eines grösstmöglichen Teils dieses Verkehrs mit umweltfreundlichen und stadtgerechten Verkehrsmitteln zu gewährleisten.

Produktgruppen

Unterstützungsleistungen DST ÖV

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 6.4 Öffentlicher Verkehr

Tätigkeiten und Projekte

Die Dienststelle ÖV wird im Rahmen von RV 09 per 1. Januar 2009 zum Baudepartement wechseln. Die Vorbereitungsarbeiten für diesen Transfer sind ein zentrales Thema im Budgetjahr.

Inhaltlich im Zentrum steht die Vorbereitung des nächsten ÖV-Programms (2010-2013).

Unterstützungsleistungen DST ÖV

Tram und Bus:

Im Jahr 2008 wird die Planung der grenzüberschreitenden Tramlinien weiter vorangetrieben. Die Dienststelle ÖV leitet die Koordination der politischen und finanziellen Entscheidungsprozesse mit dem Ziel, Ende 2008 den Spatenstich für die Tramlinie nach Weil am Rhein zu ermöglichen. Die Planung weiterer Ausbauschritte im grenzüberschreitenden und regionalen Busangebot wird fortgesetzt.

Regio-S-Bahn:

Zusammen mit den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn, Jura und der SBB AG werden Massnahmen vertieft geplant, die zur Umsetzung der 2007 erarbeiteten "Angebotsentwicklung Regio-S-Bahn Basel/Nordwestschweiz" erforderlich sind. Die Planung beinhaltet eine langfristige Strategie, welche auf der "Zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur" (ZEB) aufbaut und das Projekt "Herzstück" (Verbindungstunnel Basel SBB - Basel Bad Bahnhof) mit einbezieht. Der Ausbau des Regio-S-Bahn-Angebots umfasst weiter die Beschaffung von neuem Rollmaterial (v.a. auf der Linie S1) und die Anpassung von Takt und Zuglängen an die wachsende Nachfrage. Die Inbetriebnahme der neuen S-Bahn-Haltestelle Niederholz kann voraussichtlich auf Ende 2008 erfolgen, vorbehaltlich der Genehmigung der Nachtragskredite durch Kanton und Gemeinde Riehen.

Eisenbahn allgemein:

Der Bund führte im Frühjahr 2007 die Vernehmlassung zum Angebotskonzept ZEB durch. Die Dienststelle ÖV wird die weitere Planung auf Bundesebene beobachten und zusammen mit den Nordwestschweizer Kantonen Massnahmen vorbereiten, mit denen die Kantone auf die politischen Prozesse des Bundes einwirken können. Ein zentrales Anliegen ist, dass der neue Juradurchstich (Wisenbergstunnel) im neuen ZEB-Gesetz nicht gestrichen wird. Zu diesem Zweck haben die beiden Basler Kantone und der Kanton Aargau gleichlautende Standesinitiativen eingereicht. 2008 wird die Dienststelle ÖV auch die vom Bund geplanten Arbeiten an einer revidierten Vorlage zur Bahnreform 2 (Infrastrukturfinanzierung der Privatbahnen) begleiten.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	
Anzahl abgearbeiteter politischer Vorstösse	Anz	8	14	10			1)

Kommentar

1) Die Ist-Zahlen 2003 - 2005 sind nicht ausgewiesen, da nicht vergleichbar (Verselbständigung BVB zum 1.1.06). Die Prognose 2007 ist mit einer Unsicherheitsbehaftet.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	776.5	758.8	710.6	17.7	2.3
31 Sachaufwand	346.0	342.5	169.2	3.5	1.0
36 Eigene Beiträge	0.0	0.0	1'258.1	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	1'122.4	1'101.3	2'137.9	21.1	1.9
43 Entgelte	-2.5	-2.5	-2.4	0.0	0.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2.0	-7.0	-4.7	5.0	71.4
4 Ertrag	-4.5	-9.5	-7.1	5.0	52.6
Ordentlicher Nettoaufwand	1'117.9	1'091.8	2'130.8	26.1	2.4
davon Produktgruppe(n):					
Unterstützungsleistungen DST ÖV	1'117.9	1'091.8		26.1	2.4

Abweichungen / Erläuterungen

Auftrag und Ziel

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Unmenge von Unterlagen - Akten, elektronische Daten, Bilder -, die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Bruchteil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien, einschliesslich Fotoarchive.

Das Staatsarchiv stellt die Akten, Bilder usw. der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet.

Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Produktgruppen

Staatsarchiv

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 6.7 Dokumentation

Tätigkeiten und Projekte

Das Staatsarchiv wird im Rahmen von RV 09 per 1. Januar 2009 zum Präsidialdepartement wechseln. Die Vorbereitungsarbeiten für diesen Transfer sind ein zentrales Thema im Budgetjahr.

Im Budgetjahr stehen die Informatisierung des Staatsarchivs (Phase III) und die mittelfristige Raumplanung im Vordergrund.

StaatsarchivInformatisierung des Staatsarchivs (Phase III)

Das Staatsarchiv steht in einer fundamentalen Transformationsphase, die Mitte der 1990er Jahre begonnen hat und sich über mindestens zwei Jahrzehnte erstrecken wird: Archivieren in einer elektronischen Umgebung.

1. Archivinterne Arbeit mittels Archivinformatiksystem (Phase I, abgeschlossen),
2. Archivische Dienstleistungen online anbieten (Phase II, abgeschlossen 2007)
3. Übernahme und dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen (Phase III)

Für die Phase III stehen somit im Vordergrund: Ausbau der online-Dienstleistungen sowie verstärkte Einbindung des Archivinformatiksystems in die kantonale Systemlandschaft. Diese Transformation benötigt nicht nur Investitionen, sondern sie verursacht auch neue laufende Kosten, wie beispielsweise für das digitale Magazin. Die ersten Schritte zur Umsetzung des Projekts erfolgen 2008 unter der Voraussetzung, dass der Grosse Rat dem Ausgabenbericht zustimmen wird.

Mittelfristige Raumplanung

In diesem Projekt, bei welchem Immobilien Basel-Stadt (vormals Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr) die Planungsverantwortung innehat, werden die aktuellen und künftigen Raumbedürfnisse des Staatsarchivs untersucht und Lösungen vorgeschlagen. Die derzeitigen räumlichen Bedingungen genügen weder in quantitativer noch qualitativer Hinsicht. Im Jahr 2008 wird das Vorprojekt abgeschlossen und der Ratschlag für den Grossen Rat erarbeitet.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Headcount (Vollzeitstellen 100 %)	Anz	16.4	16.4	16.3	17.3	17.3	
Benützungen	Anz	9'000	9'000	8'872	8'977	9'531	
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	340	340	351	341	364	¹⁾

Kommentar

1) Anzahl eingegangener Ablieferungen von Unterlagen, die nicht erschlossen resp. für die Benützung noch nicht verfügbar sind.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30	Personalaufwand	2'234.4	2'222.2	2'265.9	12.2	0.5
31	Sachaufwand	1'306.3	727.2	845.2	579.1	79.6 ¹⁾
33	Abschreibungen Finanzvermögen	1.0	1.0	0.2	0.0	0.0
36	Eigene Beiträge	5.0	5.0	5.0	0.0	0.0
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'546.6	2'955.4	3'116.4	591.2	20.0
43	Entgelte	-251.9	-245.8	-201.1	-6.1	-2.5
4	Ertrag	-251.9	-245.8	-201.1	-6.1	-2.5
Ordentlicher Nettoaufwand		3'294.7	2'709.6	2'915.2	585.1	21.6
<i>davon Produktgruppe(n):</i>						
<i>Staatsarchiv</i>		<i>3'294.7</i>	<i>2'709.6</i>		<i>585.1</i>	<i>21.6</i>
5	Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	286.3	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)		0.0	0.0	286.3	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten von TCHF 778 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitsuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.

Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es pflegt den Kontakt zu den im Kanton ansässigen Unternehmen und fördert die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Basel.

Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.

Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten usw.. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrages.

Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten und Mietstreitigkeiten. Ebenso wird der Abbruch und die Zweckentfremdung von Wohnraum geprüft und bewilligt.

Produktgruppen

Standortförderung Wirtschaft

Eingliederung in Arbeitsmarkt

Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt

Schlichtungswesen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 6.1 Standortförderung

AF 6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen

AF 6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen

AF 6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr stehen Projekte vor allem in den Produktgruppen Standortförderung, Eingliederung in den Arbeitsmarkt und Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Standortförderung Wirtschaft

Für die Entlastung der KMU (kleinen und mittleren Unternehmen) wird ein Konzept erstellt. Die entsprechenden Massnahmen werden ab 2008 schrittweise umgesetzt.

Die vom Kanton und Privaten getragene Initiative i-net BASEL, welche im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien durch eine gezielte Vernetzung von Anbietern, Nachfragern und Hochschulinstituten eine nachhaltige Wertschöpfung anregen will, soll schrittweise auf weitere Technologiefelder, bei denen Basel überdurchschnittliche Standortbedingungen bietet, ausgeweitet werden.

Das neue Ausländergesetz führt per 2008 zum Wegfall von bisher gebührenpflichtigen Bewilligungen. Gleichzeitig entstehen neue und zusätzliche Auflagen, die in nicht gebührenpflichtigen Bereichen umgesetzt werden müssen. Der Wegfall von Bewilligungsverfahren kann somit auf der Aufwandseite nur teilweise kompensiert werden.

Eingliederung in den Arbeitsmarkt

Das Mitte 2007 eröffnete Arbeitsintegrationszentrum für die gemeinsame Integration betroffener Menschen aus der Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe kann im Jahr 2008 seine volle Leistung entfalten.

Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt

Die Kontrolltätigkeit im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wird ausgebaut. Die Mehraufwendungen werden zu 50 % vom Bund übernommen.

Schlichtungswesen

Die Entwicklung der Beratungstätigkeit hängt weitestgehend von der Entwicklung der Hypothekarzinsen ab.

Abweichungen / Erläuterungen Finanzen (siehe Seite rechts)

3) Wegfall SHB-Integrationskosten TCHF 4'000 (refinanziert durch Krisenfonds, siehe Pos. 48). Reduktionen (TCHF 600) Kantonsbeteiligung an arbeitsmarktl. Massnahmen (NFA) und TCHF 900 im Bereich kant. Arbeitslosenhilfe (Anpassung Bildungsmassnahmen auf aktualisierten Erfahrungswert).

4) Mehreinnahmen (TCHF 1'600) des neugegründeten Arbeitsintegrationszentrums AIZ durch Leistungsverrechnung an Sozialhilfe, IV und/oder Bund.

5) Auch diese Einnahmenerhöhung resultiert aus dem neuen AIZ (Weiterverrechnung von Kosten an den Bund)

6) Weniger Projektkosten, die aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit refinanziert werden, insbesondere Wegfall der refinanzierten SHB-Integrationskosten TCHF 4'000 (siehe auch Pos.36).

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	64.7	40.7	40.4	41.3	40.4	
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100 %)	Anz	218.0	174.1	179.1	186.6	203.4	¹⁾
Firmengespräche	Anz	20	20				²⁾
Gesamtwirkungsindikator Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) - Vereinbarung mit Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)	%	90	98	89	89	90	³⁾
Berufsunfälle im Kanton Basel-Stadt auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	50	50		54	52	⁴⁾
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen (Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit)	Pers.	500	800	152			⁵⁾

Kommentar

- 1) Vollzeitstellen inkl. Stellen des AVIG-Vollzugs: Regionale Arbeitsvermittlungszentren, öffentlichen Arbeitslosenkasse, Kantonale Amtsstelle für ALV, Logistik arbeitsmarktlischer Massnahmen (ab 1. Juli 2007: Arbeitsintegrationszentrum).
- 2) Ziel: Mit den von der Bestandespflege als wichtig erachteten KMU mit Sitz im Kanton finden qualifizierte Kontakte statt.
- 3) Ziel: Rasche, dauerhafte Wiedereingliederung stellensuchender Personen im Verhältnis zum schweiz. Durchschnitt.
- 4) Die Daten, die zur Berechnung des Unfallrisikos im Jahr 2006 benötigt werden, stehen erst ab Mai 2008 zur Verfügung.
- 5) Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement und dem Kanton Basel-Stadt für den Vollzug der flankierenden Massnahmen im Bereich der tripartiten Kommission (Juni 2006).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	23'059.2	23'075.5	23'192.6	-16.3	-0.1	
31 Sachaufwand	10'531.5	10'111.0	6'344.6	420.5	4.2	¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	83.6	14.9	82.6	68.7	461.1	²⁾
36 Eigene Beiträge	6'628.8	12'027.5	11'051.5	-5'398.7	-44.9	³⁾
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	8'000.0	8'000.0	8'000.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	48'303.1	53'228.9	48'671.2	-4'925.8	-9.3	
42 Vermögenserträge	-5.2	-4.1	-5.2	-1.1	-26.8	
43 Entgelte	-4'067.4	-2'346.4	-2'282.1	-1'721.0	-73.3	⁴⁾
46 Beiträge für eigene Rechnung	-16'045.6	-15'717.5	-15'627.8	-328.1	-2.1	⁵⁾
48 Entnahmen a. Spez.Finanzierungen	-7'181.8	-13'678.9	-10'474.6	6'497.1	47.5	⁶⁾
4 Ertrag	-27'300.0	-31'746.9	-28'389.7	4'446.9	14.0	
Ordentlicher Nettoaufwand	21'003.1	21'482.0	20'281.5	-478.9	-2.2	
davon Produktgruppe(n):						
Standortförderung Wirtschaft	3'859.2	3'726.3		132.9	3.6	
Eingliederung in Arbeitsmarkt	13'720.7	13'983.6		-262.9	-1.9	
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	2'144.1	2'392.1		-248.0	-10.4	
Schlichtungswesen	1'279.1	1'380.0		-100.9	-7.3	
5 Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	13'400.0	0.0	0.0	13'400.0	999.9	
Darlehen und Beteiligungen	13'400.0	0.0	0.0	13'400.0	999.9	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Ersatz des alten Mobiliars im AVIG-Bereich an der Utengasse, Refinanzierung durch den Bund (Pos. 46)
- 2) Aufgrund vermehrter Debitorenverluste und Erlasse durch zahlungsunfähige Kunden musste ein entsprechendes Delkredere gebildet werden.
- 3) Begründungen 3) bis 6) siehe Seite links

Auftrag und Ziel

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen, die kantonalen Beihilfen zur AHV / IV, die kantonale AHV, die Prämienverbilligung sowie die individuellen Mietzinsbeiträge nach kantonalem und eidgenössischem Recht. Zu den Leistungen gehört auch das Bereitstellen von Notwohnungen und der Notschlafstelle. Das ASB stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind.

Das ASB ist zuständig für die Ausarbeitung der kantonalen Unterstützungsrichtlinien der Sozialhilfe (URL). Ebenfalls formuliert es die strategischen Vorgaben für die Sozialhilfe und für die Unterstützung von Asylsuchenden, von vorläufig Aufgenommenen sowie von Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Es erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten.

Das ASB koordiniert die Unterstützungsgesuche für Entwicklungshilfeprojekte im In- und Ausland und legt die Empfehlung der beratenden Kommission dem Regierungsrat vor. Auch zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen gemäss Opferhilfegesetz an Opfer von Straftaten aus.

Produktgruppen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

Sozialhilfe

AF 6.5 Existenzsicherung

Entwicklungszusammenarbeit

AF 6.5 Existenzsicherung

Sozialleistungen und Wohnen

AF 6.6 Soziale Sicherheit

Durchführung der Krankenversicherung

AF 6.6 Soziale Sicherheit

Tätigkeiten und Projekte

Das Amt für Sozialbeiträge wird im Rahmen der Verwaltungsreorganisation (RV09) zusammen mit der kantonalen Ausgleichskasse und der IV-Stelle zur Sozialversicherungsanstalt (SVA) zusammengefasst. Allenfalls kommen weitere Aufgaben zu dieser neuen Organisationseinheit, während ein Teil der Aufgaben vom ASB zur Sozialhilfe der Stadt Basel wechselt. Die Vorbereitungsarbeiten für die SVA sind ein zentrales Thema im Budgetjahr.

Im Budgetjahr stehen Projekte vor allem in den Produktgruppen Sozialhilfe sowie Sozialleistungen und Wohnen im Vordergrund.

Sozialhilfe

Ende 2006 stellte die interdepartementale Strategieguppe das Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor. Für die drei Handlungsfelder "(Vor-) Schule", "Übergänge von der Schule in die Berufsbildung und die Arbeitswelt" sowie "berufliche Desintegration" wurde je ein Massnahmenkatalog beschlossen, welcher laufend weiterentwickelt wird und bei dessen Umsetzung alle Fachdepartemente miteinbezogen werden. Im Jahr 2008 erfolgt daraus die Umsetzung der mittelfristig ausgelegten Massnahmen. In der Sozialhilfe der Stadt Basel werden neue Integrationsmodelle umgesetzt (Teillohn, Gegenleistung und weitere noch zu definierende Einsatzplätze und Aktivitäten z.B. Sozialfirmen).

Sozialleistungen und Wohnen

Im Nachgang zu dem im Jahr 2007 dem Grossen Rat vorgelegten Rahmengesetz zur Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Leistungen des Kantons (Alimentenbevorschussung, Stipendien, Prämienverbilligung, Tagesbetreuung, Mietzinsbeiträge usw.) erfolgen im Jahr 2008 die Anpassungen in den jeweiligen Spezialverordnungen. Dazu soll auch der Datenaustausch zwischen den Vollzugsstellen verbessert werden, um den Ansprüchen der Bevölkerung auf Transparenz, Effizienz, Kundenfreundlichkeit und Datenschutz gerecht zu werden. Ein nächster Schritt im Projekt Harmonisierung der Sozialleistungen ist der Einbezug der vorgelagerten Sozialhilfeleistungen. Gelingt es Sozialhilfebeziehenden, sich durch Erwerbseinkommen von der Sozialhilfe zu lösen, so resultiert bei einem Einkommen knapp oberhalb der Bedürftigkeitsgrenze heute ein gegenüber der Sozialhilfeleistung tieferes verfügbares Einkommen. Diese Armutsfalle soll mittelfristig verringert werden.

Die vom Grossen Rat beschlossene Liquidation der kantonalen AHV kann voraussichtlich 2008 abgeschlossen werden.

Durchführung Krankenversicherung

Die steigende Zahl von Leistungssistierungen erfordert die Einrichtung neuer Abläufe, mit denen das ASB gewährleisten kann, dass die Personen mit einem tiefen Einkommen Zugang zu einer angemessenen medizinischen Versorgung haben.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	86.1	86.2	84.5	77.9	78.3
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	13'626	12'700	12'497	11'949	11'478
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	25'000	27'100	26'093	27'546	29'373
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe Basel	Anz	5'400	5'500	5'833	5'778	5'199 ¹⁾

Kommentar

- 1) Die gute Wirtschaftslage, aber auch die verschiedenen ergriffenen Massnahmen zur Verbesserung der Fallführung zeigen nachhaltige, positive Wirkungen bei der Sozialhilfe.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	10'294.2	10'265.6	10'235.9	28.6	0.3
31 Sachaufwand	5'538.0	2'776.1	2'511.0	2'761.9	99.5 ¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'295.0	705.0	749.6	590.0	83.7 ²⁾
36 Eigene Beiträge	402'140.0	533'318.1	541'561.1	-131'178.1	-24.6 ³⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	419'267.2	547'064.8	555'057.6	-127'797.6	-23.4
42 Vermögenserträge	-1'485.0	-1'485.0	-1'526.5	0.0	0.0
43 Entgelte	-13'359.4	-13'616.6	-16'521.6	257.2	1.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-109'380.0	-77'283.1	-75'216.7	-32'096.9	-41.5 ⁴⁾
4 Ertrag	-124'224.4	-92'384.7	-93'264.8	-31'839.7	-34.5
Ordentlicher Nettoaufwand	295'042.8	454'680.1	461'792.8	-159'637.3	-35.1
davon Produktgruppe(n):					
Sozialhilfe	142'855.6	151'494.2		-8'638.6	-5.7
Entwicklungszusammenarbeit	1'757.3	1'766.8		-9.5	-0.5
Sozialleistungen und Wohnen	73'403.0	221'262.9		-147'859.9	-66.8 ³⁾
Durchführung der Krankenversicherung	77'026.9	80'156.3		-3'129.4	-3.9

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 3'193 enthalten.
- 2) Der Abschreibungsbedarf bei den Hauptleistungen (v.a. Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und Krankenkassenprämienverbilligung) steigt an aufgrund der schlechter werdenden Bonität der Kundschaft.
- 3) Aufgrund der Einführung der NFA wird der Einzelposten Kantonalbeitrag an eidg. AHV/IV um TCHF 128'000 entlastet. Ergänzungsleistungen, kant. Beihilfen und Prämienverbilligungen werden leicht steigen, währenddem der Einzelposten Sozialhilfe zu Lasten Kanton sinken wird.
- 4) Aufgrund der Einführung der NFA wird bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV die Kostenbeteiligung des Bundes steigen.

Auftrag und Ziel

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche "Gesellschaft und Soziales", "Raum und Umwelt" sowie "Wirtschaft und Arbeit". Für kantonale oder städtische Interessen werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehören mit zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragung, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Statistischen Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt; damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Produktgruppen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

Statistik und Analyse

AF 6.7 Dokumentation

Tätigkeiten und Projekte

Das Statistische Amt wird im Rahmen der Verwaltungsreorganisation (RV09) per 1. Januar 2009 zum Präsidialdepartement wechseln. Die Vorbereitungsarbeiten für diesen Transfer sind ein zentrales Thema im Budgetjahr.

Im Budgetjahr stehen die Vorbereitung Volkszählung 2010 (im Rahmen des Projekts Registerharmonisierung) und die Wanderungsbefragung im Vordergrund.

Statistik und Analyse

Vorbereitung Volkszählung 2010 - Mitarbeit/Unterstützung bei der Registerharmonisierung:

Das Statistische Amt unterstützt die Fachstelle für Informatik und Organisation (FD) bei den Arbeiten im Zusammenhang mit der eidg. Registerharmonisierung. Neben der Grundlage für die Einführung von eGov-Prozessen wird damit auch eine neue Basis für die Volkszählung geschaffen. Ab 2010 soll diese im wesentlichen als reine Registerauswertung durchgeführt werden. Die Kantone sind verpflichtet, die notwendigen Register aufzubauen und zu harmonisieren sowie in der nötigen Qualität zu führen. Allerdings liegen die genauen Vorgaben vom Bund noch nicht vor, was mit Blick auf den engen Umsetzungszeitplan kritisch ist. Das Statistische Amt muss die Konsolidierung des Gebäude- und Wohnungsregisters weiterführen und dessen Anpassung an die Bundesvorgaben an die Hand nehmen. Ebenso sind Datenabgleiche zur Verknüpfung von Personen- und Wohnungsdaten vorzunehmen sowie anschliessend Testauswertungen im Hinblick auf die Volkszählung 2010 zu machen.

Wanderungsbefragung:

Zehn Jahre nach der ersten Befragung wird 2008 wieder eine Wanderungsbefragung durchgeführt. Im Vergleich zur Befragung von 1998 können allfällige Veränderungen bei den Wegzuggründen herausgefunden werden. Ebenfalls wird eine Auswertung der Motive für die Zuwanderung nach Basel-Stadt möglich.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	16.3	14.3	13.9	15.3	15.7	1)
Kurzanfragen	Anz	2'000	800	2'094			2)
Nachgefragte Themen, welche einen Produktionsaufwand von mehr als einer Stunde verursachen	Anz	135	135	139	137	142	
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	120'000	120'000	110'616			3)

Kommentar

- 1) Für die Schwerpunktthemen Wanderungsbefragung, Registerharmonisierung und Unterstützungsleistungen Stadtwohnen wurden dem Stat. Amt 200 Stellenprozente zugesprochen.
- 2) Neukonzeption Erfassung. Ausdehnung auf das gesamte Team.
- 3) Keine Ist-Zahlen vorhanden, da neuer Internet-Auftritt mit eigener Statistik (verfügbar seit Oktober 2005).

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07		*
						%	
30	Personalaufwand	2'347.7	2'022.3	2'050.8	325.4	16.1	1)
31	Sachaufwand	906.3	629.9	660.5	276.4	43.9	2)
36	Eigene Beiträge	40.0	40.0	40.0	0.0	0.0	
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'294.0	2'692.2	2'751.3	601.8	22.4	
43	Entgelte	-221.5	-131.2	-303.3	-90.3	-68.8	3)
46	Beiträge für eigene Rechnung	-16.0	-16.0	-31.2	0.0	0.0	
4	Ertrag	-237.5	-147.2	-334.5	-90.3	-61.3	
Ordentlicher Nettoaufwand		3'056.5	2'545.0	2'416.8	511.5	20.1	
davon Produktgruppe(n):							
Statistik und Analyse		3'056.5	2'545.0		511.5	20.1	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Für die Schwerpunktthemen Wanderungsbefragung, Registerharmonisierung und Unterstützungsleistungen Stadtwohnen wurden dem Stat. Amt 200 Stellenprozente zugesprochen.
- 2) Für die Wanderungsbefragung entstehen externe Kosten (Befragungsinstitut). Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 104 enthalten.
- 3) Leistungen für Basel Nord, im Datenmanagementbereich und bei der Erarbeitung von Sozialkennzahlen führen zu Mehreinnahmen.

Auftrag und Ziel

Diese Seite wird aufgehoben, da die Dienststelle Rheinschiffahrtsdirektion per 31. Dezember 2007 in die neue Gesellschaft Schweizerische Rheinhäfen SRH überführt wird.

Produktgruppen

Rheinhafen und Rheinschiffahrt

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 6.4 Öffentlicher Verkehr

Tätigkeiten und Projekte

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz		23.4	23.7	22.5	21.9	
Unfall- und Havarieereignisse pro Jahr	Anz		0	4	3	5	
Schwerwiegende Verstösse in der Schifffahrt	%		5	3	2	3	
Umschlag Vollcontainer Total	Stk		51'000	52'817	50'125	51'906	
Gesamtumschlag in Mio.	t		3.20	3.10	2.97	3.18	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	0.0	3'458.4	3'633.3	-3'458.4	-100.0
31 Sachaufwand	0.0	2'301.2	2'242.1	-2'301.2	-100.0
32 Passivzinsen	0.0	20.0	57.4	-20.0	-100.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	5.0	0.7	-5.0	-100.0
36 Eigene Beiträge	0.0	0.0	20.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	0.0	5'784.5	5'953.5	-5'784.5	-100.0
42 Vermögenserträge	0.0	-3'805.0	-3'709.1	3'805.0	100.0
43 Entgelte	0.0	-5'492.0	-5'883.4	5'492.0	100.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-956.8	-836.0	956.8	100.0
4 Ertrag	0.0	-10'253.8	-10'428.4	10'253.8	100.0
Ordentlicher Nettoaufwand	0.0	-4'469.3	-4'474.9	4'469.3	100.0
davon Produktgruppe(n):					
Rheinhafen und Rheinschifffahrt	0.0	-4'469.3		4'469.3	100.0
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	1'366.1	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	1'366.1	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

6.3 Verwaltung – Dienststellen mit Globalbudget

6.3.1 Museen

Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig
Historisches Museum Basel
Kunstmuseum Basel, Museum für Gegenwartskunst
Museum der Kulturen Basel
Naturhistorisches Museum Basel

Umschreibung

Das Antikenmuseum Basel betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, die die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte

Sammlung/Forschung, Vermittlung, Dienstleistungen

Kommentar zur Produktgruppe

Sammlung/Forschung

Schwerpunkt des Jahres 2008 ist die Sonderausstellung "Homer Der Mythos von Troia in Dichtung und Kunst", welche vom 16. März bis zum 17. August 2008 im Antikenmuseum präsentiert wird.

Die Arbeit am Corpus Vasorum Antiquorum Band 4 ist beendet und wird voraussichtlich 2008 in Druck gehen. Die Bearbeitung von Band 5 kann somit im Budgetjahr begonnen werden. Die weitere EDV-Inventarisierung der Sammlung wird im Jahre 2008 eine Hauptaufgabe sein.

In der Skulpturhalle kann nach dem Umbau die Sammlung auf zwei Stockwerken übersichtlicher präsentiert werden, wobei auch neu der Parthenon besser zur Geltung kommen wird.

Vermittlung

Die grosse Troia-Ausstellung 2001/02 in Deutschland mit ihrem Besucherrekord und ihrem enormen Echo in den Medien hat auch den Dichter, dem wir die Troia-Geschichte verdanken, wieder stärker ins Bewusstsein gerückt. Mit seiner Ilias und Odyssee hat dieser griechische Dichter im 8. Jahrhundert v. Chr. die europäische Literatur begründet. Die Ausstellung "Homer Der Mythos von Troia in Dichtung und Kunst" stellt erstmalig Homer in seiner Zeit, seine Werke Ilias und Odyssee und deren Wirkungsgeschichte, die bis heute anhält, auf der Grundlage der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse einem breiteren Publikum vor.

Die Abteilung für Bildung und Vermittlung Agorá wird mit speziellen Workshops und besonderen Angeboten die Sonderausstellung unterstützen. Zusätzlich soll nach dem Umbau die Attraktivität des Angebots erhöht und die Besucher des Museums intensiv auf die Agorá aufmerksam gemacht werden.

In der Skulpturhalle wird die durch den Umbau mehrmals verschobene Sonderausstellung "Antike im Kino" durchgeführt werden können.

Dienstleistungen

Im Budgetjahr wird das Fotostudio weiter auf die digitale Technik umgestellt, damit die Anforderungen im highest Quality Segment der Fotografie für Grossplakate und Aufnahmen von feinsten Detailabstufungen erfüllt werden können. Damit bleibt das Angebot des Antikenmuseums auch für Anfragen externer Verlage oder Wissenschaftler interessant.

Vorgesehen ist die Eröffnung eines Museums-Cafés, welches nicht nur bei Sonderausstellungen betrieben werden soll.

Nach dem erfolgten Umbau der Skulpturhalle werden die Räumlichkeiten für Veranstaltungen Dritter aktiv angeboten werden. Es ist davon auszugehen, dass ein Anlass im Rahmen der herrlichsten Statuen des Altertums für jeden Nutzer reizvoll und gewinnbringend sein kann.

Wirkungen

Wirkungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1
2 Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1

Leistungen

Leistungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	>	65'000	104'000	36'588
2 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	400	400	225
3 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	430	360	349
4 Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>	50%	45%	45%
5 Relevanz für die Fachwelt	Ausleihung von Objekten	>	30	50	18
6 Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/-innen	>	200	200	212

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07	
Personalkosten	3'882.8	3'923.4	3'529.5	-40.6	-1.0%
Übrige Kosten	3'609.9	2'675.4	1'273.1	934.5	34.9% 1)
Erlöse	-2'319.8	-2'462.8	-668.5	143.0	5.8%
Ord. Nettoaufw. (Beschlussgr. GR)	5'172.9	4'136.0	4'134.1	1'036.9	25.1%
Kalkulatorische Kapitalkosten	0.0	0.0	0.0	0.0	--
Umlagen Querschnittsleistungen	1'370.8	2'717.8	2'663.6	-1'347.1	-49.6% 2)
Vollkosten	6'543.7	6'853.8	6'797.7	-310.2	-4.5%
Veränderung Rücklagen (gemäss § 11 Museumsgesetz)	0.0	0.0	-55.0	0.0	--
Investitionen ab TCHF 300.0 (Details siehe IÜL Investitionsbereich Bildung)	0.0	0.0	0.0	0.0	--

- 1) In den übrigen Kosten sind neu interne Mieten von TCHF 1'052 enthalten. Die Rimas-Versicherungsprämien konnten aufgrund einer neuen Versicherungslösung um TCHF 59 tiefer budgetiert werden.
- 2) Mit der Einführung der Mietverrechnung (vgl. übrige Kosten) entfallen die kalkulatorischen Mieten für das Antikenmuseum. (- TCHF 1'414). Für die Skulpturhalle, welche sich im Besitz der Adullam Stiftung befindet und unentgeltlich genutzt werden kann, ist in den Querschnittsleistungen weiterhin eine kalkulatorische Miete von TCHF 730 enthalten.

Umschreibung

Das Historische Museum Basel (HMB) betreibt in vier Liegenschaften ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte

Sammlung/Forschung, Vermittlung, Dienstleistungen

Kommentar zur Produktgruppe

Allgemein

Aufgrund der Baumassnahmen und Schliessung einzelner Ausstellungsbereiche in der Barfüsserkirche (Neueinrichtung der Dauerausstellung) werden weniger Einnahmen prognostiziert.

Sammlung/Forschung

Es wird angestrebt, dass sämtliche neu eingehenden Sammlungsobjekte bis Ende Jahr EDV-mässig inventarisiert und sachgerecht gelagert sind. Ein mehrjähriges Projekt zur Erforschung der Basler Möbel wird fortgesetzt (Finanzierung zur Hälfte aus Drittmitteln, CHF 40'000.--). Die Zusammenarbeit mit der Universität geschieht fallweise im Zusammenhang mit gemeinsamen Lehrveranstaltungen oder durch Unterstützung von Forschungs- oder Abschlussarbeiten.

Vermittlung

Eine Sonderausstellung "Archäologie in Basel" (Arbeitstitel) im Herbst/Winter 2008/09 sowie eine Wechselausstellung im Musikmuseum sind geplant. Die laufende Erneuerung der Dauerausstellung in der Barfüsserkirche wird 2008 mit der Fertigstellung der Einrichtung des Schiffs einen weiteren Höhepunkt erreichen. Als nächste Etappe ist der Umbau des Untergeschosses vorgesehen.

Dienstleistungen

Die Bibliotheksnutzung wird weiterhin optimiert, kann jedoch aus personellen resp. Kostengründen nicht ausgebaut werden. Es ist keine gravierende Veränderung bei den Einnahmen aus den Verkäufen in den Museums-Shops zu erwarten. Die Einrichtung eines Garten-Restaurants während der Sommermonate im Haus zum Kirschgarten wird geprüft, was möglicherweise zu Mehreinnahmen führen wird, jedoch im Budget noch nicht berücksichtigt wurde (externe Bewirtschaftung durch einen Pächter).

Wirkungen

Wirkungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachpublikationen	=	1	1	1
2 Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1

Leistungen

Leistungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	100'000	120'000	194'965
2 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	250	300	464
3 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	400	450	549
4 Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung	=	100%	100%	100%
5 Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	15	15	25
	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	65	65	70
6 Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	40	40	39
7 Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	400	400	402

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07	
Personalkosten	6'382.2	6'284.2	6'467.1	98.0	1.6%
Übrige Kosten	4'179.0	2'749.4	3'119.4	1'429.7	52.0% 1)
Erlöse	-621.0	-645.5	-1'139.2	24.5	3.8%
Ord. Nettoaufw. (Beschlussgr. GR)	9'940.2	8'388.1	8'447.3	1'552.1	18.5%
Kalkulatorische Kapitalkosten	154.5	157.9	10.7	-3.4	-2.2%
Umlagen Querschnittsleistungen	860.2	3'595.5	3'477.4	-2'735.3	-76.1% 2)
Vollkosten	10'955.0	12'141.5	11'935.4	-1'186.5	-9.8%
Veränderung Rücklagen (gemäss § 11 Museumsgesetz)	0.0	0.0	-6.0	0.0	--
Investitionen ab TCHF 300.0 (Details siehe IÜL Investitionsbereich Bildung)	200.0	750.0	231.0	-550.0	-73.3% 3)

- 1) In den übrigen Kosten sind neu interne Mieten von TCHF 2'320 enthalten. In diesem Zusammenhang entfallen bisherige externe Mieten von TCHF 684 (Transfer von Mietverträgen an Immobilien Basel-Stadt). Weiter konnten die Rimas-Versicherungsprämien aufgrund einer neuen Versicherungslösung um TCHF 161 tiefer budgetiert werden.
- 2) Mit der Einführung der Mietverrechnung (vgl. übrige Kosten) entfallen die kalkulatorischen Mieten (- TCHF 2'708).
- 3) Der Budgetbetrag 2008 beinhaltet die 2. Tranche des Projektierungskredits "Erneuerung Dauerausstellung Untergeschoss".

Umschreibung

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit der Stadt Basel mit Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie den lebendigen Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte

Sammlung/Forschung, Vermittlung, Dienstleistungen

Kommentar zur Produktgruppe

Sammlung/Forschung

Dank einer privaten Zuwendung können wichtige Restaurierungsaufgaben im Bestand der Gemäldegalerie ausgeführt werden.

Vermittlung

Im Jahre 2008 werden zwei Sonderausstellungen gezeigt: "Chaim Soutine", vom 15. März bis 6. Juli 2008, und "Stilleben. Von den Anfängen bis zum Spätbarock" in Zusammenarbeit mit dem Städel Museum, Frankfurt, vom 5. September 2008 bis 4. Januar 2009. Die am 20. Oktober 2007 eröffnete Ausstellung "Andreas Gursky" läuft bis am 24. Februar 2008.

Das Wechselausstellungsjahr beginnt im Kunstmuseum am 23. Februar mit "Zeichnungen um 1450 bis 1500" aus den Beständen des Kupferstichkabinetts (bis 18. Mai 2008). Am 26. April eröffnet "Robert Delaunay. Hommage à Bleriot" (bis 17. August 2008). Ab dem 31. Mai zeigt das Kupferstichkabinett die Ausstellung "Robert Therrien. Works on Paper" (bis 7. September 2008). Am 27. September wird die Ausstellung "Surrealismus. Zeichnungen und Druckgraphik" eröffnet (bis 4. Januar 2009). Diverse kleinere Ausstellungen des Kupferstichkabinetts im 1. Obergeschoss ergänzen dieses Programm. Die Ausstellung "Otto Meyer-Amden - Schlemmer" läuft bis am 3. Februar 2008.

Das Museum für Gegenwartskunst zeigt vom 19. Januar bis am 14. April 2008 "Avner Ben-Gal". Wegen Neubesetzung der Kuratorenstelle werden die weiteren Ausstellungen noch definitiv bestimmt. U.a. werden die Ausstellungen "Manor-Kunstpries Basel 2007" und "Corsin Fontana" gezeigt.

Dieses Ausstellungsprogramm kann unter anderem dank der grosszügigen Unterstützung der Novartis AG, dem Fonds für künstlerische Aktivitäten im Museum für Gegenwartskunst der Christoph Merian Stiftung und der Emanuel Hoffmann-Stiftung, der Stiftung für das Kunstmuseum Basel sowie nicht genannt sein wollender Mäzene realisiert werden.

Dienstleistungen

Die öffentliche Kunstbibliothek des Kunstmuseums hat in Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek Basel und dem Kunsthistorischen Seminar der Universität Basel ein Rekatalogisierungsprojekt begonnen.

Wirkungen

Wirkungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1
2 Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1

Leistungen

Leistungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstaussstellungen	Anzahl Besucher/-innen	>	210'000	210'000	263'337
2 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	400	400	796
3 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'250	1'250	1'408
4 Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%
5 Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	5%	4%	4%
6 Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	400	400	425

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07	
Personalkosten	9'339.4	9'454.6	9'575.5	-115.2	-1.2%
Übrige Kosten	8'984.8	7'319.4	8'214.5	1'665.5	22.8% 1)
Erlöse	-5'282.8	-5'631.0	-7'060.0	348.3	6.2%
Ord. Nettoaufw. (Beschlussgr. GR)	13'041.5	11'143.0	10'730.0	1'898.5	17.0%
Kalkulatorische Kapitalkosten	851.0	800.0	697.7	51.0	6.4%
Umlagen Querschnittsleistungen	1'668.0	4'226.2	3'960.8	-2'558.2	-60.5% 2)
Vollkosten	15'560.5	16'169.2	15'388.5	-608.7	-3.8%
Veränderung Rücklagen (gemäss § 11 Museumsgesetz)	0.0	0.0	-42.0	0.0	--
Investitionen ab TCHF 300.0 (Details siehe IÜL Investitionsbereich Bildung)	851.0	800.0	697.7	51.0	6.4%

- 1) In den übrigen Kosten sind neu interne Mieten von TCHF 2'337 enthalten. Die Rimas-Versicherungsprämien konnten aufgrund einer neuen Versicherungslösung um TCHF 701 tiefer budgetiert werden.
- 2) Mit der Einführung der Mietverrechnung (vgl. übrige Kosten) entfallen die kalkulatorischen Mieten bei den kantonseigenen Liegenschaften (- TCHF 2'514). Beim Museum für Gegenwartskunst Basel wird dagegen in den Querschnittsleistungen weiterhin eine kalkulatorische Miete von TCHF 638 eingesetzt (diese Liegenschaft befindet sich im Besitz der Christoph Merian Stiftung und kann unentgeltlich genutzt werden).

Umschreibung

Das Museum der Kulturen Basel betreibt in 12 Liegenschaften (6 davon ausschliesslich vom MKB genutzt) ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen, Kunst und Gesellschaften sowie den lebendigen Umgang mit ihnen, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte

Sammlung/Forschung, Vermittlung, Dienstleistungen

Kommentar zur Produktgruppe

Allgemein

Augrund des Erweiterungsbauprojektes, mit dessen Realisierung 2008 begonnen werden soll, ist keine grosse Sonderausstellung geplant. Dies führt im Budget 2008 einerseits zu deutlich tieferen Sachkosten (Ausstellungskosten) und andererseits auch zu einem entsprechenden Rückgang der Einnahmen.

Sammlung/Forschung

Auch im kommenden Jahr wird das Grossprojekt "neue Lagerräume am Tellplatz" grosse Ressourcen binden. Es sollen sukzessive Objektbestände aus dem Münstergeviert grob gereinigt, ausgezeichnet, anschliessend umgezogen und neu eingelagert werden. Dieses Projekt wird über 1/3 des Museumspersonals das ganze Jahr hindurch beschäftigen. Des weiteren wird nach der Schliessung der grossen Sonderausstellung "Rot. Wenn Farbe zur Täterin wird" das ganze Haupthaus geräumt und so für den Erweiterungs- und Sanierungsbau bereit gestellt. Auch diese Sammlungen müssen gereinigt und neu eingelagert werden. Zur Vorbereitung einer Publikation soll intensiv historische Forschung zu afrikanischen Textilien betrieben werden. Zudem sollen eigene Sammlungsbestände weiter erschlossen und dokumentiert werden.

Vermittlung

Die Ausstellung "Rot. Wenn Farbe zur Täterin wird" wird bis Ende Juli 2008 gezeigt. Die Sonderausstellung wird mit einem breiten Begleitprogramm für unterschiedlichste Zielgruppen intensiv bespielt. Ein Teilaspekt von "Rot" wird auch für die kleine Wechselausstellung "Rendez-vous mit Rot" sowie an der Museumsnacht mit "Schlemmen und Schmusen" im Zentrum stehen. Im Mai eröffnet das Museum der Kulturen zudem eine Sonderausstellung "NAGA" im Nebenhaus mit einer Laufzeit von etwa 6 Monaten. Neben der Sonderausstellung "Rot" steht der Erweiterungsbau des Museums im Vordergrund. Im Herbst 2008 soll Baubeginn sein.

Dienstleistungen

Hier steht weiterhin der "Bazar Red" im Zentrum. Es ist vorgesehen, dass zu jeder Jahreszeit und zu allen Festivitäten ein passendes Sortiment angeboten wird. Zum ersten Mal wird eine Fläche von 150 m² für den Verkauf von Produkten genutzt. Anhand dieses bisher einmaligen grossen Aufwandes für die Betreibung eines Ladens sollen Erfahrungen für die zukünftige Ausrichtung des Shop ab 2010 im neuen Eingangsbereich gesammelt werden.

Wirkungen

Wirkungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Interesse und Verständnis für fremde Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1
2 Interesse und Verständnis für fremde Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1

Leistungen

Leistungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	50'000	60'000	51'552
2 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	180	180	199
3 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	150	150	195
4 Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung (Neuzugänge)	=	100%	100%	100%
5 Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	10 / 100	3 / 40	25 / 1350
	Ausland	>	10 / 50	2 / 10	10 / 53
6 Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	150	150	120
7 Erweiterung der Sammlungen	Anzahl neue Objekte	>	100	100	252
	Anzahl neue Fotografien/Dias	>	100	200	300

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07	
Personalkosten	4'369.6	4'284.2	4'026.1	85.4	2.0%
Übrige Kosten	3'561.5	2'776.1	2'384.9	785.4	28.3% 1)
Erlöse	-550.4	-1'589.0	-941.0	1'038.6	65.4% 1)
Ord. Nettoaufw. (Beschlussgr. GR)	7'380.7	5'471.3	5'469.9	1'909.5	34.9%
Kalkulatorische Kapitalkosten	469.0	441.0	12.8	28.0	6.3%
Umlagen Querschnittsleistungen	833.3	3'302.6	3'230.7	-2'469.3	-74.8% 2)
Vollkosten	8'683.1	9'214.9	8'713.5	-531.8	-5.8%
Veränderung Rücklagen (gemäss § 11 Museumsgesetz)		-23.0	-198.5	23.0	-100.0%
Investitionen ab TCHF 300.0 (Details siehe IÜL Investitionsbereich Bildung)	323.0	2'900.0	276.6	-2'577.0	-88.9%

1) In den übrigen Kosten sind neu interne Mieten von TCHF 1'792 enthalten. Die Rimas-Versicherungsprämien konnten aufgrund einer neuen Versicherungslösung um TCHF 119 tiefer budgetiert werden. Die restliche Abweichung bei den übrigen Kosten ist auf Minderausgaben und bei den Erlösen auf Mindereinnahmen im Zusammenhang mit Ausstellungen zurückzuführen.

2) Mit der Einführung der Mietverrechnung (vgl. übrige Kosten) entfallen die kalkulatorischen Mieten (- TCHF 2'569).

Umschreibung

Das Naturhistorische Museum Basel (NMB) betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur.
Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Produkte

Sammlung/Forschung, Vermittlung, Dienstleistungen

Kommentar zur Produktgruppe

Sammlung/Forschung

Nebst den bestehenden wissenschaftlichen Schwerpunkten sind wiederum zahlreiche neue Projekte bewilligt, die vom Schweizerischen Nationalfonds und vom Europäischen Forschungsfonds finanziert werden und dem Museum erhebliche Drittmittel für die Forschung einbringen. Das Museum ist sowohl national (Biodiversität Raum Basel, Paläontologie Nordwestschweiz, West- und Ostalpen) als auch international tätig (Mexiko, Karibik, Bolivien, Laos). Im Moment werden 5 Doktoranden und 4 Diplomanden betreut. Schwerpunkte in den Biowissenschaften sind Artenschutz und die Taxonomie und Phylogenie von Insekten und Spinnentieren. Die Schwerpunkte in den Geowissenschaften sind Paläoökologie, Evolution und Morphogenese planktonischer Einzeller, Biostratigraphie und Ökologie tertiärer Säugetiere und die Ichnologie fossiler Wirbeltiere.

Die konservatorische Tätigkeit konzentriert sich neben der wissenschaftliche Aufarbeitung von Sammlungsobjekten und dem intensiven Leihverkehr mit wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland auch auf die Bereitstellung wissenschaftlicher Daten auf dem weltweiten Netz der Global Biodiversity Facility, welche zu einem grossen Teil vom Bund finanziert wird. Im Laufe des Jahres wird der Einbau der neuen Kompaktus-Anlagen in den Kulturgüterschutzräumen und das Umräumen der Objekte abgeschlossen sein. Ab Jahresbeginn wird der Einbau der Brandschutztüren im Ausstellungsbereich erfolgen.

Vermittlung

Die Sonderausstellung Tiefsee läuft noch bis 20. Mai 2008, anschliessend wird sie im Naturmuseum Senckenberg in Frankfurt a. M. gezeigt. Sie ist in internationaler Kooperation mit Frankfurt produziert worden und wird 2009 auch am Museum für Naturkunde in Berlin Station machen. Im Hochparterre läuft bis Ende Februar eine kleine Ausstellung zum Thema Schweizer Typminerale, anschliessend wird dort zum 10 jährigen Jubiläum die Käfersammlung Frey thematisiert. Ab September zeigen wir eine kleine Ausstellung zum Thema „Lachs in Basel“.

Ab Mitte Oktober 2008 wird eine Sonderausstellung zur Biologie und Naturgeschichte der Fliegen gezeigt. Diese vom Naturhistorischen Museum Neuchâtel produzierte Ausstellung wurde von der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften prämiert.

Dienstleistungen

Seit Ende Januar 2007 betreibt das Museum der Kulturen einen eigenen Eingang am Münsterplatz. Somit ist der Eingang an der Augustinergasse 2 einzig für die Besuchenden des NMB verfügbar. Damit können Kasse, Shop sowie der ganze Eingangsbereich voll auf die Besuchenden des NMB ausgerichtet werden. Im Jahr 2007 wurden dazu verschiedene Anpassungen vorgenommen.

Wirkungen

Wirkungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1
2 Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1

Leistungen

Leistungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	60'000	60'000	62'755
2 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	300	300	306
3 Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	800	800	748
4 Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	300	300	-
5 Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	350	350	-
6 Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	500	500	-

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07	
Personalkosten	4'667.8	4'478.3	4'624.7	189.5	4.2% 1)
Übrige Kosten	3'291.8	1'425.0	1'449.3	1'866.8	131.0% 2)
Erlöse	-649.9	-615.9	-839.6	-34.0	-5.5%
Ord. Nettoaufw. (Beschlussgr. GR)	7'309.7	5'287.3	5'234.3	2'022.3	38.2%
Kalkulatorische Kapitalkosten	68.2	69.0	0.0	-0.8	-1.2%
Umlagen Querschnittsleistungen	788.5	3'039.1	2'938.5	-2'250.6	-74.1% 3)
Vollkosten	8'166.3	8'395.4	8'172.8	-229.1	-2.7%
Veränderung Rücklagen (gemäss § 11 Museumsgesetz)	0.0	0.0	56.0	0.0	--
Investitionen ab TCHF 300.0 (Details siehe IÜL Investitionsbereich Bildung)	100.0	500.0	0.0	-400.0	-80.0% 4)

- 1) Neben den Mehrkosten für den Stufenanstieg, den Teuerungsanstieg und die Erhöhung der Kinderzulagen führt auch der vom Museum der Kulturen getrennte Eingang zu einem Anstieg der Personalkosten im Bereich von Kasse und Shop.
- 2) In den übrigen Kosten sind neu interne Mieten von TCHF 1'862 enthalten. Die Rimas-Versicherungsprämien konnten aufgrund einer neuen Versicherungslösung um TCHF 92 tiefer budgetiert werden. Die restliche Abweichung ist auf höhere Kosten durch den vom Museum der Kulturen getrennten Eingang zurückzuführen.
- 3) Mit der Einführung der Mietverrechnung (vgl. übrige Kosten) entfallen die kalkulatorischen Mieten (- TCHF 2'298).
- 4) Der Budgetbetrag 2008 beinhaltet die 2. Tranche der Investition "Rollgestellanlage, Ersatzmobiliar in den Lagerkellern".

6.3.2 Öffentlicher Verkehr

Umschreibung

Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte).
Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports.
Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern.

Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss § 14 und § 16, Abs. 1, lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

Wirkungen

Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebietes sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für betagte und in ihrer Mobilität behinderte Menschen.
Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.
Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Wirkungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Marktanteil am gesamten motorisierten Verkehr (Wohnbevölkerung BS)	Anteil (%) ÖV-Fahrten bzw. kombin. Fahrten LV/ÖV an den täglichen motorisierten Fahrten gem. Bevölkerungsbefragung BS	>	80	80	82.5 1)
2 Zufriedenheit der Wohnbevölkerung	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Bevölkerungsbefragung.	>	95	95	95.1 2)
3 Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB-Linien).	>	120	119	120.3
4 Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen-Kilometer) BVB+BLT im städtischen Netz.	>	285	283	285.7
5 Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB.	>	noch offen	13,0	noch offen 3)

Produktgruppen

Tram und Bus AF 6.4 Öffentlicher Verkehr
Regio-S-Bahn AF 6.4 Öffentlicher Verkehr
Tarife und Verbünde AF 6.4 Öffentlicher Verkehr

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07
Tram und Bus (Beschlussgrösse GR)	47'421.0	45'068.9	44'004.8	2'352.1 5.2% 4)
Regio-S-Bahn (Beschlussgrösse GR)	2'230.4	1'927.5	1'390.8	302.9 15.7% 4)
Tarife und Verbünde (Beschlussgrösse GR)	20'183.0	20'024.0	20'000.5	159.0 0.8%
Ord. Nettoaufwand	69'834.4	67'020.4	65'396.1	2'814.0 4.2%
Investitionen ab CHF 300'000 (Details siehe IÜL Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr)	24'300.0	27'000.0	26'601.8	-2'700.0 -10.0% 5)

- 1) Ist 06 = Resultat Bevölkerungsbefragung Anfang 2007. Entspricht Verkehrsmittelwahl für die täglich zurückgelegten Wege der in BS wohnhaften Personen. Ermittelte Zahl ist höher als Modal-Split über alle Fahrten.
- 2) Ist 06 = Resultat Bevölkerungsbefragung von Anfang 2007. Nächste Befragung vsl. 2009 (ergibt Ist 2008)
- 3) Ist 06 angefragt, liegt derzeit noch nicht vor (Stand 29.08.); Soll 08 wird festgelegt, wenn Ist 06 bekannt.
- 4) Erläuterungen siehe unter Produktgruppenbudgets.
- 5) Aufgrund der Fusion der Rheinhäfen beider Basel werden die Investitionen in die Hafeninfrastruktur von der neuen Gesellschaft SRH und nicht mehr durch die Kantone getragen. Der Investitionsplafond wurde daher um TCHF 2'700 reduziert (Durchschnitt der vergangenen Jahre).

Umschreibung

Anbieten eines regelmässig betriebenen Bus-, und Tram-Linienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution). Bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch besondere Transporte für behinderte Menschen.

Kommentar

Mehrausgaben von rund CHF 1.1 Mio. aufgrund des angekündigten Angebotsausbaus. Die Verbesserungen im Hirzbrunnenquartier (L 2), zum Flughafen (L50) und am Samstag Nachmittag (Verlängerung des 7.5-Minuten Taktes um eine Stunde) werden über die Leistungsvereinbarung BVB finanziert, der Ausbau auf den BLT-Linien 10, 17 und 37 über die Abgeltungsrechnung BS-BL (Reduktion der Erlöse aus positivem Saldo der Abgeltungsrechnung). Weitere Erhöhung der Position "übrige Kosten" wegen der allg. Teuerung und gestiegener Energiepreise.

Leistungen

Leistungserbringer	Leistung	Art der Vereinbarung				
1 BVB	Betreiben städtischer Tram und Buslinien; Unterhalt der betrieblich notw. Infrastruktur und Netzmanagement	Leistungsvereinbarung				
2 BLT	Betreiben von Tram- und Buslinien des Vorortsverkehrs.	Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz				
3 AAGL	Betreiben regionaler Buslinien	Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz				
4 KBB / 33er Taxi	Behindertentransport	Leistungsvereinbarung				
5 TNW	Koordination von Tarif, Distribution und Marketing	TNW-Vereinbarung				
Leistungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06	
1 Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	=	23.5	24	23.4	1)
2 Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kanton und Gemeinden (CHF) je Pkm (BVB)	<	0,188	0,187	0,185	
3 Hohe Qualität des Angebotes im Ortsverkehr	Indikator noch nicht definiert		folgt	-		2)
4 Angebot der KBB entspricht den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Kundenbefragung	>	80	78	80.6	

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07	
Personalkosten	0.0	0.0	0.0	0.0	--
Übrige Kosten	49'957.0	48'318.9	47'704.8	1'638.1	3.4%
Erlöse	-2'536.0	-3'250.0	-3'700.0	714.0	22.0%
Ord. Nettoaufw. (Beschlussgr. GR)	47'421.0	45'068.9	44'004.8	2'352.1	-5.2% 3)

1) Soll 07 war noch auf volle Zahl gerundet, Ist 06 und Soll 08 auf eine Kommastelle gerundet.

2) Definition und Eichung des Wertes 2006 sollten bis zur Behandlung in der UVEK vorliegen.

3) Die Erhöhung des ONA gegenüber dem Vorjahresbudget ist auf nachfolgende Angebotsausbauten zurückzuführen: Verlängerung der Linie 2 Montag bis Freitag vom Badischen Bahnhof bis Eglisee, zeitweise Taktverdichtung auf der Buslinie 37, Verlängerung des 7.5-Minuten-Taktes am Samstag Abend bis ca. 19.00h und Angebotsverbesserungen auf der Buslinie 50 (vgl. auch Beantwortung der vorgezogenen Budgetpostulate).

Umschreibung

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

Kommentar

Angebot bleibt praktisch unverändert.
Die Kostensteigerungen sind durch die NFA (Reduktion des Bundesanteils am Regionalverkehr) bedingt. Restliche Abweichung ist budgetneutral: Beitrag Gemeinde Riehen an S6 war 2007 in Nettoaufwand eingerechnet, ab 2008 separat als Erlös budgetiert.

Leistungen

Leistungserbringer	Leistung	Art der Vereinbarung
1 SBB Regionalverkehr	Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt), S3 und S4	Angebotsvereinbarungen gemäss Eisenbahngesetz
2 SBB Deutschland GmbH	Betrieb der S-Bahnlinie S6	Verkehrsvertrag; Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz

Leistungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr (Montag bis Freitag)	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	=	325	325	278 1)
2 Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (CHF) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	=	0.150	0.149	0.120
3 Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil (%) der mit den Kantonen der NWCH vereinbarten Qualitätsindikatoren, bei denen die SBB den Zielwert erreicht	=	95	95	94

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07
Personalkosten	0.0	0.0	0.0	0.0 --
Übrige Kosten	2'637.9	2'060.0	1'513.4	577.9 28.1%
Erlöse	-407.5	-132.5	-122.6	-275.0 -207.5%
Ord. Nettoaufw. (Beschlussgr. GR)	2'230.4	1'927.5	1'390.8	302.9 15.7% 2)

1) Zunahme von 2006 auf 2007 wg. Verlängerung S6 bis Bahnhof SBB.

2) Die Erhöhung des ONA gegenüber dem Vorjahresbudget ist einerseits auf eine im Rahmen des NFA erfolgte Kürzung der Bundesbeiträge zurückzuführen und auf kleinere Angebotsverbesserung auf der S6 zwischen Basel SBB und Riehen, respektive dem Einsatz von neuem Rollmaterial auf den S-Bahn-Linien nach Laufen- Delémont und Olten.

Umschreibung

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmungen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantons Grenzen hinaus.

Kommentar

Erhöhung der Budgetposition aufgrund der Zunahme der Anzahl verkaufter U-Abos im ersten Halbjahr 2007.

Leistungen

Leistungserbringer	Leistung	Art der Vereinbarung			
1 TNW	Koordination und Distribution	TNW-Vereinbarung			
Leistungsziel	Indikator	Op.	Soll 08	Soll 07	Ist 06
1 Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe /in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatsbasis	>	850	848	841 1)

Finanzen

in TCHF	Budget 08	Budget 07	Rechnung 06	Abw. B08 / B07	
Personalkosten		0.0	0.0	0.0	--
Übrige Kosten	20'285.0	20'092.0	20'075.6	193.0	1.0%
Erlöse	-102.0	-68.0	-75.1	-34.0	50.0%
Ord. Nettoaufw. (Beschlussgr. GR)	20'183.0	20'024.0	20'000.5	159.0	0.8%

1) Anzahl verkaufter Monats-Abonnemente (Jahresabonnemente werden umgerechnet); der Berechnungsmodus ist gegenüber dem Globalbudget 07 verbessert; erwartete Werte daher leicht tiefer als mit alter Berechnungsart.

6.4 Übrige Dienststellen

6.4.1 Dienststellen im Ordentlicher Nettoaufwand / Investitionsrechnung

409090 ZPD (Sozialleistungen)

<i>in TCHF</i>		Budget	Budget	Rechnung	Abw. von B07	
		2008	2007	2006	CHF	%
30	Personalaufwand	2'190.0	1'809.0	-721.6	381.0	21.1 1)
31	Sachaufwand	37.0	18.0	16.9	19.0	105.6
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	2'227.0	1'827.0	-704.7	400.0	21.9
43	Entgelte	-27.0	-27.0	-60.9	0.0	0.0
4	Ertrag	-27.0	-27.0	-60.9	0.0	0.0
Total Ordentlicher Nettoaufwand		2'200.0	1'800.0	-765.6	400.0	22.2

1) Finanzierung eines neuen Projektes für Personalentwicklung und Laufbahnen bei BASEL-STADT (RRB vom 14.11.2006)

410 Allgemeine Verwaltung

<i>in TCHF</i>		Budget	Budget	Rechnung	Abw. von B07	
		2008	2007	2006	CHF	%
30	Personalaufwand	-17'600.0	13'200.0	-2'395.3	-30'800.0	-233.3 1)
31	Sachaufwand	13'480.0	8'670.0	9'501.0	4'810.0	55.5 2)
36	Eigene Beiträge	850.0	840.0	825.9	10.0	1.2
38	Einlagen in Spez.Finanzierungen	38'000.0	0.0	209.0	38'000.0	- 3)
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	34'730.0	22'710.0	8'140.6	12'020.0	52.9
43	Entgelte	-5'500.0	-5'560.2	-35'376.9	60.2	1.1
46	Beiträge für eigene Rechnung	-8'233.0	-6'849.0	-7'474.3	-1'384.0	-20.2
4	Ertrag	-13'733.0	-12'409.2	-42'851.1	-1'323.8	-10.7
Total Ordentlicher Nettoaufwand		20'997.0	10'300.8	-34'710.6	10'696.2	103.8

1) Zentrale Budgetierung des Sanierungsbeitrages der Rentner (- CHF 21.0 Mio.) im Zusammenhang mit der PK-Ausfinanzierung. Wegfall der im Budget 2007 zentral eingestellten Teuerung (- CHF 6.2 Mio.) sowie der zentral eingestellten Position für die Erhöhung der Kinderzulagen (- CHF 3 Mio.).

2) Zentral eingestellte Position für die Umsetzung der Regierungs- und Verwaltungsorganisation (+ CHF 4.3 Mio.).

3) Zentral eingestellte Position für die Reduktion des Vorschusses im Zusammenhang mit der PK-Ausfinanzierung (+ CHF 38.0 Mio.).

410030 Verfassungsrat

<i>in TCHF</i>		Budget	Budget	Rechnung	Abw. von B07	
		2008	2007	2006	CHF	%
30	Personalaufwand	0.0	0.0	28.8	0.0	-
31	Sachaufwand	0.0	0.0	37.4	0.0	-
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	0.0	0.0	66.2	0.0	-
43	Entgelte	0.0	0.0	-1.3	0.0	-
4	Ertrag	0.0	0.0	-1.3	0.0	-
Total Ordentlicher Nettoaufwand		0.0	0.0	65.0	0.0	-

420050 Liegenschaften (Verw.V.)Eigennutzung

<i>in TCHF</i>		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF	%	
31	Sachaufwand	32'535.4	26'201.0	27'673.6	6'334.4	24.2	1)
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	32'535.4	26'201.0	27'673.6	6'334.4	24.2	
42	Vermögenserträge	-138'247.6	0.0	0.0	-138'247.6	-	2)
43	Entgelte	-1'050.0	-810.6	-1'062.8	-239.4	-29.5	
46	Beiträge für eigene Rechnung	0.0	0.0	-0.5	0.0	-	
4	Ertrag	-139'297.6	-810.6	-1'063.4	-138'487.0	-	
Total Ordentlicher Nettoaufwand		-106'762.2	25'390.4	26'610.3	-132'152.6	-520.5	
Investitionen > TCHF 300, Ausgaben		105'500.0	89'700.0	72'115.8	15'800.0	17.6	
Investitionen > TCHF 300, Einnahmen		-9'500.0	-13'500.0	-12'363.4	4'000.0	-29.6	
Investitionen > TCHF 300, netto		96'000.0	76'200.0	59'752.4	19'800.0	26.0	3)

1) Einführung des internen Mietermodells (u.a. von den Departementen übernommene Fremdmieten; Saldo + CHF 3.0 Mio.). Unterhalt für die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens (+ CHF 3.1 Mio.).

2) Einführung der internen Mietermodells (+ CHF 138.2 Mio.). Die restlichen CHF 5.8 Mio. (gesamt CHF 144.0 Mio.) sind als Aufwandsminderung im Sachaufwand budgetiert.

3) Erhöhung Plafond des Investitionsbereiches Hochbauten Verwaltungsvermögen um netto CHF 19.8 Mio.

650 HPA/Baukostenbeitrag B.Dritter

<i>in TCHF</i>		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF	%
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	-
43	Entgelte	0	0	-118.5	0.0	-
4	Ertrag	0.0	0.0	-118.5	0.0	-
Total Ordentlicher Nettoaufwand		0.0	0.0	-118.5	0.0	-

Konsolidierung BS

<i>in TCHF</i>	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF	%
30 Personalaufwand	-582.9	-450.0	-705.9	-132.9	29.5
31 Sachaufwand	-174'891.1	-29'852.0	-33'172.0	-145'039.1	485.9
32 Passivzinsen	-4'241.1	-6'741.3	-6'854.7	2'500.3	-37.1
36 Eigene Beiträge	-25'289.0	-69'106.0	-4'000.0	43'817.0	-63.4
39 Interne Verrechnungen	205'004.1	106'149.3	44'732.5	98'854.8	93.1
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	-
42 Vermögenserträge	142'488.7	6'741.3	6'854.7	135'747.4	-
43 Entgelte	37'226.4	30'302.0	33'877.8	6'924.4	22.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	25'289.0	69'106.0	4'000.0	-43'817.0	-63.4
49 Interne Verrechnungen	-205'004.1	-106'149.3	-44'732.5	-98'854.8	93.1
4 Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	-
Total Ordentlicher Nettoaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	-

Dienststellen gemäss Kapitel 6 bis 8

<i>in TCHF</i>	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF	%
30 Personalaufwand	1'644'684.2	1'629'413.9	1'626'433.9	15'270.3	0.9
31 Sachaufwand	706'025.9	533'764.1	521'346.1	172'261.8	32.3
32 Passivzinsen	3'318.1	3'956.3	4'555.7	-638.3	-16.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen FV	8'096.8	11'207.4	9'270.9	-3'110.6	-27.8
36 Eigene Beiträge	1'175'340.5	1'276'883.3	1'169'417.2	-101'542.7	-8.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	31'149.0	29'061.0	33'687.0	2'088.0	7.2
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'568'614.5	3'484'286.0	3'364'710.6	84'328.5	2.4
40 Steuern	-31'520.0	-31'620.0	-31'355.1	100.0	-0.3
41 Regalien & Konzessionen	-28.0	-30.0	-25.2	2.0	-6.7
42 Vermögenserträge	-6'983.6	-10'163.3	-9'432.7	3'179.7	-31.3
43 Entgelte	-993'206.5	-978'142.0	-976'063.5	-15'064.5	1.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-307'701.8	-329'887.4	-247'365.7	22'185.6	-6.7
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-8'516.3	-15'153.9	-15'858.5	6'637.7	-43.8
4 Ertrag	-1'347'956.2	-1'364'996.6	-1'280'100.6	17'040.4	-1.2
Total Ordentlicher Nettoaufwand	2'220'658.3	2'119'289.4	2'084'610.0	101'368.9	4.8

Kanton Basel-Stadt

<i>in TCHF</i>		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF	%
30	Personalaufwand	1'628'691.2	1'643'972.9	1'622'639.9	-15'281.6	-0.9
31	Sachaufwand	577'187.3	538'801.1	525'403.1	38'386.1	7.1
32	Passivzinsen	-923.0	-2'785.0	-2'299.0	1'862.0	-66.9
33	Abschreibungen Finanzvermögen FV	8'096.8	11'207.4	9'270.9	-3'110.6	-27.8
36	Eigene Beiträge	1'150'901.5	1'208'617.3	1'166'243.1	-57'715.7	-4.8
38	Einlagen in Spez.Finanzierungen	69'149.0	29'061.0	33'896.0	40'088.0	137.9
39	Interne Verrechnungen	205'004.1	106'149.3	44'732.5	98'854.8	93.1
<i>Eliminationen</i>		10'825.1	10'826.7	11'507.5		
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'648'932.0	3'545'850.7	3'411'393.9	103'081.3	2.9
40	Steuern	-31'520.0	-31'620.0	-31'355.1	100.0	-0.3
41	Regalien & Konzessionen	-28.0	-30.0	-25.2	2.0	-6.7
42	Vermögenserträge	-2'742.6	-3'422.0	-2'577.9	679.4	-19.9
43	Entgelte	-962'557.1	-954'237.8	-978'806.0	-8'319.3	0.9
46	Beiträge für eigene Rechnung	-290'645.8	-267'630.4	-250'840.5	-23'015.4	8.6
48	Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-8'516.3	-15'153.9	-15'858.5	6'637.7	-43.8
49	Interne Verrechnungen	-205'004.1	-106'149.3	-44'732.5	-98'854.8	93.1
<i>Eliminationen</i>		0.0	5.0	0.0		
4	Ertrag	-1'501'013.8	-1'378'238.4	-1'324'195.8	-122'775.4	8.9
Total Ordentlicher Nettoaufwand		2'147'918.2	2'167'612.2	2'087'198.1	-19'694.0	-0.9

6.4.2 Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag

403090 Finanzverwaltung (Allgemein)

<i>in Tsd. CHF</i>		Budget	Budget	Rechnung	Abw. von B07	
		2008	2007	2006	CHF	%
30	Personalaufwand	0.0	0.0	0.6	0.0	-
31	Sachaufwand	1'679.4	6'143.4	1'632.9	-4'464.0	-72.7
32	Passivzinsen	108'074.0	97'931.5	113'957.7	10'142.5	10.4 1)
33	Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.8	0.0	-
36	Eigene Beiträge	116'892.0	50.0	18.6	116'842.0	- 2)
38	Einlagen in Spez.Finanzierungen	60.0	60.0	57.7	0.0	0.0
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	226'705.4	104'184.9	115'668.2	122'520.5	117.6
40	Steuern	0.0	-1'950.0	-2'163.8	1'950.0	100.0
41	Regalien & Konzessionen	-42'814.0	-28'136.0	-27'874.8	-14'678.0	-52.2 3)
42	Vermögenserträge	-135'166.9	-136'217.4	-148'266.6	1'050.4	-0.8
43	Entgelte	-60.0	-60.0	-292.5	0.0	0.0
44	Anteile & Beiträge ohn.Zweckbest.	-55'084.0	-14'078.0	-13'960.8	-41'006.0	-291.3 4)
46	Beiträge für eigene Rechnung	-200.0	-200.0	-372.2	0.0	0.0
48	Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-50.0	-50.0	-18.6	0.0	0.0
4	Ertrag	-233'374.9	-180'691.4	-192'949.3	-52'683.6	-29.2
Allgemeiner Nettoertrag		-6'669.5	-76'506.5	-77'281.1	69'837.0	91.3

1) Ohne Berücksichtigung der PK-Finanzierungskosten resultiert eine Verbesserung von CHF 28.9 Mio. welche auf den Schuldenabbau der letzten Jahre und die niedrigeren durchschnittlichen Zinssätze auf dem restlichen Schuldenbestand zurückzuführen ist.

2) Im Zusammenhang mit der Einführung der NFA erstmals budgetierte Positionen Härteausgleich und Ressourcenausgleich (+ CHF 116.8 Mio.).

3) Höherer SNB-Gewinnanteil (+ CHF 14.7 Mio.).

4) Im Zusammenhang mit der Einführung der NFA erstmals budgetiert Position Lastenausgleich (- CHF 47.2 Mio.), Wegfall des Bundesfinanzausgleiches (+ CHF 9.6 Mio.) und höherer Anteil an den Verrechnungssteuern (- CHF 3.4 Mio.).

404090 Steuerverwaltung (Allgemein)

<i>in Tsd. CHF</i>		Budget	Budget	Rechnung	Abw. von B07	
		2008	2007	2006	CHF	%
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	-
40	Steuern	-2'333'300.0	-2'165'000.0	-2'277'103.3	-168'300.0	-7.8 1)
44	Anteile & Beiträge ohn.Zweckbest.	-127'000.0	-118'700.0	-121'452.5	-8'300.0	-7.0 2)
4	Ertrag	-2'460'300.0	-2'283'700.0	-2'398'555.8	-176'600.0	-7.7
Allgemeiner Nettoertrag		-2'460'300.0	-2'283'700.0	-2'398'555.8	-176'600.0	-7.7

1) vgl. Ausführungen in Kapitel 3.2

2) gestiegener Anteil an der Direkten Bundessteuer

411 Dreispitzverwaltung

<i>in Tsd. CHF</i>		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF %	
30	Personalaufwand	0.0	2'681.1	2'728.6	-2'681.1	-100.0
31	Sachaufwand	0.0	10'460.9	9'825.9	-10'460.9	-100.0
32	Passivzinsen	0.0	1'320.0	1'447.9	-1'320.0	-100.0
33	Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	2'371.3	3'109.4	-2'371.3	-100.0
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	0.0	16'833.3	17'111.8	-16'833.3	-100.0
42	Vermögenserträge	0.0	-13'482.1	-13'651.2	13'482.1	100.0
43	Entgelte	0.0	-3'359.6	-3'460.6	3'359.6	100.0
4	Ertrag	0.0	-16'841.7	-17'111.8	16'841.7	100.0
Allgemeiner Nettoertrag		0.0	-8.4	0.0	8.4	100.0

412 Parkhäuser Basel-Stadt (Fin.Verm.)

<i>in Tsd. CHF</i>		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF %	
30	Personalaufwand	441.3	436.3	453.2	5.0	1.1
31	Sachaufwand	6'971.9	5'372.3	6'337.4	1'599.7	29.8 1)
32	Passivzinsen	1'013.0	1'552.0	942.7	-539.0	-34.7
33	Abschreibungen Finanzvermögen	175.0	152.0	1'075.8	23.0	15.1
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'601.2	7'512.5	8'809.1	1'088.7	14.5
42	Vermögenserträge	-504.1	-480.5	-507.7	-23.6	-4.9
43	Entgelte	-12'909.9	-13'048.1	-13'536.7	138.1	1.1
4	Ertrag	-13'414.0	-13'528.6	-14'044.4	114.6	-0.8
Allgemeiner Nettoertrag		-4'812.8	-6'016.0	-5'235.2	1'203.2	-20.0

1) gestiegener a.o. Unterhalt

415 Liegenschaften FV

<i>in Tsd. CHF</i>		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF %	
30	Personalaufwand	670.8	720.1	847.2	-49.2	-6.8
31	Sachaufwand	24'494.2	26'539.9	17'580.0	-2'045.7	-7.7
32	Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	-
33	Abschreibungen Finanzvermögen	249.7	300.0	21'725.3	-50.3	-16.8
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	25'414.6	27'560.0	40'152.5	-2'145.3	-7.8
41	Regalien & Konzessionen	-2'272.9	-2'222.4	-2'290.4	-50.5	-2.3
42	Vermögenserträge	-58'127.6	-57'131.0	-60'430.4	-996.6	-1.7
43	Entgelte	-203.8	-178.0	-319.0	-25.8	-14.5
4	Ertrag	-60'604.4	-59'531.4	-63'039.8	-1'073.0	-1.8
Allgemeiner Nettoertrag		-35'189.8	-31'971.5	-22'887.3	-3'218.3	-10.1

420000 Liegenschaften (Verw.V.)Drittnutzung

in Tsd. CHF		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF %	
30	Personalaufwand	61.2	49.5	74.2	11.7	23.7
31	Sachaufwand	4'745.5	5'597.6	5'347.2	-852.1	-15.2
33	Abschreibungen Finanzvermögen	50.0	60.0	61.3	-10.0	-16.7
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'856.7	5'707.0	5'482.7	-850.4	-14.9
42	Vermögenserträge	-40'616.0	-39'744.0	-12'371.3	-872.0	-2.2
43	Entgelte	-168.4	-140.2	-2'237.4	-28.3	-20.2
4	Ertrag	-40'784.4	-39'884.2	-14'608.7	-900.3	-2.3
Allgemeiner Nettoertrag		-35'927.8	-34'177.1	-9'126.1	-1'750.6	-5.1

Kanton Basel-Stadt

in Tsd. CHF		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abw. von B07 CHF %	
30	Personalaufwand	1'173.3	3'886.9	4'103.9	-2'713.6	-69.8
31	Sachaufwand	37'891.0	54'114.0	40'723.3	-16'223.0	-30.0
32	Passivzinsen	109'087.0	100'803.5	116'348.3	8'283.5	8.2
33	Abschreibungen Finanzvermögen FV	474.7	2'883.3	25'972.6	-2'408.6	-83.5
36	Eigene Beiträge	116'892.0	50.0	18.6	116'842.0	-
38	Einlagen in Spez.Finanzierungen	60.0	60.0	57.7	0.0	0.0
39	Interne Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-
<i>Eliminationen</i>		<i>0</i>	<i>-5.0</i>	<i>0</i>		
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	265'577.9	161'792.7	187'224.3	103'785.2	64.1
40	Steuern	-2'333'300.0	-2'166'950.0	-2'279'267.1	-166'350.0	-7.7
41	Regalien & Konzessionen	-45'086.9	-30'358.4	-30'165.2	-14'728.5	-48.5
42	Vermögenserträge	-234'414.6	-247'055.0	-235'227.1	12'640.3	5.1
43	Entgelte	-13'342.2	-16'785.8	-19'846.2	3'443.6	20.5
44	Anteile & Beiträge ohn.Zweckbest.	-182'084.0	-132'778.0	-135'413.3	-49'306.0	37.1
46	Beiträge für eigene Rechnung	-200.0	-200.0	-372.2	0.0	0.0
48	Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-50.0	-50.0	-18.6	0.0	0.0
49	Interne Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-
<i>Eliminationen</i>		<i>828.1</i>	<i>873.3</i>	<i>861.0</i>		
4	Ertrag	-2'807'649.7	-2'593'303.9	-2'699'448.8	-214'345.8	-8.3
Allgemeiner Nettoertrag		-2'542'071.8	-2'431'511.2	-2'512'224.4	-110'560.6	-4.5

7 Das Parlament

Finanzkontrolle
Grosser Rat und Parlamentsdienst
Ombudsstelle

PARL-402
PARL-410
PARL-410

Auftrag und Ziel

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht im Kanton. Sie ist im Rahmen der Gesetzgebung selbständig und unabhängig.

Die Finanzkontrolle dient dem Grossen Rat und seinen Kommissionen zur Ausübung der verfassungs- und gesetzmässigen Finanzkompetenzen und für die Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Staatsverwaltung. Sie dient dem Regierungsrat und den Departementen für die laufende Verwaltungskontrolle. Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit nach den im Finanzkontrollgesetz aufgeführten Grundsätzen und nach den anerkannten Grundsätzen der Kontroll- und Revisionstätigkeit aus. Die Aufgaben der Finanzkontrolle gehen wesentlich über jene der zivilrechtlichen Revisionsstelle hinaus.

Produktgruppen

Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz vom 17.9.2003

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.8 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Die laufenden Tätigkeiten und Projekte der Finanzkontrolle umfassen die Sicherstellung einer ordnungs- und rechtmässigen Buchführung und Rechnungslegung; Unterstützung des Grossen Rates und seiner Kommissionen zur Ausübung der verfassungs- und gesetzmässigen Finanzkompetenzen und für die Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Staatsverwaltung; Unterstützung des Regierungsrates und der Departemente für die laufende Verwaltungskontrolle.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.3	17.0	16.3	16.1	16.6	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	2'823.4	3'316.1	2'909.7	-492.7	-14.9	¹⁾
31 Sachaufwand	456.2	319.7	220.9	136.5	42.7	²⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'279.6	3'635.8	3'130.6	-356.2	-9.8	
42 Vermögenserträge	-1.8	-1.8	-1.8	0.0	0.0	
43 Entgelte	-188.1	-189.2	-326.0	1.1	0.6	
4 Ertrag	-189.9	-191.0	-327.8	1.1	0.6	
Ordentlicher Nettoaufwand	3'089.6	3'444.8	2'802.8	-355.2	-10.3	
davon Produktgruppe(n):						
Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz vom 17.9.2003	3'089.6	3'444.8		-355.2	-10.3	

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Stellenabbau im 2007 durch vorzeitige Pensionierung eines Mitarbeiters.
- 2) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 120.2 enthalten.
Mehrkosten in der Höhe von TCHF 16.3 im Zusammenhang mit der Auslagerung der EDV (Unterhalt und Support) an die ZID.

Auftrag und Ziel

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne "unpolitischen" Aufgaben.

Produktgruppen

Grosser Rat

Parlamentsdienst

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

RF 8.8 Behörden

RF 8.8 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen sind im Budgetjahr 2008 folgende wichtige Projekte und Tätigkeiten vorgesehen:

Parlamentsdienst

2004:

Aufbau und Organisation des Parlamentsdienstes; Realisierung Grossratsinformationssystem und neues Nummerierungskonzept in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei.

2005:

Optimierung der Strukturen und Prozesse des Grossen Rates; Neukonzeption der Öffentlichkeitsarbeit des Grossen Rates und Neukonzeption der Protokollierung des Grossen Rates.

2006:

Festigung der Nachhaltigkeit der eingespielten Prozesse und Strukturen; Organisation und Durchführung der Jahrestagung des Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen in Basel.

2007:

Anpassung der Prozesse und Strukturen an die neue Verfassung und die neue Geschäftsordnung des Grossen Rates.

2008:

Planung der Umstellung von Prozessen und der Anpassung der Infrastruktur an den verkleinerten Grossen Rat ab 2009.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.2	7.2	7.2	7.1	5.7	¹⁾
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	50	50	42	43	45	²⁾
Kommissionssitzungen	Anz	500	500	446	487		³⁾
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	100	100	105	80	121	
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	250	200	255	206	205	

Kommentar

- 1) Feste Vollzeitstellen 7.00, zusätzlich Pensen nach Aufwand im Umfang von insgesamt ca. 0.15 (Juli 2007).
 2) Die Abgrenzung der den Grossen Rat betreffenden Kennzahlen bezieht sich jeweils auf den 1. Februar (Amtsjahr).
 3) Für das Jahr 2004 ist keine vergleichbare Zahl vorhanden.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	2'851.5	3'188.3	1'370.7	-336.8	-10.6
31 Sachaufwand	1'487.9	1'064.1	952.7	423.8	39.8 ¹⁾
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'339.4	4'252.4	2'323.4	87.0	2.0
43 Entgelte	0.0	0.0	-9.3	0.0	
4 Ertrag	0.0	0.0	-9.3	0.0	
Ordentlicher Nettoaufwand	4'339.4	4'252.4	2'314.1	87.0	2.0
davon Produktgruppe(n):					
Grosser Rat	2'692.0	2'692.4		-0.4	0.0
Parlamentsdienst	1'647.4	1'560.0		87.4	5.6

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 109 enthalten.

Auftrag und Ziel

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner; die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle; die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung; die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Produktgruppen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

Dienstleistungen Ombudsstelle

RF 8.8 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen sind im Budgetjahr 2008 folgende wichtige Projekte und Tätigkeiten vorgesehen:

Dienstleistungen Ombudsstelle

2005:

Geregelte Übergabe der Ombudsstelle an die neuen Amtsinhaber.

2006:

Anpassung der Räumlichkeiten an die neuen Erfordernisse; Einarbeitung der neuen Ombudsleute und Anpassung der Organisation; Aufbau der Beziehungen zu den parlamentarischen Organen; Vernetzung im Kanton; Vernetzung mit den parlamentarischen Ombudsleuten in der Schweiz und Europa; Neugestaltung des Aufttritts in der Öffentlichkeit (Flyer, Internet); Anleitung von juristischen Volontariatspersonen.

2007:

Fortsetzung der Aufbauarbeit.

2008:

Anpassung der Kapazitäten an die in den Vorjahren gewachsene Fallzahl.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.0	4.0	3.5	3.0	2.8	
Dossier	Anz	360	300	358	204	222	
Korrespondenzfälle	Anz	70	50	70	100	100	
Telefonische Auskünfte, Weiterverweisungen	Anz	250	150	216			1)

Kommentar

1) Vergleichbare Zahlen sind nicht verfügbar.

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)		Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30	Personalaufwand	507.7	504.9	786.8	2.8	0.6
31	Sachaufwand	126.7	120.6	129.5	6.1	5.1
3	Aufwand ohne Abschreibungen VV	634.4	625.5	916.3	8.9	1.4
43	Entgelte	0.0	0.0	-2.0	0.0	
4	Ertrag	0.0	0.0	-2.0	0.0	
Ordentlicher Nettoaufwand		634.4	625.5	914.2	8.9	1.4
davon Produktgruppe(n):						
Dienstleistungen Ombudsstelle		634.4	625.5		8.9	1.4

Abweichungen / Erläuterungen

8 Die Gerichte

Appelationsgericht
Gericht für Strafsachen
Zivilgericht
Sozialversicherungsgericht

GER-111
GER-112
GER-113
GER-114

Auftrag und Ziel

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht es seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, mit Ausnahme jener des Sozialversicherungsgerichts, die an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Mit Ausnahme des Sozialversicherungsrechts wendet das Appellationsgericht in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

Bei allen Gerichten muss die Darstellung von Produktgruppen unterbleiben, da solche bei der Justiz nicht existieren. Dies entspricht dem im Jahre 2003 getroffenen Entscheid, auf die Einführung von NPM und der entsprechenden Steuerungselemente bei den Gerichten zu verzichten. Darauf ist hier nicht zurückzukommen.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines:

Wie bereits im letzten Bericht erwähnt, ist beim Appellationsgericht vor allem eine steigende Anzahl von Verwaltungsrekursen zu verzeichnen. Der Trend hält derzeit an und dehnt sich auch auf die restlichen Verfahren der obersten Gerichtsinstanz aus.

Organisation Gerichte (OGEBA):

Das Projekt OGEBA (= Organisation Gerichte Basel) befindet sich in der Endphase und wird wohl noch im Jahre 2007 abgeschlossen werden können.

Gerichte 2010:

Das Projekt Gerichte 2010 hat zum Ziel, für alle Gerichte des Kantons Basel-Stadt und das Erbschaftsamt eine einheitliche, standardisierte und releasefähige Fachapplikation einzuführen. Da die eidg. Strafprozessordnung und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch die eidg. Zivilprozessordnung per 1. Januar 2010 in Kraft treten werden, muss die Realisierung bis Ende 2009 abgeschlossen sein.

Gesetzesrevisionen:

Wie beim Strafgericht hat auch beim Appellationsgericht die Inkraftsetzung des neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches zu Mehraufwand und zwar sowohl im juristischen als auch im administrativen Bereich geführt, der sich allerdings noch nicht beziffern lässt.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.7	24.6	20.6	15.5	15.2
Hängige Verfahren	Anz	1'600	1'550	1'577	1'514	1'439
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	CHF	80'000	60'000	40'500	51'000	36'014

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	4'379.2	3'933.0	3'583.5	446.2	11.3 ¹⁾
31 Sachaufwand	2'080.3	780.4	416.8	1'299.9	166.6 ²⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	80.0	110.0	40.5	-30.0	-27.3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'539.5	4'823.4	4'040.8	1'716.1	35.6
42 Vermögenserträge	-0.8	-0.7	-0.6	-0.1	-14.3
43 Entgelte	-822.4	-673.6	-775.6	-148.8	-22.1 ³⁾
4 Ertrag	-823.2	-674.2	-776.2	-149.0	-22.1
Ordentlicher Nettoaufwand	5'716.4	4'149.1	3'264.6	1'567.3	37.8
davon Produktgruppe(n):					

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Der höhere Personalaufwand ist darauf zurück zu führen, dass die durch Ogeba hervorgerufenen Änderungen ab 2008 Budget relevant greifen werden. Die Personalverschiebungen sind damit abgeschlossen.
- 2) Der erhöhte Sachaufwand ist ebenfalls zu einem grossen Teil auf die Budgetverschiebungen zurück zu führen, da sämtliche Aufwendungen im Informatikbereich der Gerichte neu nur noch beim Appellationsgericht budgetiert sind. Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 173 enthalten.
- 3) Bei den Gebühreneinnahmen darf anhand der Rechnung 2006 vorsichtig mit höheren Einnahmen gerechnet werden.

Auftrag und Ziel

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich sämtliche Straftaten, die im Kanton Basel-Stadt begangen werden. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch und andere eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze sowie die Strafprozessordnung des Kantons Basel-Stadt. Je nach Schwere und Art der Straftat kommt entweder das Verfahren auf öffentliche Klage (Anklagen der Staatsanwaltschaft; meist schwerere Delikte), das Verzeigungsverfahren (Verzeigungen der Staatsanwaltschaft oder anderer baselstädtischer Behörden; meist Übertretungen, rund 60% aus dem Strassenverkehrsbereich) oder das Privatklageverfahren (die geschädigte Person tritt selber als Anklägerin auf, insbesondere bei Ehrverletzungen, Sachbeschädigungen und Hausfriedensbruch) zur Anwendung. Die Rekurskammer des Strafgerichts entscheidet über Rekurse gegen Verfahrenseinstellungen und Einspracheentscheide des Ersten Staatsanwaltes sowie über Entschädigungen wegen ungerechtfertigter Strafverfolgung, während der Haftstrafe über die Anordnung bzw. Verlängerung der Untersuchungshaft zu befinden hat. Die Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb dieser verschiedenen Abteilungen des Strafgerichts.

Produktgruppen

Behandlung von Straffällen

Verbindung zu Politikplan (Aufgaben-/Ressourcenfeld)

AF 7.1 Rechtssprechung (Gerichte)

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines:

Aufgrund der vom Grossen Rat im September 2006 beschlossenen Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes besteht das Strafgericht neu aus acht Präsidenten mit einem vollen Pensum (wie bisher) und zusätzlich aus zwei Präsidenten mit einem halben Pensum (neu). Mit dem Amtsantritt der zwei neuen Präsidentinnen mit einem halben Pensum am 1. Juni 2007 ist die Aufstockung der Präsidiumsstellen auch in der Praxis umgesetzt worden. Dies wird, wenn sich die neuen Präsidentinnen eingearbeitet haben, sicher eine gewisse Entlastung des Präsidenten-Kollegiums zur Folge haben, was auch ganz dringend nötig ist, da die Geschäftslast unverändert sehr hoch ist, auch wenn dies in der Entwicklung der Fallzahlen nicht unbedingt zum Ausdruck kommt. Insgesamt nimmt aber die Komplexität und der Aufwand, der im Einzelfall betrieben werden muss, nach wie vor zu. Aus diesem Grund wird wohl kurz- bis mittelfristig auch eine Erhöhung der Gerichtsschreiberstellen unumgänglich sein. Es bringt unter dem Strich nichts, wenn die Fälle zwar auf Präsidentenebene dank der Aufstockung um zwei Halbtagesstellen nun etwas speditiver behandelt werden können, es dann aber auf Gerichtsschreiberebene zu Engpässen kommt.

Neuer Allgemeiner Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuches:

Auf den 1. Januar 2007 ist der revidierte Allgemeine Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuches in Kraft getreten, der einige ganz grundlegende Änderungen im Sanktionensystem zur Folge hatte. Insbesondere können Freiheitsstrafen unter 6 Monaten nur noch in ganz wenigen Ausnahmefällen verhängt werden. An die Stelle der kurzen Freiheitsstrafe ist die sog. Geldstrafe getreten, die sich aus einer gewissen Anzahl Tagessätzen zu einem bestimmten, nach den persönlichen Verhältnissen des Straftäters zu bemessenden Geldbetrag zusammensetzt. Das Strafgericht hat seine Mitarbeitenden auf allen Stufen mittels Kursen intensiv auf diese Neuerungen vorbereitet. Vor allem bei der Bemessung der Höhe des einzelnen Tagessatzes, aber auch in anderen Bereichen des neuen rechts, stellen sich immer wieder knifflige Fragen, und es muss sich nun zuerst einmal eine Praxis herabilden.

Verfahrenskosten:

Im letzten Bericht zum Budget wurde darauf hingewiesen, dass das Strafgericht die von der Staatsanwaltschaft und den verzeigenden Behörden erhobenen Verfahrenskosten (bei der Strafuntersuchung angefallene Kosten) diesen Amtsstellen zu 100% vergütet, obwohl davon nur rund ein Drittel auch tatsächlich erhältlich gemacht werden kann. Dies hat zur Folge, dass den Strafverfolgungsbehörden Geld gutgeschrieben wird, das der Kanton Basel-Stadt in Tat und Wahrheit gar nicht eingenommen hat, während das Strafgericht hohe Abschreibungen vornehmen muss. Das Strafgericht erachtet dies als wenig sinnvoll und hat sich deshalb intensiv um eine Änderung dieser Praxis bemüht, ist dabei aber auf wenig Verständnis gestossen, so dass es nun beim Status Quo bleibt.

Vollzug von Geldstrafen und Bussen:

Gemäss dem neuen Art. 35 des Strafgesetzbuches ist der Vollzug - und nicht das Strafgericht - für das Inkasso von Geldstrafen zuständig; dies gilt gemäss Art. 104 StGB auch für Bussen. Vor dem Inkrafttreten des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches hat allerdings das Strafgericht die Bussen eingetrieben und bei Bedarf auch Ratenzahlungen angeordnet. Der Strafvollzug bzw. das Justizdepartement ist - entgegen dem an sich klaren Wortlaut des Gesetzes - der Auffassung, dass das Strafgericht auch weiterhin für die Einzug von Geldstrafen und Bussen und bei Bedarf für die Anordnung von Ratenzahlungen zuständig sein sollte. Da der Strafvollzug zur Zeit personell nicht über die nötigen Kapazitäten für das Inkasso von Geldstrafen und Bussen verfügt, wird diese Aufgabe vorläufig vom Strafgericht unpräjudiziell übernommen, da es nicht angeht, dass Fälle wegen einer ungeklärten Kompetenzfrage während Monaten unbearbeitet liegen bleiben. Das Problem muss aber in nächster Zeit zwischen dem Strafgericht und dem Justizdepartement klar geregelt werden. Im Moment kann man sich an sich schon auf den Standpunkt stellen, dass die Geldstrafen und Bussen ja alle vom Strafgericht ausgesprochen werden und dass es deshalb sinnvoll ist, dass das Strafgericht auch für das Inkasso und die Anordnung von Ratenzahlungen zuständig sein soll. Es muss aber auch berücksichtigt werden muss, dass durch die eidg. Strafprozessordnung, die voraussichtlich im Jahre 2010 in Kraft treten wird, das Verzeigungsverfahren erhebliche Änderungen erfahren wird und dann ein Grossteil der Geldstrafen und vor allem der zigtausend Bussen erstinstanzlich gar nicht mehr durch das Strafgericht, sondern durch die verzeigenden Behörden ausgesprochen werden wird.

Neubau Weibelgebäude:

Um den erhöhten Anforderungen an die Sicherheit gerecht zu werden, wurde im Herbst 1997 im Hof des Strafgerichts ein Zaun errichtet und Container für die Weibel aufgestellt, in welchem sämtliche Personen, die ins Strafgericht wollen, einer Sicherheitskontrolle unterzogen werden. Da für diesen Container aber bloss eine provisorische, zeitlich beschränkte Baubewilligung erteilt wurde, sich an den Sicherheitsbedürfnissen des Strafgericht jedoch nichts geändert hat, wird der Container nun diesen Sommer und Herbst durch ein festes Weibelgebäude ersetzt. Damit der Gerichtsbetrieb durch die Bauarbeiten nicht gestört wird, führt das Strafgericht während der Umbauphase einen Teil der Verhandlungen im Appellations- und im Sozialversicherungsgericht durch.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	53.7	52.7	52.0	52.9	55.8	
Total Fälle (öff. Klagen, Verzeigungen, Privatklagen, Rekurskammer)	Anz	35'000	35'000	31'170	37'595	39'657	
Halbtagesitzungen (ohne Haftrichter)	Anz	1'000	1'000	926	1'052	1'018	
Eingeleitete Betreibungen (für Bussen, Verfahrenskosten, Urteilsgebühren)	Anz	3'100	3'100	3'063	3'208	2'485	
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	CHF	3'080'000	3'060'000	3'837'689	3'238'625	1'913'974	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	%	*
30 Personalaufwand	9'741.2	9'491.7	9'517.2	249.5	2.6	
31 Sachaufwand	2'942.2	2'491.0	2'040.1	451.2	18.1	¹⁾
33 Abschreibungen Finanzvermögen	3'080.0	3'060.0	3'837.7	20.0	0.7	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	15'763.4	15'042.7	15'395.0	720.7	4.8	
42 Vermögenserträge	-2.5	-8.3	-2.2	5.8	69.9	
43 Entgelte	-9'584.1	-9'175.8	-7'907.5	-408.3	-4.4	²⁾
4 Ertrag	-9'586.6	-9'184.1	-7'909.6	-402.5	-4.4	
Ordentlicher Nettoaufwand	6'176.8	5'858.6	7'485.4	318.2	5.4	
davon Produktgruppe(n):						

Abweichungen / Erläuterungen

- Der höhere Sachaufwand gegenüber dem Vorjahresbudget ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass neu interne Mieten in Höhe von TCHF 479 enthalten sind. Zudem wurde beim budgetierten Betrag auf dem Konto 318310 "Betreibungsgebühren" wegen der besseren Übersichtlichkeit erstmals die zu bezahlenden Betreibungsgebühren nicht mehr mit den wieder eingenommenen Betreibungsgebühren verrechnet; auf dem Konto 318310 sind neu also nur noch die Ausgaben für Betreibungsgebühren angeführt, was auf dem Papier höhere Ausgaben zur Folge hat.
- Von den Betreibungsgebühren kann erfahrungsgemäss ein grösserer Teil wieder bei den Betrieben eingenommen werden, was sich positiv auf die Gesamteinnahmen auswirkt.

Auftrag und Ziel

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften sowie Kauf-, Miet und Arbeitsverträge sowie das Recht der Handelsgesellschaften. Das Zivilgericht ist auch einzige Instanz zur Beurteilung von immaterialgüterrechtlichen Streitigkeiten (Patentrecht, Markenrecht etc.). Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, wo das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz den Richter für zuständig erklärt.

Drei Zivilgerichtspräsidenten bilden die Aufsichtsbehörde über das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt sind dem Zivilgericht angegliedert. Das Betreibungs- und Konkursamt Basel-Stadt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erbteilung mit.

Tätigkeiten und Projekte

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	*
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	139.5	136.4	134.2	134.7	135.3	
Hängige Verfahren	Anz	5'500	5'400	5'448	5'431	5'792	
Zahlungsbefehle	Anz	71'000	70'000	72'563	71'831	72'178	
Konkurseröffnungen	Anz	450	380	355	406	419	
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	CHF	600'000	659'000	485'000	660'725	786'668	

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	*
30 Personalaufwand	19'148.0	18'679.2	18'329.8	468.8	2.5
31 Sachaufwand	6'752.6	5'560.5	5'643.7	1'192.1	21.4 ¹⁾
32 Passivzinsen	10.0	10.0	3.3	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	655.0	660.0	485.3	-5.0	-0.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	26'565.6	24'909.6	24'462.1	1'656.0	6.6
42 Vermögenserträge	-513.9	-314.4	-493.5	-199.5	-63.5
43 Entgelte	-21'455.4	-20'301.0	-21'153.0	-1'154.4	-5.7
4 Ertrag	-21'969.3	-20'615.4	-21'646.5	-1'353.9	-6.6
Ordentlicher Nettoaufwand	4'596.2	4'294.2	2'815.6	302.0	7.0
davon Produktgruppe(n):					
5 Ausgaben Investitionen	0.0	0.0	290.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	0.0	290.0	0.0	

Abweichungen / Erläuterungen

1) Im Sachaufwand sind neu interne Mieten in Höhe von TCHF 1'436 enthalten.

Auftrag und Ziel

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung
- Invalidenversicherung
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen
- Berufliche Vorsorge
- Obligatorische Unfallversicherung
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge
- Militärversicherung
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz)
- Familien- und Kinderzulagen
- Arbeitslosenversicherung

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines:

Ab Juli 2006 war gestützt auf das revidierte Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) die Kostenpflicht in IV-Verfahren eingeführt worden. Die im letztjährigen Bericht geäußerte Befürchtung, es werde dadurch dem Gericht zusätzlicher Arbeitsaufwand (mehr Verfügungen pro Fall, Kostenvorschussanforderungen, Inkasso) entstehen, hat sich bewahrheitet. Mit Blick auf die Kennzahlen ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass viele Versicherte mittellos sind, was wiederum dazu führt, dass zufolge Bewilligung der unentgeltlichen Prozessführung (Kostenerlass) die zu sprechenden Gebühren in einem beträchtlichen Umfang zu Lasten des Staates gehen werden.

Mit der genannten Gesetzesrevision wurde per 1. Juli 2006 auch das wenige Jahre zuvor eingeführte Einspracheverfahren wieder abgeschafft; Verfügungen der IV-Stelle sind damit wieder direkt mit Beschwerde am Sozialversicherungsgericht anfechtbar. Das wirkt sich nunmehr statistisch ganz markant aus. Der Vergleich der Falleingänge im IV-Bereich im 1. Semester 2007 (235; Eingänge aller Rechtsgebiete im 1. Semester 2007: 341) mit denjenigen im 1. Semester 2006, dem letzten Halbjahr vor der erwähnten IVG-Revision (128; Eingänge aller Rechtsgebiete im 1. Semester 2007: 279), zeigt, dass beinahe eine Verdoppelung der IV-Beschwerden eingetreten ist. Auch hat sich Anteil der IV-Fälle an sämtlichen Geschäften von 45 % (1. Semester 2006) auf mehr als 69 % (1. Semester 2007) stark erhöht.

Headcounterhöhung:

Die Fallentwicklung im 1. Semester 2007 zeigt, dass auch, wie schon im Vorjahr, die Falleingänge insgesamt im Vergleich zum Vorjahr stark zugenommen haben. Für das kommende Berichtsjahr 2008 rechnen wir mit einer weiteren Zunahme der Fallzahlen. Darum behalten wir uns vor, erneut Antrag auf eine weitere Erhöhung des Headcounts auf der Stufe Gerichtsschreiber, eventuell auch auf Stufe Kanzlei, zu stellen.

Kennzahlen	Einheit	Prognose 2008	Prognose 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004 *
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.7	9.2	9.1	8.5	8.5
Hängige Verfahren	Anz	1'150	900	843	765	720
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	CHF	106'000	66'000	0	4'075	0

Kommentar

Finanzen (in TCHF) (GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt)	Budget 2008	Budget 2007	Rechnung 2006	Abweichung B08/B07	% *
30 Personalaufwand	2'401.0	2'109.4	1'987.7	291.6	13.8 ¹⁾
31 Sachaufwand	493.9	545.3	580.8	-51.4	-9.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	106.0	66.0	0.0	40.0	60.6
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'001.0	2'720.6	2'568.5	280.4	10.3
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	0.0	-0.1	
43 Entgelte	-213.8	-145.7	-25.1	-68.1	-46.7
4 Ertrag	-213.9	-145.8	-25.1	-68.1	-46.7
Ordentlicher Nettoaufwand	2'787.1	2'574.9	2'543.4	212.2	8.2
davon Produktgruppe(n):					

Abweichungen / Erläuterungen

- 1) Der erhöhte Personalaufwand ist bedingt durch die im Vergleich zu 2007 erhöhten Stellenprozente auf Stufe Gerichtsschreiber (LK 18; 100 % im Rahmen bewilligter Erhöhung des Stellenplafonds; 50 % im Rahmen der Wiederbeanspruchung von in früheren Jahren dem Stellenpool der Gerichte zur Verfügung gestellten 50 Stellenprozenten). Die vergrösserten Personalressourcen sind erforderlich zur Bewältigung der eklatant gestiegenen Geschäftslast im Vergleich zu den Vorjahren.

9 Die Funktionale Gliederung

9.1 Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung

Die in diesem Kapitel veröffentlichte Funktionale Gliederung ist nach Eidgenössischen Richtlinien dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Einnahmenpositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und bietet damit eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Sicht der institutionellen Gliederung nach Departementen und Dienststellen. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit den vorangehenden Ausführungen in Kapitel 2.2 - Inhaltliche Akzente und Finanzen der Gesamtdepartemente und Kapitel 3 - Die laufende Rechnung - nicht durchwegs gegeben.

Im Folgenden wird die Funktionale Gliederung in aggregierter Form auf der Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt und kommentiert. Eine Detailansicht befindet sich im Anhang zum Budgetbuch in der dort beiliegenden CD. Dort werden Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung auf allen Ebenen der dreistufigen Funktionalen Gliederung aufgeführt und mit dem Budget 2007 verglichen. Aufgrund der Pauschalbudgetierung der Investitionsbereiche können die Investitionen grösser CHF 300'000 im Budget nicht einzelnen Funktionen zugeordnet werden. Daher wird auf eine funktionale Darstellung der Investitionsrechnung im Budget verzichtet.

9.2 Ergebnis Budget 2008

Die folgende Tabelle zeigt das Ergebnis der Laufenden Rechnung des Budgets 2008 für die 10 Hauptfunktionen sowie die Gegenüberstellung zu den Ergebnissen des Budgets 2007.

		Budget 2008			Budget 2007			Abw. Saldo LR	
		Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	absolut	relativ
0	Allgemeine Verwaltung	403.0	272.9	130.2	288.1	96.8	191.3	-61.1	-32.0%
1	Öffentliche Sicherheit	358.6	133.2	225.4	318.5	117.6	200.9	24.4	12.2%
2	Bildung	933.0	149.8	783.2	906.6	213.3	693.3	89.9	13.0%
3	Kultur und Freizeit	197.9	35.9	162.0	165.1	28.7	136.5	25.6	18.7%
4	Gesundheit	998.9	607.2	391.6	929.7	596.2	333.5	58.1	17.4%
5	Soziale Wohlfahrt	734.6	181.6	552.9	799.6	151.7	647.8	-94.9	-14.6%
6	Verkehr	179.7	42.6	137.1	197.2	55.4	141.9	-4.7	-3.3%
7	Umwelt und Raumordnung	110.1	111.8	-1.7	133.3	109.0	24.3	-26.0	--
8	Volkswirtschaft	27.2	19.4	7.8	40.9	34.4	6.5	1.2	19.1%
9	Finanzen und Steuern	144.7	2'754.9	-2'610.3	139.4	2'569.3	-2'430.0	-180.3	-7.4%
Summe		4'087.7	4'309.5	-221.8	3'918.4	3'972.4	-54.0	-167.8	--

- = günstig/ + = ungünstig

0 Allgemeine Verwaltung

Die Veränderung des Saldos Laufende Rechnung in der Allgemeinen Verwaltung um CHF -61.1 Mio sind einerseits auf Ausgleichszahlungen des Bundes im Rahmen der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) sowie auf Positionen im Zusammenhang mit der PK-Ausfinanzierung zurückzuführen. Des weiteren führen zentral eingestellte Mieterträge zu einer Verbesserung von CHF 138.2. Die Umstrukturierungen beim ehemaligen Polizeidepartement hin zum Sicherheitsdepartement führten auch zu einer Neuzuweisung der Positionen auf diverse neue Funktionen und damit zu einer Verbesserung der Allgemeinen Verwaltung von CHF 10.3 Mio.

1 Öffentliche Sicherheit

Die öffentliche Sicherheit zeigt eine Zunahme gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 24.4 Mio. Dies resultiert hauptsächlich aus den neu eingestellten Aufwendungen für interne Mieten in Höhe von CHF 12.5 Mio. sowie Funktionenänderungen durch Umstrukturierungen beim ehemaligen Polizeidepartement hin zum Sicherheitsdepartement in Höhe von CHF 12.1 Mio.

2 Bildung

In der Funktion Bildung wird mit einem Anstieg des Saldos Laufende Rechnung gegenüber dem Vorjahr um CHF 89.9 Mio. gerech-

net. Dieses Ergebnis wird hauptsächlich durch die folgenden Faktoren beeinflusst: angestiegen sind unter anderem die Personalkosten um CHF 9.0 Mio. (Schwerpunktmassnahmen, steigende Lektionenkosten) und Mietkosten (CHF 63.3 Mio.) durch die Einführung der internen Mieten. Infolge der NFA im Bereich Sonderschulung entstehen Netto-Mehraufwendungen in Höhe von CHF 23.1 Mio. Minderaufwendungen entstehen durch Einsparungen im Fachhochschulbereich aufgrund der Integration der Musikhochschule und der Schola Cantorum Basiliensis in die Fachhochschule Nordwestschweiz (CHF 3.3 Mio.) sowie durch die Reduktion der Abschreibungen (CHF 6.0 Mio.) basierend auf die neue Trägerschaft der Universität (Integration Investitionsbeitrag Immobilienfonds der Universität in das Globalbudget). Die Umstrukturierungen durch die Abteilungen für Lehre und Forschung im Gesundheitsdepartement haben zu einer geänderten Zuweisung der Positionen auf diverse neue Funktionen und damit zu einer Verbesserung der Funktion Bildung in Höhe von CHF 4.1 Mio. geführt.

3 Kultur und Freizeit

In der Kultur und Freizeit wird mit einem Anstieg des Saldos Laufende Rechnung gegenüber dem Vorjahr um CHF 25.6 Mio. gerechnet. Durch die neu eingeführten internen Mieten ergeben sich Mehrausgaben von CHF 15.3 Mio. Ebenfalls mit einem Anstieg des Saldos Laufende Rechnung wird im Ressort Sport des Erziehungsdepartements gerechnet, wobei hier vor allem die Netto-Aufwendungen für die EURO 2008 (CHF 8.6 Mio.) verantwortlich sind.

4 Gesundheit

In der Funktion Gesundheit wird die Verschlechterung des Saldos Laufende Rechnung von CHF 58.1 Mio. durch die Einführung der internen Mieten in Höhe von CHF 37.8 Mio. verursacht. Weiter ungünstig entwickelt haben sich das Verbrauchsmaterial der Spitäler (CHF 6.0 Mio.) und die Abschreibungen in den Spitälern (CHF 7.2 Mio.) Der NFA führt zudem zu einer Erhöhung des Aufwands im Bereich Betagtenhilfe in Höhe von CHF 7.6 Mio.

5 Soziale Wohlfahrt

Die Soziale Wohlfahrt zeigt eine Verbesserung des Saldos Laufende Rechnung von CHF 94.9 Mio. gegenüber dem Vorjahr. Durch die Einführung NFA wird bei den Ergänzungsleistungen zur AHV / IV die Kostenbeteiligung des Bundes steigen (CHF 32.1 Mio.) und der Kantonalbeitrag an eidg. AHV / IV um CHF 128.0 Mio. entlastet. Durch die Systemumstellung bei der NFA Verrechnung von Pauschalen im sonderpädagogischen Bereich ergeben sich Mehraufwendungen von CHF 56.8 Mio. Des weiteren ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von CHF 4.3 Mio. im Behinderten- und Tagesbetreuungsbereich. Diverse kleinere Veränderungen beim Ressort Dienste wirken sich ebenfalls negativ auf das Ergebnis aus (CHF 4.1 Mio.).

6 Verkehr

Die Verbesserung des Saldos Laufende Rechnung in der Funktion Verkehr von CHF 4.7 Mio. resultiert insbesondere aus dem Wegfall der Abschreibungen auf (Alt-)Anlagen, welche im Rahmen der Einführung SAP vom alten System (FIS) im Jahre 1995 übernommen wurden. Verschlechterungen in Höhe von CHF 2.7 Mio. des Saldos Laufende Rechnung ergeben sich aus der Überführung der Dienststelle Rheinschiffahrtsgesellschaft per 31. Dezember 2007 in die neue Gesellschaft Schweizerische Rheinhäfen. Des Weiteren wirken sich Kosten für Instandsetzungsmassnahmen (CHF 1.5 Mio.) bei den Parkhäusern negativ auf das Ergebnis aus.

7 Umwelt und Raumordnung

Bei der Funktion Umwelt und Raumordnung zeigt der Vergleich mit dem Vorjahr eine Verbesserung des Saldos Laufende Rechnung um CHF 26.0 Mio. Dies resultiert hauptsächlich aus dem Wegfall der Abschreibungen auf (Alt-) Anlagen (CHF 28.4 Mio.), welche im Rahmen der Einführung SAP vom alten System (FIS) im Jahre 1995 übernommen wurden, durch Mehreinnahmen an Fördergeldern von CHF 1.3 Mio. sowie Mindereinnahmen bei den Abwassergebühren von CHF 1.5 Mio. Des weiteren sind die Beiträge aus dem Programm "Energie Schweiz" für den Kanton Basel um CHF 1.3 Mio. gestiegen.

8 Volkswirtschaft

Die Funktion Volkswirtschaft weist eine Verschlechterung des Saldo Laufende Rechnung in Höhe von CHF 1.2 Mio. aus. Dieses Ergebnis resultiert hauptsächlich aus der Erhöhung der Mittel für das Standort-Marketing für Städtepartnerschaften, Standortmonitoring und Präsenz Basel im Ausland.

9 Finanzen und Steuern

Die Verbesserung von CHF 180.3 Mio. in der Funktion Finanzen und Steuern resultiert hauptsächlich aus Veränderungen bei den Steuern sowie den Liegenschaften des Finanzvermögens. Die Steuereinnahmen steigen insgesamt um CHF 166.3 Mio. Dabei verzeichnen insbesondere die Einkommens- und Vermögenssteuern (CHF 93.6 Mio.) sowie die Gewinn- und Kapitalsteuern (CHF 75 Mio.) eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Mit CHF 125 Mio. liegen die Anteile an der Direkten Bundessteuer ebenfalls über dem Vorjahresbudget (CHF 8.3 Mio.). Des Weiteren wirken sich diverse kleinere Veränderungen bei den Liegenschaften im Finanzvermögen positiv auf das Ergebnis aus (CHF 3.0 Mio.).

10 Die Erläuterungen

Abschreibungen	<p>Abschreibungen auf Guthaben und Anlagen des Finanzvermögens sowie Abschreibungen auf den Restbuchwerten des Verwaltungsvermögens. Abschreibungen bilden den Werteverzehr einer Anlage durch ihren ständigen Gebrauch ab. Unterscheidung in planmässige und ausserplanmässige Abschreibungen.</p> <ul style="list-style-type: none">- Planmässige Abschreibungen werden auf Grund der Entwertung durch Alterung und Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt (siehe auch Nutzungsdauer).- Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.
Allgemeiner Nettoertrag (ANE)	<p>Nicht spezifischer, d.h. allgemeiner Ertrag (z.B. allgemeiner Steuerertrag, Vermögensertrag, Liegenschaftserträge, Anteile an Bundessteuern, Nationalbankgewinne) abzüglich allgemeiner Aufwand (z.B. Zinsaufwand auf den Staatsschulden, Aufwand im Zusammenhang mit Bewirtschaftung des Finanzvermögens). Positionen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand sind nicht enthalten.</p>
Anhang	<p>Teil der Jahresrechnung. Beschreibung der für die Erstellung der Jahresrechnung massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze und des zu Grunde liegenden Rechnungsmodells. Erläuterungen zu einzelnen wichtigen Positionen der Jahresrechnung. Weitere Angaben, welche für die Beurteilung der finanziellen Lage und der Risikosituation von Bedeutung sind.</p>
Anlagen	<p>Langfristig investierte Sachmittel, die dem dauernden Geschäftsbetrieb für die Erzeugung von Leistungen dienen und nicht unmittelbar in die Erzeugung eingehen, wie z.B. Verbrauchsmaterial.</p>
Anlagespiegel	<p>Detaillierte Informationen im Anhang zur Entwicklung wesentlicher Positionen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens (Sachgüter, Darlehen, Beteiligungen).</p>
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	<p>Gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.</p>
Artengliederung	<p>Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.</p>
Aufgabenfeld	<p>Die nach aussen gerichteten Tätigkeiten der Verwaltung, d.h. jene, die direkt Wirkungen für die Bevölkerung haben sollen, werden in den Aufgabenfeldern abgebildet. Aufgabenfelder umfassen jeweils inhaltlich ähnliche Produktgruppen. Jedes Aufgabenfeld ist aus Gründen der Organisation/Führung eindeutig einem Departement zugeordnet.</p>
Aufwand	<p>Ausgaben der Laufenden Rechnung (Erfolgsrechnung) wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als Fr. 300'000.— betragen, sind in der Investitionsrechnung abgebildet und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.</p>
Beiträge für eigene Rechnung	<p>Eingehende Laufende Beiträge, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.</p>
Benchmarking	<p>Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des "klassenbesten" Konkurrenten. In der Verwaltung vergleicht man meist gleichwertige Dienstleistungen der Kantone oder des Auslandes.</p>
Bilanz	<p>Bestandesrechnung, Teil der Jahresrechnung. Stichtagbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiven) und Verpflichtungen (Passiven). Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag.</p> <ul style="list-style-type: none">- Gliederung der Aktiven: Finanz-, Verwaltungsvermögen und Spezialfinanzierungen.

- Gliederung der Passiven: Kurzfristiges Fremdkapital, langfristiges Fremdkapital, Spezialfinanzierungen und Eigenkapital / Bilanzfehlbetrag.

Bilanzfehlbetrag	Durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Laufenden Rechnung (negatives Eigenkapital). Ein Bilanzfehlbetrag kann durch Rechnungsüberschüsse oder durch Zugänge von Aufwertungs- respektive Neubewertungsreserven in den Folgejahren abgetragen werden.
Bonität	Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldner eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.
Bruttoprinzip	Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen.
Bruttoschulden	Fremdkapital, d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital (falls vorhanden).
Buchführungsgrundsätze	Allgemeine Handlungsanleitung für die Buchführung. Zweck: Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.
Buchungskreis	Buchhalterisch wird eine (vergl. ->) Dienststelle in einem Buchungskreis abgebildet.
Buchwert	Nach den Grundsätzen der Vermögensbewertung in der Bilanz eingestellter Wert eines Vermögensbestandteiles.
Budget	Zusammenstellung der Finanzzahlen (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt und von diesem beschlossen.
Cash Flow	Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.
Darlehen und Beteiligungen (Investitionsrechnung)	Investitionsausgaben für Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deshalb nicht realisiert, d.h. auch nicht verkauft werden dürfen. Die Ausgaben werden am Ende der Rechnungsperiode im Verwaltungsvermögen aktiviert.
Dienststelle	Kleinste organisatorische Einheit des externen (=nach aussen gerichteten) Rechnungswesen, für die eine vollständige, in sich abgeschlossene Buchhaltung abgebildet werden kann. Dies beinhaltet die Erfassung aller buchungspflichtigen Ereignisse und die Erstellung aller Nachweise für einen gesetzlichen Einzelabschluss, wie Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.
Eigene Beiträge	Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte
Eigenkapital	Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung, aber auch durch Zugänge von Neubewertungsreserven (Umbewertungs- oder Aufwertungsreserven). Es dient vorab zur Verminderung oder gänzlichen Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen. Diese Reserve ist an keinen bestimmten Zweck gebunden.
Eigenkapitalveränderungsnachweis	Der Eigenkapitalveränderungsnachweis ist eine Übersicht, in welcher die Ursachen von Veränderungen einzelner Bestandteile des Eigenkapitals (Staatskapital) aufgezeigt respektive tabellarisch wiedergegeben werden. Der Eigenkapitalveränderungsnachweis wird im Anhang zur Staatsrechnung dargestellt.
Einlagen in Spezialfinanzierungen	Reservierung bestimmter Erträge oder allgemeinen Staatsmittel aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften für die vollständige oder teilweise Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Dabei werden Einnahmen zunächst über die Laufenden Rechnung geführt und

dann mittels Fondseinlage dem entsprechenden Fondskonto gutgeschrieben.

Einnahmen	Zahlungen von Dritten einschliesslich debitorische Guthaben (= an Dritte fakturierte und abgegrenzte transitorische Beträge).
Entgelte	Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spitäler und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), ferner Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten und Eigenleistungen für Investitionen.
Ertrag	Einnahmen der Laufenden Rechnung, z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte. Beiträge für Investitionen, die grösser als 300'000 Franken sind, sind nicht im Ertrag, sondern in den Einnahmen der Investitionsrechnung enthalten.
Eventualverbindlichkeit	<p>Mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien), die aus einem Ereignis der Vergangenheit resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten künftiger Ereignisse bedingt ist, die nur teilweise beeinflusst werden können (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang). Oder:</p> <p>Eine gegenwärtige Verpflichtung die auf vergangenen Ereignissen beruht (z.B. Bürgschaften), jedoch in der Rechnung nicht erfasst wird, weil ein Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden kann (Offenlegung im Anhang).</p>
Fair Presentation	Die Jahresrechnung gibt eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wieder. Synonym von true and fair view.
Finanzierungsfehlbetrag	Der durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) nicht gedeckte Teil an den Nettoinvestitionen. Der Fehlbetrag kann durch kurzfristige überschüssige Liquidität oder aber durch Geldaufnahme am Kapitalmarkt (Neuverschuldung) ausgeglichen werden.
Finanzierungssaldo	Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.
Finanzierungsüberschuss	Für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigte eigene Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldenrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).
Finanzinstrument	Schuld- bzw. Forderungsverhältnis das gleichzeitig bei der einen Vertragspartei zu einem finanziellen Vermögenswert und bei der Gegenpartei zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einer Position mit Eigenkapitalcharakter führt (Kredite, derivative Finanzinstrumente, Anleihen, usw.)
Finanzplan	Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Laufenden Rechnung und über die in dieser Periode vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen 3 und 5 Jahre (KT BS 4 Jahre).
Finanzrechnung	Rechnung, die zeigt, wie die Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen, durch eigene Mittel finanziert werden können.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert, d.h. verkauft werden können. Der Entscheid über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).
Flüssige Mittel	Jederzeit zur Verfügung stehende Gelder, welche sofort als Zahlungsmittel eingesetzt werden können (Kassa-, Post- und Bankguthaben).
Fonds	Zuwendungen von Dritten, die dem Kanton unter der Auflage einer Zweckbindung gemacht werden oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen.

Einnahmen und Ausgaben laufen nicht über die Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung) sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet.

Fremdkapital

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den öffentlichen Schulden (Kurz-, Mittel- und Langfristschulden), den Rückstellungen, den transitorischen Passiven sowie den verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen (z.B. Stiftungsgelder, Legate u.a.).

Funktionale Gliederung

Die Funktionale Gliederung ist eine statistische Gliederung der Verwaltungsrechnung nach Aufgaben. Sie gewährt einen Einblick in die unterschiedlichen Aufgabenstrukturen (z.B. Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit etc.) eines Gemeinwesens. Die funktionalen Bereiche sind gesamtschweizerisch einheitlich für alle Gemeinwesen verbindlich vorgegeben.

Geldflussrechnung

Auch Geldflussrechnung. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt

Globalbudget

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktgruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktgruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit einem Leistungsauftrag verknüpft.

Im Kanton Basel-Stadt arbeiten die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergl. auch § 9 Museumsgesetz oder § 14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

Grossinvestition

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes als CHF 300'000 und mehr betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht degressiv gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen sowie linear über die geschätzte Nutzungsdauer in der Kostenrechnung abgeschrieben (vergl. auch Kleininvestitionen).

Guthaben

Kurzfristig realisierbare Forderungen, die auf einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Anspruch des Kantons gegenüber anderen öffentlichen Körperschaften oder Privaten beruhen, und entsprechend ihrer Fälligkeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können, also kurzfristig realisierbar sind.

Indikatoren

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

Institutionelle Gliederung

Die institutionelle Gliederung ordnet die Staatsrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle).

Internes Kontrollsystem (IKS)

Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

Interne Verrechnungen

Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

Investitionsausgaben

Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsaufgaben (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

Investitionsbeiträge (an Dritte)

Aktiviert Beiträge à fonds perdu an Investitionen von Dritten, die das Gemeinwesen durch seine Hilfe fördert. Diese Beiträge werden nach Staatsrecht im Jahr der Auszahlung auf Null abgeschrieben.

Investitionseinnahmen	Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter (z.B. Bund für den Nationalstrassenbau oder Einnahmen von Privaten) zur Finanzierung der Investitionsausgaben (Bsp. Bundesbeiträge an den Nationalstrassenunterhalt oder Privatbeiträge an Kulturinstitutionen).
Investitionsrechnung	Rechnung, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind.
Jährlichkeitsprinzip	Nicht beanspruchte Kredite verfallen Ende des Rechnungsjahres.
Kalkulatorische Positionen	Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Aufgabenfeldes erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. Kalkulatorische Mieten enthalten.
Kapitalkosten	Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital.
Kennzahl	Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden.
Kleininvestition	Als Kleininvestition werden in Basel-Stadt Investitionen mit einem Anschaffungswert zwischen CHF 50'000 und CHF 300'000 gezählt. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht im Jahr ihrer Ausgabe zu 100% im Sachaufwand abgeschrieben. In der Kostenrechnung erfolgt die Abschreibung linear über die geschätzte Nutzungszeit. Kleininvestitionen werden auch als GWG-Investitionen bezeichnet wobei GWG für "geringwertiges Wirtschaftsgut" steht. Investitionen von weniger als CHF 50'000 werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet.
Kurzfristige Schulden	Kontokorrent-Schulden bei Banken und kurzfristige Darlehens-Schulden, die zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe benötigt werden. Kurzfristige Schulden sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.
Laufende Rechnung	Rechnung, die sämtliche laufende Aufwands- und Ertragspositionen enthält (ohne Investitionen grösser als 300'000 Franken). Die Laufende Rechnung entspricht der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft.
Laufende Verpflichtungen	Alle Verpflichtungen, die kurzfristig fällig sind oder fällig werden können, ferner jene Verbindlichkeiten, welche aus Lieferungen oder Leistungen Dritter an den Kanton entstanden sind.
Leistungsverrechnung	Interne Verrechnungen, Kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten.
Mittel- und langfristige Schulden	Mittel- und langfristige Schulden zur Finanzierung der Bedürfnisse der Investitionsrechnung und des Finanzvermögens. Mittelfristige Schulden haben eine Restlaufzeit zwischen 2 und 5 Jahren, Langfristschulden eine solche von über 5 Jahren.
Nettoinvestitionen	Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen (z.B. Bundesbeiträge an Nationalstrassenbau) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen. Die Aufnahme bzw. Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sind nicht enthalten.
Nettoschuld	Saldo zwischen Fremdkapital und Finanzvermögen.
Neubewertungsreserven	Aufwertungsgewinne, die durch Neubewertung von Teilen des Finanzvermögens (v.a. Rendite-liegenschaften) entstehen und welche direkt in das Eigenkapital (=Staatskapital) und nicht erfolgswirksam über die Laufende Rechnung verbucht worden sind. Eine Neubewertungsreserve liegt dann vor, wenn der aktuelle Wert eines Objektes über dem gegenwärtigen Restbuchwert der Finanzbuchhaltung liegt. Liegt der aktuelle Wert unter dem Restbuchwert der Finanz-

buchhaltung, wird eine Abschreibung auf dem Objekt verbucht.

Nutzungsdauer	Synonyme sind Lebensdauer, Lebenszyklus. Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Nutzungsdauer muss nicht gleich sein der Abschreibungsdauer von Anlagenobjekten in der Finanzbuchhaltung.
Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)	Departementsspezifischer Aufwand (ohne Abschreibungen) abzüglich departementsspezifischer Ertrag. Positionen aus dem Allgemeinen Nettoertrag (v.a. Steuererträge, Passivzinsen, Aufwand und Ertrag des Finanzvermögens und Anteile an nicht zweckgebundenen Bundeseinnahmen) sind im ONA nicht enthalten. Eine der wichtigsten Steuerungsgrößen der Finanzen im Kanton Basel-Stadt.
Passivzinsen	Zinsen für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital).
Periodengerechtigkeit	Accrual Accounting; Geschäftsvorfälle werden dann in der Buchhaltung erfasst, wenn sie auftreten und nicht, wenn ein Zahlungsmittel eingeht oder bezahlt wird. Sie werden in derjenigen Periode in der Buchhaltung erfasst und im Abschluss der Periode ausgewiesen, der sie zuzurechnen sind.
Personalaufwand	Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Anwerbung, Ausbildung und Information, Naturalleistungen, Zulagen, Vergünstigungen jeglicher Art an die Behördenmitglieder und das aktive Personal sowie an temporäre Arbeitskräfte. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter, Teuerungszulagen an Pensionierte, für deren Lohnzahlungen das Gemeinwesen zuständig war.
Planungsantrag	In der Form des Planungsantrags kann der Grosse Rat auf Antrag eines seiner Mitglieder oder einer ständigen Kommission dem Regierungsrat eine Änderung des Politikplans beantragen.,
Politikbereich	Oberste Ebene des Politikplans: Die staatlichen Aktivitäten werden in sieben Politikbereiche gegliedert. Für jeden Politikbereich werden die entsprechenden Ziele und Leitlinien beschrieben.
Politikplan	Zentrales Planungsinstrument des Regierungsrats. Er ist eine umfassende Mittelfristplanung und enthält Ziele, Projekte und Kosten für alle Aufgaben- und Ressourcenfelder des staatlichen Handelns sowie den Finanzplan. Er erscheint jährlich, jeweils mit einem Planungshorizont von vier Jahren. Er enthält auch die Berichterstattung zur Zielerreichung.
Produkte	Produkte sind mess- und kalkulierbare Leistungen der Verwaltungsstelle zuhanden externer Dritter. Über die Produkte löst die Verwaltungsstelle ihren gesellschaftlichen Auftrag ein und deckt den Bedarf der Zielgruppe.
Produktgruppe	Gruppe von einzelnen, relativ homogenen Leistungen, mit welchen möglichst effizient und effektiv eine politisch gewünschte Wirkung erzielt werden soll. Produktgruppen stellen im Rahmen der Planung und des Reportings den Unterbau zu den Aufgaben- und Ressourcenfeldern dar. Sie bilden die Steuerungsebene der Departemente ab.
Rechnung	Zusammenstellung der Finanzzahlen für das vergangene Jahr, wobei den Ist-Werten die für die Rechnungsperiode budgetierten Werte sowie die Vorjahreswerte gegenübergestellt werden.
Rechnungsabgrenzung	Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.
Ressourcenfeld	Die Ressourcenfelder enthalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die den aussengerichteten Aufgabenfeldern notwendige Ressourcen zur Verfügung stellen (v.a. Personal-, Raum-, Informatik- und Finanzdienstleistungen). Sie haben keinen Selbstzweck, sondern ermöglichen die Leistungen in den Aufgabenfeldern. Diese können in verschiedenen Departementen erbracht werden.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe aber noch nicht genau bekannte Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt immer in der abzuschliessenden oder gar in einer früheren Rechnungsperiode. Die Höhe

der Rückstellung muss zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages dem zu erwarteten Verlust oder Geld-, Güter- oder Leistungsabgang ohne Gegenleistung entsprechen. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt. Nicht mehr benötigte Rückstellungen müssen nach Finanzhaushaltsgesetz (FHG) aufgelöst werden.

Sachaufwand	Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a., die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.
Saldo Vollkosten (SVK)	Ordentlicher Nettoaufwand der Aufgabenfelder zuzüglich kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen auf den Grossinvestitionen) und Umlagen von Querschnittsleistungen (primär mittels eines Umlageschlüssels umgelegten Vollkosten der Ressourcenfelder).
Selbstfinanzierung	Summe des Saldos der Laufenden Rechnung zuzüglich den Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens und ist dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen ähnlich.
Selbstfinanzierungsgrad	Selbstfinanzierung in Prozenten des Saldos der Investitionsrechnung. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.
Spezialfinanzierungen	Eine Spezialfinanzierung liegt vor, wenn aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften bestimmte Erträge ganz oder teilweise für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe eingesetzt werden (Zweckbindung) müssen.
Stetigkeit	Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum. Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.
Transitorische aktive Rechnungsabgrenzungen	Kurzfristige Geldforderungen, die in ihrer Höhe bekannt und im Laufenden Rechnungsjahr Ertrag geworden sind, aber erst im neuen Jahr vereinnahmt werden.
Transitorische passive Rechnungsabgrenzungen	Kurzfristige Verpflichtungen, die in ihrer Höhe bekannt und im Laufenden Rechnungsjahr Aufwand geworden sind, aber erst im neuen Jahr verausgabt (in Rechnung gestellt oder bezahlt) werden.
Umlageschlüssel	Möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Ressourcenfeld zugunsten eines Aufgabenfeldes erbracht werden, dem entsprechenden Aufgabenfeld zuzuteilen.
Vermögenserträge	Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inkl. Ablieferung der Gewinne der unselbstständigen eigenen Anstalten sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgaben dienen und über mehrere Rechnungsjahre genutzt werden und daher nicht zum Verkauf bestimmt sind. Darunter fallen Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Waldungen, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).
Vollkostenrechnung	Alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.
Wertberichtigung	Bewertungskorrektur auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen für eingetretene Entwertungen. Die Wertberichtigung kann direkt gegen eine Anlage oder indirekt als Wertberichtigung auf eine Anlage (Aktivminderung) verbucht werden.
Wesentlichkeit	Informationen sind wesentlich, wenn ihr Weglassen oder ihre fehlerhafte Darstellung ein fal-

sches Bild des Kantonshaushaltes vermittelt.

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz § 6 verankert.